

Herbert Schui/Stephanie Blankenburg  
Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis

*Herbert Schui* ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik.

*Stephanie Blankenburg* ist Dozentin für Volkswirtschaftslehre an der School of Oriental and African Studies, Universität London.

Herbert Schui/Stephanie Blankenburg

# **Neoliberalismus: Theorie, Gegner, Praxis**

VSA-Verlag Hamburg

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

© VSA-Verlag 2002, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg  
ISBN 3-87975-854-9

# Inhalt

Einleitung .....	7
------------------	---

## Teil 1

<b>Die Gegner des Neoliberalismus: keynesianischer Reformismus, Sozialstaat und Vollbeschäftigungspolitik .....</b>	<b>11</b>
---	-----------

1. Zur Geschichte: absolutistischer und moderner Wohlfahrtsstaat .....	11
2. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat .....	18
3. Welche Politik? .....	32
4. Das Unbehagen am Wohlfahrtsstaat .....	39
5. Die Krise des Wohlfahrtsstaates durch unsachgemäße Politik: die politische Vorbereitung des Neoliberalismus .....	50
6. Der Wohlfahrtsstaat als Lösung des Widerspruchs zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnis .....	67

## Teil 2

<b>Die neoliberale Neuordnung des Kapitalismus: Hegemonie durch Wettbewerb und Entpolitisierung .....</b>	<b>70</b>
---	-----------

1. Der Aufstieg des Neoliberalismus: Wider permanente Vollbeschäftigung .....	70
2. Allgemeine Charakteristik des Neoliberalismus: Hegemonie durch Wettbewerb – die Ökonomisierung menschlichen Verhaltens und die Entpolitisierung der Gesellschaft .....	74
3. Der Neoliberalismus und die Rolle der Vernunft: Von totalitärer Aufklärung zu begrenzter individueller Rationalität .....	83
4. Der Neoliberalismus und sein Verhältnis zur Geschichte: Vom strategischen Tauschvorgang zum evolutionären Selektionsprozess .....	98
5. Die Grundwerte der neoliberalen Ordnung: negative Freiheit und die Unmoral des Egalitarismus .....	108
6. Der Neoliberalismus und die Gestaltung des öffentlichen Lebens: Von parlamentarischer Demokratie zu politischer Meinungsführerschaft in der Tauschgesellschaft .....	123

### **Teil 3**

<b>Die politische Operationalisierung des Neoliberalismus .....</b>	<b>145</b>
1. Gegenaufklärung statt Wohlstand der Nationen .....	145
2. Die Vorlage für den neoliberalen Zwangsstaat: Hayeks entwickelte Moralität oder Buchanans Gesellschaftsvertrag .....	149
3. Nicht deregulieren, sondern neu regulieren .....	158
4. Hayeks kulturelle Evolution und der neue Nationalismus .....	161
5. Was ist aus dem Dritten Weg geworden: Wegbereiter der modernen Gegenaufklärung oder Alternative? .....	173
Literatur .....	182

# Einleitung

Lehrmeinungen in den Sozialwissenschaften haben einen objektiven Zweck, der weiter reicht als die Suche nach zutreffenden Erklärungen für gesellschaftliche Sachverhalte: Lehrmeinungen sind programmatisch, sie haben stets ein politisches Element. Wenn Adam Smith herausarbeitet, dass der industrielle Bourgeois der beste Sachwalter des gesellschaftlichen Überschusses ist, indem er seinen Eigennutz – bei uneingeschränkten Eigentumsrechten auf offenen Märkten durch Konkurrenz im Zaum gehalten – auslebt, dann ist dies gleichzeitig ein kraftvolles Plädoyer für den klassischen Laissez-faire-Kapitalismus als einer Wirtschaftsordnung, die geeignet sei, den Wohlstand der Völker voranzubringen. Anders als Smith dagegen die gesellschaftlichen Vorstellungen der Marxschen politischen Ökonomie: Sie kommt zu dem ernüchternden Ergebnis, dass der Kapitalismus Ausbeutung und Entfremdung bedeutet, dass er damit zwar die Industrialisierung vorantreibt, allgemeine Wohlfahrt aber erst das Ergebnis seiner revolutionären Überwindung sein kann. Die erschreckte Antwort hierauf ist die überaus erfolgreiche Gegenbewegung der Neoklassik, die die gesellschaftliche Entwicklung aus der Wirtschaftstheorie herauslöst, sich bewusst unhistorisch versteht und damit auch das politische Element der nationalökonomischen Doktrinbildung zum Teufel wünscht. Den Staat erklärt sie zum Residuum; er wird nur in den wenigen Fällen tätig, in denen die Logik ihrer Modellwelt Lösungen durch den Markt nicht zulässt. Damit aber ist die Neoklassik keineswegs ohne politische Programmatik. Denn immerhin ist ihr Grundanliegen nachzuweisen, dass – von den wenigen Ausnahmen des Marktversagens abgesehen – die wirtschaftlichen Hilfsmittel am effizientesten unter der Bedingung des Privateigentums, des Marktes und freien Wettbewerbs kombiniert werden. Auf die Verwirklichung dieser Bedingungen sind die gesellschaftlichen Bestrebungen zu richten. Ergebnis ist die Maximierung der Wohlfahrt und gleichzeitig persönliche Freiheit. Entlehnt ist die Idee der Neoklassik, wie auch die politische Ökonomie von Smith, der Mechanik Newtons; Effizienz und »natürliche« Freiheit sollen miteinander vereint sein, aber anders als bei Smith soll dies ohne gesellschaftliche Entwicklung gedacht werden.

An dieser Theorie kamen spätestens dann tiefgreifende Zweifel auf, als sich in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre zeigte, dass Arbeit und Realkapi-

tal in Mengen ungenutzt blieben. Mit der Allokationseffizienz des Systems konnte es nicht weit her sein, wenn die Arbeiter nach Arbeit suchten, die Fabriken verrotteten und für viele Mangel auch an den lebensnotwendigsten Produkten herrschte. Der Markt hatte offensichtlich versagt. Politik war verlangt. In den meisten Ländern begünstigte dies die Entstehung eines neuen Typs sozialdemokratischer Partei. Analoges gilt für die Wirtschaftswissenschaften. Einer neuen Generation von Wissenschaftlern wurde zunehmend klar, dass das neoklassische System eher eine rationale Fiktion ist. Bei aller logischen Brillanz beschreibt es eine fiktive Welt; zur Überwindung handfester Krisen im Kapitalismus gibt diese theoretische Richtung keine Anleitung.

Die Lösung hat schließlich der Keynesianismus gebracht – aber es war ein für den Kapitalismus gefährlicher Ausweg, denn der Staat war in dieser Theorie kein Residuum; der kollektiven Willensbildung und der politischen Partizipation, kurz: einer substantiellen Demokratie, kam vielmehr eine entscheidende Rolle zu. Dies ist der Kern des neoliberalen Unbehagens: Die Inbrunst, mit der der Neoliberalismus alles beschimpft und angreift, was Reformismus, Politik, Keynes oder traditionelle Sozialdemokratie heißt, lässt sich nicht verstehen, ohne den tieferen politischen Gehalt dieser reformistischen Strömung zu kennen.

Wichtig ist dabei nicht so sehr die Kenntnis der einzelnen ökonomischen Techniken, sondern ihre gesellschaftstheoretische Substanz. Entscheidend hieran ist das systemüberwindende Moment des Reformismus, das ja bekanntlich in den Programmen der Sozialdemokraten und vieler Gewerkschaften mit dem Ziel des demokratischen Sozialismus angesprochen wurde. Für den Neoliberalismus war stets klar, dass der Reformismus die größere Gefahr für den Kapitalismus des Westens darstellte. Es konnte nicht ausgeschlossen werden, dass dieser Sozialismus eine breite Mehrheit finden würde. Denn der Reformismus als seine Ausgangsbasis hatte sich durch Wohlstand legitimiert, der freiheitliche Sozialismus verband sich nicht mit Revolution und Bolschewismus, er kam dem Wunsch nach einem friedlichen Übergang entgegen. Und auch denen, die das Endziel dieses Reformismus verabscheuten, war klar, dass der Kapitalismus wenigstens einstweilen für sein Überleben eine soziale Regulierung brauchte.

Nur der Neoliberalismus hat sich dieser ideologischen Permissivität stets entscheiden widersetzt. Wahrscheinlich hat er mehr als alle anderen den Reformismus als einen Prozess erkannt, der immer weiter fortschreitet oder aber scheitern muss; der sich nicht auf einem bestimmten Niveau anhalten lässt, sondern entweder zu seinem Ziel kommt (dies auch auf Wegen, die sein Programm nicht vorsah), oder auf seinen Ausgangspunkt zurückfällt. Die Gründe für sein Scheitern liegen in den Schwierigkeiten, eine angemessene Verteilungspolitik durchzuhalten, konkret also in der nicht angemessen gelösten Frage,



wie die Inflation zu bändigen und die außenwirtschaftlichen Einflüsse zu neutralisieren sind. Die Bewegung des Neoliberalismus hat sehr handgreiflich dazu beigetragen, dass diese Schwierigkeiten falsch interpretiert und folglich falsch angegangen wurden. Sie hat die Ideologie entwickelt, die zum Wandel der allgemeinen Einstellungen maßgeblich beigetragen hat. Sie hat ein Schema geliefert, das vorgab, beweisen zu können, dass der Reformismus nicht durchführbar sei. Sie ist diesen Beweis schuldig geblieben, aber sie hat dennoch ihre Schlüsse einleuchtend machen können.

Aber es gilt nicht nur die Ursachen für die Schwierigkeiten, mit denen der Reformismus zu kämpfen hatte (und damit für seine Labilität), aufzudecken, um die politischen Erfolge des Neoliberalismus zu erklären: Der Neoliberalismus lässt sich im Grundsatz erst verstehen, wenn er historisch eingebettet wird, wenn verständlich ist, welcher Entwicklung er in wessen Interesse ein Ende setzen will. Gerade für den Neoliberalismus gilt, dass seine Konturen um vieles deutlicher werden, wenn Klarheit über die theoretische und politische Substanz des Reformismus, seines erklärten Feindes, geschaffen wird. Es geht dem Neoliberalismus um handfeste Interessen. Er ist nicht einfach eine Gruppe von verwandten sozialwissenschaftlichen Theorien, die von nichts anderem als dem Wunsch nach Erkenntnis motiviert wären, er ist vielmehr in erster Linie eine Ideologie mit dem Ziel der grenzenlosen Restaurierung des Kapitalismus. Die wesentlichen Details dieses Vorhabens sind einfach zu beschreiben: Wenn die Autonomie der Unternehmer wieder hergestellt werden soll, dann ist makroökonomisch auf eine Verteilungspolitik zu verzichten, die eine Steigerung der Nachfrage und damit des Output und der Beschäftigung anzielt. Wird auf Politik zugunsten unternehmerischer Autonomie verzichtet, dann bedeutet dieses Mehr an Autonomie einen geringeren allgemeinen Lebensstandard. Aber so kann dieser Handel nicht gerechtfertigt werden. Folglich muss die unternehmerische Autonomie als Autonomie des Individuums durchbuchstabiert werden, der reformistische Wohlfahrtsstaat als dessen Versklavung. Wenn dieser demnach ein besseres Leben verspricht, dann um den Preis der Freiheit. Aber auch die Freiheit wird anders als üblich verstanden. Sie wird so lange verballhornt, bis sie identisch ist mit Kapitalismus. Es ist nicht die Freiheit von materieller Not. Übrig bleibt, unbeeinträchtigt von Zwang frei am Markt handeln zu dürfen.

Verteilungspolitik wäre ein solcher Zwang. Denn hier tritt an die Stelle der Freiheit, etwa einen individuellen Angebotspreis für die Ware Arbeitskraft zu unterbreiten, ein gesetzlicher Mindestlohn oder die Norm des Tarifvertrages. Dieser neu bestimmten Freiheit werden weitreichende positive Wirkungen nachgesagt: Sie verhilft zu einer in ihrem Ergebnis offenen Evolution, die allein das Überleben der Menschheit ermöglichen kann (so Hayek), oder doch wenigstens zu einer reinen Tauschgesellschaft (Buchanan), in der es vom Grundsatz

her keinen staatlichen Zwang mehr gibt, d.h. zu einer Zivilgesellschaft neoliberalen Typs.

Diese kurze Skizze ist nicht eigentlich ein Abriss neoliberaler Theorie, wie es überhaupt seine Tücken hat, den Neoliberalismus als Theorie zusammenzufassen. Er ist eher als eine Ideologie der Befreiung des Kapitalismus zu verstehen. Diese Ideologie muss sich zunächst gegen das »Politische« im Sinne des Reformismus wenden. Folglich sind Partizipation, Demokratie, Mehrheitswille zu denunzieren. Weil aber nur diese eine Verbesserung der Lebensbedingungen sicherstellen können, ist dieses Ziel zu streichen: Es wird durch individuelle Freiheit ersetzt. Diese wiederum ist als Freiheit am Markt beschränkt. Für den Neoliberalismus gilt es deshalb, umfassender zu begründen, warum es diese Form der Freiheit sein muss. Sein Argument ist die Notwendigkeit einer nicht durch exogene Ziele eingeschränkten Evolution oder die Aussicht auf eine Tauschgesellschaft, die frei ist von politischem Zwang. Was demnach den Neoliberalismus, wenn wir ihn als ein System von Aussagensätzen gelten lassen wollen, strukturiert, ist die Notwendigkeit der Rechtfertigung seines Zieles. Hierbei impliziert das Ziel des befreiten Kapitalismus eine bestimmte Menge von Aussagen, die ihrerseits wiederum durch nachgelagerte Aussagen gestützt werden müssen. Es ist also ein Regress erforderlich, der in seiner Abfolge folgerichtig ist, der aber in dieser Konsequenz nicht selten zu handgreiflich absurden empirischen Behauptungen führt – besonders in den Bereichen der Psychologie, der Geschichte oder der Soziologie. Beachtung verdient hierbei, dass diese Rechtfertigungslehre bei ihrem Regress unterschiedlichen Pfaden folgt, dass die Pfade sich gelegentlich durchkreuzen und dass da und dort mit vorwissenschaftlichem Alltagsverständnis ausgebessert wird. Dies macht die Vielfalt neoliberaler Literatur aus, der es oft an Einheitlichkeit zu fehlen scheint. Diese Verwirrung aber lässt sich teilweise auflösen, wenn man sich Gegner und Ziel des Neoliberalismus vor Augen führt. Er arbeitet daran, die Aufklärung, und auch den Reformismus als eine ihrer bescheidenen Äußerungen, aus der Welt zu schaffen – nicht nur materiell, sondern auch als Idee. All dies soll, auch in der Erinnerung, als historische und intellektuelle Fehlentwicklung ausgetilgt werden. Es geht, vieles an Forschung und Lehre zeigt dies, um eine Bereinigung der Geisteswissenschaften und damit um die Auslöschung des begründeten Inhalts des historischen Bewusstseins der Gesellschaft. Damit ist die Anforderung an die Gegner des Neoliberalismus formuliert: Dieser Verlust des historischen Gedächtnisses der Gesellschaft muss verhindert werden. Es ist wichtig, sich (wieder) der Geschichte zu bemächtigen und auch der Theorie, die sie hervorgebracht hat.

# Teil 1

## Die Gegner des Neoliberalismus: keynesianischer Reformismus, Sozialstaat und Vollbeschäftigungspolitik

### 1. Zur Geschichte: absolutistischer und moderner Wohlfahrtsstaat

Die Idee des Wohlfahrtsstaates (wie auch die des Entwicklungsstaates) hat ihren Ursprung im europäischen Absolutismus. Wohlfahrtsstaat bedeutet im 18. Jahrhundert – dies betont Schumpeter (1954: 170ff.) in seiner *History of Economic Analysis* unter Verweis auf Justi (1760/61) –, dass die Regierung die Verantwortung für die »moralischen und wirtschaftlichen Bedingungen des Lebens« übernimmt und dass sich diese Verantwortung insbesondere auf die Beschäftigung und den Lebensunterhalt für jedermann bezieht, des Weiteren auf die Verbesserung der Methoden und der Organisation der Produktion. Dies ist die Grundlage für einen Staat, der die Bedingungen für die Entstehung des Kapitalismus schafft, so die Wirtschaftsförderung, die Rationalisierung und Zentralisierung der Staatsverwaltung und nicht zuletzt die »sittliche« Erziehung der Untertanen (das heißt ihre Disziplinierung für industrielle Arbeit). Die Regierung Ludwigs XIV., Friedrichs II. von Preußen oder Josephs des II. von Österreich sind hierfür gute Illustrationen.

Eine ähnliche weitreichende Verantwortung des Staates für die Wohlfahrt der Bürger zeichnet den modernen Wohlfahrtsstaat aus, so wie er mit Roosevelts New Deal in den 1930er Jahren seinen Anfang genommen hat und dann nach dem Zweiten Weltkrieg drei Jahrzehnte lang die unangefochtene Programmatik der sozialdemokratischen Parteien und der meisten Gewerkschaften war.

Gemeinsam ist beiden Ausformungen die prominente Funktion des Staates als einer kollektiven Einrichtung, die nicht einfach den Anforderungen der wirtschaftlich tätigen Individuen genügt, auf deren Wünsche sie reagiert, indem sie etwa die privaten Eigentumsrechte, die Freiheit des Marktes und Ähnliches mehr sicherstellt, sondern die das tut, was sich der unmittelbaren Wahrnehmung und Einwirkung, dem Gesichtskreis der einzelnen ökonomischen Sub-

jekte entzieht. Die Periode der Protoindustrialisierung kann zeigen, dass es mit dem »Laissez-nous faire« der Unternehmer nicht getan ist: Erst der Staat des Absolutismus schafft die allgemeinen Voraussetzungen für private Kapitalakkumulation, für Industrialisierung und Wirtschaftswachstum. Er ist ein selbständiges ökonomisches Subjekt, das nach eigenen Plänen handelt, dessen Aktionen nicht einfach Reflex auf privatwirtschaftliche Signale oder ausdrückliche Anforderungen sind. Wenn in diesem Sinne der Staatszweck auch Wohlfahrtszweck ist, dann ist damit ebenfalls behauptet, dass die Wirtschaft ein Ziel hat, das außerhalb des Wirkungs- und Verantwortungsbereiches der einzelnen Individuen (der Unternehmer, der Arbeiter) liegt. Folglich kann es für den Absolutismus nicht damit getan sein, die Verantwortung für die allgemeine Wohlfahrt dem anonymen Regelwerk von Markt und Wettbewerb, der unsichtbaren Hand, bedingungslos zu übertragen. Auch wenn der Staat dem Wunsch nach »Laissez-nous faire« entspricht: Er kann es tun, aber er gibt die Verantwortung für die Ergebnisse nicht auf und behält das Recht, das Regelwerk zu ändern oder zurückzunehmen. Ähnliche Merkmale hat der moderne Wohlfahrtsstaat; auch er handelt dort, wohin die Aktionen der einzelnen ökonomischen Subjekte nicht reichen, wo die einzelwirtschaftlich rationalen Handlungen gesamtwirtschaftlich irrational werden. Der moderne Wohlfahrtsstaat lässt sich verstehen als ein Plan, die Entscheidungsmöglichkeiten der einzelnen Wirtschaftseinheiten so zu beschränken, dass individuelle und gesamtwirtschaftliche Rationalität in Einklang gebracht werden. Und mehr noch: Der absolutistische wie der moderne Wohlfahrtsstaat sehen sich legitimiert festzulegen, was gesamtgesellschaftliche Rationalität ist. Diese Legitimation gründet sich bei dem einen auf den aufgeklärten Herrscher, bei dem anderen auf die Demokratie als eine Einrichtung, die es den Bürgern ermöglicht, ihr Interesse an Wohlfahrt zu artikulieren, und als ein Verfahren, mit dessen Hilfe die objektiven Möglichkeiten ökonomischer Wohlfahrt bestimmt und verwirklicht werden.

In diesem Kontext werden die Unterschiede zwischen dem historischen und dem modernen Wohlfahrtsstaat deutlich. Etwas vergrößert zielt der eine mehr ab auf Erwerbsmöglichkeiten und Wohlfahrt durch Kapitalakkumulation, während der andere auf der Basis der *gegebenen* Akkumulation zu mehr Konsum kommen will. Dieser Unterschied folgt aus dem ökonomischen Entwicklungsstand. Der Mangel an Realkapital in der Phase der Protoindustrialisierung veranlasst dazu, die Kapitalakkumulation zu betonen. Nachdem aber im gegenwärtigen Kapitalismus der Industrieländer dieses Entwicklungshemmnis überwunden ist, kommt es auf die Behebung des Mangels an effektiver Nachfrage durch eine Steigerung des Konsums an. Damit wird die Armenfrage für beide Fälle in einen jeweils anderen ökonomischen Kontext eingebettet. Solange die Wohlfahrt davon abhängt, ob der Bestand an Realkapital hoch genug ist – Arbeitslosigkeit ist eine Folge von Kapitalmangel (klassische Arbeitslosigkeit), ist

der Konsum in Form der Unterstützung der Armen ein Abzug von der Realkapitalbildung oder von der Konsumtion der Reichen. Die Unterstützung ist eine Angelegenheit der privaten oder öffentlichen Wohltätigkeit. Ihre Begründung ist philosophisch oder religiös; sie spricht die Pflicht zu geben an. Anders dagegen, wenn Arbeitslosigkeit sich aus Mangel an effektiver Nachfrage ergibt (keynesianische Arbeitslosigkeit). Hier steigert höherer Konsum – auch wohlfahrtsstaatlicher, öffentlicher Konsum – als Nachfrage die Beschäftigung, er verhindert die Entstehung von Armut in dieser Weise und überdies dadurch, dass mehr Produktion mehr Gebrauchswerte zur Verfügung stellt, was all denen zugute kommen kann, die nicht erwerbstätig sind. Die Beseitigung der Armut steht nun nicht in einem möglichen Konflikt mit der Realkapitalbildung, eher werden die Investitionen aufgrund besserer Absatzmöglichkeiten gefördert.

Entlang dieser Linie lässt sich die Geschichte des Wohlfahrtsstaates verfolgen. Die theoretische Reflexion von Wohltätigkeit und Wohlfahrt zeigt in ihrer Entwicklung den allmählichen Übergang von der Armenpflege, das heißt von der ethischen Verpflichtung zur Wohltätigkeit aus der unmittelbaren Wahrnehmung der Not, zur Aufgabe, die makroökonomischen Aggregate politisch so aufeinander abzustimmen, dass Armut nicht durch Teilen (mit dem Motiv der Solidarität, der Barmherzigkeit oder was auch immer), sondern durch Produzieren beseitigt wird: Das Neue am keynesianischen, am modernen Wohlfahrtsstaat ist die theoretische Einsicht, dass die Verteilung des Einkommens nicht einfach die Wohlfahrt anders verteilt, sondern sie insgesamt vermehrt. Eine ethische Pflicht zur Beseitigung von Armut setzt demnach abstrakte, theoretische Einsichten voraus, die über den unmittelbaren karitativen Reflex, Armut durch Wohltätigkeit beseitigen zu wollen, hinausgehen.

Damit ist der Zusammenhang von Interesse, Politik und Demokratie angesprochen. Solange das System durch Mangel an Realkapital charakterisiert ist, kann gegen *Verteilungspolitik* zur Beseitigung von Armut eingewendet werden, dass sie die Kapitalakkumulation verlangsamt. Partizipative Massendemokratie kann demnach unter dem Regime der Kapitalrestriktion verdächtigt werden, nicht nur den Konsum der Reichen zu mindern, was diese entmutigen würde, die Akkumulation zu organisieren, sondern auch den Akkumulationsfonds selbst zu schmälern, wenn die Mehrheit ihr Interesse an einem höheren Lebensstandard durchsetzt. Der »Masse« wird nachgesagt, nicht auf Produktion, sondern auf Raub aus zu sein. (Nicht wenig Verachtung und Dünkel treten hier zu Tage.) Unter der Bedingung der Nachfragerestriktion dagegen lässt sich dieser Verdacht entkräften. Denn die Verfolgung desselben Interesses führt nun zu mehr Produktion. Auch dies mag ein Grund dafür sein, dass die herrschende Wirtschaftstheorie eisern am Grundsatz festhält, Kapitalknappheit sei unverändert das Merkmal der Industrieländer.

Das Misstrauen gegenüber der Demokratie im 19. Jahrhundert hatte seinen wesentlichen Grund in der Furcht der begüterten Schichten, ihr Vermögen, ihren Lebensstandard, ihre gesellschaftliche Position zu verlieren: Demokratie war offenbar im Verständnis des Kapitalismus eine janusköpfige Einrichtung. Zum einen sollte sie vom Absolutismus befreien, den Kapitalisten zur Souveränität verhelfen, zum anderen aber war Folgendes zu befürchten: Werden nicht – so die Sorge – die Armen und offensichtlich Unfähigen sich durch Parlamentsmehrheiten das anzueignen versuchen, was ihnen aufgrund ihrer Leistung nicht zusteht? Alexis de Tocqueville hat sich mit dieser Frage in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts befasst. Eine »Tyrannei der Mehrheiten« (Tocqueville 1835-40/1959: 299ff.) als Folge von Demokratie sei nicht zu verhindern, indem man sich dem Unvermeidlichen, »dem Siegeszug der Demokratie« widersetze; vielmehr komme es angesichts des Heraufkommens der »Herrschaft der Massen« strategisch darauf an, für deren »Kanalisation und geistige Zähmung« zu sorgen. (Lambrecht 1990: 523) Die Frage bestand darin, ob durch den Stimmzettel der Klassenkampf in das Parlament getragen werden könnte – so die dann von vielen Sozialdemokraten gehegte Vorstellung –, was den »potentiellen Umsturzacharakter« der Demokratie (J. Burckhardt) akzentuiert hätte, oder ob es gelingen könnte, die soziale Frage zu lösen und die Arbeiterbewegung in die gegebene Eigentumsordnung einzubinden.

Am klarsten ist diese Frage wohl von Lorenz von Stein in seiner »Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich« (1850) formuliert worden: »Wenn die nichtbesitzende Klasse die Herrschaft über die Staatsgewalt aus dem abstrakten Begriffe der rein demokratischen Gleichheit durch die Zahl der Stimmen erreichen will, so wird die besitzende Klasse *ihr natürlicher und unversöhnlicher Feind* sein, und der Staat wird der Gewalt der Waffen und damit dem Untergang der Freiheit anheimfallen (...) Wenn die besitzende Klasse die Herrschaft über die Verwaltung wesentlich im Interesse des Besitzes ausübt, so wird sie die nichtbesitzende Klasse zu ihrem *natürlichen und unversöhnlichen Feinde* haben, und auch dann wird die Ordnung der Dinge in der Gewalt untergehen. Wenn dagegen die besitzende Klasse die Staatsverwaltung im Sinne der nichtbesitzenden Klasse zur Hebung des Loses der Arbeiter, für ihre Bildung und die Möglichkeit eines, wenn auch nur allmählichen, Kapitalerwerbs bietet, so wird diese Klasse *in dem Maße mehr gleichgültig gegen die Form der Verfassung sein, in welchem die Interessen derselben mehr gefördert werden.*« (Stein 1850/1959: 206f.)

Tatsächlich macht die preußische Monarchie in der Bismarck-Ära durch die Einführung der Sozialversicherung einen entscheidenden Schritt zur Entschärfung der sozialen Frage. Das Ziel bestand darin, die Loyalität der Arbeiterschaft zum Staat sicherzustellen, ohne ihr vollständige demokratische Rechte zuzugestehen. Objektiv aber bedeuteten diese praktischen Maßnahmen eine

Neuordnung bestimmter Teilbereiche des Verhältnisses zwischen Wirtschaft und Staat und damit auch eine Neubestimmung der Staatsfunktion. Spätestens hier beginnt der Wohlfahrtsstaat, seine verfassungsrechtlichen Umrisse zu entwickeln: Er wird Sozialstaat, in dem die Ansprüche und Verpflichtungen der Bürger in Rechtsnormen gefasst sind. Theoretisch hat Adolph Wagner<sup>1</sup> (und die Kathetersozialisten allgemein mit ihrem »Verein für Socialpolitik«) diese Debatte nachhaltig geprägt und damit auch den sozialdemokratischen Revisionismus entscheidend beeinflusst. Wagner leitet aus der Verantwortung des Staates für »alle Kreise und Klassen des Volkes« sein Gesetz von der zunehmenden Staatstätigkeit her. Damit wird – als Gegenposition zum Laissez-Faire-Kapitalismus – die Notwendigkeit einer wachsenden Staatstätigkeit begründet.

Wagner entwickelt, ähnlich wie der Absolutismus, wieder die Vorstellung von sehr umfassenden Aufgaben des Staates. Ein immer größerer Teil der Bevölkerung, so Wagner (1893: 887), soll zum Mitgenuss an den Kulturgütern erhoben werden. »Der Staat fortschreitender culturfähiger Völker, so namentlich der modernen, hört immer mehr auf, einseitig Rechtsstaat im Sinne der möglichst alleinigen Verwirklichung des Rechts- und Machtzweckes zu sein und wird immer mehr Cultur- und Wohlfahrtsstaat in dem Sinne, dass gerade seine Leistungen auf dem Gebiete des Cultur- und Wohlfahrtszwecks sich beständig mehr ausdehnen und mannigfaltigen Inhalt gewinnen.« (ebenda: 888) Dieser Prozess habe »einen entwicklungsgesetzmäßigen Charakter«. (Wagner 1911: 776) Der Kultur- und Wohlfahrtszweck des Staates schließt ausdrücklich das »Unterrichts-, Bildungs-, Schul-, Sanitäts-, Hilfs-, Armen- und Wohltätigkeitswesen« ein und damit allgemein »Gesundheit und Krankheit der Menschen, der Tiere, der Pflanzen in betreff von Licht, Luft, Wasser, Nahrungsmitteln, Wohnung«. Er begründet sich daraus, »weil es sich nach den beherrschenden Lehren der Kulturwelt um (...) Pflichten der Gesellschaft gegen die sozial und ökonomisch schwächeren Volkselemente, um große allgemeine Interessen des ganzen Volkes, um größere Sicherung und reichlichere Bemessung der betreffenden Bedürfnisbefriedigungen, um größeren Kostenaufwand dafür, um möglichste Zugänglichkeit für alle Kreise und Klassen des Volkes, um die Folgen der wissenschaftlichen Fortschritte auf den verschiedensten Lebensgebieten, die Verwertung der Ergebnisse davon für die Steige-

---

<sup>1</sup> Wagner hat den Verein für Socialpolitik 1872 zusammen mit Schmoller, Brentano u.a. gegründet. Schon 1877 verließ er den Verein und agitierte im Sinne eines Staatssozialismus entscheidend für die Bismarckschen Sozialreformen. Wagner ist einer der bedeutendsten deutschen Finanzwissenschaftler; sein »Gesetz von der zunehmenden Staatstätigkeit« hat die finanzwissenschaftliche Diskussion noch in den 1970er Jahren, als von den Neoliberalen zunehmend die Begrenzung der Staatstätigkeit in die Debatte gebracht wurde, maßgeblich beeinflusst.

nung und bessere Sicherung des Volkswohls, für die sichere Verhütung von Gefahren, Beseitigung von Übelständen handelt.« (ebenda: 776) Die Besteuerung, dies ist hervorzuheben, erfolgt nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (ebenda: 775), so dass Wagners Wohlfahrtszweck des Staates Verteilungspolitik bedeutet.

Wagners Entwurf eines Wohlfahrtsstaates scheint maßgeblich von Hegels Vorstellung vom Staat als der Verwirklichung der sittlichen Idee inspiriert zu sein. Dabei übergeht er, was ihm seine Kritiker vorhalten, dass nicht die »immanente« Notwendigkeit, die »Eigengesetzlichkeit« der Idee bedeutend ist, sondern die »historischen« Notwendigkeiten des »ausgebildeten Klassenstaates«. (Oppenheimer: 771) Allerdings hat auch Wagners »Eigengesetzlichkeit« der Idee ein recht praktisches Ziel, indem er »das Vorwalten des Präventivprinzips im entwickelten Rechts- und Kulturstaat« (Wagner 1911: 777) betont, das heißt die vorsorgliche Gewährleistung der inneren Sicherheit durch materielle Besserstellung der Arbeiterschaft.

Die Absicherung der bestehenden Gesellschaftsordnung (das Präventivprinzip im Konzept des Wohlfahrtsstaates) spielt bei Beveridge, der während des Zweiten Weltkriegs in einer Regierungskommission maßgeblich an der Ausarbeitung des Wohlfahrtsstaatskonzeptes in England beteiligt war, und auch bei Keynes, der durch seine Arbeiten die theoretische Grundlage hierzu beigesteuert hat, durchaus eine Rolle. Ihr Ziel ist es, durch soziale Reformen die kapitalistische Gesellschaftsordnung in ihren Grundlagen zu erhalten. Keynes schreibt: »Ich für meinen Teil bin der Ansicht, dass ein klug geleiteter Kapitalismus die wirtschaftlichen Aufgaben wahrscheinlich besser erfüllen wird als irgendein anderes, vorläufig in Sicht befindliches System, dass man aber gegen den Kapitalismus an sich viele Einwände erheben kann.« (Keynes: 1926: 40) Und weiter: »Die Schwierigkeit ist jedoch, dass die kapitalistischen Führer in der City und im Parlament unfähig sind, zwischen neuen Maßnahmen zur Erhaltung des Kapitalismus und dem, was sie Bolschewismus nennen, zu unterscheiden.« (Keynes 1925: 248) Sicherlich muss Keynes' Zugeständnis, man könne gegen den Kapitalismus Einwände erheben, bei den kapitalistischen Führern Bolschewismusverdacht auslösen (in der Tat besteht bei Reformen stets die Gefahr, dass sie den Absichten ihrer Initiatoren entgleiten), aber im Verständnis der Reformer sollte der Wohlfahrtsstaat das System bewahren.

Unter dem Gesichtspunkt des Präventivprinzips ist Wagners Kultur- und Wohlfahrtszweck des Staates eine Vorlage für den modernen Wohlfahrtsstaat der keynesianisch-sozialdemokratischen Ära, zumindest was die *Beschreibung* einer angemessenen Staatstätigkeit angeht. Was allerdings die sozialen Kräfte angeht, die den Wohlfahrtsstaat verwirklichen, unterscheidet sich Wagner völlig von seinen reformerischen Nachfahren. Dennoch: Dass unter dem Druck der politischen Verhältnisse des 19. Jahrhunderts private Wohltätigkeit durch



staatliche Fürsorge abgelöst wird, ist ein entscheidender institutioneller Schritt für die Entwicklung des modernen Wohlfahrtsstaates. Denn damit ist die staatliche Verantwortung für die Wohlfahrt aller Bürger anerkannt.

Für die näheren Umstände der Wahrnehmung dieser Verantwortung ist in der Folgezeit wichtig, dass die Arbeiterschaft (zunächst das Objekt der staatlichen Fürsorge) Teilhabe an der politischen Macht gewinnt und sich das allgemeine Wahlrecht erkämpft. Damit ließe sich Tocquevilles Bemerkung zur Demokratie eine neue Wendung geben: Die »Kanalisation und geistige Zähmung der Massen« bestünde nun darin, dass sie *im Rahmen* des Kapitalismus den Wohlfahrtsstaat durchsetzen, den Kapitalismus also nicht überwinden wollen, sondern ihn durch Reformen legitimieren und festigen – so zumindest der Vorwurf der revolutionären kommunistischen Parteien nach 1917. Damit ist die Verwirklichung des modernen Wohlfahrtsstaates nicht einfach in den Ideen bedeutender Sozialwissenschaftler zu suchen: Die Bedingungen für seine historische Durchsetzung liegen in den Nachwirkungen von zwei Weltkriegen, die zur Übertragung von Macht auf die Arbeiterschaft maßgeblich beigetragen haben; sie sind das Ergebnis einer weiteren Vergrößerung dieser Macht durch Vollbeschäftigung und durch das Bewusstsein, dass diese Macht den Staat für wirtschaftliche und soziale Zwecke nutzen kann; sie sind die Folge der Ausbreitung demokratischer Ideale – die Losung vom »Kreuzzug für die Demokratie« im Zweiten Weltkrieg hat dies nicht wenig verstärkt –, die diese Übertragung der Macht legitimiert haben. Begleitet wird dieser Trend durch den Druck einer zunehmenden Zentralisation in der Industrie und den Druck des internationalen Wettbewerbs, der eine öffentliche Förderung des technischen Fortschritts erfordert. Die Antwort auf diesen Druck ist die Herausbildung einer machtvollen und kompetenten staatlichen Verwaltung. (Cairncross 1986: 75, 1971: 38)<sup>2</sup>

Die Erschütterung des Kapitalismus in den beiden Weltkriegen und in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre sind die politischen Ursachen für die Entwicklung des Sozialstaates in allen westlichen Industrieländern – unabhängig davon, ob und auf welcher Seite sie am Krieg beteiligt waren. Die Umstände seiner Herausbildung jedoch kennzeichnen allein noch nicht die gesamte Dimension der Auseinandersetzung; denn entscheidend ist nicht nur ein verändertes Bewusstsein der Arbeiterschaft und eine vermehrte politische Partizipation: Zunehmend wichtig sind die wirtschaftlichen Implikationen des Wohlfahrtsstaates.

---

<sup>2</sup> Alec Cairncross gehörte der Gruppe von Ökonomen in der Economic Section des Kriegskabinetts an, die 1942 in England das Weißbuch zur Vollbeschäftigung ausgearbeitet haben. (Richard Cockett 1995: 57f.)

Zu Beginn der Sozialgesetzgebung im 19. Jahrhundert handelt es sich um eine staatliche Korrektur der Verteilung zugunsten des Massenkonsums und zu Lasten des Wachstums des Konsums der Gewinnbezieher. Eine weitere wirtschaftliche Bedeutung hat dieser Eingriff in die Verteilung nicht. Sobald jedoch bei der Großen Depression deutlich wird, dass das niedrige Wirtschaftswachstum das Ergebnis einer unzureichenden Nachfrage ist, läuft alles darauf hinaus, den Massenkonsum zu erhöhen. Dies wird nun zur vorherrschenden theoretischen Position. Damit erhält der moderne Wohlfahrtsstaat eine neue ökonomische Basis; er partizipiert nicht einfach an der gegebenen Produktion, sondern er schafft sich für seine Verwirklichung durch Einkommenspolitik mehr Produktion. Unter dieser Bedingung kann die Verteilung *vom Grundsatz her* nicht mehr den Marktkräften überlassen werden. Von diesem Punkt an sind der freie Wettbewerb (besonders auf dem Arbeitsmarkt) und die Eigentumsverhältnisse als wesentliche Funktionsprinzipien des Kapitalismus grundsätzlich in Frage gestellt. Denn das Eigentum an der Stromgröße Output wird durch die Verteilungspolitik nun zu einer politischen Angelegenheit. Aus diesem Grund muss der Neoliberalismus ein entscheidender Gegner des modernen Sozialstaates sein. Zwar darf der Staat – so die Neoliberalen – den am Markt Erfolgreichen eine bescheidene Existenzsicherung zugestehen, er ist aber ein Feind der Freiheit, wenn er den Wettbewerb und die Eigentumsrechte zur Disposition stellt.

Der moderne Wohlfahrtsstaat schließt demnach Folgendes ein: Es ist zunächst die politische Vorstellung, dass der Staat verantwortlich ist für die Wohlfahrt der Bürger, des Weiteren, dass politische Partizipation das Interesse der Bürger an Wohlfahrt verwirklicht, und schließlich, dass der so organisierte Staat legitimiert ist, die gesamtwirtschaftlichen Größen politisch abzustimmen, und dies auch dann, wenn er hierbei in die Eigentumsrechte eingreift.

## **2. Der keynesianische Wohlfahrtsstaat**

### **Demokratie als politische Voraussetzung**

Es sind also zwei Momente, die den modernen Wohlfahrtsstaat hervorgebracht haben: Der erfolgreiche Kampf um mehr Demokratie und die zunehmend verbreitete theoretische Einsicht, dass die niedrige Produktion und Beschäftigung im entwickelten Kapitalismus die Folge einer unzureichenden Nachfrage ist. Erforderlich war politischer Kampf, gesellschaftlicher Konflikt. Es ist eben nicht so, dass der Wohlfahrtsstaat ein Beschluss des »Staates« gewesen sei, weil er »zwei grundlegende und oft einander widersprechende Funktionen zu erfüllen« gehabt hätte, nämlich »Akkumulation und Legitimation«. Ebenfalls lässt sich nicht einfach behaupten, dass »die Sozialversicherung (...) in erster

Linie nicht eine Versicherung für die Arbeiter, sondern eine Versicherung für die Kapitalisten und Unternehmen« gewesen sei. (O'Connor 1973, 1974: 16, 171) Diese oft geäußerten Vorstellungen erscheinen zwar radikal, kühl und distanziert, aber sie sind mechanistisch. Sie beantworten nicht die Frage, dass der entwickelte Kapitalismus nicht einzig den Wohlfahrtsstaat zu seiner Absicherung nutzen kann – dies beweist die gegenwärtige neoliberale Politik. Die geschichtliche Dialektik des Prozesses wird nicht beachtet.

Ein genauerer Zugang zur Sache lässt sich mit der Frage erreichen, aus welchem Grund denn die *Kapitalisten und Unternehmer* nun durch den »Staat« versichert werden müssen. Erst das Ende der grenzenlosen Geduld der Armen, die Herausbildung der Arbeiterbewegung, der Gewerkschaften und Arbeiterparteien war eine Bedrohung für den Kapitalismus, der die Kapitalisten etwas entgegengesetzten mussten. Aber hatten sie tatsächlich stets die Einsicht, dies zu tun? Nicht von ihnen, sondern von Bismarck stammt die Sozialgesetzgebung. Und sie war nicht das wohlmeinende Geschenk eines aufgeklärten Reichskanzlers, sondern entsprang seiner Strategie, mit Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung die soziale Frage zu entschärfen und die Arbeiterschaft hinter die preußische Monarchie zu bringen. Ohne Zweifel ging es um die Absicherung der Herrschaft von Monarchie und Kapitalismus, aber es ging im Rahmen dieses Systems auch darum, die republikanischen Strömungen innerhalb der Bourgeoisie zu zähmen, indem man ihr das Proletariat als Fußvolk für eine bürgerliche Revolution abzuwerben versuchte und Gründe schaffte, die dessen Loyalität der Monarchie gegenüber begründen konnte. Schließlich war die Revolution von 1848 noch nicht so sehr Geschichte. Dieses Beispiel kann zeigen, dass der historische Prozess, der einen Sozialstaat mitbegründet, komplizierter ist als eine einfache Versicherungsmaßnahme im Interesse der Kapitalisten.

Damit ist grundsätzlich die Frage angesprochen, ob denn die Unternehmer den Kapitalismus als ihre Sache überhaupt selbst verteidigen können. Man kann mit Schumpeter<sup>3</sup> argumentieren, dass objektiv »die Klasse der Bourgeoisie schlecht ausgerüstet ist, um sich mit den innenpolitischen und den internationalen Problemen zu befassen, mit denen normalerweise ein Land mit einiger Bedeutung sich zu befassen hat. (...) Innerhalb eines schützenden, aus nicht-bürgerlichem Material angefertigten Rahmens kann die Bourgeoisie nicht nur in der politischen Defensive, sondern auch in der Offensive – namentlich als Opposition – erfolgreich sein. Während einer gewissen Zeit fühlte sie sich so

<sup>3</sup> Die Überlegungen Schumpeters hier aufzugreifen und dem oberflächlichen Radikalismus von O'Connor entgegenzustellen, ist nicht nur von der Sache her gerechtfertigt. Schließlich spielt er mit seinem Buchtitel »Die Finanzkrise des Staates« auf Schumpeters »Krise des Steuerstaates« an. (Schumpeter 1918/1953)

sicher, dass sie sich den Luxus leisten konnte, den schützenden Rahmen selbst anzugreifen; solche bürgerliche Opposition, wie es sie im kaiserlichen Deutschland gegeben hat, illustriert dies aufs beste. Aber ohne Schutz einer nicht-bourgeoisen Gruppe ist die Bourgeoisie politisch hilflos und unfähig, eine Nation zu führen, sondern auch für ihr besonderes Klasseninteresse zu sorgen. Was soviel heißt wie, dass sie einen Herrn braucht.« (Schumpeter 1950/1993: 225) Für den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat formuliert müsste Schumpeters Hypothese dann dieses Aussehen haben: Das Interesse der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung an materieller Wohlfahrt lässt sich mit dem Interesse der Kapitalisten am Fortbestand ihrer Gesellschaftsordnung nur dann in Einklang bringen, wenn eine partizipative Massendemokratie die wesentlichen ökonomischen Aggregate politisch aufeinander abstimmt, wenn also die Demokratie, nicht mehr historisch gegen den Absolutismus gerichtet, sondern gegen die uneingeschränkte Unternehmensautonomie, politisch zum »Herrn« wird, die Demokratie einen »Übergang (ermöglicht) von wirtschaftlicher Gesetzlosigkeit zu einer Ordnung, die bewusst auf eine Überwachung und Lenkung der wirtschaftlichen Kräfte im Sinne gesellschaftlicher Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Gleichgewichts abzielt.« (Keynes 1925: 253). Neue kapitalistische Techniken sind erforderlich, auch wenn »(...) viele Anhänger des Kapitalismus häufig übermäßig konservativ (sind) und (...) jede Reform der kapitalistischen Technik, die dem Kapitalismus nur zugute käme, (...), aus lauter Angst (ablehnen), dergleichen könne der erste Schritt zu einer Los-vom-Kapitalismus-Bewegung sein.« (Keynes 1926: 39). Wie gesagt, nach Keynes sind die kapitalistischen Führer unfähig, zwischen neuen Maßnahmen zur Erhaltung des Kapitalismus und dem, was sie Bolschewismus nennen, zu unterscheiden. Radikale des Zuschnitts von O'Connor würden dem mit dem Vorwurf der Staatsgläubigkeit, des Etatismus, begegnen, aber unvoreingenommen betrachtet und etwas abseits von der sprachlichen Emphase von Schumpeter oder Keynes wird mit der Wendung, dass ein »aus nicht bürgerlichem Material gefertigter Rahmen« notwendig ist, behauptet, dass eine Demokratie mit Nicht-Bourgeois als Mehrheit, wenn sie denn auf Reformen innerhalb des Kapitalismus aus ist, dessen Existenz sichern kann – dies aber nicht ohne Risiko für ihn. Sie kann den Kapitalismus aus der Depression herausführen und das Wachstum stabilisieren, aber in der Demokratie ist auch dessen mögliche Überwindung mitangelegt. Damit wird das Verhältnis der beiden ökonomischen Subjekte Staat und Privatwirtschaft anders definiert, als dies unter den Bedingungen der Monarchie der Fall ist.

Wenn Keynes eine gewisse Reserviertheit der kapitalistischen Führer gegenüber Reformen (deren Zweck die Bewahrung des Kapitalismus ist) referiert, so muss dies nicht einfach daran liegen, dass, wie Keynes meint, diese »übermäßig unfähig« sind oder wegen der Vererbung der Macht – statt ihres

Erwerbs als Ergebnis von Tatkraft – »schwach und dumm.« (Keynes 1925: 248) Auch wenn bei jenen Führern sich die Einsicht durchgesetzt hätte, dass der Kapitalismus für sein Überleben diejenigen Reformen braucht, die Keynes vorsah – ihnen musste dennoch klar sein, dass Massendemokratie und Wohlfahrtsstaat mehr als alles andere einen potentiellen Umsturzcharakter haben; das sagt ihnen allein schon ihr Instinkt. Und schließlich belegt die Erfahrung, dass die Reformen, die sie mit Misstrauen und Unbehagen sehen, stets aus großen kapitalistischen Krisen hervorgegangen sind. Krise und soziale Reform bilden eine Einheit. Diese Krisen, wirtschaftliche Depressionen, auch die Kriege mit dem Ergebnis einer Veränderung der Rangordnung unter den kapitalistischen Nationen, haben, wenn schon nicht zwingend die Einsicht, so doch das Gefühl ausgelöst, dass der Kapitalismus zur Überwindung seiner Krisen seinen feindlichen Zwilling, die Massendemokratie und alles, was sie mit sich bringt, unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen braucht, um wenigstens die Grundsubstanz des Kapitalismus zu retten. Aber diese Stimmung ist angesichts des Charakters der Reformen, der neuen »Technik«, nicht zuversichtlich. Der historische Ausgang der Reformen ist ungewiss. Wenn die Kapitalisten ihr Interesse richtig verstehen, dann müssen sie nach Wegen suchen, um wirklich tiefgreifende Krisen, wie etwa die Große Depression, zu vermeiden, und gleichzeitig muss die Mehrheit der Bevölkerung mit einem gewissen Sockel an Arbeitslosigkeit versöhnt werden. Die Reformen sollen den Kapitalismus bewahren, nicht aber ihn überwinden. In der Praxis lässt sich dies schwer austarieren.

Denn die Anstöße zur Herausbildung des Sozialstaates gehen nicht von einer weitblickenden Politik aus, sondern von Kriegen und Krisen. Wie sehr diese das Entstehen von Sozialsystemen begünstigt haben, lässt sich mit dem raschen Anwachsen beispielsweise des Anteils der Sozialversicherungsausgaben am Bruttosozialprodukt in allen entwickelten Industrieländern nach dem Ersten, vor allem aber nach dem Zweiten Weltkrieg (Hage u.a. 1989: 81) illustrieren. Diese sozialstaatlichen Folgen der beiden Weltkriege werden verstärkt durch die politischen Nachwirkungen der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre. Diese haben nicht nur andere Parteien mit anderen Programmen an die Macht gebracht. In der breiten Öffentlichkeit wurde vor allem eines deutlich: Der Kapitalismus neigt zu langanhaltenden Krisen. Alles, was die vorherrschende Neoklassik in der Weltwirtschaftskrise anzubieten hatte, also Lohnsenkungen, Kürzungen der Staatsausgaben, besonders aber der Sozialleistungen, die ganze Deflationspolitik vergrößerte nur das Desaster. Von »selbstheilenden Kräften des Marktes« redete außer einigen Verbohrten niemand mehr. Abwarten bringt keine Lösung, dies war die allgemeine Erkenntnis. Indem die neue unorthodoxe Expansionspolitik in den 30er Jahren in fast allen Fällen von Parteien verfolgt wurde, die bis dahin nicht die Regierung stellten, und da diese Partei-

en in den meisten Fällen von einer Welle der Abneigung gegen weitere Deflationspolitik an die Macht gebracht worden waren, verfügten die neuen Regierungen aufgrund dieser Legitimation über mehr politische Möglichkeiten. (Bleaney 1985: 81f.). So unterschiedlich die politischen Kräfte auch waren, die diese Wirtschaftsprogramme durchsetzten – es blieb die allgemeine Erfahrung, dass Politik die Arbeitslosigkeit beseitigen kann. Der Zweite Weltkrieg hat diese Einsicht verstärkt: Staatliche Planung, nun kriegsbedingt, konnte Vollbeschäftigung sichern. Die entwickelten Länder schienen reich genug, der Armut endgültig ein Ende zu setzen. Dieser Sachverhalt hat sich tief in das Bewusstsein des Volkes eingepägt. »Es ist zwar schwierig zu verallgemeinern« – schreibt Michael Bleaney – »aber insbesondere im größten Teil Europas hat sich ein bedeutender allgemeinerer Radikalismus herausgebildet. In Ländern, die von den Deutschen besetzt worden waren, stieg das Prestige der Linken im allgemeinen und der kommunistischen Parteien im besonderen wegen der Rolle, die sie im Widerstand gespielt hatten. In England und den Vereinigten Staaten trug die allgemeine Wahrnehmung einer nationalen Notlage und der Gemeinsamkeit des verfolgten Zieles zu einer Atmosphäre bei, in der das Streben nach privatem Profit außerordentlich antiquiert und unmoralisch erschien. Überdies gab es in vielen europäischen Ländern die allgemeine Einstellung, dass die alten herrschenden Klassen oder Teile hiervon sich durch Kollaboration, Beschwichtigung und Inkompetenz in Misskredit gebracht hatten. Die gesamte politische Situation war durch eine ausgeprägte Verschiebung nach links gekennzeichnet.

Zur selben Zeit war überall anerkannt, dass das Ende des Krieges eine einmalige Möglichkeit für einen neuen Start geschaffen hatte, indem die Traditionen und Voraussetzungen der Vorkriegsperiode wiederhergestellt, aber ebenso gut stillschweigend zur Seite gelegt werden konnten. In Ländern, die unter fremder Besatzung gewesen waren, verknüpften sich diese Vorstellungen mit der Wiederbelebung eines nationalen Selbstbewusstseins. In den anderen Ländern drückten sich diese Vorstellungen in der tiefen Entschlossenheit aus, nicht zu den 30er Jahren zurückzukehren. In diesen Ländern war die Staatsintervention im Wirtschaftsleben während des Krieges in einem einmaligen Ausmaß angestiegen; sie war allgemein erfolgreich und wurde politisch breit unterstützt. Aber wenn der Staat sich mit den Problemen der Kriegsplanung befassen konnte, dann konnte er sicherlich auch den Frieden planen. Das Ansehen der Staatsintervention und die Zuversicht, dass sie genutzt werden könnte, um der Rückkehr zu einem wirtschaftlichen Desaster im Frieden vorzubeugen, wurden durch diese Erfahrung sehr bestärkt.« (Bleaney 1985: 82)

Dieses allgemeine politische Klima sorgt nach dem Zweiten Weltkrieg in allen Ländern für den bereits erwähnten Sprung in der Sozialgesetzgebung. Was Politik, Konzeption und Theorie angeht, so ist England in vieler Bezie-

hung beispielhaft. Beveridge fasst die vorherrschenden Tendenzen zu einem politischen Ziel zusammen; die theoretische Grundlage bilden die Arbeiten von Keynes. Bei den politischen Zielen steht Folgendes zur Debatte: Auf dem Weg zum Aufbau eines besseren Nachkriegsengland muss der Angriff gegen die fünf Giganten Mangel, Krankheit, Unwissenheit, Schmutz und Untätigkeit geführt werden – wie dies im Beveridge-Plan heißt. (Beveridge 1942: 6) Dagegen malt die Kritik der Konservativen Partei am Beveridge-Plan die folgende düstere Aussicht: »Die Bereitstellung einer vollständigen sozialen Sicherheit durch den Staat kann nur verwirklicht werden zu Lasten der persönlichen Freiheit und dadurch, dass das Recht eines Individuums geopfert wird zu wählen, welches Leben es zu führen wünscht und welcher Beschäftigung es nachgehen sollte.« (Cockett 1995: 61) Damit sind die politischen Positionen abgesteckt – nicht nur für England und die Kriegs- und Nachkriegszeit, sondern für die Parteigänger des Wohlfahrtsstaates und für ihre neoliberalen Gegner insgesamt. (Der Gegenangriff wird 1944 von Hayek mit seinem »Weg in die Knechtschaft« eröffnet.)

Aber die eigentliche Frage nach der wirtschaftlichen Bedeutung des modernen Wohlfahrtsstaates ist damit noch nicht geklärt. Entscheidend ist die theoretische Interpretation des modernen, entwickelten Kapitalismus. Oder anders: Wie kann erklärt werden, dass – dies ist ja der ökonomische Kern des Wohlfahrtsstaates – vermehrter Massenkonsum zu Vollbeschäftigung führt? Und weiter: Welche tiefgreifenden Folgen muss diese Politik für die unternehmerische Autonomie und das Privateigentum haben, soll der Wohlfahrtsstaat kompromisslos verteidigt werden? Die Antwort auf diese Fragen erklärt gleichzeitig, unter welchen Bedingungen der Wohlfahrtsstaat nicht mehr durchgehalten werden kann. Dies ist politisch wichtig. Denn es sind ja durchgängig nicht die konservativen Wahlerfolge, die sein Ende einleiten, sondern umgekehrt: Indem es den sozialdemokratischen Regierungen nicht gelungen ist, die Voraussetzungen des Wohlfahrtsstaates durch Verteilungspolitik zu erhalten, lässt er sich nicht mehr aufrecht erhalten. Er wird unglaublich und mit ihm die Sozialdemokratie.

### Die ökonomische Theorie des Wohlfahrtsstaates

Die enge Verbindung zwischen wohlfahrtsstaatlichem Denken und keynesianischer Theorie wird im 24. und letzten Kapitel von Keynes' »Allgemeiner Theorie« deutlich. Es ist wichtig, dieses Kapitel, nämlich die »Schlussbetrachtungen über die Sozialphilosophie, zu der die Allgemeine Theorie führen könnten«, aufmerksam zu lesen, denn hier wird klar, dass diese theoretische Richtung etwa mit dem üblichen IS-LM-Schema der Lehrbücher nicht erfasst wird. Nichts beschreibt das wirklich Neue an der keynesianischen Theorie besser als folgende Passagen aus diesem Schlusskapitel: »Unsere Beweisführung führt

uns somit zu der Folgerung, dass in den gegenwärtigen Zuständen das Wachstum von Reichtum, weit davon entfernt, von der Enthaltbarkeit der Reichen abhängig zu sein, wie gemeinhin angenommen wird, wahrscheinlicher von ihr aufgehalten wird. Eine der hauptsächlichsten gesellschaftlichen Rechtfertigungen großer Ungleichheit des Reichtums ist daher beseitigt.« (Keynes 1936/1955: 315)

»Denn wir haben gesehen, dass bis zu dem Punkt, an dem Vollbeschäftigung vorherrscht, das Wachstum des Kapitals sich keineswegs auf einen niedrigen Hang zum Verbrauch stützt, sondern im Gegenteil von ihm zurückgehalten wird; und dass nur in Zuständen der Vollbeschäftigung ein niedriger Hang zum Verbrauch förderlich für das Wachstum von Kapital sein wird.« (Keynes 1936/1955: 314)

Damit ist die ökonomische Funktion der hohen Vermögen und Einkommen (der im modernen politischen Jargon so genannten Leistungsträger) in Frage gestellt und die Forderung nach einer politischen Korrektur der Einkommens- und Vermögensverteilung aufgeworfen. Denn das Wachstum des allgemeinen Reichtums, der Wohlfahrt, stützt sich in einem entwickelten Kapitalismus auf einen hohen Hang zum Verbrauch, und was liegt da näher, als den Hang zum Verbrauch durch eine Einkommenspolitik zu Gunsten des Wohlfahrtsstaates zu erhöhen?

Warum bestimmt nun – im Einzelnen – die Verteilung das Wachstum der Produktion? Die Antwort auf diese Frage ist entscheidend für die wirtschaftliche Begründung des Wohlfahrtsstaates. Folglich lässt es sich nicht vermeiden, diejenige Ausformung keynesianischer Wirtschaftstheorie darzulegen (auch wenn Wirtschaftstheorie immer etwas trocken und kompliziert ist), die den Wohlfahrtsstaat begründet. Dies ist für die Verteidigung des Sozialstaates wichtig und auch, um eingehender zu wissen, was die politische Rechte insgesamt an diesem Sozialstaat stört. Weiter kann eine genauere Kenntnis dieser Wirtschaftstheorie zeigen, mit welchen Problemen sich die Idee und die politische Realisierung des Wohlfahrtsstaates herumschlagen müssen, aus welchen Gründen er gefährdet ist, wie er durchgehalten werden kann.

Wenn der keynesianische Wohlfahrtsstaat auf mehr Massenkonsum setzt, dann ist damit behauptet, dass Arbeitslosigkeit und Armut in den entwickelten Industrieländern die Folge eines unzureichenden Konsums, eben von Unterkonsumtion sei. In der wissenschaftlichen und politischen Diskussion löst die Erwähnung von Unterkonsumtion nicht selten Reaktionen aus, denen es an Rationalität fehlt. Dies dürfte hauptsächlich den folgenden Grund haben: Mit dem Begriff wird behauptet, dass Armut in den Industrieländern angesichts des Standes der Produktivkraftentwicklung eigentlich vermeidlich ist, was Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen, unter denen produziert wird, auslöst und damit die Forderung nach Reformen. Um dem zu begegnen, wird argu-



mentiert, dass nur soviel Massenkonsum zugelassen werden kann, wie das marktgerechte Einkommen ermöglicht, weil sonst höhere Kosten die Beschäftigung mindern würden und, allgemein, die Dynamik des Systems zu Schaden käme, weil der disziplinierende Markt und seine Selektionsprinzipien fehlten. Die Dynamischen und Kreativen würden um ihren Lohn gebracht, so dass wirtschaftliche Dynamik abgelöst würde durch Sklerose, Erstarrung, Verweichlichung und Bevormundung.

Aber nicht nur die Rechte neigt zu Bedenken, wenn der Begriff Unterkonsumtion fällt. Auch die orthodoxere Linke kann sich zu solchen Theorien nicht verstehen. Grundlage der Ablehnung ist hier, was Engels (1894/1983: 266) im Anti-Dühring in der folgenden Weise zusammenfasst: Dühring erkläre die Krisen mit dem »Zurückbleiben der Volkskonsumtion«, mit der »künstlich erzeugte(n) Unterkonsumtion (...), was die Kluft zwischen Vorrat und Abnahme so kritisch weit« mache. Dem hält Engels entgegen, dass »die Unterkonsumtion der Massen, die Beschränkung der Massenkonsumtion auf das zum Unterhalt und zur Fortpflanzung Notwendige nicht erst eine neue Erscheinung« sei. Sie habe »bestanden, solange es ausbeutende und ausgebeutete Klassen« gebe. »Die Unterkonsumtion der Massen ist eine notwendige Bedingung aller auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaftsformen, also auch der kapitalistischen; aber erst die kapitalistische Form der Produktion bringt es zu Krisen. Die Unterkonsumtion der Massen ist also auch eine Vorbedingung der Krisen und spielt in ihnen eine längst anerkannte Rolle; aber sie sagt uns ebenso wenig über die Ursachen des heutigen Daseins der Krise, wie über ihre frühere Abwesenheit.« Die Antwort auf Engels' Frage lässt sich ganz in seinem Sinne in der folgenden Weise zusammenfassen: Solange die »ausgebeutete Klasse« bei schmaler Kost gehalten wird, die »ausbeutende Klasse« aber das materielle Ergebnis ihrer Ausbeutung zu *ihrer* Konsumtion macht oder zu Realkapital, solange also die Frage der Wertrealisierung, der effektiven Nachfrage gelöst ist, kommt es aus Gründen der Unterkonsumtion nicht zur Krise. Sicherlich vollzieht sich die Kapitalakkumulation im klassischen Kapitalismus der Kapitalrestriktion zyklisch; aber im überzyklischen Durchschnitt wächst die Industrie recht schnell: Das System ist abgesehen von periodischen Unterbrechungen in der Lage, seinen potentiellen Überschuss für die Bildung von Realkapital zu verwenden. Anders dagegen, wenn die Kapitalrestriktion überwunden ist. Dann fehlt den Investitionen die Dynamik der Industrialisierungsphase, und es ist die Frage gestellt, ob das Wirtschaftswachstum durch eine kompensierende Zunahme der Konsumgüternachfrage beschleunigt werden könnte. Oder formaler: Wenn der Konsum »der Masse« im Sinne der Reproduktionskosten der Arbeit ein Datum ist, dann ist nach den Bestimmungsgründen für die Variable »Investitionsgüternachfrage« gefragt. Wenn aber die tatsächliche Produktion anhaltend diejenige potenzielle Produktion unterschreitet, die an-

gesichts der vorhandenen ökonomischen Ressourcen möglich wäre und der Investitionsgüterbedarf angesichts des Entwicklungsstandes der Wirtschaft gegeben ist, dann ist danach gefragt, was den Massenkonsum zu einer Variablen machen, wie er gesteigert werden könnte.

Damit verbindet sich der Begriff der Unterkonsumtion mit den Entwicklungsetappen des Kapitalismus. (Schui 1999) Solange, wie die Arbeitsproduktivität und folglich die Differenz zwischen Produktionsergebnis und Lohn je Beschäftigten noch gering ist, der Bedarf an Realkapital im Verhältnis hierzu jedoch sehr hoch, ist Kapitalknappheit die Schranke für die Entwicklung des Systems. Diese Kapitalrestriktion kennzeichnet den klassischen Kapitalismus der nun industrialisierten Länder ebenso wie die Lage in den jetzigen Entwicklungsländern. Anders dagegen, wenn als Ergebnis einer säkularen Akkumulation die Arbeitsproduktivität einen sehr hohen Wert annimmt, die gesellschaftlichen Verhältnisse aber eine Steigerung des Massenkonsums verhindern: Dann ist der Mangel an Konsumgüternachfrage die Entwicklungsschranke des Systems. Unter dem Gesichtspunkt der Produktion von Überschuss (als Differenz zwischen Output und Massenkonsum) und seiner Absorption in Form von Realkapitalbildung durchläuft der Kapitalismus demnach die Etappen der Kapital- und nachfolgend der Nachfrage-, der Konsumrestriktion.

Was Unterkonsumtion ist, hat wohl Joan Robinson (1975: 71) in ihrer Charakterisierung der Theorie von den »reifen Volkswirtschaften« (den mature economies) am klarsten ausgedrückt. Sie schreibt: »Wenn in der Realität die Verteilung des Einkommens zwischen Arbeitern und Kapitalisten und die Sparneigung der Kapitalisten solche Werte annehmen, dass dies eine Akkumulationsrate erforderlich macht, die dasjenige Wachstum des Kapitalbestandes übertrifft, das dem technischen Stand angemessen ist, dann ergibt sich ein chronischer Überschuss des möglichen Angebotes von Realkapital im Verhältnis zur Nachfrage.« Damit sind die folgenden beiden Behauptungen formuliert: Für die Wachstumsrate des Realkapitalbedarfes existiert eine Obergrenze: Der Bedarf an Realkapital steigt nicht deswegen, weil durch Sparen reale wirtschaftliche Hilfsmittel für die Produktion von Realkapital bereitgestellt würden. Vielmehr ist eine Dämpfung der effektiven Nachfrage mit negativen Effekten auf Wachstum und Beschäftigung die Folge. Das Sparen ist durch die Einkommensverteilung bestimmt: Je höher der Lohnanteil und die Sozialstaatsabgaben der Unternehmen, um so höher der Anteil des (Massen-) Konsums an der Produktion.

Hieraus ergibt sich die Frage, ob trotz veränderter Bedingungen, so insbesondere einer größeren Bedeutung der Außenwirtschaft, die Verteilungspolitik erfolgreich angegangen werden kann bzw. ob sich – wie in drei Nachkriegsjahrzehnten – (wieder) eine Mehrheit für eine solche Politik herausbildet. Aber selbst, wenn sich auf diese Fragen keine positive Antwort ergibt, ist die Unter-

konsumtionstheorie als Erklärung von Armut bei – produktionstechnisch – möglichem Reichtum auch dann in die Debatte zu bringen, wenn die Bereitschaft für eine Politik, die dieser Theorie angemessen ist, nicht vorliegt und wenn gegebenenfalls auch noch nicht im Einzelnen geklärt ist, wie möglichen negativen Implikationen der Verteilungspolitik zu begegnen ist: Die Frage der Unterkonsumtion ist die gegenwärtige intellektuelle und politische Herausforderung. An sich wäre diese Feststellung trivial, wenn die Diskussion weniger von intellektueller Faulheit und politischer Voreingenommenheit beherrscht würde, so dass die Analyse unterbleibt, weil vermutet wird, dass die hierdurch nahegelegten politischen Schlüsse nicht praktikierbar, unbequem oder zu anstrengend sind, zum Handeln auffordern und dabei stören, sich häuslich in Resignation und Kollaboration mit den Neoliberalen einzurichten.

Für das theoretische Verständnis von Unterkonsumtion ist ein Vergleich zwischen Keynes' »Unterverbrauch« und Marx' Frage nach der Wertrealisierung nützlich. In der Klassik wird dieser Sachverhalt in recht unterschiedlicher Weise von Marx und Malthus, auf den sich dann später Keynes beruft, angesprochen. Auch wenn Marx den Begriff im Kapital nicht erwähnt (und Engels die genannten Vorbehalte hat), beide, Marx und Keynes, argumentieren ähnlich. Keynes' reformerische Lösung allerdings findet sich bei Marx nicht. Der Massenkonsum ist für ihn wie für Engels (unter Beachtung von sogenannten historischen und moralischen Momenten) auf die Reproduktionskosten der Arbeitskraft reduziert. Soweit es dennoch Bewegungen in der Verteilungsfrage gibt, setzt Marx allenfalls auf die Gewerkschaften; dem bürgerlichen Staat gegenüber ist er mehr als skeptisch. Die »moderne Staatsgewalt (ist) nur ein Ausschuss, der die gesellschaftlichen Geschäfte der gesamten Bourgeoisie verwaltet.« (Marx, Engels 1848/1977: 464) Für Keynes dagegen kann der demokratische Staat Verteilungspolitik zugunsten des Massenkonsums betreiben.

Marx begründet den Mangel an Konsumnachfrage folgendermaßen: Die Nachfrage der Kapitalisten nach Konsumgütern ist wegen ihres »Akkumulationstriebes« beschränkt, die der Arbeiter wegen der »antagonistischen Distributionsverhältnisse, welche die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft auf ein nur innerhalb mehr oder minder engen Grenzen veränderliches Minimum reduziert.« (Marx 1894/970: 254) Da zwischen dem Konsum als finalem Output und der Nachfrage nach Realkapital als intermediärem Input bestimmte Proportionen herrschen (die »Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige«), kann die Gesamtnachfrage geringer ausfallen als der maximale Output bei gegebenem Produktivkraftbestand. In diesem Zusammenhang ist zu betonen: Die »Proportionen«, oder in moderner Terminologie, die Input-Output-Relationen zwischen dem Finaloutput Konsum und dem intermediärem Input Realkapital sind nicht fix, sondern Gegenstand des technischen Fortschritts; sie reagieren bei Konsumschwäche nicht notwendigerweise kompen-

sierend; der Realkapitalbedarf nimmt nicht dann und deswegen zu, wenn und weil die Konsumgüternachfrage unzureichend ansteigt. Dies wird üblicherweise im Rahmen eines dynamischen Gleichgewichtes auf der Grundlage von Marx' Reproduktionsschemata erörtert. Die Gründe für die Störung des Gleichgewichtes sind allerdings durch die Argumente, die im Realisierungskontext genannt werden, zu vervollständigen (Beschränkung des Kapitalistenkonsums, Distributionsverhältnisse). Im Sinne von Marx steuert das System auf einen Widerspruch zu: »Je mehr sich (...) die Produktivkraft entwickelt, um so mehr gerät sie in Widerstreit mit der engen Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen.« (ebenda: 255) Sicherlich geht Keynes die Konsumfrage nicht mit diesen Begriffen an, schließlich findet er, dass der »marxistische Sozialismus (...) eine unlogische und langweilige Lehre« ist. (Keynes 1926: 26) Aber dennoch: Der Wirtschaftstheorie von Mill und seinen Nachfolgern hält er vor, dass sie »die Theorien des Unterverbrauchs« in den »Winterschlaf« versetzt hätten: »Ihre Methode war, das Problem vom corpus der Wirtschaftslehre abzuweisen, nicht indem sie es lösten, sondern indem sie es nicht erwähnten.« (Keynes 1936/1955: 308) Auch den Zusammenhang von Konsumausgaben und Einkommensverteilung (Marx' Distributionsverhältnisse und die Konsumtion der großen Masse der Gesellschaft) benennt Keynes. »Der Betrag, den das Gemeinwesen für den Verbrauch ausgibt, stützt sich offenbar (...) teilweise (auf) die Grundsätze, nach denen das Einkommen (...) verteilt wird.« (ebenda: 78) – oder deutlicher: »Die Ausgabenneigung (...) ist von vielen Faktoren beeinflusst, so von der Einkommensverteilung (...).«<sup>4</sup> (Keynes 1937: 219f.) Auf diese Grundsätze soll der Staat einwirken: »Der Staat wird einen leitenden Einfluss auf den Hang zum Verbrauch teilweise durch sein System der Besteuerung, teilweise durch Festlegung des Zinsfußes (...) ausüben müssen.« (Keynes 1936/1955: 318f.)

Marx und Keynes, dies ist zu unterstreichen, gehen nicht davon aus, dass der fehlende Konsum durch steigende Investitionen automatisch ausgeglichen würde. Marx weist – wie gesagt – auf die Proportionalität der Industriezweige hin, Keynes betont, »dass ein verhältnismäßig schwacher Hang zum Verbrauch dadurch beiträgt, Arbeitslosigkeit zu verursachen, dass er die Begleitung durch eine ausgleichende Menge neuer Investitionen erfordert, aber *nicht* erhält.« (Keynes 1955: 313) Die Frage nach der Kompensation eines unzureichenden Verbrauches durch neue Investitionen verweist wiederum auf die genannten Phasen kapitalistischer Entwicklung. In der Industrialisierungsphase wurde der »schwache Hang zum Verbrauch« durch den stürmischen Bedarf an Realkapital ausgeglichen. Dann kam es zur langen Stagnation der Weltwirtschaftskrise,

---

<sup>4</sup> »People's propensity to spend (as I call it) is influenced by many factors such as the distribution of income, their normal attitude to the future and – the probability in a minor degree – by the rate of interest.«

in der dieser Ausgleich nicht mehr gelungen ist, in der die Nachfragerrestriktion zur Entwicklungsbarriere des Systems wurde. Die Frage der Unterkonsumtion ist in dieser Zeit in der Wirtschaftswissenschaft sehr ausführlich diskutiert worden.<sup>5</sup> Diese intellektuelle Auseinandersetzung hat durchaus zur einstweiligen Lösung der Frage beigetragen, auch wenn zu betonen ist, dass sich ohne politische Aktion nichts dazu gewinnen lässt. Damit kommt es entscheidend auf die Gewerkschaften und das Parlament an. Die Einsichten der Unterkonsumtionstheorie bieten ihnen die Rechtfertigung, die Gewinnansprüche der Unternehmer durch höhere Löhne, Sozialabgaben und Steuern in Grenzen zu halten; denn nur so ist ein Nachfragemanagement als Voraussetzung für eine höhere Beschäftigung und für vermehrte öffentliche Dienste möglich.

Die theoretische Begründung der Unterkonsumtion und der Methoden ihrer Behebung machen bereits in Umrissen deutlich, dass der Wohlfahrtsstaat nicht einfach davon lebt, einen Teil des Gewinns in Massenkonsum umzuwandeln. Die Dinge liegen komplizierter, als der erste Eindruck dies offen legt. Denn tatsächlich schafft sich der politische Eingriff in die Eigentumsrechte an der Stromgröße Output, die Verteilungspolitik, diejenige zusätzliche Produktion, die sie zur Verwirklichung ihrer Wohlfahrtsziele benötigt: Denn obwohl die Verteilungspolitik gegen den Gewinn gerichtet ist, hat die Politik, wenn sich ein Gleichgewicht herausgebildet hat, den Output gesteigert, aber damit die Gewinnsumme nicht notwendigerweise geschmälert.

Dieser Sachverhalt lässt sich anhand der folgenden Überlegung leicht verdeutlichen: Unterstellt, der Umfang der ökonomischen Ressourcen (und damit die Produktionsmöglichkeiten) ist in der kurzen Frist gegeben und weiterhin die Lohn- und Sozialeinkommen und die Steuereinnahmen des Staates, was alles restlos für den Konsum ausgegeben werden soll. (Die Steuereinnahmen des Staates sollen ausnahmslos öffentlichen, wohlfahrtsstaatlichen Konsum finanzieren.) Dieser Konsum entscheidet darüber, in welchem Ausmaß die Ressourcen für die Herstellung von Konsumgütern des Massenbedarfs genutzt werden. Gäbe es keine weiteren Ausgaben, dann wären gesamtwirtschaftlich Output und Einkommen identisch mit dem Massenkonsum. Weder Sparen im Sinne von nicht konsumiertem Einkommen noch Gewinn würden entstehen.

---

<sup>5</sup> Vgl. hierzu den zusammenfassenden Artikel von King, J.E., Underconsumtion, in: Harcourt, G.C. und Riach, P.A. (Hrsg.), A »Second Edition« of the General Theory, London 1997, S. 415ff. (vgl. auch die dort referierte Literatur). Im Einzelnen ist zu erinnern an die zahlreichen Arbeiten von Bauer, O., und Sweezy, P., so v.a. in dessen Lehrbuch Theorie der kapitalistischen Entwicklung, Köln 1959, des Weiteren: Moszkowska, N., Zur Kritik moderner Krisentheorien, Prag 1935. Bedeutend ebenfalls Georgescu, Roegen, N., Mathematical Proofs of the Breakdown of Capitalism, in: Econometrica, Vol. 28, 2. April 1960, S. 225ff.

Entschließen sich dagegen die Unternehmer zu Investitions- und Konsumausgaben, dann steigt die Produktion in diesem Umfang an. (Dies solange, wie Ressourcen verfügbar sind.) Stellt man sich vor, dass die Kosten in Form des Masseneinkommens und der Steuern unverändert bleiben, so steigen nicht nur die Produktion und das gesamtwirtschaftliche Einkommen, sondern auch der Gewinn als Folge der gestiegenen Nachfrage der Unternehmer an: Der Gewinn ist jeweils so hoch wie die Ausgaben der Unternehmer. In der Realität müssten sicherlich Multiplikatorwirkungen beachtet werden: Denn werden mehr Investitionsgüter produziert, dann steigt die Beschäftigung und folglich das Masseneinkommen. Aber wenn ein neues Gleichgewicht zwischen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und dem gesamtwirtschaftlichen Angebot erreicht ist, dann gilt unverändert, dass der Gewinn so hoch ist wie die Ausgaben der Unternehmer. Denn zieht man vom Gesamtprodukt den Massenkonsum, das heißt die Kosten ab, dann verbleibt als Gewinn eine Summe, die identisch ist mit den Investitions- und Konsumausgaben der Kapitalisten. Dies lässt sich mit der sprichwörtlichen Formulierung ausdrücken, dass die Arbeiter ausgeben, was sie verdienen und die Unternehmer das verdienen, was sie ausgeben. Sind nun die Ausgaben beider Klassen so niedrig, dass Produktionsmöglichkeiten ungenutzt bleiben, und ist davon auszugehen, dass alle rentablen Investitionsmöglichkeiten ausgeschöpft sind und auch eine Senkung des Zinses die Investitionen nicht weiter steigern kann, dann bleibt als letztes Mittel, wenn zunächst von Staatsdefiziten und Exportüberschüssen abgesehen wird, nur eine Zunahme des Massenkonsums, damit alle Produktionsmöglichkeiten genutzt werden. Dies ist der Fall der Unterkonsumtion.

Unterstellen wir nun, dass die Löhne, Sozialabgaben oder Steuern zu Lasten der Gewinnbezieher erhöht werden. Da diese vermehrten Einnahmen unverzüglich zu Ausgaben werden, steigt die Nachfrage, die Produktion und das Ausmaß der Ressourcennutzung. Wird nun, dies ist die entscheidende Frage, der Gewinn um den Betrag niedriger ausfallen, um den Löhne, Sozialabgaben oder Steuern erhöht worden sind? Wenn die Unternehmer ihre Ausgaben unverändert lassen, wird auch ihr Gewinn konstant bleiben. Wenn sie sich aufgrund der gestiegenen Nachfrage zu höheren Investitionen entschließen, dann werden ihre Gewinne ansteigen. Zu finanzieren sind die Ausgaben der Unternehmer leicht. Wenn sie sich entschließen können, zusätzliche Investitionskredite aufzunehmen, werden ihre Investitionsausgaben und damit ihr Gewinn ansteigen können. Der gesamtwirtschaftliche Output aber ist wegen der Steigerung des Massenkonsums gewachsen, und dies nicht nur um den Betrag der Erhöhung der Löhne, Sozialabgaben und Gewinnsteuern, sondern um ein Vielfaches davon. Denn auch hier sind Multiplikatorwirkungen zu beachten: Werden vermehrt Güter des Massenbedarfs produziert, so steigt die Beschäftigung, folglich das Einkommen und die hieraus finanzierte Nachfrage, so dass, ana-

log zum Fall der Steigerung der Investitionsausgaben, der endgültige Produktionseffekt höher ist als die ursprüngliche Nachfragesteigerung. Was entscheidet nun unter diesen Bedingungen über die Einkommensverteilung? Die Summe aus Konsum- und Investitionsgüternachfrage bestimmt die Höhe der Produktion. Stehen die Investitionsausgaben fest, dann ist auch die Gewinnsumme bestimmt. Steht die Gewinnsumme fest und der gesamtwirtschaftliche Output, dann ist ebenfalls die Gewinnquote, das heißt die Einkommensverteilung, bestimmt. Unter den genannten vereinfachenden Annahmen ist daher die Gewinnquote stets so hoch wie die Investitionsquote. Sicherlich wird dieses Ergebnis modifiziert, wenn die Annahmen realitätsnäher sind, aber die Grundaussage bleibt unverändert. Diese Verteilungstheorie von Kaldor (1956) hat große Beachtung gefunden; sie verdient, in den Verteilungskonflikten wieder mehr Aufmerksamkeit zu bekommen.

Dass die Investitionsausgaben den Gewinn und auch das Sparen bestimmen, so dass ein hoher Zins, indem er die Investitionen senkt, auch das Sparen mindert (Keynes 1936/1955: 958), und dass nicht umgekehrt erst gespart werden muss, damit investiert werden kann, ist in der keynesianischen Literatur anerkannt. (Vgl. hierzu insbesondere Kalecki 1969/1987/1991; für den Nachweis, dass Lohnsenkungen einen Aufschwung nicht herbeiführen können, Kalecki 1987; für eine Lehrbuchdarstellung Bhaduri 1988.) Die Einzelheiten dieser Wirtschaftstheorie können hier nicht weiter dargestellt werden. Aber festzuhalten bleibt: Wenn der Output und die Beschäftigung durch die effektive Nachfrage bestimmt sind und wenn im entwickelten Kapitalismus die Investitionen ihre Obergrenze erreicht haben, bei niedrigem Massenkonsum die vollständige Nutzung der ökonomischen Ressourcen also nicht durch steigende Investitionen zu realisieren ist, dann kann es nur eine wirklich vernünftige Lösung der Frage geben, nämlich die vermehrte Nutzung der Produktionsmöglichkeiten für eine wachsende Massenwohlfahrt. Dies lässt sich nur durch eine Steigerung derjenigen Einkommen erreichen, die für die Unternehmen Kosten bedeuten, also durch Kosteneinkommen wie Lohn oder Gewinnsteuern. Dies beeinträchtigt, wie gesagt, die Gewinne solange nicht, wie die Unternehmer als Reaktion hierauf ihre Ausgaben nicht einschränken. Zwar sinkt der Stückgewinn, aber da mehr produziert wird, bleibt die Summe der Stückgewinne, der Gesamtgewinn, unverändert.

Für die Unternehmer ist allerdings eine andere Lösung interessanter. Zunächst könnten die Konsumausgaben aus Gewinneinkommen ansteigen. Sie haben auf den Gewinn dieselbe Wirkung wie private Investitionsausgaben. (Dies ist mit dem bereits verwendeten Schema aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung leicht nachzuvollziehen: Der Output ist gleich der Nachfrage. Die Differenz zwischen Output und Massenkonsum, den Kosten, ist Gewinn. Folglich ist die Summe aus Investitionsausgaben und denjenigen Konsumaus-

gaben, die nicht Massenkonsum sind, Gewinn.) Wenn dies nicht ausreicht und eine von außen kommende Erhöhung der Nachfrage unumgänglich ist, dann bleibt noch die Möglichkeit zusätzlicher Nachfrage aus Handelsbilanzdefiziten des Auslandes (das heißt aus binnenländischen Handelsbilanzüberschüssen) oder aus Staatsdefiziten. Beide Defizite haben die bekannten Multiplikatorwirkungen, aber für die Unternehmer insgesamt ist vor allem von Interesse, dass ihre Gewinne um das Volumen der Defizitausgaben ansteigen. Im Kontext der Gewinnrealisierung haben sie dieselbe Funktion wie Investitionsausgaben der Unternehmer.

### 3. Welche Politik?

Damit sind die Umriss der Wirtschaftspolitik des Wohlfahrtsstaates charakterisiert. Sie hat im Großen und Ganzen in den späten 1930er Jahren eingesetzt und wurde bis etwa zur Mitte der 1970er Jahre durchgehalten. Sicherlich konnte der Ausweg aus der Großen Depression nicht mit Verteilungspolitik gefunden werden. Denn nachdem in dieser Phase die Investitionen und folglich die Gewinne auf ein sehr geringes Niveau gefallen waren, hätte sich mit einer Steigerung der Löhne und der Gewinnsteuern nichts erreichen lassen. Nicht dass der geschilderte Zusammenhang von Masseneinkommen und Wachstum im Grundsatz nicht gegolten hätte: Das Problem bestand aber in der Investitionsneigung der Unternehmer. Würden diese, bei ohnehin schon niedrigen Gewinnen, ihre Investitionen durch vermehrte Kreditaufnahme aufrechterhalten, würden die Banken Kredite ausleihen oder doch alles auf eine weitere Senkung der Investitionsausgaben hinauslaufen? Angesichts dieses Risikos waren Staatsdefizite der einzig gangbare politische Ausweg, nachdem die Versuche, durch Währungsabwertung zu Exportüberschüssen zu kommen, schließlich ergebnislos blieben, weil die eine Abwertung die andere provoziert hat. Der Zweite Weltkrieg und die dann folgende Hochrüstung in der Ost-West-Auseinandersetzung haben dazu beigetragen, die Phase der Defizitpolitik zu verlängern. Ein wesentlicher Gesichtspunkt ist allerdings zu beachten: Von der theoretischen Konzeption her hätte nach Überwindung der Depression Verteilungspolitik zugunsten des Massenkonsums die Defizitpolitik ablösen müssen. Für diese klare und kompromisslose Haltung der Parlamentsmehrheiten und Regierungen fehlte allerdings in den überaus meisten Fällen der Mut und die Kraft, so dass mit wechselnder Betonung Defizitpolitik stets eine Rolle gespielt hat.

Wie das Verteilungsziel eigentlich auszusehen hätte und wie es theoretisch zu begründen ist, lässt sich auf der Grundlage von Joan Robinsons Begriff des »golden age« darstellen. Auf diese Weise lassen sich ebenfalls die Anforderungen deutlich machen, die das Wachstum der Arbeitsproduktivität stets aufs Neue



an die Verteilungspolitik stellt, oder, um den Sachverhalt negativ zu formulieren, unter welchen Bedingungen das Wachstum der Arbeitsproduktivität zu Arbeitslosigkeit führt. Ausgangspunkt dieser Überlegungen ist der Zustand der Vollbeschäftigung. Der Output ist bestimmt durch das rechnerische Produkt aus dem Produktionsergebnis je Beschäftigten (der Arbeitsproduktivität) und der Anzahl der Beschäftigten. Der Output wird nachgefragt in Form von Konsum- und Investitionsgütern. Damit dieser Vollbeschäftigungsoutput tatsächlich hergestellt wird, müssen die Konsum- und Investitionsgüternachfrage diesem Vollbeschäftigungsoutput entsprechen. Aus Gründen der Vereinfachung wird wieder unterstellt, dass der Lohn restlos konsumiert wird und dass es keinen Konsum aus Gewinneinkommen gibt. Dann ist wieder der Lohn gleich dem Konsum und der Gewinn gleich den Investitionsausgaben. Die Lohnquote als Anteil der Löhne am Wert der Gesamtproduktion ist identisch mit der Konsumquote (dem Anteil des Konsums an der Gesamtproduktion). Die Investitionsquote ist identisch mit der Gewinnquote.

Wir unterstellen nun ein Anwachsen der Arbeitsproduktivität. Bleibt die Beschäftigung unverändert, dann wächst der Output mit der Rate des Wachstums der Arbeitsproduktivität. Damit aber die Beschäftigung konstant bleiben, also weiter Vollbeschäftigung herrschen kann, muss der nun gestiegene Output nachgefragt werden. Bleibt der Lohn je Beschäftigten (der Lohnsatz) trotz der Steigerung der Arbeitsproduktivität unverändert, dann bleibt bei konstanter Beschäftigung die Lohnsumme und damit die Konsumgüternachfrage ebenfalls konstant. Die Lohn- bzw. Konsumquote aber ist wegen des gestiegenen Outputs gesunken. Soll dennoch der nun höhere Output nachgefragt werden, dann müssen die Investitionsausgaben kräftig ansteigen. Die Investitionsquote muss ansteigen, bis sie die gesunkene Konsumquote ausgeglichen hat. Bei Mangel an Realkapital und einer entsprechenden Investitionsbereitschaft ist ein solcher Ausgleich möglich. Wenn es aber für die Unternehmer keine Veranlassung gibt, ihre Investitionsausgaben so sehr zu steigern, dass die mangelnde Konsumgüternachfrage vollständig durch die steigende Investitionsgüternachfrage ersetzt wird, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage also unverändert bleibt, dann sinkt die Produktion, weil die Nachfrage zu gering ist. Die relativ zur Gesamtnachfrage überschüssigen Leute werden entlassen. Dann hätten technische oder organisatorische Neuerungen zwar die Effizienz der Arbeit gesteigert, die Armut einer größeren Anzahl von Erwerbslosen aber wäre das Ergebnis.

Dass dies mit den Erfordernissen einer praktischen Vernunft nicht in Einklang ist, liegt auf der Hand. Denn eine isolierte Bauernwirtschaft beispielsweise, der es gelingt, ihre Arbeitsproduktivität zu steigern, hat als Ergebnis ihres technischen Fortschritts einige recht angenehme Wahlmöglichkeiten: Bleibt das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden unverändert, lässt sich der

Konsum steigern; wird das Arbeitsvolumen mit derselben Rate gesenkt, mit der die Arbeitsproduktivität gestiegen ist, ist Arbeitszeitverkürzung bei vollem Konsum- und damit Lohnausgleich das Ergebnis. Ebenfalls sind Kombinationen zwischen beiden Varianten möglich und weiterhin, dass ein Teil der zusätzlichen Produktion für die bessere Versorgung der Personen, die nicht mehr arbeitsfähig sind, verwendet wird oder dafür, beispielsweise eine Schule einzurichten, das heißt, einen Lehrer zu unterhalten, der zur Produktion unmittelbar nichts beiträgt. Die letztgenannten Beispiele verdeutlichen bereits, dass vom Grundsatz her der technische Fortschritt, die steigende Arbeitsproduktivität, die Basis sind für den Wohlfahrtsstaat, für den zivilisatorischen Fortschritt allgemein. Eine nicht kapitalistische, sondern planvoll geleitete Wirtschaft kann ohne nennenswerte Konflikte zu diesem Ergebnis kommen; der – historisch begründete Einwand – ist allerdings, ob es dieser Wirtschaft gelingt, zu einer im Verhältnis zu ihrem politischen Programm hinreichenden Steigerung der Arbeitsproduktivität zu kommen. Dieser Einwand gegen eine Alternative verliert jedoch um so mehr an Bedeutung, als es dem Kapitalismus offenbar zunehmend nicht mehr gelingt, das Wachsen der Arbeitsproduktivität für eine vermehrte Wohlfahrt zu nutzen. Die Politik müsste sich, um das oben begonnene Beispiel weiterzuführen, im Prozess des Wachstums der Arbeitsproduktivität entschieden in die Verteilung einmischen.

Wenn die Investitionsgüternachfrage im Rahmen des Wachstums der Arbeitsproduktivität nicht hinreichend ansteigt (die Investitionsquote sich nicht erhöht) und einen Ausgleich für die stagnierende Konsumnachfrage schafft, dann ist es Aufgabe der Verteilungspolitik, ein Sinken der Nachfrage und folglich der Beschäftigung durch ein Wachstum des Konsums zu verhindern. Robinsons »golden age« kann als theoretischer Referenzpunkt die wesentlichen Eigenschaften dieser Politik charakterisieren. Damit sind zwei Aspekte angesprochen, nämlich die effektive Nachfrage und die Kapitalrentabilität.

1. Die Nachfrage. Wenn, wie gezeigt, der Output bei Vollbeschäftigung mit der Rate des Wachstums der Arbeitsproduktivität ansteigen kann, wenn aber Lohnsatz, Lohnsumme und Konsumgüternachfrage konstant bleiben und damit die Konsumquote sinkt, dann muss die Investitionsquote ansteigen, damit dieser potentiell höhere Vollbeschäftigungsausgang seine Nachfrage findet. Die Erfahrungen in den entwickelten Industrieländern gehen aber dahin, dass die Investitionsquote im längerfristigen Durchschnitt um etwa 25 Prozent schwankt, aber keinen aufwärts gerichteten Trend aufweist. Folglich darf aus Gründen der Nachfrage die Konsumquote nicht absinken. Sie muss, wenn die Investitionsquote konstant bleibt, ebenfalls konstant bleiben. Beide Quoten bleiben dann konstant, wenn die Konsum- und die Investitionsausgaben jeweils mit der Rate des Wachstums der Arbeitsproduktivität ansteigen. Nun sind die Konsumausgaben so hoch wie die Lohnsumme. Folglich muss der Reallohn mit der Rate

der Arbeitsproduktivität wachsen, damit, wenn einmal Vollbeschäftigung erreicht ist, diese bei steigender Arbeitsproduktivität aufrecht erhalten werden kann. (Noch zu Ende der 1960er Jahre war dieses Verteilungsziel allgemein als »kostenniveauneutrale« Lohnpolitik akzeptiert.)

2. Die Kapitalrentabilität: Die Investitionsausgaben sind identisch mit dem Gewinn. (Die Unternehmer verdienen, was sie ausgeben.) Es ist einigermaßen realistisch, von einer konstanten Relation Output/Kapitalbestand (von einem konstanten Kapitalkoeffizienten) auszugehen. Wenn aber das Verhältnis des Gesamtoutputs zum Kapitalbestand konstant ist, und wenn ein konstanter Anteil dieses Outputs Lohnkosten sind, dann bleibt ebenfalls die Relation Gewinn/Kapitalbestand unverändert. Wir haben es also mit einer konstanten Kapitalrentabilität zu tun.

Sicherlich lässt sich dieselbe Lohnpolitik auch für den Fall der Unterbeschäftigung diskutieren. Wenn der Reallohn mit der Rate der Arbeitsproduktivität steigt, dann kann unter den gegebenen Annahmen das Arbeitsvolumen wenigstens konstant gehalten werden. Robinson bezeichnete dies als »hinkendes goldenes Zeitalter« (limping golden age). Soll in dem hier dargestellten theoretischen Kontext die Arbeitslosigkeit durch Reallohnsteigerungen vermindert werden, muss der Reallohn rascher als die Arbeitsproduktivität steigen. Wie gesagt, um in der Großen Depression der 1930er Jahre den Aufschwung einzuleiten, wäre dies wahrscheinlich keine angemessene Politik gewesen. Hier waren Staatsdefizite die sichere Initialzündung. Aber wenn, wie in den letzten Jahrzehnten, die Ertragslage günstig ist, hat die Verteilungspolitik zur Senkung der Arbeitslosigkeit recht gute Chancen. Diesen Fragen aber soll hier nicht weiter nachgegangen werden.

Als ein letzter Schritt ist in dieses System nun noch das Konzept des Wohlfahrtsstaates einzuordnen. Im Grundsatz bedeutet dies lediglich, dass der Konsum und sein Wachstum zu spezifizieren sind. Als groben Anhaltspunkt kann man sich zunächst vorstellen, dass die Steuer- und Abgabequote, die der Finanzierung des öffentlichen Konsums dient – genauer: des öffentlichen Konsums für wohlfahrtsstaatliche Zwecke –, konstant ist. Dann steigt der Umfang dieser Staatsausgaben mit derselben Rate wie die gesamtwirtschaftliche Produktion, unter den Annahmen des »golden age« also mit der Rate der Arbeitsproduktivität. Ein konstanter Anteil der Konsumtion insgesamt ist nun für das politische Ziel des Wohlfahrtsstaates vorgesehen.

Aber diese Proportion zwischen privatem und öffentlichem Massenkonsum ist nicht zwingend. Es ist eine Frage der politischen Abstimmung, was am ehesten die allgemeine Wohlfahrt erhöht. Es kann durchaus das Ergebnis einer gesellschaftliche Übereinkunft sein, den öffentlichen Konsum rascher und den privaten langsamer als die Arbeitsproduktivität steigen zu lassen. Auch Umweltgesichtspunkte können zu dieser Entscheidung führen. Denn dem Kon-

zept »Vollbeschäftigung durch Steigerung der effektiven Nachfrage« wird nicht selten entgegengehalten, dass diese Politik eine Zunahme des materiellen Verbrauchs mit sich bringen müsste, der gesamte Ansatz nichts weiter sei als eine vorzeitliche Methode, die aus ökologischen Gründen abzulehnen sei. Arbeitslosigkeit sei der Preis für die Bewahrung der Umwelt. Diese Überlegungen werden gerne mit dem Argument der »Sättigung« verknüpft, aber soweit diese These ernsthaft vertreten wird, ist stets von Sättigung bei gegebener Einkommensverteilung die Rede.

Die Kritik an der Nachfragepolitik aus Umweltgründen wird dann gegenstandslos, wenn klarere Vorstellungen zum Staatskonsum herrschen. Denn soweit dieser die Form öffentlicher Theater, Bibliotheken, Kinos annimmt oder öffentlicher sozialer Dienste, besserer Schulen und Universitäten, dann beeinträchtigt er die Umwelt nicht. Nimmt der Anteil des kollektiven Konsums an der Gesamtkonsumtion aus diesen oder anderen Gründen zu, dann schichtet sich im Zuge der wachsenden Arbeitsproduktivität die Arbeit um: Immer weniger Arbeit dient der materiellen Produktion, immer mehr den öffentlichen Grasdienstleistungen für die Bürger. Die immer produktivere Arbeit im Bereich der materiellen Produktion ermöglicht es, eine immer größere Anzahl von Menschen zu ernähren, die im Bereich der »unproduktiven« öffentlichen Dienstleistungen tätig sind. Die Idee des Wohlfahrtsstaates und das Prinzip der effektiven Nachfrage steht und fällt also nicht mit dem Umfang der materiellen Produktion. Damit ist auch in Umrissen die Frage beantwortet, ob denn angesichts der steigenden Produktivität der Gesellschaft die Arbeit ausginge. Wenn wirklich aller öffentlicher und privater Bedarf einigermaßen zufriedengestellt ist, dann könnte der Gesellschaft schließlich die Arbeit ausgehen, aber dies wäre nicht ein Synonym für Elend, sondern für Wohlfahrt. (Es ließe sich auch argumentieren, dass in einem solchen Stadium die Grenze zwischen Arbeit und Tätigkeit fließend würde, was die Frage nach der Arbeit und danach, ob denn genug davon da sei, gegenstandslos macht.) Aber diese vagen Konturen einer fernen Zukunft sind hier nicht weiter auszumalen.

Entscheidend für die Verknüpfung von Wohlfahrtsstaat und Vollbeschäftigung ist, dies sollte anhand des »golden age« deutlich geworden sein, die Verteilung des Gesamteinkommens. Überlässt man diese Verteilung allein den Kräften des Marktes, ist es eher eine Sache des Zufalls, ob die richtigen Proportionen erreicht werden. Politik ist also gefragt, und damit die Tarifpolitik der Gewerkschaften und die Steuer- und Abgabenpolitik des Staates. Beide müssen die Aufgabe wahrnehmen, die für die Vollbeschäftigung angemessene Höhe des Konsums im Verteilungskonflikt durchzusetzen. Die Abstimmung der Tarif- und Steuerpolitik bestimmt dann, in welchen Proportionen der Gesamtkonsum auf den öffentlichen und privaten Konsum aufgeteilt wird. Aber nicht nur das ist wichtig. Entscheidend ist, dass Klarheit herrscht über die Kon-

fliktlinie. Die Gegner sind die Unternehmer auf der einen und die Parlamente und Gewerkschaften auf der anderen Seite. Dies folgt aus der unterschiedlichen Interessenlage: Die Unternehmer wünschen, das Ergebnis einer steigenden Arbeitsproduktivität als zusätzliche Stückgewinne zu realisieren, die Neigung des Systems zur Unterkonsumtion erfordert dagegen, bei Vollbeschäftigung die überkommenen Verteilungsproportionen beizubehalten oder, im Falle von Unterbeschäftigung, den Konsumanteil allmählich zu erhöhen. Folglich kann die Politik von der Sache her nur gegen das Interesse der Unternehmer gerichtet sein. Hierbei ist die gewerkschaftliche Tarifpolitik traditionell auf den Konflikt mit den Unternehmern aus. Die Einnahmen des Staates resultieren aber sowohl aus Gewinn- als auch aus Massensteuern. Die Abstimmung der ökonomischen Aggregate für den Wohlfahrtszweck macht dagegen eine Steuerpolitik notwendig, die sich gegen die Unternehmer richtet. Eine veränderte Verteilung innerhalb des Massenkonsums hat keine Wirkung auf die Aggregate Konsum und Investitionen. Es ist also leicht einzusehen, dass Losungen wie »Sozialismus in einer Klasse« oder Solidarität (was die Unternehmer ja nicht einbezieht) nichts zur Lösung der Frage beitragen.

Deutlich wird hier ebenfalls, wie es zu Konflikten innerhalb der Allianz zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie kommen kann. Die Parlamentsmehrheit kann aus Schwäche, aus Mangel an Einsicht oder auch nur, weil sie meint, dass sie ihre Aufgabe zufriedenstellend gelöst hätte, wenn alle Sozialhaushalte finanziert sind – aus welcher Quelle auch immer –, die Massensteuern erhöhen. Es bleiben dann nur noch die Gewerkschaften als einzige Kraft, um die Verteilungsauseinandersetzung zu führen. Diese müssten höhere Bruttolöhne durchsetzen, um den Zuwachs der Massensteuer zu Gewinnsteuer werden zu lassen. Das ganze Arrangement wird dann allerdings erlebt als ein Verteilungskonflikt, der gegen die Unternehmer gewonnen worden ist, dessen materielles Ergebnis aber vom Staat zu einem großen Teil wieder abgeschöpft wird. Unter solchen Bedingungen kann die neoliberale Losung von der »Beraubung der Privaten durch den Staat« allgemein glaubwürdig werden. Am ehesten ist demnach Verteilungspolitik in einer Demokratie legitimiert, wenn die Fronten offengelegt sind und die Konflikte am richtigen Ort ausgetragen werden und nicht zwischen kompromisslerischen sozialdemokratischen Regierungen und konfliktbereiten Gewerkschaften.

Aber was auch immer der Verwirklichung des Wohlfahrtsstaates entgegensteht, eines kann er für sich in Anspruch nehmen: Er wird nicht zu Lasten der Investitionen oder der Gewinne finanziert. Vielmehr wird durch die Verteilungspolitik eine Nachfragerücke vermieden und dadurch ein Absinken von Produktion und Einkommen: Die materielle Absicherung des Wohlfahrtsstaates besteht aus derjenigen Produktion beziehungsweise aus demjenigen Einkommen, das *nicht* entstehen würde, wenn die Verteilungspolitik *unfähig* wäre, die Nach-

fragelücke zu *verhindern*. Die Zunahme des öffentlichen Konsums hat ihre ökonomische Basis darin, dass das Wachstum der Arbeitsproduktivität im entwickelten Kapitalismus sich nicht im Verlust von Output und Beschäftigung äußert, sondern in dessen Nutzung für die allgemeine Wohlfahrt.

Wenn dies die theoretischen, die ökonomischen und politischen Voraussetzungen sind für den Wohlfahrtsstaat, dann bekommt Wagners Gesetz von der zunehmenden Staatstätigkeit eine andere Wendung: Es ist dann nicht Ausdruck einer »Eigengesetzlichkeit« der Idee, sondern ergibt sich aus dem Moment des Verteilungskonfliktes zur Nutzung der Arbeitsproduktivität für mehr kollektiven Massenkonsum. In der Tat wird der Staat damit, wie Wagner dies ausdrückt, »immer mehr Cultur- und Wohlfahrtsstaat in dem Sinne, dass grade seine Leistungen auf dem Gebiete des Cultur- und Wohlfahrtszwecks sich beständig mehr ausdehnen und mannigfaltigen Gehalt gewinnen.« (Wagner 1893: 888) Der »Rechts- und Machtzweck des Staates« tritt gegenüber diesen Aufgaben zurück, aber er verschwindet damit nicht. Denn die politische Macht, die Einkommensverteilung zu regulieren, die Steuern und Abgaben mit Zwangsmitteln durchzusetzen, bleibt die Grundlage des Wohlfahrtsstaates. Diese Frage lässt sich mit der sogenannten Zivilgesellschaft nicht lösen. Mit dem Anwachsen der öffentlichen Leistungen ist auch die wichtige Frage nach deren Organisation gestellt. Dies ist neu und eine Herausforderung. So ist zu entscheiden, welche öffentlichen Leistungen am meisten zweckmäßig, welche Formen der Organisation am wirksamsten sind. Soll eine zentralisierte Verwaltung die öffentlichen Leistungen organisieren oder ist mehr auf selbstverwaltete Körperschaften (mit wessen Mitspracherechten) zu setzen? Fehler, die dann genutzt werden, um den Entwurf insgesamt in Frage zu stellen, sind unvermeidlich. Die Organisation der öffentlichen Dienste ist hier im Einzelnen nicht zu erörtern, aber fest steht, dass der Staat ein anderes Gesicht haben muss als derjenige, der sich im »Rechts- und Machtzweck« erschöpft. Ohne Demokratie wird dies nicht gehen, aber über ihre konkrete Ausformung ist damit noch wenig gesagt.

Der moderne Wohlfahrtsstaat wird also nicht einfach aus der Idee heraus Wirklichkeit, sondern aus dem Verteilungskonflikt, der seine Logik aus makroökonomischer Theorie herleitet. Damit ist die Verteilung nicht unmittelbar eine Sache der Fairness und »fair teilen« eine gewerkschaftliche Forderung, die sich dem Vorwurf aussetzt, Wirtschaftstheorie durch Gerechtigkeitserwägungen ersetzen zu wollen. (IGM 2000) Allemal ist Hinweisen auf Ethik zu misstrauen: Zumeist erfolgen sie zu früh, noch bevor geklärt ist, welche Folgen welche Verteilung haben wird. Schließlich würde Fairness für Neoklassiker vollständige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt bedeuten; denn wenn es keinen Flächentarifvertrag, kein Angebotsmonopol der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt gibt, dann, so die Neoklassiker, gibt es keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit.

keit. Es ist dann nur fair gegenüber den Arbeitslosen, auf den Flächentarifvertrag zu verzichten. Für die hier vorgestellte Ausformung der keynesianischen Theorie wäre es nur fair, wenn die Unternehmer derjenigen Verteilung zustimmen würden, die Vollbeschäftigung ermöglicht. Folglich sollte von Ethik erst dann die Rede sein, wenn der objektive Zusammenhang zwischen Verteilung und Wohlfahrt geklärt ist. Damit bleibt die Ethik im Spiel, aber sie verbindet sich mit der ökonomischen Theorie. Das Recht auf Arbeit, auf die Freiheit von Not, auf die Beseitigung des öffentlichen Skandals ungenützter Hilfsquellen, wie Keynes dies nannte, dieses Recht ist ethisch begründet, aber wie dieses Recht zur Geltung gebracht werden kann, das ist eine Frage der theoretischen Einsichten und der Bereitschaft zum Konflikt.

#### 4. Das Unbehagen am Wohlfahrtsstaat

Das Konzept des Wohlfahrtsstaates könnte, wenn seine bedeutenden gesellschaftlichen und politischen Aspekte nicht erwähnt werden, zur Vorstellung führen, dass alle gesellschaftlichen Klassen sich auf dieses Konzept verständigen könnten. Es könnte als Klassenkompromiss verstanden werden. Denn wenn die Politik die Gewinnsumme aus den genannten Gründen nicht belastet, dann, so könnte das Argument lauten, ließe sich dieser Kompromiss auch von den Unternehmern eingehen. Schließlich, so wäre fortzufahren, steigern ein geringer Lohnsatz und mäßige Abgaben an den Staat den Gewinn insgesamt solange nicht, wie der mögliche Überschuss nicht als Investitionsgüter nachgefragt wird. Für eine Nachfragepolitik spräche hier, dass die Stärkung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage den Absatz sichert, die Risiken der Auslastung der Produktionsanlagen verringert und damit das Investitionsrisiko. Auch für die Unternehmer, so weiter, wäre nichts dazu gewonnen, wenn zwar immer mehr immer billiger produziert würde, wenn es aber für diese Produktion zuwenig Käufer gäbe.

Aber diese Überlegungen sind unvollständig, solange nicht einige langfristige Folgen des Konzeptes mitbeachtet werden. Eine wesentliche Charakteristik des Konzeptes ist die allgemeine Auffassung und die politische Übereinkunft, dass die Kräfte des Marktes und des Wettbewerbs bei weitem nicht hinreichen, zur Vollbeschäftigung und zu einer Nutzung der Arbeitsproduktivität für einen höheren Lebensstandard zu kommen. Die Politik, die dies erreichen kann, überlässt die Einkommensverteilung nicht der Konkurrenz und den Wirkungen, die vom Privateigentum an den Produktionsmitteln auf die Verteilung ausgehen, sondern regelt die Eigentumsrechte an der Stromgröße Output durch Gesetz und Tarifverträge. Aber nicht nur dies beschränkt die Autonomie der Unternehmer. Die Politik zielt auf eine Steigerung, wenigstens aber Versteti-

gung der Investitionsausgaben ab. In der Praxis hat dies gesamtwirtschaftliche Investitionsplanung bedeutet. Überdies hat die Politik, indem sie eine Steigerung der Investitionen durch niedrige Zinsen angezielt hat, das Einkommen der Geldvermögensbesitzer, der Rentiers, gesenkt. All dies war die immanente Logik des Gesamtkonzeptes. Keynes hat dies sehr freimütig dargestellt, und die Parteien und Gewerkschaften haben in ihrer Programmatik und Politik keinen Zweifel daran gelassen, dass sie dieser Logik folgen wollen.

In seiner Allgemeinen Theorie schreibt Keynes, »dass eine ziemlich umfassende Verstaatlichung der Investitionen« (Keynes 1936/1955: 319) zum Erfolg führen könne und dass die Politik niedriger Zinsen »den sanften Tod des Rentiers« (Keynes 1936/1955: 137) bedeute. Notwendig wird diese politische Verstetigung der Investitionen, weil die erwartete Rentabilität der Neuanlage von Kapital offensichtlich stark schwankt (Keynes redet von einem periodischen Zusammenbruch der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals), besonders aber dann, wenn zur Steigerung der Beschäftigung die Lohnquote erhöht wird, was die Kapitalrentabilität senkt. Aus diesen Gründen ist über die Investitionen politisch zu entscheiden, also unabhängig von den subjektiven Ertragsersparungen. Und sind die Investitionsausgaben verstetigt, so logischerweise auch die Gewinne. Diese aber werden durch die Zinspolitik anders verteilt: Es steigt der Anteil des unternehmerischen Profits zu Lasten der Rentiereinkommen. Auch dies ist ein Aspekt der Verteilungspolitik, hier mit der Absicht, durch mehr Eigenmittel und niedrigere Kreditkosten die Investitionen zu erhöhen. Mit diesen politischen Maßnahmen allerdings soll es im Sinne von Keynes sein Bewenden haben. Eine Verstaatlichung der Unternehmen zielt er nicht an. Die »Verstaatlichung der Investitionen« bedeutet für Keynes nicht die staatliche »Aneignung der Erzeugungsgüter«. (Keynes 1936/1955: 319)

Eigentlich hätte dies die Unternehmer – nicht aber die Rentiers – besänftigen müssen, aber sei es, dass ihnen abstraktes Denken im Rahmen von makroökonomischer Theorie zu mühselig war, oder sei es, was wahrscheinlicher ist, dass sie der politischen Investitions- und Gewinnverstetigung misstrauten, so recht anfreunden konnten sie sich mit dem neuen Stil der Politik nicht. Denn es stand ja nicht nur zur Wahl, etwas Entscheidungsautonomie bei den Investitionen und bei der Einkommensverteilung gegen sichere und verstetigte Gewinne einzutauschen. Was vor allem störte, waren die politischen Programme, deren Aufkommen Keynes' Theorie mit angeregt hatte. Diese Programme zielten nicht nur auf eine politische Regelung des Eigentums an der Stromgröße Output, hier ging es um das Eigentum an den Erzeugungsgütern, an den Produktionsmitteln selbst. Schon allein die Begründung für die Verstaatlichung musste Sorge aufkommen lassen: Denn die Aufmerksamkeit wird auf einen, auch historisch, sehr wichtigen Aspekt des Verhältnisses zwischen Staat und privater Wirtschaft gelenkt. Die grundlegende Einsicht in all diesen Programmen ist, dass der Staat



zur Beute der Privatwirtschaft, genauer, der Großkonzerne, werden kann. Dies ist deswegen zu unterstreichen, weil der Neoliberalismus seit den 1960er Jahren Theorien entwickelt, die einen umgekehrten Sachverhalt behaupten: Der Staat sei zur Beute – wahlweise – einer tyrannischen Bürokratie oder wohlorganisierter Interessen (gemeint sind stets die Gewerkschaften) geworden.

Die programmatische Figur des Staates als Beute der Privatwirtschaft hat ihre Grundlage in den Erfahrungen, die im Faschismus gemacht worden sind. (Die Nürnberger Prozesse haben vieles davon nochmals einer breiten Öffentlichkeit vorgeführt.) Die Konzerne und Unternehmensgruppen waren eine enge Symbiose mit dem Faschismus eingegangen; sie hatten keine Skrupel, maßgeblich zur Beseitigung der Demokratie beizutragen. (Später verfielen sie darauf, diese Zeit als eine Epoche der »Kommandowirtschaft« darzustellen, unter der die unternehmerische Freiheit, ähnlich wie in den sozialistischen Ländern, gelitten hätte. – Die Wahlspenden an die NSDAP vor 1933 werden allerdings nicht in dieser Weise interpretiert.) Im Ahlener Programm der CDU von 1947, das noch ganz von diesen Erfahrungen geprägt ist, heißt es, dass die »Zeit vor 1933 zu großen Zusammenballungen industrieller Unternehmungen« geführt habe. »Die zu dem engen Kreis der Vertreter der Großbanken und der großen industriellen Unternehmungen gehörigen Personen hatten infolgedessen eine zu große wirtschaftliche und damit zu große politische Macht.« (CDU 1947) Dies könne »die Freiheit im Staate gefährden«; Bergbau und eisenschaffende Industrie seien zu verstaatlichen. Eine ähnliche Begründung für Verstaatlichung findet sich im Godesberger Programm der SPD von 1959: »Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluss auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht.« (SPD 1959) Fast gleichlautend der entsprechende Abschnitt noch im DGB-Grundsatzprogramm von 1981: »Eines der charakteristischen Merkmale der Industriegesellschaft ist der fortschreitende Konzentrationsprozess der Wirtschaft, der in den Großunternehmen und Unternehmensgruppen zu einer Machtzusammenballung ungewöhnlichen Ausmaßes führte. Damit wächst die Gefahr des Missbrauchs wirtschaftlicher Macht – zu wirtschaftlichen, aber auch zu politischen Zwecken sowohl im nationalen wie im internationalen Bereich – ständig. Der demokratische Staat hat die Pflicht, diesen Missbrauch zu verhindern.« (DGB 1981) Wenn Sozialdemokraten und Gewerkschaften diese Positionen vertreten, dann ist damit angesichts des Grundgesetzartikels 20 – »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volk in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt« – behauptet, dass die Unternehmer mit ihrer Neigung, sich politische Macht widerrechtlich anzueignen, auf Verfassungsbruch aus sind. Auch in diesem Licht sind die Forderungen nach Verstaatlichung zu sehen. Sicherlich spielen bei den Verstaatlichungen der

Nachkriegszeit auch sehr pragmatische Gründe eine Rolle. Sie wurden oft damit begründet, dass es ohne Verstaatlichung nicht möglich sei, die Produktion wieder in Gang zu setzen und die Produktionsanlagen zu modernisieren. Diese Maßnahmen konnten auch deshalb legitimiert und von den Konservativen aktiv vertreten werden, weil – Frankreich ist hierfür ein gutes Beispiel – die vormaligen Besitzer sich politisch durch ihre Kollaboration mit dem Feind desavouiert hatten.

In der politischen Programmatik der Folgezeit dominiert das Ziel einer besseren Planung der Wirtschaft, was Verstaatlichungen ausdrücklich einschließt. Die Präambel des DGB-Grundsatzprogramms von 1981 will folglich offen halten, welche Wirtschaftsordnung zu wählen ist: Das Grundgesetz treffe keine Entscheidung für eine bestimmte Wirtschaftsordnung; das Sozialstaatsgebot fordere eine an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. In wörtlicher Übereinstimmung mit dem Artikel 14 (2) und (3) des Grundgesetzes wird betont: »Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch muss dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden.« Nachdem dann die Mittel zur politischen Investitionslenkung dargestellt worden sind, wird im Abschnitt »Öffentliche und freie Gemeinwirtschaft« unterstrichen: »Die Gewerkschaften fordern die Erhaltung und Ausweitung des öffentlichen Besitzes an wirtschaftlichen Unternehmen und seine Weiterentwicklung zu einem sinnvollen System öffentlicher und öffentlich gebundener Unternehmen.« (DGB 1981)

Ebenso deutlich äußert sich die SPD in ihrem Godesberger Programm: »Gemeineigentum ist eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle, auf die kein moderner Staat verzichtet. Sie dient der Bewahrung der Freiheit vor der Übermacht großer Wirtschaftsgebilde. In der Großwirtschaft ist die Verfügungsgewalt überwiegend Managern zugefallen, die ihrerseits anonymen Mächten dienen. Damit hat das Privateigentum an den Produktionsmitteln hier weitgehend seine Verfügungsgewalt verloren. Das zentrale Problem heißt heute: Wirtschaftliche Macht. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.« (SPD 1959) Die deutschen Sozialdemokraten haben diese Programmpunkte mit ihrem »Orientierungsrahmen« seit Mitte der 1970er Jahre zunehmend aufgeweicht und schließlich verschwinden lassen, aber immerhin heißt es noch 1975: »Der Markt löst von sich aus gesellschaftlich wichtigere Aufgaben wie die Sicherung von Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und stetiges Wachstum, die Sicherung des sozialen Ausgleichs oder der Schutz unserer Umwelt nicht.« (SPD 1975) Und auch das Programm von 1989 erkennt noch an, dass Wirtschaftsmacht »als Fähigkeit (wirkt), Wirtschafts-

macht in politische Macht umzusetzen.« (SPD 1989) Von Verstaatlichung ist hier aber nicht mehr die Rede. Nicht zu vergessen ist bei der Haltung der Sozialdemokraten zur Verstaatlichung der Abschnitt 4 des Parteiprogramms der alten Labour-Partei, der sehr weitreichende Nationalisierungen vorgesehen hat. (Blair und sein Flügel haben diesen Abschnitt bekanntlich vor ihrem Wahlsieg von 1997 zu Fall gebracht.)

Besondere Beachtung verdient das Regierungsprogramm der französischen Sozialisten und Kommunisten von 1972, das, als Wahlprogramm gedacht, 1981 tatsächlich zum Regierungsprogramm wird. Es ist bis dahin das letzte Mal in der europäischen Geschichte, dass umfassende Verstaatlichungen angegangen werden. Einleitend heißt es: »Die Sozialistische Partei und die Französische Kommunistische Partei sind sich bewusst, dass sie mit der Vorlage eines gemeinsamen Regierungsprogramms einen politischen Akt von großer Bedeutung vollzogen haben. Sie bekräftigen gemeinsam den Willen, den Ungerechtigkeiten und der Willkür des gegenwärtigen Regimes ein Ende zu setzen.« Operationsbasis ist eine erweiterte Demokratie. »Wirtschaftliche und politische Demokratie sind untrennbar; ihre gemeinsame Entwicklung setzt voraus, dass jeder Arbeiter wie jeder Bürger die Möglichkeit und Mittel hat, auf allen Ebenen aktiv bei Entscheidungsprozessen, bei der Wahl der Mittel, der Kontrolle der Durchführung und der Resultate mitzuwirken.« Dies kann offenbar nur durch eine Demokratisierung und Erweiterung des öffentlichen Sektors erreicht werden. »Um die Herrschaft des Großkapitals zu brechen und eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik, die mit der bisher praktizierten Politik bricht, durchzuführen, wird die Regierung schrittweise die wichtigsten Produktionsmittel und die Instrumente des Finanzwesens, die sich gegenwärtig in den Händen der dominierenden kapitalistischen Gruppen befinden, in Gemeineigentum überführen.« (SP, FKP 1972)

Damit wird eines deutlich: Die Unternehmer konnten sich, wenn sie ihre gesellschaftliche Position, ihre Macht aufrecht erhalten wollten, mit Keynes' Verteilungspolitik und Investitionsförderung nicht abfinden. Dies um so mehr, als die politischen Programme der Sozialdemokraten und der Gewerkschaften in der Regel über Keynes' Vorstellungen hinausgehen. Damit geht es aus der Sicht der Unternehmerschaft um mehr als eine akademische Debatte, in der die Rechte Keynes' ökonomische Lehren zu verdammen hätte. Denn dieselben Gründe, die die Cambridge-Schule zu ihren theoretischen Erkenntnissen veranlasst hat, führen zu politischen Programmen, um diese Erkenntnisse zu operationalisieren. Sicherlich hat die Cambridge-Schule zu vielen dieser Programme die wirtschaftstheoretische Basis beige-steuert; aber was die politische Abstimmung der wesentlichen ökonomischen Aggregate angeht, so vertrauen die Parteien nicht einzig auf die Steuergesetzgebung, die Zinspolitik und Ähnliches mehr: Sie gehen über diese Wirtschaftstheorie hinaus. Sie wollen mehr

Planung, den unmittelbaren politischen Zugriff auf die Organisation der Produktion. Alles läuft auf eine Entmachtung der Unternehmer hinaus. Sie werden verdächtigt, nicht demokratisch zu sein, die Macht im Staat an sich bringen zu wollen: Das Privateigentum an den Produktionsmitteln wird als Hindernis bei der Verwirklichung des Wohlfahrtsstaates eingeschätzt. Dass die Rechte dem nicht resignierend zusehen kann, liegt auf der Hand. Die Grundzüge ihres Programms sind damit umrissen: Die Wirtschaftstheorie der Cambridge-Schule ist aus Forschung und Lehre zu beseitigen; an ihre Stelle ist ein Paradigma zu setzen, das nicht die allgemeine Wohlfahrt zum Zweck von Wirtschaft und Gesellschaft macht und nicht dazu aufruft, den Weg dahin durch eine Beschränkung der unternehmerischen Autonomie, ja sogar außerhalb des Privateigentums an den Produktionsmitteln, zu suchen. Aber nicht nur das intellektuelle Leben ist in andere, harmlose oder affirmative Bahnen zu lenken: Ziel der Rechten muss vor allem sein, der geschilderten politischen Programmatik und Praxis der Nachkriegszeit ein Ende zu setzen.

In erster Linie waren es also die sehr offensiven Nationalisierungs- und Planungsvorhaben, die auf die aktive Gegenwehr der Unternehmer stoßen mussten, nachdem sie sich vom ersten Schrecken der Nachkriegszeit, in der ihre Kollaboration mit den faschistischen Regimes oder mit dem militärischen Aggressor offenkundig geworden war, erholt hatten und nachdem die Tendenzen zu einem demokratischen Sozialismus wieder etwas schwächer geworden waren. Was auch Unbehagen bereitete, war die teils verwirklichte, teils angestrebte Neuorganisation des Geldwesens. Hierzu gehört die Politik der Versorgung bestimmter Wirtschaftsbereiche mit subventionierten Krediten und der Verteilung der Kredite nach *politischen* Kriterien (so der Wohnungsbau). Bedenklich ist für sie ebenfalls, dass die Geschäftsbanken durch Gesetz gezwungen werden, weit unterdurchschnittlich verzinste staatliche Schuldtitel zu übernehmen. Dies war in Frankreich und auch in Italien noch bis zum Ende der 1960er Jahre der Fall. Überhaupt scheint die Geldtheorie dieser Zeit, soweit sie vom Nutzen von Staatsdefiziten überzeugt war, gegenüber einer zinslosen Defizitfinanzierung des Staates durch die Zentralbank (Musgrave 1958: 136f.; Tobin 1970: 475) sehr aufgeschlossen, was ja nur eine konsequente Fortführung des Gedankens der Zwangsanleihe bei Banken war.

Eine solche Operationalisierung des Geldwesens für reformistische Zwecke ließ sich nicht nur mit den günstigen Wirkungen von Staatsdefiziten rechtfertigen. Denn die Zinszahlungen auf Staatsschulden lassen sich von der Sache her nicht begründen. Die private Organisation der Produktion hat im Sinne des Vollbeschäftigungsziels zu einer unangemessenen Verteilung geführt, das Defizit kompensiert die Wirkungen dieser Verteilung. Wo der Markt versagt hat, springt die Politik ein. Wird die Staatsschuld auf dem Kreditmarkt platziert, dann ist sie für die Banken und auch für die Rentiers ein sicheres und gutes

Geschäft. Das Widersinnige an Zinszahlungen liegt nun darin, dass die Privatwirtschaft die Nachfrageschwäche ausgelöst hat und dass deren Behebung durch Staatsdefizite ihnen zu einem zusätzlichen Geschäft verhilft. Eine weitere Folge von Staatsdefiziten, die auf dem Kreditmarkt finanziert werden, sollte nicht unerwähnt bleiben: Denn wird auf die erforderliche Verteilungspolitik verzichtet, dann bedeutet dies auch den Verzicht darauf, die fälligen Zinsen durch eine vermehrte Besteuerung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zu finanzieren. Folglich steigen die Massensteuern oder es sinkt der öffentliche Konsum oder die Transferleistungen an bestimmte Bevölkerungsgruppen. Dies vergrößert die Nachfragelücke und erfordert weiter steigende Defizite, um ein gegebenes Beschäftigungsniveau aufrechtzuerhalten. Aber all dies beunruhigt die Unternehmer nicht. Sie müssen sich vielmehr sorgen, dass das Kreditwesen zunehmend eine politische Angelegenheit wird, dass es nicht mehr einzig ihren Interessen dient, dass der Staat und seine Zentralbank nicht nur als Garant der Funktionsfähigkeit des Geldsystems in Erscheinung treten, sondern den Unternehmern das Kreditwesen aus der Hand genommen wird.

Dennoch ist die Position der Unternehmer gegenüber der Staatsverschuldung, solange sie auf dem Kreditmarkt platziert wird, nicht durchweg feindselig. Dies lässt sich besonders in der Regierungszeit von Reagan und Kohl feststellen. Denn immerhin erhöht das Defizit die effektive Nachfrage, ohne die Kosteneinkommen zu steigern, und wenn überdies die tonangebende Geschäftswelt, z.B. die Rüstungsindustrie, in erster Linie mit Aufträgen versorgt wird, dann treten allfällige ideologische Bedenken in den Hintergrund. Dies macht die Ambivalenz der Unternehmer gegenüber dem Staatsdefizit aus: Es ist, allgemein, der bequemere Weg, der Nachfrageschwäche Herr zu werden, weil sich so der Verteilungskonflikt vermeiden lässt. Sicherlich war das Staatsdefizit zunächst im Rahmen des sogenannten pump priming dazu gedacht, aus einer tiefen Wirtschaftsdepression heraus zu kommen; aber wenn der Mangel an Nachfrage ein langfristiges und nicht nur ein Konjunkturphänomen ist, dann liegt es nahe, anhaltend mit Defiziten zu operieren. (Samuelsons Idee von der »functional finance« hat hierzu theoretisch den Weg frei gemacht.) Aber dennoch kann dieser praktische Nutzen die grundlegenden Bedenken der Unternehmer nicht ganz ausräumen.

Tatsächlich schätzen die Unternehmer die Lage nicht falsch ein, wenn ihnen Vollbeschäftigungspolitik durch Staatsdefizite Unbehagen bereitet. (Kallecki 1943/1987) Was stört, ist zunächst die Einmischung des Staates in das Beschäftigungsproblem an sich. Ohne die Möglichkeit der Defizitpolitik wäre der Staat mehr denn je darauf angewiesen, alles peinlich zu vermeiden, was das »Klima des Vertrauens« stört; die Kapitalisten könnten eine »mächtige indirekte Kontrolle« über das Verhalten des Staates ausüben. Es gilt für die Unternehmer die Auffassung in der Öffentlichkeit durchzusetzen, dass der Staat

die Unternehmer bei Laune halten, ihre Investitionsneigung stärken müsse, um größere Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Auch wenn dieser subjektiven Auffassung eine objektive Obergrenze der Investitionen entgegensteht, die selbst bei allergünstigstem Klima nicht überschritten wird: Solange es gelingt, die Einstellung durchzusetzen, dass Beschäftigung nur aus der Hand der Unternehmer stammt, man einzig auf diese angewiesen ist, haben deren politische Forderungen mehr Gewicht. Das Mittel des Defizits verschafft dem Staat also ein höheres Maß an Selbständigkeit. Ein weiteres kommt hinzu: Soweit das Defizit der Finanzierung von öffentlichen Investitionen dient, könnte der Staat, wenn seine Politik auf eine Vergrößerung des öffentlichen Sektors ausgerichtet ist, über die üblichen Infrastrukturinvestitionen hinausgehen und öffentliche Unternehmen gründen. Noch größer, so Kalecki (1943/1987: 237), ist der Widerstand gegen eine Subventionierung des Massenkonsums durch Staatsdefizite. Denn hier sei ein »moralisches Prinzip von äußerster Wichtigkeit in höchster Gefahr: ›Im Schweiß deiner Angesichts sollst du dein Brot verdienen‹ fordern die Grundprinzipien kapitalistischer Ethik – es sei denn, du verfügst zufällig über privates Vermögen.«

Aber nicht nur die Ambitionen der neuen Politik, die Verteilung des Output, die Investitionsentscheidungen, das Eigentum an den Produktionsmitteln, das Kreditwesen und die Fiskalpolitik neu zu regeln, ist Anlass zur Unternehmersorge. Außenwirtschaftlicher Dirigismus kann hinzukommen. Im Sinne der neuen Politik ist es das Ziel, durch genügend Binnennachfrage Vollbeschäftigung zu erreichen und nicht auf Exportüberschüsse zu setzen. Hierzu Keynes: »Wenn die Nationen lernen könnten, sich durch ihre Inlandspolitik Vollbeschäftigung zu verschaffen, (...) braucht es keine wichtigen wirtschaftlichen Kräfte zu geben, die bestimmt sind, das Interesse eines Landes demjenigen seiner Nachbarn entgegen zu setzen.« Folglich »gäbe es keinen drückenden Beweggrund mehr, warum ein Land seine Waren einem anderen aufzwingen oder die Angebote seines Nachbarn zurückstoßen sollte, nicht weil dies notwendig wäre, um ihm zu ermöglichen, zu bezahlen, was er zu kaufen wünschte, sondern mit dem ausdrücklichen Zweck, das Gleichgewicht der Zahlungen zu stören und dadurch eine Handelsbilanz zu seinen Gunsten zu entwickeln.« Dies sei kein Argument gegen internationale Arbeitsteilung, sondern gegen die Strategie, die »Beschäftigung im Inland durch das Aufzwingen von Verkäufen in fremden Märkten (...) aufrechtzuerhalten«. (Keynes 1936 1955: 322f.) Wenn aber einige Nationen nicht »lernen können«, weil deren politische Parteien und Parlamentsmehrheiten dies nicht zulassen, so kann unter Umständen für diejenigen Länder, die auf Binnenexpansion setzen – wollen sie das Ziel der Vollbeschäftigung nicht der freien internationalen Konkurrenz opfern – nur der Ausweg bleiben, durch Außenzölle die Vorteile ihrer Konkurrenten, die wegen fehlender Verteilungspolitik zu niedrigeren Kosten produzieren, zu neutralisieren. Dies

findet sich in dieser Form nicht bei Keynes, aber immerhin hat er in seinen Vorlagen zum Bretton-Woods-Abkommen gefordert, besonders die Überschussländer für die Beseitigung der internationalen Handelsbilanzungleichgewichte verantwortlich zu machen. Keynes' Vollbeschäftigungskonzept zielt auf eine vertragliche Regulierung der Außenwirtschaftsbeziehungen ab.

Man sieht, die Liste der unternehmerischen Bedenken ist nicht eben kurz, auch wenn sie bis dahin noch nicht vollständig ist. Der Wohlfahrtsstaat als Kompromissformel zwischen allen gesellschaftlichen Klassen ist zwar dann vorstellbar, wenn das ganze Konzept unter dem Gesichtspunkt der Vollbeschäftigung, der Maximierung des Outputs und der Bedürfnisbefriedigung angegangen wird. Dann müsste der Interventionsstaat und sein gemischtwirtschaftliches System für alle Beteiligten als die vernünftigere Lösung gelten. Aber in der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist dieser Gesichtspunkt nicht entscheidend. Es geht um die Macht, die Autonomie der Unternehmer, um deren Sorge, die Herrschaft einzubüßen. Dieses existentielle Unbehagen wird noch genährt durch ein zunehmendes Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft, durch die mangelnde Bereitschaft zur Unterordnung: Denn der Wohlfahrtsstaat, dessen umfangreicher öffentlicher Konsum (bessere Wohnungen, mehr Bildung und vieles mehr) und dessen hoher Beschäftigungsstand (es fehlt das disziplinierende Moment der Entlassung) führt, wie Kalecki (1943/1987: 237) dies formuliert, zur Unterminierung der sozialen Position des Chefs, zu Selbstsicherheit und Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft. Auf dieser Grundlage *können* politische Prozesse ihren Anfang nehmen, die schließlich in eine Entmachtung der Unternehmer einmünden. Folglich sollen nicht größtmögliche Produktion, Massengewohlfahrt und Vollbeschäftigung das Ziel sein; wünschenswert ist nur diejenige Produktion, die bei gegebenen Machtverhältnissen nicht als Folge politischer Intervention entsteht. Oder, als neoliberale Losung: »Was von selbst geschieht, ist vorteilhaft. Was vorteilhaft ist, geschieht von selbst.« (Deregulierungskommission 1990: 17)

Die Bestimmung der Unterkonsumtion und die Beseitigung dieser Blockade durch den Wohlfahrtsstaat machen deutlich, dass die Frage eine Reichweite hat, die den historischen Zweck des Kapitalismus selbst betrifft: Dieser ist zur Realkapitalbildung geeignet; wie gezeigt tun sich erhebliche Schwierigkeiten auf, wenn der fortgeschrittene Produktivkraftstand die vollständige Absorption des erzeugbaren Überschusses in Form von Realkapital nicht mehr ermöglicht und der potentielle Reichtum folglich vermehrt die Form des Massenkonsums annehmen könnte. Ob sich dieses System tatsächlich durch einen Lebensstandard der großen Mehrheit der Bevölkerung auszeichnet, der in einem deutlichen Gegensatz steht zum erreichten hohen Produktivkraftstand, ist eine Frage des Verteilungskonfliktes, der Bereitschaft bedeutenderer Gruppen zu diesem Konflikt und – dies mit allen genannten Einschränkungen – der Fiskalpolitik.

Gelöst werden kann diese Frage dann, wenn der Kapitalismus in Form der Gewerkschaften und des Parlamentarismus diejenige politische Kraft hervorbringt, die es ihm, so Joan Robinson, ermöglicht, »sich vor den Schwierigkeiten zu retten, die er sich schafft.« (Robinson 1975: 73) Ähnlich argumentiert Adolph Löwe, wenn er darauf hinweist, dass »die Verlagerung der politischen Macht auf die Mittelklassen, der Aufstieg starker Gewerkschaften mit einer Mitgliederschaft, die durch allgemeine Erziehung intellektuell diszipliniert wurde und ihre wachsenden Ansprüche mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts durchsetzen konnte (...), neuartige administrative Schlüsselpositionen für eine wachsende Kontrolle der Wirtschaft durch politische Kräfte« (Löwe 1964/1984: 217) geschaffen haben. Ob aber diese Momente stets der Tendenz zur Unterkonsumtion wirksam entgegenzutreten können, ob diese Schichten der gesellschaftliche Garant sein können für die erforderliche Politik, ist damit nicht ausgemacht. Dies ist eine Frage der Einsichten, denen sich diese politischen Kräfte verpflichtet fühlen, der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und der Bandbreite von Politik, die im Kapitalismus objektiv möglich ist.

Ohne Zweifel hat sich aus den Erfordernissen der technischen und ökonomischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten die Mittelklasse neu und anders formiert. Die Entwicklung der Produktionstechnik und die zunehmende Vergesellschaftung der Produktion haben es mit sich gebracht, dass der Bedarf an qualifizierter Arbeit steigt. Die Gründe hierfür liegen in der Ausbreitung und Vertiefung der Arbeitsteilung und Kooperation, der Notwendigkeit einer umfassenderen öffentlichen Verwaltung, der Herausbildung von Produktionskomplexen mit ihren vielfältigen Regulierungs- und Abstimmungserfordernissen und den vermehrten Interdependenzen innerhalb und zwischen den Betrieben, den Unternehmen, den Wirtschaftszweigen, den Reproduktionssphären und zwischen Staat und privater Wirtschaft. Ob diese neue Mittelklasse (es ist auch diejenige, in die Löwe zunächst einige Hoffnung gesetzt hat) sich gewissermaßen als historisches Subjekt des Wohlfahrtsstaates bewährt, ist nicht entschieden. Zwar vertritt Bell (1975: 261f.) in seiner »Nachindustriellen Gesellschaft« mit nicht wenig Enthusiasmus die Auffassung, dass die »technische Intelligenz« zwar keine politische Klasse darstelle, dass sich aber »ihre Normen von den bisher gültigen Normen des wirtschaftlichen Eigennutzes« unterscheiden. »Die Oberschicht dieser neuen Elite, d.h. die wissenschaftliche Gemeinschaft, vertritt wesentlich andere Werte, die unter Umständen als Grundlage für ein neues Klassenethos dienen können.«

Das politische Ergebnis der Herausbildung dieser neuen Schicht ist allerdings weniger optimistisch zu beurteilen. Sicherlich lebt auch diese Schicht vom Verkauf ihrer Arbeitskraft, aber den Zugang zu den Gewerkschaften finden ihre Mitglieder nur selten, wie sie überhaupt im Allgemeinen nicht zur politischen Organisation zu tendieren scheinen. Wenn dies dann doch der Fall



ist, dann so, dass diese Techniker des praktischen Wissens die Macht in den sozialdemokratischen Parteien an sich gebracht und deren traditionelle Theorie und Ziele wegreformiert haben. Anders als in der progressiven Phase des Bürgertums klären sie die bürgerliche Praxis nicht mehr über sich selbst auf; sie sind Diener der Hegemonie, oder, wie Gramsci dies formulierte, Beamte des Überbaus, und damit zumeist ohne jeden intellektuellen Impetus, der sie in den Augen ihrer Dienstherrn suspekt machen könnte. Die gegenwärtige Bildungspolitik mit ihrer Betonung der sogenannten Wissensgesellschaft, in der die Techniker des Wissens, nicht aber politisch aktive Schichten den Ton angeben sollen, setzt alles daran, dass dies so bleibt. Die Idee des Wohlfahrtsstaates erhält durch diese neuen Mittelschichten weder Garantie noch Anstöße.

Aber weder das Unbehagen der Unternehmer noch die politische Insuffizienz der neuen Mittelschichten haben den Wohlfahrtsstaat zu Fall gebracht. In der Nachkriegszeit hat er eine breite Legitimation erfahren, und seine Erfolge haben gezeigt, dass er innerhalb der Bandbreite der im Kapitalismus objektiv möglichen Politik operieren kann. Die wohlfahrtsstaatliche Politik ist aber mit Erreichen der Vollbeschäftigung an ihre Grenzen gestoßen. Ihr Ende ist nicht einfach die Folge veränderter Einstellungen oder einer Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Vielmehr war die Politik von einem bestimmten Punkt an nicht mehr in der Lage, die Verteilungsfrage zu lösen und die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in Grenzen zu halten: Den Unternehmern ist es schließlich gelungen, der gewerkschaftlichen und staatlichen Verteilungspolitik durch erhöhte Inflationsraten auszuweichen; der internationale Wettbewerb wurde von den Gegnern des Wohlfahrtsstaates genutzt und auch inszeniert, um ihr Interesse an höheren Stückgewinnen durchzusetzen.

Hier hätte der Reformismus im Sinne seines Endzieles vom demokratischen Sozialismus neu und entschiedener formuliert werden müssen. Das gemeinsame Programm der französischen Kommunisten und Sozialisten und auch die Regierungszeit Mauroy (1981-1984) kann als ein solcher Versuch bewertet werden. Aber indem die erforderliche weitere Beschränkung der unternehmerischen Autonomie allenfalls in Frankreich angegangen wurde (und auch dort im Vergleich zum Programm eher halbherzig) und besonders wegen der engen außenwirtschaftlichen Verflechtung Frankreichs in einem offenen Markt gescheitert ist, hat die Idee des Wohlfahrtsstaates an Ansehen eingebüßt. Die Einstellung der Mehrheit hat sich verändert, weil diese Idee angesichts der rauen Wirklichkeit anscheinend nicht durchgehalten werden kann. So konnte die Vorstellung Oberhand gewinnen, dass zuviel Wohlfahrtsstaat der Dynamik des Kapitalismus Grenzen gesetzt habe, dass die Regulierungen ihn lähmten, dass er von den Fesseln der Demokratie befreit werden müsse, um zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu kommen. Einstweilen hat die Demokratie damit

ihre Funktion eingeübt, den fortgeschrittenen Stand der Produktivkraft im entwickelten Kapitalismus für allgemeine Wohlfahrt zu nutzen.

## **5. Die Krise des Wohlfahrtsstaates durch unsachgemäße Politik: die politische Vorbereitung des Neoliberalismus**

### **Verteilungspolitik und Preissetzungsmacht: die Frage von Stagnation und Inflation**

Unter welchen Bedingungen die Verteilungspolitik des Wohlfahrtsstaates Preissteigerungen auslöst, lässt sich leicht anhand Robinsons »golden age« als seinem theoretischen Referenzsystem darstellen: Ist Vollbeschäftigung einmal erreicht, so lässt sie sich aufrecht erhalten, wenn der Konsum und die Investitionen mit derselben Rate wachsen wie die Arbeitsproduktivität. Da der Wohlfahrtsstaat auf ein Wachstum des Massenkonsums setzt, müssen der Massenkonsum und die Kosteneinkommen (die Lohnsumme, das Aufkommen aus der Gewinnsteuer) ebenfalls mit der Rate der Arbeitsproduktivität ansteigen. Wenn der Kapitalkoeffizient konstant ist, bleibt unter dieser Bedingung die Kapitalrentabilität gleichfalls konstant. Nun ist zu beachten, dass dies weniger eine empirische Hypothese ist, sondern eine logische Relation. Die Aufgabe besteht darin herauszufinden, unter welchen empirischen Bedingungen das genannte Verteilungsverhältnis tatsächlich verwirklicht werden kann. Zu nennen sind hier sicherlich die Politisierung der Bevölkerung, die Konfliktbereitschaft der Gewerkschaften und der Parlamentsmehrheiten gegenüber den Unternehmern und vieles mehr, aber unter dem Gesichtspunkt der Preisstabilität ist entscheidend, ob die Unternehmer eine konstante Profitrate akzeptieren oder ob bei der Durchsetzung der Mittel, die ein angemessenes Wachstum der effektiven Nachfrage ermöglichen sollen, Momente wirksam werden, die diese Verteilungspolitik durchkreuzen.

Als Grund für die Preissteigerungen, die Ende der 1960er Jahre eingesetzt und in den folgenden Jahren oft 10% und mehr betragen haben, werden häufig reale Lohnsteigerungen genannt, die höher ausgefallen wären als das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Die Unternehmen hätten, um ihre Kapitalrentabilität konstant zu halten, dies mit Preissteigerungen beantworten müssen. Dies wird mit der soziologischen Logik des Wohlfahrtsstaates begründet. Im Sinne des Raisonnements von Kalecki hätte die Arbeiterschaft in der langen Periode der Vollbeschäftigung viel an Selbstvertrauen dazu gewonnen und an Disziplin verloren, die durch Arbeitslosigkeit am Leben gehalten und von den Unternehmern als Tugend geschätzt wird. (Bhaduri 2000: 18f.) Die Disziplinlosigkeit der Arbeiter könne die besondere Form annehmen, Lohnsteigerungen durchzusetzen, die nicht in Einklang seien mit dem Produktivitätswachstum. Dies

vermindere die Kapitalrentabilität und bedrohe die Wirtschaft mit Inflation. Ähnlich argumentiert Bleaney (1985: 184), wenn er bemerkt, dass die Leute dazu gekommen sind, einen Lebensstandard zu verlangen, der ihre vorangegangenen Erfahrungen übertrifft.

Dies lasse sich aber dann nicht mehr realisieren, wenn, wie in den Jahren 1972-73, die Rohstoffpreise ansteigen und die Terms of Trade sich für die Industrieländer verschlechtern. Dann müssen, so das Argument, die Lohnsteigerungen geringer ausfallen als die Produktivitätssteigerungen, um die Verschlechterung der Terms of Trade zu kompensieren: Die kostspieligeren Rohstoffe werden durch den Verzicht auf Konsumsteigerungen bezahlt; die Kapitalrendite bleibt dann ungeschmälert. Findet dieser Verzicht nicht statt, sind Preissteigerungen die Folge.

Beide Argumente, besonders aber die Überlegung von Bhaduri, sind mechanistisch: Zu kritisieren ist die Erklärung der Preisbildung, die einen stets konstanten prozentualen Aufschlag auf die Kosten unterstellt – gleichgültig, ob die Unternehmen auf einem Käufermarkt oder einem Verkäufermarkt agieren, egal, welche Preisgestaltungsmöglichkeiten sie angesichts der Nachfrage haben und gleichgültig auch, in welcher Marktlage sie operieren, welchem Wettbewerb sie ausgesetzt sind. Die Vorstellung eines fixen Aufschlages auf die Lohnkosten als preisbildendem Element hat ihre Grundlage sicherlich in Keynes' Begriff der »Lohneinheit« als Geldlohn je Arbeitseinheit (Keynes 1936/1955: 36f.), die aus methodischen Gründen als Numéraire dient, aber auch bestimmte empirische Hypothesen zur Preisbildung begründen hilft. Möglicherweise spielen auch allgemeinere werttheoretische Vorstellungen eine Rolle: »Ich neige daher«, so Keynes, »zu der vorklassischen Lehre, dass alles durch *Arbeit erzeugt* wird; unterstützt durch das, was man früher Kunst zu nennen pflegte, und jetzt Technik genannt wird; sowie durch natürliche Hilfsmittel, die frei sind oder je nach ihrer Knappheit oder ihrem Überfluss eine Rente kosten, und durch die Ergebnisse vergangener, in den Vermögenswerten verkörperter Arbeit, die ebenfalls gemäß ihrer Knappheit oder ihrem Überfluss einen Preis bedingen. Es ist vorzuziehen, die Arbeit, natürlich einschließlich der persönlichen Dienstleistungen des Unternehmers und seiner Gehilfen, als den einzigen Erzeugungsfaktor, wirkend in einer gegebenen Umwelt von Technik, natürlichen Hilfsmitteln, Kapitalausrüstung und wirksamer Nachfrage, zu betrachten. Dies erklärt teilweise, warum wir die Einheit der Arbeit als die einzige physische Einheit nehmen konnten, die wir, abgesehen von Einheiten des Geldes und der Zeit, in unserem wirtschaftlichen System benötigen.« (Keynes 1936/1955: 179)

Keynes geht durchweg davon aus, dass sich Löhne und Preise in denselben Proportionen entwickeln, und wenn man Keynes mit seiner Neigung zur »vorklassischen Lehre« – damit meint er die klassische politische Ökonomie von

Smith, Ricardo oder Marx – ernst nimmt, dann unterstellt er, dass die Rate der Ausbeutung (die Relation Überschuss zu Lohn je Arbeitenden) durch Steigerungen der Geldlöhne nicht verringert werden kann, eben weil dies Preissteigerungen auslöst. Damit wird notwendigerweise eine Art exogener Normalrentabilität unterstellt, von der aber niemand weiß, was sie bestimmt und wie hoch sie ist. Unter diesen Annahmen hätten wir es in Keynes' System grosso modo mit einer Tendenz zu einer konstanten Verteilung zu tun. Sicherlich wäre dieses Lohn-Theorem, wie Hicks (1974: 59) es nennt, als Grundlage für eine Preis- und Verteilungstheorie eingehender zu diskutieren, aber hier soll nur illustriert werden, warum viele Keynesianer zu der Auffassung neigen, dass die Preissteigerungen zu Beginn der 1970er Jahre die Folge von Lohnsteigerungen gewesen sind, die das Wachstum der Produktivität überstiegen haben oder die zu hoch waren, um die gestiegenen Rohstoffkosten auszugleichen. In beiden Fällen wird behauptet, dass Preissteigerungen stets Ausdruck der *Verteidigung* der (exogen vorgegebenen) Profitrate sind, nicht aber ein Verfahren, die Profitrate zu steigern.

Hansen war in diesem Punkt realistischer. Bei einem Programm für Vollbeschäftigung und wachsende Nachfrage, so Hansen (1947: 247), würden die Monopole wahrscheinlich eher ihre Preise erhöhen, statt die Produktion auszuweiten und mehr Leute zu beschäftigen. Eine Vollbeschäftigungspolitik, wenn sie erfolgreich sein sollte, müsse dem Wachstum der Produktion und der Steigerung des Lebensstandards besonderen Wert beimessen. Preiserhöhungen seien ernsthaftes Hindernisse für Vollbeschäftigung. Ein Vollbeschäftigungsprogramm habe daher auch ein Antimonopol-Programm zu sein. Dies erfordere auch im Frieden die Tätigkeit eines Preisüberwachungsamtes, das dem Präsidenten und dem Kongress berichtet. Bis eine vollständige Untersuchung der Notwendigkeit einer Preiserhöhung erfolgt sei, solle einem Geschäftszweig für eine Frist von 90 Tagen untersagt werden, die Preise zu erhöhen. Zu erzwingen sei eine rationale Preispolitik durch Publizität. Die auf diese Weise kontrollierten Preise würden Expansion und Vollbeschäftigung fördern.

Sicherlich konzentrieren sich Hansens Überlegungen nicht nur auf die Güterpreise: Wenn Stabilität gemeinsam mit Vollbeschäftigung verwirklicht werden sollte, dann können Löhne und Preise nicht vollständig automatischen Kräften überlassen werden. Nicht nur auf die Güterpreise, auch auf die Löhne sei durch staatliche Vermittlung und Schiedssprüche Einfluss zu nehmen. (Hansen 1947: 240) Ein solches Kooperationsmodell, bei dem Regierung, Gewerkschaften und Unternehmensverbände die Relation zwischen Konsum und Investitionen festlegen, und weiterhin die Anteile des öffentlichen und des privaten Konsums, und hierin wieder die Anteile der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen am Konsum, ist in Österreich in der Nachkriegszeit im Ansatz verwirklicht worden. Zu erinnern ist auch an den Lohn- und Preisstopp während der Präsi-

deutschaft von Nixon in den USA. Ob diese konkreten Verfahren die Wirtschaft dem »golden age« bei Vollbeschäftigung tatsächlich näher bringen können, wäre sicherlich noch im Einzelnen zu diskutieren; festzuhalten aber bleibt, wie sehr die zeitgenössische wissenschaftliche Diskussion darauf aus war, die Preisbildung in den Griff zu bekommen, um die Effizienz der Nachfragepolitik sicherzustellen. Im Sinne von Hansen bestand die Lösung der Frage darin, die Unternehmen in ihrer Autonomie bei der Preisgestaltung politisch zu beschränken.

Dass Hansens Vorstellungen von der Abstützung der Nachfragepolitik die Diskussion tatsächlich beherrscht haben, es sich also nicht um einen weiter nicht beachteten Beitrag in der wissenschaftlichen Diskussion gehandelt hat, lässt sich leicht mit einigen Daten seines Berufslebens illustrieren: Er wird 1937 Professor in Harvard und Vize-Präsident der American Statistical Association; seit 1967 ist er Präsident der American Economic Association; seine politischen Ziele zeigen sich in seiner Mitgliedschaft im President Roosevelt Committee of Inquiry on National Policy in International Economic Relations. Er berät Roosevelt während dessen Regierungszeit. (Gélédan 1988: 20)

Damit ist angedeutet, was die Gründe der Preissteigerungen sind, die in den 1960er Jahren eingesetzt haben, und was die Wirtschaftspolitik versäumt hat, um wenigstens den Versuch zu unternehmen, dieser Entwicklung Herr zu werden. Das verursachende Moment von Preissteigerungen liegt darin, dass die Erwerbslosigkeit durch eine Einkommensverteilung hervorgerufen wird, die einen Mangel an effektiver Nachfrage zur Folge hat. Vollbeschäftigungspolitik zielt auf mehr Nachfrage ab. Dies bedeutet Verteilungspolitik, gegebenenfalls auch Haushaltsdefizite. Jedes Wachstum der Nachfrage verändert die Marktlage. Der Käufermarkt wird schließlich zum Verkäufermarkt: Wenn bei schlechtem Geschäftsgang die Käufer einen maßgeblichen Einfluss auf die Preise ausüben und sie niedrig halten können, verändert sich die Lage mit dem Wachstum der Nachfrage zugunsten der Verkäufer. Nun können sie vermehrt ihre Preisvorstellungen am Markt durchsetzen. Dieses Bild wird durch monopolistische Formen des Wettbewerbs, durch die Marktmacht von Großunternehmen weiter akzentuiert. Es kann deshalb nicht überraschen, wenn mit zunehmender Beschäftigung die Preise steigen. (Dies wäre ein weiterer Aspekt der Phillips-Kurven-Diskussion.)

Analytisch ist es zweckmäßig, zwei Wege zur Vollbeschäftigung zu unterscheiden, auch wenn beide auf mehr Nachfrage hinauslaufen, nämlich erstens eine Verteilungspolitik zugunsten des Massenkonsums, was eine Finanzierung der vermehrten Nachfrage durch Kosteneinkommen für die Unternehmen bedeutet, und zweitens Staatsdefizite, von denen die Theorie der 1970er Jahre behauptete, dass sie – weil auf dem Kreditmarkt platziert – wegen des Schuldendienstes zwingend vermehrte Kosten in Form von Steuererhöhungen mit

sich bringen würden. Unterstellt man für die Inflationsrate eine Kostendruckhypothese – steigende Stückkosten werden in den Preisen weitergegeben –, dann folgen bei *unveränderter Profitrate* konstante Preise, wenn im Falle der Verteilungspolitik der Reallohn mit derselben Rate steigt wie die Arbeitsproduktivität, während für den Fall der Staatsdefizite die Preise mit der Rate der antizipierten Steuererhöhungen ansteigen. Steigende Preise aus der Einkommensverteilung ergeben sich dann, wenn der Reallohn schneller steigt als die Arbeitsproduktivität, entweder, weil hierdurch ein höheres Niveau der Beschäftigung erreicht werden soll oder weil sich dies spontan aus der günstigen Arbeitsmarktlage ergibt. Sicherlich können gestiegene Rohstoffpreise in dasselbe Argumentationsmuster aufgenommen werden. Überzeugend aber ist diese Erklärung nicht, denn sie erfordert die exogene Bestimmung einer »normalen« Profitrate, deren Unterschreiten nicht möglich ist. Sie operiert allzu oft mit der impliziten Annahme, dass die jeweilige Profitrate die »normale« ist, und, dies ist noch entscheidender, sie gibt die Bedingungen nicht an, unter denen die Unternehmen die »normale« Profitrate verteidigen können. Damit kommt das Niveau der Nachfrage und der Wettbewerb in die Debatte. Dann aber ist eine weitere wesentliche Frage gestellt: Werden die Unternehmen eine günstige Marktlage nur nutzen, um ihre Kapitalrentabilität zu verteidigen oder werden sie diese Lage offensiv nutzen, um die Rentabilität zu erhöhen? In diesem Fall ist der profit-push, wie die traditionelle Literatur dies nannte, das auslösende Moment für Preissteigerungen.

Dieser differenzierte Umgang mit der Inflationsfrage kann sicherlich die Legende der Unternehmer widerlegen, die gestiegenen Lohnkosten und die antizipierten höheren Steuern hätten sie zu Opfern gemacht und sie gezwungen, durch höhere Preise die Rentabilität und die Funktionsfähigkeit des Systems insgesamt wieder zu restaurieren; sie kann auch dazu beitragen, etwa im Sinne Hansens eine Lösung zu finden, aber auch diese umfassendere Erklärung des Preisbildungsprozesses schafft den Sachverhalt nicht aus der Welt, dass ein zügiges Wachstum der Nachfrage auf dem Weg zur Vollbeschäftigung die Preiserhöhungsspielräume vergrößert und damit nicht nur der Verteilungspolitik der Gewerkschaften und des Staates Grenzen setzt, sondern auch die Wirksamkeit von Budgetdefiziten untergräbt. Aber nicht nur steigende Preise wurden eine ungelöste Frage, nachdem die Einkommens- und Budgetpolitik der Nachkriegszeit es allmählich zu Vollbeschäftigung brachte, ein neues, bis dahin unbekanntes Phänomen erschwerte die Lage weiter, nämlich Preissteigerungen bei sehr mäßigem Wirtschaftswachstum, die von den Monetaristen so genannte Stagflation. Dieses Phänomen lässt sich nicht als Folge eines kräftigen Nachfragewachstums und größerer Preiserhöhungsspielräume erklären; es kann nur dann in Erscheinung treten, wenn das Wachstum der Nachfrage durch Verteilungspolitik angestrebt und die Preisbildung effektiv Element des

Verteilungskonfliktes wird. Hier setzt ein Prozess mit den folgenden Merkmalen ein: Das Wachstum der Arbeitsproduktivität macht ein Wachstum des Reallohnes mit derselben Rate erforderlich. Hohe Preiserhöhungsspielräume ermöglichen es den Unternehmern, die steigenden Geldlohnsätze zum Teil durch steigende Preise zu neutralisieren. Eine angemessene Reallohnsteigerung kommt nicht zustande. Damit unterschreitet das Wachstum der realen Nachfrage das Wachstum der Arbeitsproduktivität. Das Wirtschaftswachstum flacht ab. Die induzierten Investitionen (als Anpassung der Kapazitäten an das Nachfragewachstum) nehmen ab. Im nächsten Tarifkonflikt wird versucht, eine Steigerung der Geldlohnsätze in Höhe der Preissteigerungen und des Wachstums der Arbeitsproduktivität zu erzwingen; die Reaktion sind weitere Preissteigerungen, so dass die Reallohnsteigerung wiederum niedriger ausfällt als das Produktivitätswachstum. Indem der Verteilungskonflikt die Nachfrage nicht auf das erforderliche reale Niveau bringen kann und die Preispolitik der Unternehmen die Ursache für das Scheitern der Verteilungspolitik ist, treten zur selben Zeit ein nachlassendes Wirtschaftswachstum und eine Beschleunigung der Inflationsrate auf. Der Monetarismus hatte dafür mit seiner NAIRU (diejenige Arbeitslosenquote, bei der sich die Inflation nicht beschleunigt) eine eigentümliche Erklärung, nämlich die Bestimmungsgründe für das Angebot an Arbeit: Eine anhaltende Steigerung des Outputs etwa als Folge von Staatsdefiziten (und folglich einer steigenden Geldversorgung) kommt deswegen nicht zustande, weil mehr Produktion und Beschäftigung im Sinne des neoklassischen Arbeitsmarktmodells bei gegebener Kapitalausstattung einen niedrigeren Lohn verlangt, die Arbeiter sich zunächst über das tatsächliche Reallohnwachstum täuschen, ihre Einschätzung aber schließlich revidieren, höhere Geldlöhne durchsetzen, dadurch das Outputwachstum beschränken, so dass die nominale Nachfrage das nominale Angebot übersteigt, was einen erneuten Inflationsschub bewirkt und so fort.

Hohe Preissteigerungsraten und ein niedriges Wirtschaftswachstum und damit niedrige Investitionen stellen die Wirtschaftspolitik vor die Frage, ob sie die Strategie des Wachstums der Konsumnachfrage weiter verfolgen soll, was effiziente Verteilungspolitik verlangt und damit eine erfolgreiche Eindämmung der Inflation, oder ob sie auf eine Förderung der Investitionen setzen will. Die bei weitem schwierigere Wahl wäre die Kombination aus einer weiteren Stärkung der Konsumnachfrage und der Inflationsbekämpfung gewesen. Dies hätte bedeutet, einen nächsten Schritt zu tun in der Beschränkung der unternehmerischen Autonomie. Die Verteilungspolitik hätte sich dann nicht mehr einzig auf die Belastung der Unternehmen durch Steuern und Abgaben verlegt und darauf, den Preis für Arbeit zum Gegenstand politischer Entscheidung zu machen; die Güterpreise wären nun ebenfalls politisch zu regulieren gewesen. Hier ist erneut an Hansens Vorstellungen zu erinnern, nicht einzelne Unterneh-

men, sondern ganze Branchen politisch unter Druck zu setzen, ihre Preiserhöhungen auszusetzen und öffentlich zu rechtfertigen.

Besonders für Westdeutschland und Österreich kommt ein weiteres Moment hinzu: Der gesamtwirtschaftliche und öffentliche Sektor war stets auch dafür gedacht, preisregulierend zu wirken. Dies war nicht so sehr ein sozialdemokratischer Programmpunkt, er stammte vielmehr aus der Wettbewerbsdebatte der Nachkriegszeit: Die vollständige Konkurrenz sollte bei wachsender Arbeitsproduktivität zu Preissenkungen führen, so dass ohne weiteres Zutun (ohne Tarifkonflikte, ohne Steuerpolitik) die Reallöhne steigen und Produktivität und Wohlfahrt miteinander verknüpft würden. Auch wenn diese Wirkungen nicht wahrscheinlich gewesen wären – die vollständige Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt begünstigt Reallohnsteigerungen nicht – die gesamtwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmen können Elemente der Wettbewerbspolitik sein, um die Verteilungspolitik zu stützen. Damit sind Größe und Wirksamkeit dieses Sektors angesprochen und folglich das Erfordernis weiterer Nationalisierungen. Grundsätzlich ging es darum, nicht nur, wie Keynes dies forderte, die Investitionen zu sozialisieren, sondern mit der Preisbildung analog zu verfahren.

### **Die falsche Alternative: Investitionsförderung, Teilzeitarbeit, personenbezogene Dienstleistungen**

Diesen Weg einer weiteren Beschränkung der unternehmerischen Autonomie aber, die doch ihren langfristigen Zielen entsprochen hätte, wollte die Sozialdemokratie nicht einschlagen. Nicht Eindämmung der Inflation, um der Verteilungspolitik zur Geltung zu verhelfen, wurde zur Politik, sondern die Verteilungspolitik wurde aufgegeben in der Hoffnung, eine solche Kostenbegrenzung würde Ruhe an der Preisfront schaffen. Die Kostenbegrenzung wiederum sollte zusammen mit anderen finanziellen Anreizen die Investitionen fördern. Die einfachen Parolen beherrschten die Szene: »Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen.« Hierbei sollte der Gewinn als Investitionsanreiz dienen, gleichzeitig den Konsum mindern und vermehrt Ressourcen für die Herstellung von Investitionsgütern bereitstellen. Unterbeschäftigung wurde als Folge von Kapitalknappheit verstanden. Die theoretische Einsicht des Keynesianismus, dass es nicht an Realkapital fehlt, sondern an Nachfrage nach Finaloutput, galt damit nicht mehr. Die politischen Möglichkeiten, die in einigen Jahrzehnten keynesianischer Politik geschaffen worden waren – trotz aller Bastardisierung in der Praxis und aller neoklassischer Synthese in der Theorie – wurden nicht mehr genutzt. »Zwar stellt sich die Wirtschaft jetzt eher als eine kontrollierte denn als eine Laissez-faire-Wirtschaft dar; doch die Stoßrichtung der Kontrollen ist nicht die, die sich Keynes vorgestellt hatte. Die Investitionen wurden nicht sozialisiert. Statt dessen ha-



ben Maßnahmen, die private Investitionen – ganz unabhängig von der gesellschaftlichen Nützlichkeit der Investitionen – anregen sollen, Einzug in das Steuer- und Subventionssystem gehalten. Man verfolgte nicht die Strategie, auf die Einkommensverteilung einzuwirken, um den Konsumanteil am Einkommen anzuheben; statt dessen war es Strategie, das kapitalgesellschaftliche unbesteuerete Einkommen zu erhöhen, was das Konsum-Einkommens-Verhältnis noch sinken lässt.« (Minsky 1990: 209)

Mäßige Lohnabschlüsse, sinkende Gewinnsteuern und wachsende Budgetausgaben zugunsten des Unternehmenssektors haben die Investitionsquote im überzyklischen Durchschnitt nicht gesteigert. Der gedrosselte kollektive und individuelle Konsum wurde nicht wettgemacht durch ein Ansteigen der Investitionen, also durch eine positive Reaktion der Investitionsausgaben auf Steuererleichterungen, Subventionen oder niedrige Lohnabschlüsse. Es wurde exakt das verwirklicht, was Keynes überwinden wollte, nämlich »dass ein schwacher Hang zum Verbrauch dadurch beiträgt, Arbeitslosigkeit zu verursachen, dass er die Begleitung durch eine ausgleichende Menge neuer Investitionen erfordert, aber nicht erhält.« (Keynes 1936/1955: 313) Bei der Inflationsbekämpfung dagegen konnte eine solche Politik erfolgreich sein – aber, dies ist entscheidend, um den Preis eines verringerten Wachstums und höherer Arbeitslosigkeit: Das gedrosselte Wachstum der Nachfrage musste die Preiserhöhungsspielräume einengen.

Mit der Arbeitslosigkeit war nun anders umzugehen. Zum einen wurden eine Reihe von Parolen in die Welt gesetzt, deren Zweck darin bestand, die Ursachen für Arbeitslosigkeit möglichst dort zu suchen, wo die Reichweite der Politik endet und wo auch von der Sabotage der Verteilungspolitik durch die unternehmerische Preispolitik nicht die Rede sein konnte. Zum anderen musste mehr Beschäftigung mit anderen Strategien angezielt werden als mit der Verteilungs- oder Budgetpolitik. Beides deutet bereits die Umriss des sogenannten dritten Weges an. Was die ideologische Seite angeht, war insbesondere von Maßlosigkeit und Über-die-Verhältnisse-Leben die Rede: Das »Anspruchsdenken« habe die wirtschaftliche Grundlage ruiniert, auf der Ansprüche an den Lebensstandard überhaupt erst verwirklicht werden könnten. Dies wurde in den unterschiedlichsten Facetten weiter ausgearbeitet. Vor allem Begriffe wie Leistung und Leistungsträger wurden energisch in die Debatte gebracht. Damit war Arbeitslosigkeit eine Frage der falschen Gesinnung der Mehrheit der Bevölkerung; sie hatte die Möglichkeiten der Demokratie zu ihrem eigenen Schaden missbraucht, die Wirtschaft zu sehr belastet. (Nicht wenige wissenschaftliche Arbeiten wurden in dieser Zeit publiziert, die einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Inflation behaupteten. Demokratieverfall war der Schlüsselbegriff.) Solidarität mit den Arbeitslosen sollte nun darin bestehen, dass niedrige Lohnabschlüsse mehr Beschäftigung auslösen

würden. Das Interesse an einer Steigerung des Nettolohns wurde reduziert auf das Interesse an einer Senkung der Sozialabgaben. Diese wären nicht zuletzt auch deswegen hoch, weil sich viele in der sozialen Hängematte ausruhten – je nach dem Stand der nationalen Gesinnung vor allem Ausländer. Die beschränkte Metaphorik der Politiker ging dann vom Bild der Hängematte zum sozialen Trampolin über, auf dem jeder durch energisches Springen wieder in den sogenannten ersten Arbeitsmarkt zurückfinden könnte. Das bewegende Moment bei diesem Trampolin sollte der aktivierende Sozialstaat sein. Es ging darum, die niederen Stände zur Bußfertigkeit zu bringen, die Disziplin, was Kalecki ja bereits benannt hatte, wieder herzustellen. Beschäftigung war nun eine Frage der »Besonnenheit« der Tarifvertragsparteien, wobei ohne Zweifel die Unternehmer genuin zu dieser Tugend neigten. Die sozialdemokratisch geführte Regierung erklärte sich für Vollbeschäftigung nicht mehr verantwortlich; die Zentralbank kündigte an, die Geldversorgung nicht mehr einem Geldbedarf anpassen zu wollen, der sich aus übermäßigen Lohnerhöhungen ergäbe. Die nominalen Lohnstückkosten müssten konstant bleiben: Die Preise könnten nur zur Ruhe kommen, wenn die Geldlohnsteigerungen nicht mehr die künftigen Preissteigerungen als Inflationsausgleich vorwegnähmen; denn dies führe nur zu Kostensteigerungen, die von den Unternehmen in Preiserhöhungen weitergegeben werden müssten: Der Inflationsausgleich schaffe erst die Inflation. Deswegen dürfe der nominale Lohn nur mit der Rate der (realen) Arbeitsproduktivität wachsen. Die Zentralbank würde nicht jede Lohnerhöhung »finanzieren«. Welche Zinspolitik die Zentralbank ausführe, sei nun Sache der Gewerkschaften: Maßvolle Lohnabschlüsse steigerten die Produktion und rechtfertigten eine vermehrte Geldversorgung zu niedrigen Zinsen, ohne dass es zu erneuten Preissteigerungen kommen müsse. (Die Liste von Interpretationen wirtschaftlicher Fragen, bei denen Wirtschaftstheorie und Interesse der Unternehmer identisch sind, lässt sich sicherlich noch um einiges verlängern.)

All diese Interpretationen aber haben die materiellen Fragen nicht bereinigt. Auch wenn alles darangesetzt wird, die Bevölkerung umzuerziehen, sie anhaltend belehrt wird, welche Projekte sie nicht verfolgen soll, sie wird nicht damit aufhören, Lösungen für die Frage der Arbeitslosigkeit, der sozialen Absicherung und Ähnliches mehr zu verlangen. Ein bedeutendes Ergebnis dieser ideologischen Arbeit ist die Förderung des Rechtsextremismus. Denn wenn differenziertes Denken beseitigt wird, dann kommen die einfachen Parolen auf die Tagesordnung. Von weniger Arbeitsangebot, das heißt von weniger »Ausländern«, von einer geringeren Erwerbstätigkeit der Frauen oder anderem mehr wird dann die Lösung der Arbeitslosenfrage erwartet. Die Sozialdemokraten suchten nach anderen Wegen, wie, wenn nicht durch eine politische Regulierung der Lohn-Profitrelation, die Arbeitslosigkeit in Grenzen gehalten und die Leistungen des Wohlfahrtsstaates, nach Beschränkungen, der Form nach auf-

rechterhalten werden könnten. Bei der Beschäftigungsfrage lag die Betonung zunächst auf einer anderen Verteilung der Arbeit, so Teilzeitarbeit; dazu kam das Projekt vermehrter personenbezogener Dienstleistungen. Bei der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates war die Wende besonders radikal: Der »Sozialismus in einer Klasse« sollte weiterhelfen.

Personenbezogene Dienstleistungen sollten zu vermehrten Konsumausgaben führen, ohne dass die Kosteneinkommen für die Unternehmen erhöht würden. Objektiv zielt dieser Konsum auf eine Minderung der Sparquote der privaten Haushalte ab und damit auf einen Konsumanreiz für Haushalte mit einer nennenswerten Sparquote, also mit überdurchschnittlichem Einkommen. Praktisch sind damit die Haushalte angesprochen, die im Wesentlichen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen beziehen; deren Einkommen liegt, wie sich mit den Einkommensstatistiken leicht belegen lässt, über dem Durchschnitt. Dasselbe wird von den Haushalten der neuen Mittelschichten erwartet. Interesse an dieser neuen Form der Konsumtion soll durch niedrige Preise für diese Dienstleistungen geweckt werden, was auf flexible Löhne, einen Niedriglohnsektor, gegebenenfalls Zuschüsse der Bundesanstalt für Arbeit oder des Staates hinausläuft (der sogenannte Kombilohn). Solche Dienstleistungen kommen folglich zustande, weil auf einem praktisch deregulierten Teilbereich des Arbeitsmarktes zu niedrigen Löhnen gearbeitet wird, die überdies von der Masse der abhängig Beschäftigten subventioniert werden. Denn bekanntlich stammen drei Viertel der Steuereinnahmen aus Massensteuern beziehungsweise die Hälfte der Einnahmen der Bundesanstalt aus Beiträgen der abhängig Beschäftigten. Eine andere Verteilung der Arbeit hatte den Zweck, nicht das Arbeitsvolumen durch Steigerung der Nachfrage und Expansion der Produktion wachsen zu lassen, sondern die Arbeitslosigkeit durch eine Verteilung des gegebenen Arbeitsvolumens auf mehr Personen zu vermindern.

Die politische Kampagne setzte auf Teilen und Solidarität: Der nüchterne Begriff der Teilzeitarbeit wurde durch »job sharing« ersetzt; man teilt sich die Arbeit, was Hilfsbereitschaft und gemeinsame Bewältigung einer Arbeitsaufgabe suggeriert. Die klassische Frage nach dem Gegensatz zwischen Besitzlosen und Besitzenden, die traditionelle Klassenfrage, wurde zum Gegensatz zwischen Besitzern und Nichtbesitzern eines Arbeitsplatzes umgemünzt. Tatsächlich handelte es sich um nichts weiter als Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Zwar haben es die Gewerkschaften in den 1980er Jahren nochmals zu beachtlichen Erfolgen bei der Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich gebracht, aber nachdem in den folgenden Jahren die Masseneinkommen zunehmend mit Steuern (direkten und indirekten) und Abgaben belegt wurden und die Bruttolohnerhöhungen vielfach nicht ausreichten, ein Absinken der realen Nettolöhne zu verhindern, verfolgte die organisierte Arbeiterschaft das Ziel, das Realeinkommen zu sichern. Die Auffassung wurde vorherrschend,

dass die Kraft nicht ausreichen würde, den Lebensstandard abzusichern und überdies einen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen.

Die zunehmende Belastung der Bruttolöhne mit Steuern und Abgaben hatte ihre Ursache nicht zuletzt darin, dass die Leistungen des Wohlfahrtsstaates (der kollektive Konsum, die Transferzahlungen) – wenngleich kontinuierlich verringert – zunehmend aus dem Einkommen der abhängig Beschäftigten finanziert wurde. Der Verzicht auf staatliche Verteilungspolitik musste dies mit sich bringen. Die bizarre Losung vom »Sozialismus in einer Klasse«, mit der die Sozialdemokraten ihr Ziel des »freiheitlichen Sozialismus« abgelöst haben, hatte umfassende Wirkungen: Der Verzicht auf Verteilungspolitik verursacht Arbeitslosigkeit, dies schwächt den Elan der organisierten Arbeiterschaft – die Disziplin, von der Kalecki geschrieben hat, kehrte wieder ein. Die Finanzierung der verbliebenen sozialen Leistungen wird auf die Lohneinkommen verlagert. Da die Löhne als Folge der Arbeitslosigkeit nicht hinreichend steigen, aus Gründen der politischen Akzeptanz aber die Belastung der Löhne in Grenzen gehalten werden muss, läuft alles auf einen anhaltenden Prozess der Beseitigung des Wohlfahrtsstaates hinaus. (Die propagandistische Begleitung wurde bereits angesprochen: Weniger Sozialschmarotzer machen den Wohlfahrtsstaat wieder bezahlbar, die Anständigen nutzen ihn nicht aus, der Staat legt es ohnehin nur darauf an, die Privaten zu berauben.) In Gang gesetzt wird dieser Mechanismus der negativen Rückkoppelung zwischen Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat noch von der Regierung Schmidt (eine konservative Regierung hätte hierbei wahrscheinlich mehr Widerstand ausgelöst), die Regierung Kohl nutzt diese Vorlage mit Elan weiter, Schröder schließlich macht daraus eine »Zukunftsvision«,<sup>6</sup> den dritten Weg.

Beim ideologischen Kampf gegen den Wohlfahrtsstaat wurde nicht nur ein innerer Feind aufgebaut. Mit der Erhöhung der Ölpreise, deren Wirkungen maßlos aufgebauscht wurden, bot es sich an, allgemein wegen veränderter außenwirtschaftlicher Bedingungen Kostensenkungen zu fordern. Stichworte für den »Kampf der Kulturen« wurden bereits zu dieser Zeit entwickelt, denn schließlich ging, so die Darstellung, das Übel von den »Ölscheichs« aus. (Dass der Schah von Persien als intimster Verbündeter der USA bei der Ölpreiserhöhung die härteste Linie vertreten hat, bleibt unerwähnt. Terzain 1983) Im Grunde war es, folgt man der damaligen Propaganda, eine Allianz zwischen macht-

---

<sup>6</sup> Dass in diesem Prozess der Begriff der »Vision« für alles Mögliche verwendet wird, kennzeichnet die Abkehr von einem wissenschaftlichen Weltbild. Die bis dahin übliche Bedeutung ist Traumgesicht, Traumbild, Erscheinung, bzw., so Meyers Lexikon (1998), »als Wirklichkeit empfundene anschauliche Gesichtswahrnehmung, der kein empirisch fassbarer Gegenstand entspricht. Visionen treten häufig in ekstatisch-religiösen Zuständen auf und sind oft mit Prophezeiungen verbunden.«

gerigen Gewerkschaftsführern, von denen die Arbeiterschaft verführt wurde, und einem äußeren Feind, die für die schlechte Wirtschaftsentwicklung verantwortlich war. Der äußere Feind nahm – diffus – die Gestalt der muslimischen Eigentümer von Ölquellen, der Asyl und Sozialhilfe suchenden Ausländer oder der Gegner im internationalen Wettbewerb ein. Zunächst ist besonders Ostasien der Gegner – die 35-Stunden-Woche schafft Arbeitsplätze in Fernost –, seit den 90er Jahren dann Osteuropa – Korea liegt vor der Haustür – und im Rahmen des elaborierten Standortwettbewerbs schließlich das Ausland an sich. Als Losung wird ausgegeben: Es gibt keine Parteien mehr und auch keinen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Geschäftsleitungen und Belegschaftsvertretungen kämpfen Schulter an Schulter für die Verteidigung des Standortes Deutschland.

### **Globalisierung: nicht Schicksal, sondern gefördert von den Nationalstaaten**

Die Intensivierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die mit dem Ende der 1960er Jahre nach der Unterbrechung durch die beiden Weltkriege erneut einsetzt, muss als weiterer Grund für das Ende der Nachfragepolitik und des Wohlfahrtsstaates herhalten. Das Schema ist einfach: Die »Globalisierung« ist von außen über uns hereingebrochen. Sie folgt ökonomischen Entwicklungsgesetzen, auf die niemand einen Einfluss hat. Es folgen rituelle Anrufungen der Urgewalten, des Schaurigen, Überwältigenden, Mächtigen: Global player, Shareholder, Ende des Nationalstaates, ja des Staates überhaupt, und vieles mehr an pop science und pop economics. Hauptsache, es ist schrill und bunt, außerhalb eines größeren Kontextes, macht Handeln unmöglich und ist in der Art eines Gruselfilms unterhaltsam. Auf diesem Boden gedeiht der (oft) rechts-extreme National-Kapitalismus (entschieden neoliberal im Inneren, aber Abschirmung nach außen) als Reaktion der eher benachteiligten Länder oder sozialen Schichten. Dies ist später eingehender zu untersuchen. Zunächst aber interessiert, in welchem Verhältnis die Nationalstaaten und die Globalisierung zueinander stehen, welche Rolle der Nationalstaat, genauer: die Interessen, die in ihm jeweils vorrangig zur Geltung gekommen sind, bei der Intensivierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gespielt hat.

Ohne Zweifel lässt sich ein keynesianischer Wohlfahrtsstaat ohne Nationalstaat nicht denken: Er ist neben den Gewerkschaften für die Abstimmung der makroökonomischen Aggregate Konsumieren und Investieren verantwortlich, er garantiert den Rechtsraum, in dem die Gewerkschaften effektiv tätig sein können, durch das Koalitionsrecht mit all seinen ausdifferenzieren Implikationen, er ist verantwortlich für die Organisation des kollektiven Konsums, die Lenkung des öffentlichen Produktions- und Finanzsektors und die außenwirtschaftliche Absicherung seiner Politik. Dies letztere bedeutet nicht, dass diese Politik für ein geschlossenes System gedacht gewesen wäre; erforderlich ist

allerdings eine Regulierung der Außenwirtschaft: Das internationale Finanzsystem muss Währungsspekulationen verhindern können; Überschuss- und Defizitländer müssen beide veranlasst sein, die Ungleichgewichte zu beseitigen. In diese Richtung ging der von Keynes ausgearbeitete Plan für die Bretton-Woods-Konferenz. Sein Plan scheiterte bei der Gründung des Internationalen Währungsfonds; er wäre mit dem US-Dollar als internationaler Reservewährung nicht vereinbar gewesen. Aber nicht nur diese Versäumnisse bei der Strukturierung des internationalen Geldwesens zählen: Die Nationalstaaten reorganisieren viele ihrer ökonomischen Institutionen im Interesse der Globalisierung, obwohl es für sie Wahlmöglichkeiten gibt. Sie haben der Globalisierung (und damit auch den Krisen, die sie verursacht) nicht wenig Vorschub geleistet. Dies kann mit einigen ausgewählten Beispielen (Bhaduri 2000: 30f.) illustriert werden: Die Zentralbanken wurden in fast allen Ländern in den letzten 20 oder 30 Jahren gestärkt und von den Regierungen – auf deren Beschluss – unabhängig. Damit bekam die Geldpolitik Vorrang vor der Fiskalpolitik. Grundlage der Geldpolitik wurde der (mit unterschiedlicher Intensität vertretene) Monetarismus – und dies nicht erst nach deren Unabhängigkeit. Diese war vielmehr wesentlicher Programmpunkt des Monetarismus, der von den Regierungen, genauer: den Parlamentsmehrheiten umgesetzt worden ist. Vorrang hatte nun die Stabilisierung des Außen- und des Innenwertes der Währung mit monetären Mitteln. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang nochmals an die Einmischung der Zentralbank in den Verteilungskonflikt – Lohnsteigerungen werden mit Zinserhöhungen sanktioniert: Das Stichwort war der sogenannte Geldmantel, von dem der frühere Kanzler Schmidt mit Entschiedenheit behauptete, dies sei seine Idee gewesen. Damit wurden nicht nur die Bewegungsmöglichkeiten der Gewerkschaften eingeengt; die monetaristische Politik lief selbstverständlich auch darauf hinaus, Defizit Ausgaben als Ersatz für die Verteilungspolitik möglichst zu verhindern. Den Regierungen, allen voran der demokratischen in den USA und der sozialdemokratischen in Westdeutschland, ging es nicht mehr um den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Ein anderes sehr wichtiges Beispiel für die Förderung der Globalisierung durch den Nationalstaat ist die Politik der USA zu Ende der 1970er Jahre. Die Handelsbilanzdefizite der USA und der abwertende Dollar wurden noch von der demokratischen Regierung Carter 1979 zum Anlass genommen, eine energische Politik der Kostensenkung in den USA einzuleiten. (Schui 1988: 20ff.) Die markante Erhöhung der Zinsen durch die US-Notenbank führte bei einem flexiblen Wechselkurs des Dollar sehr rasch zu einer Verdoppelung seines Außenwertes. Die stark verbilligten Importe aus Europa und Japan (Straßenfahrzeuge, Stahl, Chemie) ermöglichten den Unternehmern in den traditionellen Industriebranchen, Neuverhandlung auch der laufenden Lohntarifverträge durchzusetzen. Ausgeprägte Lohnsenkungen waren die Folge. Ebenfalls wurden die

Gewinnsteuern gesenkt, um, wie es hieß, die Wettbewerbsfähigkeit der US-Wirtschaft wieder herzustellen. Alles in allem wurde die außenwirtschaftliche Konkurrenz, die Globalisierung zielgerichtet zum Einsatz gegen den Wohlfahrtsstaat inszeniert. Damit ist behauptet: Nicht die Existenz des Außenhandels per se gefährdet keynesianische Beschäftigungspolitik – dies zeigt die lange Periode nach dem Zweiten Weltkrieg, in der alle westlichen Industrieländer de facto dieselbe keynesianische Expansionspolitik betrieben haben – sondern dass in einigen Ländern der Außenhandel, sei es zur Lösung der Arbeitslosenfrage, sei es als Strategie zur Beseitigung des Wohlfahrtsstaates, eingesetzt wurde. Solange keynesianische Beschäftigungspolitik betrieben wurde, war die Relation zwischen Lohn und Arbeitsproduktivität in etwa gleich. Dies und fixe Wechselkurse ließen signifikante Wettbewerbsvorteile eines Landes nicht zu. Das Bild änderte sich, nachdem besonders Japan und Westdeutschland Ende der 1960er Jahre sich dem Niveau der amerikanischen Arbeitsproduktivität annäherten, ohne dass die Löhne (trotz aller bedeutenden Steigerungen) mit denen der USA gleichgezogen hätten. Dies hat neben der Rüstungskonjunktur wegen des Vietnam-Krieges zum Entstehen von Handelsbilanzdefiziten der USA beigetragen. Diese Defizite und die hohen Preissteigerungen lieferten dann die Gründe, das Wachstum der Geldmenge energisch zu beschränken, was über Zinssteigerungen zu einer Aufwertung des Dollar mit den genannten Folgen führte. Es lässt sich also sagen, dass zunächst wenig Überzeugendes von den Überschussländern, so Westdeutschland oder Japan, getan wurde, um die US-Defizite einzudämmen, und dass dann die US-Regierung in die Offensive gegangen ist: Die Politik hat in der einen und anderen Weise den internationalen Wettbewerb intensiviert. Die USA nutzte ihn, um dem Interesse der Unternehmerschaft an der Beseitigung des Keynesianismus nachzukommen; deren Feindschaft gegenüber dieser Politik, mit der man sich als Folge der Großen Depression zunächst hatte abfinden müssen, hatte sich schließlich nicht gelegt.

Andere Beispiele für die aktive Rolle des Nationalstaates bei der Förderung der Globalisierung lassen sich leicht zusammentragen: Beim Management der Schuldenkrise der Entwicklungsländer bestand eine wesentliche Auflage des Internationalen Währungsfonds und der Regierungen der Gläubigerländer darin, die Märkte zu öffnen, die Schutzzölle für junge Industrien zu beseitigen, grundsätzlich das ganze Programm der Importsubstitution aufzugeben zugunsten einer vorbehaltlosen Eingliederung in die bestehende internationale Arbeitsteilung. Auch sollten alle Anlagensphären für internationales Kapital rückhaltlos geöffnet werden. Staatliche Unternehmen, die bis dahin bei der Importsubstitution sehr oft eine bedeutende Rolle gespielt hatten, waren zu privatisieren. Sie wurden im Rahmen der debt-to-equity-Programme unter ihrem Wert an Konzerne der Industrieländer verkauft; der Erlös diente der Schuldentil-

gung. Weiterhin wurden die Schuldnerländer wiederholt auf eine Strategie der Importdrosselung durch niedriges Wachstum (als Ergebnis der Ausgabenkürzungen des Staates), in jedem Falle aber auf Exportoffensiven festgelegt. Dies hat für die Globalisierung ihren Beitrag geleistet, fast noch bedeutender aber ist, dass der Verlust der geld- und währungspolitischen Souveränität dieser Länder, die Beseitigung aller schützenden Regulierungen die Wahrscheinlichkeit von Währungs- und Finanzkrisen erhöht hat. Aber nicht das zählt bei der Beurteilung des freien Kapitalverkehrs. Vielmehr scheint bei den Regierungen besonders der bedeutenderen Industrieländer die Auffassung vorzuherrschen, dass der freie Markt eine erzieherische Funktion habe: Er bestrafe die Länder mit dem Abzug von Kapital, zu deren Politik die internationalen Anleger kein Vertrauen haben könnten. Die Nationalstaaten der Industrieländer verlegen sich in diesem Zusammenhang darauf, die internationalen Transaktionen mit Finanzaktiva zu erleichtern, etwa indem sie hilfreiche Regulierungen vermehren und die betreffenden Institutionen zentralisieren. Gleichzeitig aber unterschätzen sie die Notwendigkeit klarer internationaler Regelungen, um die Besteuerung der internationalen Konzerne durchzusetzen oder um die sozioökonomische Infrastruktur zu verbessern. Auch bei regionalen Integrationen (so die amerikanische Freihandelszone) herrscht oft genug das Motiv vor, für die großen Konzerne einen integrierten Markt für den Handel, die Investitionen und das Geldkapital zu schaffen (Bhaduri 2000: 30), nicht aber, substantiell die wirtschaftliche Entwicklung Südamerikas voranzutreiben.

Die europäische Vereinigung ist ein weiterer Beleg nicht für die Ohnmacht der Nationalstaaten, sondern für deren veränderte politische Orientierung. Der sogenannte Stabilitätspakt als Bestandteil des Vertrages von Maastricht begrenzt entschieden die fiskalpolitischen Möglichkeiten der Nationalstaaten; das Statut der Europäischen Zentralbank macht die Geldpolitik vermehrt zum Freund und Partner des Finanzsektors, statt den Parlamenten grundlegende Entscheidungsbefugnisse einzuräumen. Ziel ist auch hier der Vorrang der Geld- vor der Fiskalpolitik: Das Kreditwesen ist im Interesse des privaten Finanzsektors zu ordnen, nicht aber mit der Absicht, Beschäftigungspolitik betreiben zu können. (Das Vorhaben, den Außen- und Innenwert des Euro mit der Geldpolitik zu stabilisieren, bedeutet fraglos eine Abkehr vom Beschäftigungsziel.) Es lässt sich nicht argumentieren, dass diese Veränderung der Politik im Rahmen der europäischen Vereinigung nichts weiter als der Reflex auf eine Gesetzmäßigkeit in der sozioökonomischen Entwicklung gewesen sei, die von den Nationalstaaten nur, wie es im Jargon Marx zitierender Deterministen oft geheißen hat, »ratifiziert« worden wäre. Denn schließlich hatte dieser Prozess seine Gegner: Während die deutsche Regierung die harte Linie vertreten hat, leistete besonders Frankreich heftigen Widerstand. Das Bundesbankgesetz sollte nicht europäische Geltung bekommen und ebenfalls nicht »le système Tietmeyer«.



Ähnlich sieht es mit der Verfassungsdebatte für Europa aus: Während Fischer und Schröder sich in ihren Reden mit den formalen Fragen der Wahl eines europäischen Präsidenten und dem Verhältnis der Nationalstaaten zur Union befassen, wirft der vormalige französische Ministerpräsident Jospin die Frage auf, welche sozialstaatlichen Normen denn die Verfassung enthalten soll. Es kann nicht als Zeichen der besonderen Machtlosigkeit deutscher Politiker gegenüber der Globalisierung gewertet werden, dass diese die Sozialstaatsartikel des deutschen Grundgesetzes nicht in die Verfassungsdebatte einbringen.

Der Umgang mit Europa ist auch in einem anderen Zusammenhang ein Beispiel nicht für die Machtlosigkeit gegenüber der Globalisierung, hier nicht weltweit, sondern für die Funktionalisierung der europäischen Einigung gegen den Sozialstaat. Die Nationalstaaten beugen sich nicht der Globalisierung, sondern inszenieren sie. Sie degenerieren in ökonomischem Nationalismus, weil ihre politischen Führungen dies so anstreben. Denn indem Lohn- und Sozialstandards innerhalb der EU nicht auf hohem Niveau vereinheitlicht werden, statt dessen aber unter den europäischen Nationen eine intensive Standortdebatte und -konkurrenz inszeniert wird, wird die Arbeiterschaft zunehmend dahin gebracht, sich in die einzelwirtschaftliche Konkurrenz einbinden zu lassen: Es lässt sich entschieden eine Tendenz beobachten, wonach das Ziel der Parlamentsmehrheiten, der Gewerkschaften und Belegschaftsvertretungen vermehrt darin besteht, den Unternehmen die jeweils günstigeren Bedingungen anzubieten, um in der Konkurrenz um Produktionsstätten und Erwerbsmöglichkeiten erfolgreich zu sein. Die Alternative wäre ein Kartell der Regierungen und Gewerkschaften, in dem alle Bedingungen vereinheitlicht würden.

Fraglos hat sich die Politik der Nationalstaaten verändert, aber es lässt sich schwerlich behaupten, dass die Regierungen in eine andere Richtung gewollt hätten, dann aber machtlos kapitulieren mussten. Einlenken mag zwar die Haltung Frankreichs nach dem Ende der Regierung Mauroy 1984 richtig beschreiben, aber die Politik hätte dann viel Aussicht auf Erfolg gehabt, wenn die westdeutsche Regierung von denselben Zielen getrieben worden wäre. Das *politische* Projekt Europa nimmt den Nationalstaaten sicherlich Macht, aber in Europa insgesamt gewinnt die politische Macht dazu. Entscheidend ist, wozu sie eingesetzt wird, welches Interesse sie verfolgt. In diesem besonderen Fall wie auch allgemein gilt, dass der Nationalstaat, wie Bhaduri (2000: 31) dies betont, auf der einen Seite beschränkt und geschwächt wird bei der Ausübung seiner wirtschaftlichen und politischen Gewalt, dass er aber auf der anderen Seite erstarkt, indem er mit den Interessen der Geschäftswelt im Handel, bei den Investitionen und im Finanzwesen übereinstimmt. Hierbei lässt der Nationalstaat die Geschäftswelt nicht einfach gewähren, er übergibt nicht die Macht, sondern er nutzt seine Macht, um zum Vorteil der Geschäftswelt die Normen und Einrichtungen ins Werk zu setzen, die diese auf sich gestellt nicht einrich-

ten könnte. Die Grenzen der privatwirtschaftlichen Kompetenz, nicht nur was die Garantie der allgemeinen Funktionsbedingungen des Kapitalismus angeht, sondern auch im Prozess der alltäglichen kapitalistischen Reproduktion selbst machen den Staat zu einem eigenständigen ökonomischen Subjekt und begründen damit auch seine Macht gegenüber der Privatwirtschaft. Diese Macht kann sich als Wohlfahrtsstaat ausformen, sie kann aber auch einfach in den Dienst der Geschäftswelt treten. In diesem Sinne, so Bhaduri, ist es nicht das Dahinscheiden des Nationalstaates, das wir erleben, sondern seine systematische neue Ausrichtung. Aber mit dieser neuen Ausrichtung wird der hohe Entwicklungsstand der Produktivkraft im entwickelten Kapitalismus nicht für mehr allgemeine Wohlfahrt genutzt werden können. Das zentrale Problem der Verteilung, der effektiven Nachfrage und der Vollbeschäftigung bleibt ungelöst. Die ökonomische Entwicklung der ärmeren Länder wird unter diesen neuen Bedingungen ebenfalls nicht vorankommen.

Die Ideologie des Marktes zielt darauf ab, Armut mit individuellem Versagen oder Missgeschick zu begründen, für eine Gesellschaft insgesamt allenfalls mit dem Hinweis, dass sie den Markt nicht hinreichend entwickelt, gegen seine Regeln verstoßen habe oder aus seinen Sanktionen nichts lernen wolle. Der Markt selbst aber kann nicht verantwortlich sein; er ist ein Regelwerk, auf das Kategorien wie Verantwortlichkeit oder Gerechtigkeit nicht anwendbar sind, so jedenfalls die neoliberale Lehre. Je breiter hierfür die Zustimmung bei der Wählerschaft wird, um so mehr ist im Alltagsverständnis der Staat verantwortlich – auch für die Ergebnisse des Marktes. Da für den Markt die Demokratie nicht gilt, stehen seine Ergebnisse in Wahlen nicht zur Abstimmung. Demokratische Regierungen aber müssen sich dem stellen. Sie haben nicht nur ihre Politik zu legitimieren, sondern den Markt und den Kapitalismus selbst mit dessen Ergebnissen. Darin ist ein gefährliches Moment begründet: Denn wenn die Legitimierung auf der Grundlage von Demokratie nicht mehr gelingt, dann ist die Hinwendung zur Diktatur der Ausweg. (Bhaduri 2000: 28) Was hier am meisten interessiert, sind die Zwischenformen, bei denen die Einrichtungen der Demokratie der Form nach weiterbestehen, für politische Partizipation aber keinen Raum mehr geben. Eine solche Praxis für die Demokratie streben nicht nur die rechtsextremen Parteien an: Dies lässt sich ebenfalls bei den anderen Richtungen nachweisen. Hierher gehört auch die Entdemokratisierung innerhalb der Parteien, so die Identität von Regierungschef und Parteivorsitzendem, die wachsende Macht der übergeordneten Parteigremien bei der Zuteilung von Mandaten und Kandidaturen und vieles mehr.

## 6. Der Wohlfahrtsstaat als Lösung des Widerspruchs zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnis

Der Wohlfahrtsstaat und sein Garant, der Nationalstaat, sind also nicht einfach der Globalisierung zum Opfer gefallen, die von außen hereingebrochen wäre. Der ganze Prozess ist um einiges komplexer: Das Wachstum der Arbeitsproduktivität stellt die Verteilungsfrage stets aufs Neue; ist Vollbeschäftigung erreicht, so kann sie nur gehalten werden, wenn im Sinne des »golden age« Reallohn und Produktivität mit derselben Rate wachsen. Hierbei dürfen auch Erfolge nicht darüber hinwegtäuschen, dass der jeweils erreichte Stand stets auf der Basis einer recht labilen Kräftekonstellation zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern zustande kommt. Aber auch unter günstigen Bedingungen gilt: Ist die Beschäftigungspolitik erfolgreich, dann erzeugt sie mit ihrem Nachfragemanagement dasjenige Moment, das die Mittel der Nachfragepolitik, die Verteilungs- und Fiskalpolitik, unwirksam macht. Damit verlangt der Reformismus als nächsten Schritt, die Autonomie der Unternehmer bei der Preissetzung zu beschränken. Dies stellt sich zunächst als praktisches Erfordernis dar, um die Zugriffsmöglichkeiten bei der Regelung des Eigentums an der Stromgröße Output zu vervollständigen, die Verteilungs- und Nachfragepolitik wirksam zu machen. Die Implikationen einer solchen Maßnahme allerdings sind weitreichend: Denn es lässt sich argumentieren, dass nun das System der relativen Preise nicht mehr funktionsfähig ist, die marktwirtschaftliche Steuerung außer Kraft gesetzt wird. Dann müsste ein neues Steuerungssystem an dessen Stelle treten oder wenigstens, als ein erster Schritt, die planvolle Erweiterung des gemischtwirtschaftlichen Systems. Die Existenz außenwirtschaftlicher Beziehungen dagegen hat vom Grundsatz her einen viel geringeren Einfluss. Diese Beziehungen wurden zum Mittel der Beseitigung des Wohlfahrtsstaates gemacht, aber ihre Regulierung (so eine internationale Währungsbehörde auf anderen Grundlagen als der Internationale Währungsfonds) ist, verglichen mit der Regulierung des Preissystems, ein viel weniger gravierender Eingriff in die gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen produziert wird.

Die Schwierigkeiten, mit denen sich der Reformismus auseinander setzen musste, ließen sich sicherlich in all ihren Details weiter ausbreiten (dies ist eine sehr wichtige Aufgabe für die Wirtschaftstheorie und die Wirtschafts- und Sozialgeschichte), aber auf den Begriff sind sie damit noch nicht gebracht. Der Reformismus ist unter dem Gesichtspunkt seines politischen Ziels, des »freiheitlichen Sozialismus«, zu würdigen. Seine makroökonomische Theorie zielte politisch ab auf die Einkommensverteilung und auf die Nutzung des modernen Geldwesens, des Kreditgeldes, zur Absicherung einer angemessenen Nachfrage. Das erreichte Niveau der Arbeitsproduktivität, der Stand der Technik, die verfügbaren ökonomischen Ressourcen, kurz die Produktivkräfte sind die

ökonomische Grundlage für allgemeine Wohlfahrt, sie zu verwirklichen ist eine Frage der Einkommensverteilung und Zielsetzung des Geldwesens, beides wesentliche Teilbereiche der gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen produziert wird. Ohne dass dies unter diesem Aspekt diskutiert worden wäre: Der Reformismus ging von einem Widerspruch zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnis aus; sein Anliegen war, das Produktionsverhältnis zu reformieren, nicht aber, es in einem revolutionären Schlag umzukrempeln. Dies wurde vor allem damit begründet, dass es nur so gelingen könnte, die Freiheiten des Citoyen von Beginn an zum Bestandteil der neuen Ordnung zu machen. Das Argument der orthodoxeren Linken war, dass eine allmähliche Reformierung der Produktionsverhältnisse nicht möglich sei: Zu groß sei die Gefahr der Vermischung mit dem Gegner, der Nichterfüllung wesentlicher Bedingungen; das Pendel würde über kurz oder lang zurückschlagen. Beide Richtungen haben die Bataille verloren, die sowjetischen Revolutionäre wohl vor allem deswegen, weil es ihnen nicht gelungen ist, die Produktivkraft so rasch zu entwickeln, wie dies angesichts ihrer Wohlfahrtsziele notwendig gewesen wäre, die Sozialdemokraten, weil sie die Reformierung der Produktionsverhältnisse nicht durchgehalten haben.

Aber die Frage, die beide Richtungen angegangen haben, ist deswegen nicht gelöst. Die Theorie, die diesen Versuchen als Grundlage diente, die politischen Erfahrungen sollten im Bewusstsein bleiben. Wenn all dies verloren geht, verdrängt und überlagert wird vom Neoliberalismus, dann wird ein Neuanfang schwer. Denn immerhin ist bei der Reformpolitik, die in den 1930er Jahren ihren Anfang nahm, die Erfahrung gemacht worden, dass man sich dem Markt in schlechten Zeiten nicht anvertrauen muss, sondern dass durch zielgerichtetes Eingreifen und Planen Abhilfe geschaffen werden kann. Dies war ein Stück praktizierte Aufklärung, es war der Versuch, Unmündigkeit in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu beenden. Das Ergebnis war nicht Vermassung und staatliche Bevormundung, wie dies der Neoliberalismus darstellt, sondern das Ende von Würdelosigkeit. Nicht die Entmündigung der Individuen durch den Staat war das Ergebnis, sondern mehr Mündigkeit. Denn »die wichtigsten Agenda des Staates betreffen nicht die Tätigkeiten, die bereits von Privatpersonen geleistet werden, sondern jene Funktionen, die über den Wirkungskreis des Individuums hinausgehen, jene Entscheidungen, die niemand trifft, wenn der Staat sie nicht trifft. Nicht das ist wichtig für den Staat, dass er die gleichen Dinge etwas besser oder etwas schlechter ausführt, sondern dass er die Dinge tut, die heute überhaupt nicht getan werden.« (Keynes 1926: 35) Demokratie war für all dies Mittel und bewegendes Moment. Die demokratischen Einrichtungen hatten an Kompetenz und Ansehen dazu gewonnen. Die Strategie zur Behebung des wirtschaftlichen Elends der 1930er Jahre – verstärkt durch die Kriegserfahrung – war zu einer kompetenten Massenbewegung geworden. Es zeigte

sich, dass »die Massen« nicht – wie dies die Gegner von Vollbeschäftigungspolitik und Wohlfahrtsstaat stets behaupten – »den Staat schließlich ausplündern und die Wirtschaft ruinieren«, nein, im Gegenteil: Die Massendemokratie war in der Lage, den Massenwohlstand durch mehr Produktion, das heißt durch die überlegenere Organisation der Wirtschaft, zu steigern. Es hat sich gezeigt, dass das Parlament mit seinen erweiterten Befugnissen keineswegs, wie dies die Theorie der kollektiven Entscheidungen behauptet, ständig suboptimale Entscheidungen fällt, indem es selbst und der Staat allgemein zum Gefangenen kleinerer, aber wohlorganisierter Interessengruppen geworden wäre. Vielmehr dokumentiert die Erfahrung der ersten drei Nachkriegsjahrzehnte, wie erfolgreich Demokratie durch gesetzgeberische, staatliche Intervention sein kann. Der Staat wurde, im neoliberalen Jargon ausgedrückt, zur »Beute des kollektiven Interesses an besseren Lebensbedingungen« – und dies mit der Folge eines höheren Wachstums zum materiellen Vorteil der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung.

In der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus sind diese Erfahrungen von großer Bedeutung. Sie zeigen: Die Gesellschaft ist fähig, den hohen Produktivkraftstand wohlstandsmehrend zu nutzen, die Reformen sind *im* Kapitalismus möglich. Offen ist, welche Kapriolen die Sozialgeschichte schlagen und welche Erfahrung die Masse der Bevölkerung machen muss, um erneut in Aufruhr zu treten gegen Arbeitslosigkeit und Armut im höchst produktiven System des entwickelten Kapitalismus. Allemaal schaffen die Regierungen, die politischen Parteien und die Medien in Wechselwirkung zueinander einen Mangel an theoretischem Verständnis der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage und ihrer Vorgeschichte. Das Vakuum im Bereich des Politischen und Theoretischen füllt sich mit Alltagsverständnis und Plausibilitäten an. Aus diesem Stoff bildet der Neoliberalismus seine grundlegenden Annahmen und Basisätze. Er bestätigt das Unmittelbare, die platte Erfahrung. Die rationale, die theoretische Aneignung der sozialen Umwelt ist nicht sein Ziel.

## Teil 2

# Die neoliberale Neuordnung des Kapitalismus: Hegemonie durch Wettbewerb und Entpolitisierung

### 1. Der Aufstieg des Neoliberalismus: Wider permanente Vollbeschäftigung

In seinem bereits erwähnten Beitrag »Drei Aspekte der Vollbeschäftigung« (Kalecki 1943/1987) fasst Kalecki ein Grundproblem des entwickelten Kapitalismus, das eine wesentliche Rolle im Aufstieg des Neoliberalismus spielt, treffend zusammen: »Es sieht zur Zeit [1943, d.V.] so aus, als würden die Mächtigen der Wirtschaft und ihre Experten – oder zumindest ein Teil von ihnen – wohl oder übel bereit sein, kreditfinanzierte Staatsausgaben als ein Instrument zur Linderung von Depressionen zu akzeptieren. Die Schaffung von Beschäftigung durch die Subventionierung des privaten Konsums und die permanente Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung scheinen sie jedoch weiterhin einhellig abzulehnen. Dieser Stand der Dinge ist vielleicht symptomatisch für die künftige Wirtschaftsordnung der kapitalistischen Demokratien. In der Depression werden – entweder aufgrund des Drucks der Massen oder auch ohne ihn – kreditfinanzierte staatliche Investitionen getätigt werden, um einer Arbeitslosigkeit großen Ausmaßes vorzubeugen. Heftigen Widerstand der wirtschaftlich Mächtigen wird es jedoch wahrscheinlich dann geben, wenn es zu Versuchen kommt, diese Methode auch zur Aufrechterhaltung des hohen Beschäftigungsniveaus einzusetzen, das während des (der Depression folgenden) Booms erreicht worden ist. [...] Die Arbeiter würden »außer Kontrolle geraten« und die Industriekapitäne würden darauf brennen, ihnen »eine Lektion zu erteilen«. Dazu kommt, dass während der Hochkonjunktur das Preisniveau steigt und dies für die kleineren und großen Rentiers ungünstig ist, so dass sie der Hochkonjunktur überdrüssig werden. In dieser Situation wird sich wahrscheinlich eine mächtige Phalanx aus den Interessen des »Big Business« und der Rentiers formieren, und sie wird vermutlich mehr als bloß einen Nationalökonom finden, der verkündet, dass die Situation sichtlich ungesund ist. Der Druck dieser Kräfte, insbesondere der des »Big Business«, würde die Regierung höchstwahrschein-

lich dazu bringen, dass sie zu einer orthodoxen Politik zurückkehrt und das Budgetdefizit zurückschraubt.« (S. 241)

Kalecki diskutiert diesen Zusammenhang von politischer Interessenbildung und -vertretung einerseits und Wirtschaftspolitik andererseits im Rahmen der kurzen Frist wirtschaftlicher Veränderungen. Mit anderen Worten, er liefert die Grundlagen einer Theorie »politischer Konjunkturzyklen«, als deren Begründer er noch heute gilt. Sein Raisonement ist jedoch von Bedeutung über die Theorie der kurzen Frist – des Konjunkturzyklus, der in der Regel wenige Jahre umfasst – hinaus. Einerseits ist die Anlehnung an den Marx'schen Gedanken der »Reservearmee der arbeitenden Klassen« unübersehbar, demzufolge ein gewisses Maß an Arbeitslosigkeit für die Aufrechterhaltung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse unerlässlich ist, da ansonsten das wesentliche Machtmittel der Unternehmer – die Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes – verloren geht.

Für Marx ist dies nicht in erster Linie eine Frage kurzfristiger Instabilität des Produktionsniveaus, sondern eine grundlegende Charakteristik kapitalistischer Produktionsform. Andererseits unterscheidet Marx noch nicht zwischen verschiedenen Phasen – oder Regimes – kapitalistischer Entwicklung. Insbesondere trifft Marx noch nicht die für Keynes und Kalecki so zentrale Unterscheidung zwischen kapitalbegrenztem und nachfragebegrenztem Kapitalismus (Kalecki 1971). Wie bereits dargestellt, ist diese Unterscheidung wesentlich für das Verständnis des Zusammenwirkens politischer und ökonomischer Elemente im entwickelten Kapitalismus.

Zur Rekapitulation: Kapitalbegrenzter Kapitalismus ist typisch unter Bedingungen einer noch nicht vollendeten Industrialisierung. Arbeitslosigkeit ist hier im Wesentlichen die Folge eines im Verhältnis zur Wachstumsrate der Bevölkerung und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität unzureichenden Kapitalbestandes: Der Arbeitsmarkt ist bereits der wesentliche Mechanismus der Existenzsicherung großer Teile der Bevölkerung, aber das Tempo, in dem die Wirtschaft mit industriellem Kapital ausgestattet wird, ist noch zu niedrig, um alle vorhandene Arbeitskraft im industriellen Sektor zu beschäftigen. Diese Situation ist typisch für die Industrialisierung des 18. und 19. Jahrhunderts, aber ebenso für viele heutige Entwicklungsländer, selbst wenn die jeweiligen Industrialisierungsprozesse und die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Organisation weitgehend verschieden sind. Unter solchen Bedingungen können individuelle Kapitalisten natürlich ihren Arbeitern mit Arbeitslosigkeit drohen – insbesondere dann, wenn Wirtschafts- oder Entwicklungspolitik sich dem »Laissez-faire«-Prinzip verschrieben hat –, und sie können so ihrer Machtposition Nachdruck verleihen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet ist Arbeitslosigkeit allerdings Ausdruck eines objektiv bestehenden Kapitalmangels: Selbst wenn alle Kapitalisten Philantropen wären, könnten sie zusammengenom-

men nicht alle vorhandene Arbeitskraft beschäftigen, ohne die gesamtwirtschaftliche Produktivität zu beeinträchtigen.

Unter den Bedingungen des nachfragebegrenzten Kapitalismus stehen die Dinge anders: Vollbeschäftigung auf hohem Produktivitätsniveau ist nicht nur möglich, sondern eine wesentliche Bedingung der wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit des Systems. Nicht nur ist der bestehende Produktionsapparat in der Regel nun in der Lage, alle vorhandene Arbeitskraft zu nutzen. Damit dieser Produktionsapparat weiter ausgebaut werden kann – damit also die für die Akkumulation bereitstehenden Ressourcen auch tatsächlich für die Produktion von Kapitalgütern genutzt werden – muss die Nachfrage nach diesen Kapitalgütern sowie nach den mit ihnen produzierten Gütern sichergestellt sein. Unter Bedingungen der Kapitalbegrenzung ergeben sich wenige Probleme: Die Kombination von anfänglich niedrigem Produktivitätsniveau, hohem Modernisierungsbedarf und der Erschließbarkeit benachbarter Märkte (z.B. weite Teile Osteuropas für die deutsche Eisen- und Stahlindustrie am Ende des 19. Jahrhunderts) bedeutet, dass die direkte Modernisierungsnachfrage nach Kapitalgütern zumeist höher ist als das Angebot. In dem Maße jedoch, in dem Industrialisierung sich in allen leicht zugänglichen Bereichen durchsetzt<sup>1</sup> und das durchschnittliche Produktivitätsniveau steigt, verliert die Nachfrage aus unmittelbarem Modernisierungsbedarf an Bedeutung gegenüber der Nachfrage zur Befriedigung von individuellem und kollektivem Konsum (i.e. Bildung, Kultureinrichtungen etc.). Diese letztere Nachfragekomponente ist jedoch direkt abhängig von einem hohen Beschäftigungsniveau und weitgehend ebenfalls von einem aktiven öffentlichen Sektor. Damit sind die Grenzen, die der Vollbeschäftigung gesetzt sind, nicht mehr materieller Natur (Kapitalmangel), sondern ausschließlich politischer Natur im Sinne von Kalecki. Die »mächtige Phalanx aus den Interessen des ›Big Business‹ und der Rentiers« *widersetzt* sich dem Ziel der Vollbeschäftigung (ebenso wie der Ausweitung von kollektivem Konsum vermittelt durch den öffentlichen Sektor) *trotz* einer möglichen negativen Rückwirkung auf die Akkumulationsfähigkeit des Kapitalismus aufgrund von Nachfragedefizienz, um ihre politische Vormachtstellung nicht zu

---

<sup>1</sup> Die Tatsache, dass in weiten Teilen der Welt der Industrialisierungsprozess nicht abgeschlossen ist, widerspricht dieser Überlegung nicht. Wichtig ist, dass die Fortsetzung der Industrialisierungsprozesse in Entwicklungsländern auf wesentlich größere Hindernisse trifft als die Industrialisierung Europas und der englischen Siedlungskolonien im 19. Jahrhundert, so der Mangel an grundlegender Infrastruktur, unterbliebene und/oder unterbrochene Staatsbildung, politischer Widerstand gegen internationale Investitionen und, nicht zuletzt, die Konkurrenz höherer Profitmargen im Bereich internationaler finanzieller Spekulation.



gefährden. In diesem Sinn lässt sich Kaleckis Theorie des politischen Konjunkturzyklus in der kurzen Frist weiter fassen als eine Theorie kapitalistischer Produktionsregime in der mittleren Frist unter Bedingungen der Nachfragebegrenzung: Phasen relativ hoher Wachstumsraten auf der Grundlage hoher (individueller und kollektiver) Konsumnachfrage, die sich aus Vollbeschäftigung, Umverteilungspolitik zugunsten von Masseneinkommen und kreditfinanzierten Budgetdefiziten ergibt, wechseln mit Phasen vergleichsweise niedrigerer Wachstumsraten, in denen eine hohe Konsumnachfrage zugunsten der politischen Vormachtstellung des »Big Business« und der Rentiers aufgegeben wird.

So kann der von Kalecki benannte politische Erklärungsfaktor kurzfristiger wirtschaftlicher Umschwünge im Kapitalismus – die Wendung der »führenden Kräfte der Wirtschaft« gegen Vollbeschäftigung und Staatsinterventionismus aufgrund von dessen Rückwirkung auf das *politische* Machtverhältnis (im Gegensatz zu wirtschaftlicher Effizienz) – auch verstanden werden als ein wesentliches Element der längerfristigen Entwicklung von nachfragebegrenztem Kapitalismus: Dieser politische Faktor beeinflusst nicht nur die üblichen Schwingungen gesamtwirtschaftlicher Variablen, sondern die mittelfristige Organisations- und Legitimationsform von entwickeltem Kapitalismus: Das vielleicht bemerkenswerteste Phänomen der letzten drei Jahrzehnte ist der Umstand, dass ein Kapitalismus, der hinter sein substantielles Glücksversprechen – mehr Wohlstand und Entfaltung für alle, wenn auch in unterschiedlichem Maß (das größte Glück der größten Zahl) – zurückfällt, indem er im historischen Vergleich niedrigere Wachstumsraten und höhere Ungleichheiten reproduziert, dennoch politisch akzeptabel oder zumindest nicht offensichtlich gescheitert erscheint.

Um dies zu erreichen, bedarf es umfassender ideologischer Anstrengungen, die nicht dem Rhythmus kurzfristiger Konjunkturzyklen folgen. Letztendlich geht es darum, einen Prozess der »schleichenden Sozialisierung«, der aus dem vom Kapitalismus selbst geschaffenen materiellen und technologischen Möglichkeitsraum folgt – man denke an den hohen Bedarf kollektiver Arbeitsformen in der sogenannten neuen Wissensgesellschaft –, aufzuhalten. Kalecki beweist viel Voraussicht, wenn er feststellt, dass die »mächtige Phalanx aus den Interessen des ›Big Business‹ und der Rentiers [...] vermutlich mehr als bloß einen Nationalökonom finden [wird], der verkündet, dass die Situation sichtlich ungesund ist.« Dies war die Aufgabe Milton Friedmans und seiner »Chicago Boys«, die argumentierten, dass keynesianische Nachfragepolitik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung in der längeren Frist lediglich zu unhaltbaren Inflationsraten führe, die wiederum das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit liberaler Zivilisation unterminieren würden. Obwohl die vielen theoretischen und empirischen Facetten dieses Arguments keineswegs standfest sind, ist dieser als »Monetarismus« bekannt gewordene Ansatz zur allgemeinen Volksweis-

heit geworden: Wenn wir heute etwas fürchten, so sind es Inflationsraten von mehr als 2%, nicht Arbeitslosigkeit von mehr als 10%.

Was Kalecki (der 1971 verstorben ist) noch nicht diskutiert, ist, dass jene »Ungesundheitsökonomien« lediglich das Anfangsgeplänkel eines wesentlich längeren Prozesses liefern, eines gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Prozesses nämlich, der unter dem Stichwort »Neoliberalismus« zur Legitimation einer langen Phase – oder eines neuen Produktionsregimes – des entwickelten Kapitalismus führt, in der Vollbeschäftigung und gradueller wirtschaftlicher und politischer Fortschritt langfristig aufgegeben werden zugunsten der rückblickenden Bewahrung der Vormachtstellung und Autonomie des Big Business und der Rentiers.<sup>2</sup>

## **2. Allgemeine Charakteristik des Neoliberalismus: Hegemonie durch Wettbewerb – die Ökonomisierung menschlichen Verhaltens und die Entpolitisierung der Gesellschaft**

Gegenstand dieses Kapitels ist der Neoliberalismus als Ideologieform und politische Programmatik: Welche – vorrangig der ökonomischen Theoriebildung entliehenen – Argumente und Konzepte werden entwickelt, um einen Kapitalismus zu legitimieren, der sich aus den oben benannten Gründen gegen Massenwohlfahrt – und damit gegen sein eigenes ursprüngliches Glücksversprechen – wendet? Zur Beantwortung dieser Frage muss zweierlei beachtet werden:

Erstens geht es nicht so sehr um die Diskussion neoliberaler wirtschaftspolitischer Programme und Theorien im engeren Sinn, wie des Monetarismus und seiner makroökonomischen Nachfolger (hier insbesondere die Neue Klassische Makroökonomie und die Theorie der rationalen Erwartungen),<sup>3</sup> sondern um die Erfassung des Neoliberalismus als gesellschaftliches Reformpro-

---

<sup>2</sup> Dass Kaleckis Anwendung des marxistischen Grundgedankens von der »Reservearmee« auf moderne Konjunkturanalyse mehr als lediglich eine Theorie des politischen Konjunkturzyklus begründet, lässt sich auch daran ersehen, dass sein Ansatz wenig später von orthodoxen Ökonomen in veränderter Form aufgegriffen wird. Diese orthodoxe Theorie des politischen Konjunkturzyklus spielt, wie weiter unten zu sehen sein wird, nicht zufällig eine bedeutende Rolle in der Formulierung neoliberaler Grundgedanken. Anders ausgedrückt: Sie wird zu einem der wesentlichen Begründungsfaktoren einer Legitimationsform, die weit über die Analyse politischer Faktoren in der Bestimmung kurzfristiger Schwankungen wirtschaftlicher Variablen hinausgeht.

<sup>3</sup> Für eine detaillierte Darstellung dieser Theorien siehe M. Desai, *Testing Monetarism*, Frances Printer, London 1981, sowie Snowdon, B./Vane, H./Wynarczyk, P., *A Modern Guide to Macroeconomics*, Edward Elgar, Cheltenham (UK), 2001.

gramm. Wie bereits bemerkt, stellen diese Theorien – insbesondere das Dogma der Inflationsbekämpfung sowie die lange Liste weitgehend scholastischer Einwände gegen keynesianische Fiskal- und Verteilungspolitik – ein wichtiges Element des wirtschaftspolitischen Alltagsgeschehens (und damit auch der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung) dar. Sie sind jedoch keineswegs ausreichend für die umfassende Legitimation eines kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsregimes, das unternehmerische Autonomie auf der Grundlage uneingeschränkter privater Eigentumsrechte kollektiver Wohlfahrt und kollektivem Fortschritt entgegenstellt. Es ist daher kein Zufall, dass selbst orthodoxe ökonomische Theoriebildung sich in den letzten beiden Jahrzehnten über ihre traditionelle Befassung mit der allgemeinen Gleichgewichtstheorie hinaus zunehmend für politische und gesellschaftliche Themen, wie die Herausbildung gesellschaftlicher Institutionen, die Rolle kultureller Faktoren in der Organisation der Wirtschaft und die Funktionsweise politischer Meinungsbildung und Herrschaftsformen interessiert. Mit anderen Worten, orthodoxe ökonomische Theorie hat mit dem Aufstieg neoliberaler Wirtschaftspolitik zugleich ihr Interesse an der Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Ordnung wiederentdeckt. Die folgende Darstellung nimmt Bezug insbesondere auf die Vorstellungen und Ideen, die dieser weiteren theoretischen Entwicklung zugrundeliegen.

Zweitens bedeutet die Kennzeichnung von Neoliberalismus als Ideologieform und politische Programmatik, dass wir es nicht mit einer ausgereiften Theorie zu tun haben, sondern mit ideologischem Gedankengut, das spezifische Ziele unter historisch spezifischen Bedingungen verfolgt. Ebenso wie Ideologieformen im Allgemeinen, bedient der Neoliberalismus sich verschiedener Theorien und Denkansätze, sowohl innerhalb bestehender Disziplinen als auch in disziplinübergreifender Weise. Wichtig ist dabei nicht logische Konsistenz, sondern politische Wirksamkeit. Neoliberales Gedankengut ist daher nicht widerspruchsfrei. Im Gegenteil – je schärfer die Linseneinstellung, desto unschärfer das Bild.

Diese Unschärfe im Detail steht jedoch nicht unbedingt im Widerspruch zu einer klaren Kennzeichnung der wesentlichen Grundkoordinaten des Neoliberalismus. Dies folgt direkt aus dem Primat politischer Wirksamkeit über logische Konsistenz: Das Ziel ist klar formuliert. Weniger klar ist, wie dieses Ziel erreicht werden kann. Doch zunächst zum Ziel selbst. Einerseits ist es negativ: Wie bereits gesehen, geht es um die Demontage des Wohlfahrtsstaates in industrialisierten Ländern sowie um die des Entwicklungsstaates in Entwicklungsländern, und damit um die Negation des jüngsten, zaghaften und reformerischen Versuchs der Verwirklichung des kapitalistischen Glücksversprechens. Andererseits kann das Ziel politischer und gesellschaftlicher Umgestaltung nie ausschließlich negativ sein. Es ist nicht ausreichend, den Feind in die Flucht zu schlagen; das eroberte Gebiet muss neu besetzt werden, und die neuen Gren-

zen müssen dauerhaft verteidigt werden. Auf dem modernen politischen Terrain gehört dazu auch die Kooptierung der Verlierer, oder zumindest die der besiegteten »Zivilbevölkerung« durch das neue Regime. Das positive Element (im Sinne von »bejahend«, nicht »vorteilhaft«) neoliberaler Zielsetzung ist die Behauptung privater unternehmerischer Autonomie, Rentiers einbezogen.

Hier jedoch beginnen die Schwierigkeiten, denn diese positive Zielsetzung ist *per se* unbrauchbar als Legitimationsfigur. Wenn man von aufgeklärten absoluten Herrschern einmal absieht, so war es von Augustus bis zu Louis XVI zumeist göttliche Eingebung und Führung, die Partikularinteressen und spezifische Herrschaftsformen (mehr oder weniger erfolgreich) mit Legitimationsmaterial versorgte. Von der Französischen Revolution bis zum Keynesianischen Wohlfahrts- und Entwicklungsstaat trat der »Wohlstand der Nationen« an die Stelle von Religion. Diese Legitimationsfigur ist zugleich säkular, materialistisch und – in der langen Sicht – humanistisch. Der Grundgedanke ist der, dass die Akkumulation von Reichtum auf Dauer zum Glück aller führt. Selbst wenn der Akkumulationsprozess Ungleichheiten (zwischen Klassen und Nationen), Ungerechtigkeit und Not für manche mit sich bringt, so steht am Ende das Versprechen wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Emanzipation. Die Marktwirtschaft und die mit ihr assoziierte Effizienz ist hier Mittel zu diesem Zweck. Es ist deshalb keineswegs zufällig, dass dies zugleich die Hochphase des Nationalgedankens als auch die Zeit der Begründung und Entwicklung sozialistischen Gedankenguts ist, dessen fortschrittlicherer Variante zufolge »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (MEW 4: 482). In diesem Kontext ist es nicht offensichtlich, wie Neoliberalismus sein Ziel – die Abschaffung oder zumindest die Begrenzung von Massenwohlfahrt und die Verteidigung der »mächtigen Phalanx aus den Interessen des ›Big Business‹ und der Rentiers« – legitimieren kann. Selbst wenn der Aufstieg des christlichen Fundamentalismus in den Vereinigten Staaten (und die Ausweitung fundamentalistisch-religiöser Strömungen in einigen Entwicklungsländern) einen Rückschritt darstellt, so ist doch klar, dass eine umfassende religiöse Legitimation moderner Herrschaftsformen zumindest in den industrialisierten Zentren schwer vorstellbar ist. Ebenso wenig wie Säkularisierung können andere moderne Errungenschaften – formale Demokratie, der materielle Fortschrittsgedanke, eben der »Wohlstand der Nationen« – allzu offen in Frage gestellt werden. Die Antwort des Neoliberalismus auf diese Problematik findet sich in zwei Legitimationsfiguren. Die erste Legitimationsfigur betont das Primat der Ökonomie über die Politik, im liberalen Sinne zu verstehen als das Primat des marktlichen und vertragstheoretischen Organisationsprinzips. Die zweite Legitimationsfigur betont das Primat gesellschaftlicher Ordnung auf der Grundlage kultur-evolutionärer Entwicklungsgesetze, im liberalen Sinne zu verstehen als eine spontane (im Gegensatz zur planerisch-

kollektiven) Ordnung. Beide Legitimationsfiguren haben ihren Ursprung im Liberalismus des späten 18. und des 19. Jahrhunderts. Anders als dieser richten sie sich jedoch nicht gegen feudale Herrschaftsstrukturen, sondern gegen das moderne Glücksversprechen. Das eben macht das Neue am Neoliberalismus aus.

### **Die Universalität des Marktprinzips: Überleben am Markt statt Politik**

Der Kerngedanke der erstgenannten Legitimationsfigur besteht darin, dass der Markt nicht lediglich Mittel zum Zweck im oben benannten Sinn ist, sondern der Zweck selbst. Wie noch genauer zu sehen sein wird, beschreibt das Marktprinzip hier eine spezifische Variante der individualistischen Vertragslogik des freien Austauschs: Die allgemeine Wohlfahrt ist das spontane Ergebnis individueller Tauschakte, die wiederum auf drei Prinzipien beruhen: Sie sind Ausdruck des freien Willens aller Beteiligten; die individuelle Entscheidung zur Teilnahme an einem Tauschakt beruht auf Zweckrationalität, d.h. dem rationalen Abwiegen individueller Kosten und Nutzen; die allgemeine Gültigkeit und Wirksamkeit von privatem Vertragsrecht schließt Willkürakte aus oder begrenzt sie zumindest so weit, dass spontane Kooperation durch vertraglichen Austausch zwischen privaten Individuen als allgemeines Prinzip nicht gefährdet ist. Das Besondere an der neoliberalen Wiederbelebung dieser Triade liberaler Legitimation – Freiheit, Privatheit und Kooperation<sup>4</sup> – liegt in der Umdeutung des Gehalts von allgemeiner Wohlfahrt, die, so die Annahme, aus der ungehinderten Entfaltung dieser drei Prinzipien folgt. Allgemeine Wohlfahrt besteht nicht länger im »Wohlstand der Nationen« (Entwicklung), und nicht einmal mehr in der optimalen Allokation vorhandener Ressourcen (allokative Effizienz), sondern in der bestmöglichen Selektion und Vergesellschaftung von Einzelwissen. Das Marktprinzip ist anderen gesellschaftlichen Organisationsprinzipien überlegen, nicht weil es wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt und damit neue gesellschaftliche Möglichkeitsräume eröffnet, auch nicht, weil es vorhandene Ressourcen optimal auf die Produktionsfaktoren verteilt und so das Produktionsergebnis maximiert, sondern weil es den freien Austausch von Wissensfragmenten befördert, die auf individuelle Entscheidungsträger verstreut sind, und sie so der Nutzung durch die Gesellschaft als Ganzes zugänglich

---

<sup>4</sup> »Es gibt die heroische Tugend und die bürgerliche Tugend. Der homerische Held tut sich im Einzelkampf mit seinesgleichen hervor, der Voll-Bürger der antiken Stadt befolgt die Gesetze und verlässt seine Stellung in der geschlossenen Schlachtordnung nicht. Die heroische Tugend hat es auf Leistung, Auszeichnung, das Übertreffen abgesehen; die bürgerliche auf Kooperation.« (R. Geuss, Die Tugend und das gute Leben, Frankfurter Rundschau 29.9.1998 [Nr. 226]).

macht. Damit hat die allgemeine Wohlfahrt keine materielle Substanz mehr: Die Leistungsfähigkeit des Marktes lässt sich nicht länger empirisch überprüfen. Solange die Funktionsfähigkeit des Marktprinzips am »Wohlstand der Nationen« oder an allokativer Effizienz gemessen werden kann, ist der empirische Nachweis von Unzulänglichkeit möglich. Die keynesianische Kritik des Marktes nahm nicht umsonst genau auf diesen Punkt Bezug: Die Weltwirtschaftskrise der späten 1920er und frühen 1930er Jahre, und insbesondere die für damalige Verhältnisse hohe Arbeitslosigkeit, waren der Ausgangspunkt für Keynes' Zweifel an der orthodoxen Behauptung, dass der Markt alle Ressourcen, Arbeit inbegriffen, optimal zu nutzen weiß. Wenn jedoch das einzige Versprechen des Marktprinzips darin besteht, dass vorhandenes Wissen bestmöglich genutzt wird, ist damit kein materiell überprüfbares Erfolgskriterium mehr verbunden. Versprochen wird nur noch die Form, oder genauer die Prozesshaftigkeit, nicht mehr der Inhalt oder die Substanz. Was zählt, ist nicht das Endergebnis im Sinn der durchschnittlichen Wohlfahrt – wie auch immer definiert – aller Mitglieder eines Gemeinwesens zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern die Dynamik des Prozesses. Entscheidend für den Prozess der Wissensfindung und -vermittlung sind dabei nicht nur Preise, die Informationen über Produktionskosten und Absatzmöglichkeiten enthalten, sondern vor allem die Anreizfunktion individuellen Wohlstands und Erfolgs. Erfolg signalisiert, welche Verfahren im Sinne individueller Überlebens- und Bereicherungspraktiken sich als überlegen erwiesen haben, und fordert zur Nachahmung auf. Die wirkliche Ursache der Überlegenheit des Marktprinzips liegt daher in seiner Funktion als Auslesemechanismus und Lernvorgang, wobei das Fitnesskriterium persönlicher Reichtum ist und die Motivation des Lernens – damit die Verallgemeinerung von Wissen – auf der Notwendigkeit des Überlebens am Markt beruht. Es ist in diesem Sinn, dass Neoliberalismus den Markt von einem Mittel zum Zweck zum Zweck selbst erhebt.

Um diesen Kerngedanken zu einer allgemeinen Legitimationsfigur auszubauen, ist jedoch noch ein weiterer Schritt erforderlich: Der Markt als Organisationsprinzip ist der Politik und damit der bewussten, zielgerichteten Kooperation als Ausdruck von kollektivem Interesse überlegen. In diesem Kontext richtet sich der Neoliberalismus nicht nur gegen die traditionelle Demokratie der entwickelten Länder; seine Feinde sind gleichermaßen autoritäre Regimes und Demokratien in den Entwicklungsländern, soweit diese das Ziel nationaler Souveränität betonen, sich damit nur eingeschränkt in den Weltmarkt einbinden und folglich dem Interesse der tonangebenden Geschäftswelt der Industrieländer Widerstand leisten. Der Neoliberalismus propagiert für alle Länder durchgreifende Veränderungen, die die Individuen im Allgemeinen von den »Fesseln der Bürokratie« und die Unternehmer im Besonderen von den »Fesseln der Politik« befreien sollen. Der Neoliberalismus fordert uns dazu auf,

unser politisches Mitspracherecht, unsere Kontrolle über Art und Umfang der Nutzung unserer wirtschaftlichen Ressourcen, kurz unsere (in der Realität wie auch immer beschränkte) unmittelbare Verfügung über die Mittel zur Gestaltung unseres Lebens nicht in Parlamenten, Parteien, Gewerkschaften oder sozialen Bewegungen zu bündeln, sondern an die spontanen Kräfte des Marktes abzutreten. Das Marktprinzip soll nicht nur unsere ökonomische Aktivität, sondern vor allem unser politisches und gesellschaftliches Zusammenleben bestimmen.

Die konkreten politischen Forderungen des Neoliberalismus – die Abschaffung des »gewerkschaftlichen Arbeitsmonopols«, die vorgebliche Entbürokratisierung öffentlicher Institutionen, die Reorganisation des »Volksparteiensystems« und die Einschränkung parlamentarischer Kompetenzen, die Liberalisierung der Märkte, Deregulierung und Dezentralisierung des öffentlichen Lebens, die Privatisierung staatlicher Unternehmen – lassen sich unter dem einen Motto zusammenfassen: Eroberung der Politik durch die spontanen Kräfte des Marktes. Hierin unterscheidet sich der Neoliberalismus von klassisch-liberalen Positionen in der Wirtschaftstheorie: Der Geltungsbereich des Marktprinzips soll über seinen originären, rein ökonomischen Wirkungszusammenhang hinaus auf die Sphäre politischer Entscheidungen ausgedehnt werden. Es gilt, das Marktprinzip zum *allgemeinen gesellschaftlichen* Organisationsprinzip zu erheben. Die geforderte Universalität des Marktprinzips – Kritiker nennen dies Methodenimperialismus – findet ihren alltäglichen Ausdruck in der Erhebung des Ökonomischen zum Maßstab allen menschlichen Verhaltens. Vertretbar ist, was »ökonomisch« ist. Jede private und gesellschaftliche Lebensäußerung ist dem Grundsatz des Tausches und der individuellen Zweckrationalität unterworfen.

### **Das Primat des Unbewussten:**

#### **Die Marktgesellschaft als Ergebnis kultureller Evolution**

Die zweite Legitimationsform ist der ersten nicht unbedingt entgegengesetzt, aber sie versucht eine andere Frage zu beantworten: Die Möglichkeit spontaner (im Gegensatz zu bewusst planerischer) Kooperation wird von der vertragstheoretischen Variante neoliberaler Theoriebildung vorausgesetzt. Die allgemeine Akzeptanz privater Vertrags- und Eigentumsrechte wird angenommen. Woher aber stammen diese Rechte und was begründet ihre allgemeine Akzeptanz? Eine beliebte Metapher, die beiden Legitimationsfiguren gemein ist, verdeutlicht das Problem. Das Marktprinzip im Sinne des Neoliberalismus – der Markt also als ein Wissens- und Entdeckensprozess – wird häufig beschrieben als ein »Spiel« – »zum Teil Geschicklichkeits-, zum Teil Glücksspiel«. (Hayek 1982/2: 158) Der Spielausgang ist unbekannt und muss dies sein, weil sonst jeder Sinn des Spiels ebenso verloren geht wie die Motivation der Spieler. In

begrenztem Maß kann der Spielausgang von den allmählich erlernten Strategien erfahrener und geschickter Spieler beeinflusst werden. Letztendlich jedoch lebt das Spiel von Spontanität und Zufall, nicht von der sicheren Kenntnis des Ausgangs. Anders ausgedrückt, wo die wesentliche Funktion des Marktes darin besteht, Wissen zu entdecken und dieses in Form von Preisen und persönlichen Erfolgen – oder Bereicherungserfahrungen, die zur Nachahmung anregen – zu verbreitern, gibt es keine *systematische* Erfolgsstrategie, einfach deshalb, weil es keine umfassende individuelle Verfügung über alles erforderliche Wissen gibt: Jeder professionelle Roulettespieler weiß letztendlich, dass *dauerhafter* Erfolg eine Frage von Glück oder aber von Betrug ist. Genau jener Betrug wird aber von der vertragstheoretischen Variante der neoliberalen Legitimation des Marktprinzips per Definition ausgeschlossen: Jedes Spiel hat seine Regeln. Mehr noch: es sind die Regeln, die das Spiel definieren, und alle halten sich an die Spielregeln. Das unterscheidet spontane gesellschaftliche Ordnung und Kooperation von Anarchie und Korruption. Die offensichtliche Frage ist jedoch, woher denn die Spielregeln des Marktes und die Tugend der Marktteilnehmer, die die Spielregeln respektieren, stammen. Eine mögliche Antwort ist, dass bestimmte gesellschaftliche Gruppen aus historischen Gründen über ausreichende Macht verfügen, um die Einhaltung von Regeln, die sich zu ihren Gunsten auswirken, durchzusetzen.

Spieler, die sich nicht an diese Regeln halten, können des Hauses verwiesen werden, weil die Ordnungsmächte – Polizei und Administration – des Territoriums, in dem das Kasino betrieben wird, der Überwachung dieser Regeln verpflichtet sind: Charles III von Monaco gründete beispielsweise das Kasino von Monte Carlo auf Anraten von Louis Blanc (dem Eigentümer des Kasinos von Baden-Baden), um seinen Hof und das Fürstentum von Monaco zu finanzieren. Eine andere Antwort besteht darin, dass unmittelbare Macht und Partialinteressen nichts mit der Herausbildung und Akzeptanz von Spielregeln zu tun haben. Stattdessen bilden sich die Spielregeln in einem allmählichen Prozess kultureller Evolution heraus. Mit anderen Worten, der Selektionsmechanismus des Marktes sibt nicht nur überlegene individuelle Verhaltensweisen in einer gegebenen Gesellschaft aus, sondern im Verlauf eines allmählichen Prozesses kultureller Evolution erweisen sich ganze Gesellschaftsordnungen oder Spielregeln als überlegen. Aus der Sicht des Neoliberalismus besteht der Vorteil dieser Argumentation darin, dass weder identifizierbare partikuläre Machtinteressen noch kollektive planerische Vernunft etwas mit der Formulierung und Einhaltung grundlegender Verhaltens- und Spielregeln zu tun haben. Vielmehr sind diese das Ergebnis unbewusster – evolutionärer – Entwicklung und Selektion.

Damit ist die vom Neoliberalismus angestrebte Entpolitisierung des gesellschaftlichen Lebens vollständig: Die geforderte Universalität des Marktprin-



zips – die Eroberung der Politik durch den Markt – wird verbunden mit der Unantastbarkeit der zugrundeliegenden Spiel- oder Verhaltensregeln. Diese Regeln – im Falle der Marktgesellschaft Privateigentum, Vertragsfreiheit, formale Gleichheit vor dem Recht, Ehrlichkeit und Sparsamkeit – sind selbst das Resultat evolutionärer, wettbewerbsgelenkter Selektion. Kooperation oder gesellschaftliche Ordnung auf der Grundlage dieser Regeln ist daher nicht herleitbar aus zielgerichteten, bewussten kollektiven Entscheidungsprozessen, sondern sie hat ihren Ursprung in der Sphäre des Unbewussten, des dem direkten Zugriff durch Politik entzogenen kulturellen Evolutionsprozesses. Damit aber kann der für die Wirksamkeit des Marktprinzips erforderliche Ordnungsrahmen nicht von Politik in Frage gestellt werden: Was ist, ist gut, weil es ist, sonst wäre es nicht entstanden. Anders ausgedrückt, Kapitalismus oder die Marktgesellschaft hat sich dieser Sichtweise zufolge nicht herausgebildet, *damit* sie Wohlstand mehren, sondern sie sind das Ergebnis von Evolution, *weil* sie Wohlstand mit sich brachten. Kapitalismus ist zu bemessen nicht an der Erfüllung seines eigenen historischen Glücksversprechens, sondern bestenfalls ex-post als Ergebnis eines der individuellen und kollektiven Entscheidungslogik externen, unbeeinflussbaren gesellschaftlichen Prozesses. Das bedeutet, dass es keine gegenwärtige Alternative zu Liberalismus und Markt geben kann. Schließlich ist es ein Gebot der Evolution, das Erreichte gegen unsinnige Anfechtungen von außen zu verteidigen: »Für die Wissenschaft der Anthropologie mögen alle Kulturen [...] gleich gut sein, aber zur Aufrechterhaltung unserer Gesellschaftsordnung müssen wir die anderen als weniger gut ansehen.« (Hayek 1980/3: 232).

### **Zwischen Markt und Evolution: Der Wettbewerb als Entdeckensprozess**

Das Bindeglied zwischen diesen beiden Legitimationsfiguren ist der Begriff des Wettbewerbs als Entdeckensprozess: Wettbewerb ist einerseits das dynamische Bewegungsmoment marktlicher Organisation. Freier Austausch zwischen zweckrationalen Individuen auf der Grundlage des allgemeinen Respekts von privatem Vertragsrecht produziert Ergebnisse, weil jede/r etwas zu verlieren hat. Ohne den Kampf ums Überleben wird das zweckrationale Individuum zum Trittbrettfahrer. Anders ausgedrückt, wo es keine Motivation außer dem ökonomischen Kosten-Nutzen-Kalkül gibt, ist der einzige Anreiz zu handeln der, das eigene Überleben und die eigene Überlegenheit sicherzustellen. Wenn andere dieses Überleben sicherstellen (wie beispielsweise im Wohlfahrtsstaat), ist es zweckrational, weiter nichts zu tun (d.h. »auf der faulen Haut zu liegen«). Wo die Rechtfertigung des Marktprinzips nicht mehr länger auf substanziellen Erfolgskriterien beruht – der »Reichtum der Nationen« oder die Maximierung des Produktionsergebnisses – sondern auf der behaupteten Fähigkeit des Marktes, vereinzelte Informationen zusammenzuführen, wird Wettbewerb von ei-

nem Mechanismus der individuellen und gesellschaftlichen Bereicherung zu einem Entdeckensprozess.

Wettbewerb ist ebenfalls ein wesentliches Bewegungsmoment evolutionärer Entwicklung. Genauer, unter den drei Grundprinzipien evolutionärer Entwicklung – Variation (oder Mutation), Selektion und Transmission – ist Wettbewerb der wesentliche Mechanismus von Selektion. Ob in der natürlichen Umwelt oder am Markt – bestimmte Arten oder Verhaltensweisen überleben oder dominieren, weil sie sich im Wettbewerb mit anderen um vorhandene Ressourcen als überlegen erwiesen haben.<sup>5</sup> Im Zusammenhang kultureller – im Gegensatz zu biologischer – Evolution ist Transmission (oder Übertragung) eine Angelegenheit von Lernen: Information wird übertragen durch Lernen, nicht durch die Vererbung von Genmaterial. Es ist daher leicht ersichtlich, dass sich der Gedanke des Wettbewerbs als Entdeckens- und Lernprozess nicht nur als Bewegungsmoment marktlicher Organisation, sondern auch als die treibende Kraft gesellschaftlicher und kultureller Entwicklung oder Evolution verstehen lässt. In anderen Worten, Wettbewerb sorgt nicht nur für die Selektion überlegener Verhaltensweisen am Markt zu einem gegebenen Zeitpunkt; er stellt ebenfalls sicher, dass sich im Verlauf der Zeit überlegene Gesellschaftsordnungen (Spielregeln) herausbilden.

Im Folgenden werden die Argumente, die dieser Legitimationsfigur des Neoliberalismus unterliegen, im Einzelnen diskutiert und in den Zusammenhang moderner ökonomischer Theoriebildung gestellt.

---

<sup>5</sup> Für den kritischen Leser ist sofort ersichtlich, dass es sich hier um eine adaptionistische Interpretation von Evolutionstheorie handelt. Eine wichtige Kritik dieser Interpretation argumentiert, dass das Überleben biologischer Arten nicht unbedingt auf deren Überlegenheit zurückzuführen ist, sondern beispielsweise auf Zufall. Diese Kritik richtet sich im Wesentlichen gegen den Funktionalismus des Adaptionismus: Selbst wenn eine bestimmte Art (oder Verhaltensweise) überlebt hat, ist das allein ausreichender Beweis ihrer Überlegenheit? Aus der Sicht der Kritiker des adaptionistischen Programms erfordert ein solcher Beweis eine Erklärung des tatsächlichen Vorgangs, der zum Überleben dieser Art (oder dieses Verhaltens) geführt hat. Mit anderen Worten, Adaptionismus oder Funktionalismus setzt das *ist* mit dem *warum* gleich: Was ist, ist *weil* es überlegen ist. Die Kritik des Funktionalismus verlangt eine gesonderte Erklärung des *warum*, die unabhängig ist vom *ist*. Für eine leicht verständliche kritische Diskussion des adaptionistischen Programms siehe S.J. Gould/R.C. Lewontin, *The Spandrels of San Marco and the Panglossian Paradigm: A Critique of the Adaptionist Programme*, Proceedings of the Royal Society of London. Series B (Biological Sciences) 25.

### 3. Der Neoliberalismus und die Rolle der Vernunft: Von totalitärer Aufklärung zu begrenzter individueller Rationalität

Pierre Bourdieu zufolge besteht das »Wesen des Neoliberalismus« (Bourdieu 1998) in der Verwechslung von Utopie mit Wirklichkeit, von wissenschaftlicher Abstraktion mit politischem Programm. Die Utopie ist die allgemeine Gleichgewichtstheorie (AGT) der neoklassischen Wirtschaftslehre, eine mathematische Fiktion, gegründet auf eine »kolossale Abstraktion«, die unter dem Begriff der individuellen Rationalität von aller gesellschaftlichen und strukturellen Bedingtheit der Anwendung menschlicher Vernunft radikal absieht.<sup>6</sup> Als politisches Programm, so Bourdieu weiter, befördert Neoliberalismus die Lösung des Wirtschaftlichen von gesellschaftlicher Realität, damit letztendlich die Verwirklichung eines globalen Wirtschaftssystems, das der Fiktion entspricht und das die Wirkung einer Maschine hat, deren Bewegungslogik die Wirtschaftssubjekte überrollt, sie gleich »einer Kette von Zwängen mit sich reißt«.<sup>7</sup> Einmal in Gang gesetzt, produziert diese »infernale Maschine« eine gesellschaftliche Wirklichkeit, in der für kollektive Initiativen und öffentliche Debatte kein Raum mehr ist und in der die Ausweitung der Reservearmee der Arbeitslosen sowie die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen im nationalen wie internationalen Rahmen zugleich Mittel von Politik sind als auch deren wesentliche Folge.

Bourdieu benennt hier einen wichtigen Punkt. Wie gesehen, ist neu am Neoliberalismus, dass alles menschliche Verhalten und alle Resultate menschlichen Handelns unter dem Gesichtspunkt ihres »ökonomisch Seins« betrachtet werden. Genauer, diese Universalität des Ökonomischen ist sogar reduziert auf den Begriff der *technischen* Effizienz im Gegensatz zur *wirtschaftlichen* Pareto-Effizienz.<sup>8</sup> Ob es sich darum handelt, die Rolle der Universitäten in der Gesellschaft neu zu definieren, oder darum, das Gesundheitswesen oder die

---

<sup>6</sup> »Cette théorie tutélaire est une pure fiction mathématique, fondée, dès l'origine, sur une formidable abstraction: celle qui, au nom d'une conception aussi étroite que stricte de la rationalité identifiée à la rationalité individuelle, consiste à mettre entre parenthèses les conditions économiques et sociales des dispositions rationnelles et des structures économiques et sociales qui sont la condition de leur exercice.« (Bourdieu 1998)

<sup>7</sup> »Le programme néolibéral (...) tend à favoriser la coupure entre l'économie et les réalités sociales, et à construire ainsi, dans la réalité, un système économique conforme à la description théorique, c'est-à-dire une sorte de machine logique, qui se présente comme une chaîne entraînant les agents économiques.« (ibid.)

<sup>8</sup> Technische oder Produktionseffizienz bezieht sich auf Güterproduktion. Ein bestimmtes Güterbündel A wird dann als technisch effizient bezeichnet, wenn unter gegebenen Produktionsbedingungen kein anderes Güterbündel B existiert, das mehr von zumindest einem Gut enthält als A, ohne deshalb weniger von allen anderen in A vorhan-

Sozialversicherung zu reformieren, kein Vorschlag scheint akzeptabel, der nicht darauf verweisen kann, dass er auf »gesundem« wirtschaftlichen Kalkül beruht, dass eben »ökonomisiert« wird. Wo Bourdieu sich jedoch irrt, ist in der Herleitung der »Höllmaschine« des Neoliberalismus aus der Erweckung der allgemeinen Gleichgewichtstheorie zu politischem Leben. Zwar beruht diese, wie noch zu sehen sein wird, in der Tat auf der Erhebung individueller Zweckrationalität und technischer Effizienz zum allumfassenden und alleinigen (logischen) Bewegungsgesetz der Gesellschaft, aber sie ist gerade deshalb unbrauchbar für den Zweck der Legitimation neoliberaler Politik und Weltvorstellung. Zwar ist Bourdieus logische Maschine, das Resultat der Trennung von Wirtschaft und gesellschaftlicher Realität, in der Tat am Werk in den Finanz- und Verwaltungszentren des Kapitalismus. Wie John Ralston Saul bemerkt, »(v)om Standpunkt des Technokraten ist die Unordnung der Spekulationsmärkte das Problem anderer. Von innen betrachtet sehen sie die reinste Anwendung abstrakter, ausgesprochen komplexer Theorie, die Fachkenntnis erfordert. Besser noch, sie sehen eine von jeder Andeutung von Realität abgeschirmte Welt. Die besten analytischen Köpfe schien gerade diese Trennung von der Wirklichkeit anzuziehen. Selbst öffentliche Angestellte lassen sich von der ausgeklügelten inneren Logik verführen, für die die florierenden spekulativen Finanzmärkte stehen.« (Saul 1997: 124)<sup>9</sup> In der akademischen Welt ökonomischer Theoriebildung hingegen kehren die intellektuellen Stützen des Neoliberalismus der AGT entweder zunehmend den Rücken oder begegnen ihr zumindest mit gleichgültigem Schulterzucken.<sup>10</sup> Das eigentlich In-

---

denen Gütern zu enthalten. Pareto-Effizienz nimmt Bezug auf gesellschaftliche Zustände. In der Menge aller erreichbaren gesellschaftlichen Zustände wird ein Zustand X als pareto- oder wirtschaftlich effizient bezeichnet, wenn es keinen anderen gesellschaftlichen Zustand gibt, in dem zumindest die Lage einer Person verbessert werden könnte, ohne dass eine andere Person in eine schlechtere Lage versetzt würde. Im Gegensatz zur technischen Effizienz liefert Pareto-Effizienz ein *normatives* Kriterium zur Beurteilung verschiedener gesellschaftlicher Zustände. Siehe z.B. A. Sen, *The concept of economic efficiency*, in: M. Parkin et al, *Contemporary Issues in Economics*, Manchester 1978.

<sup>9</sup> Übersetzung der Verfasserin (Ü.d.V.).

<sup>10</sup> So beispielsweise Eggertsson, einer der führenden neoklassischen Vertreter der Neuen Institutionellen Ökonomie: »However, the rate of return on traditional microeconomic analysis has diminished in recent decades. For some time now, the major implications of the basic model have been well understood, whereas the theory, without significant modifications, is unsuitable for examining a variety of important questions. Even when theoretical tools were available, the traditional model and the cumulative research tradition did not encourage certain lines of investigation.« (T. Eggertsson, *Economic behaviour and institutions*, Cambridge 1990, S. 4.) Eine lange Liste ähnlicher Klagen seitens neoklassischer Ökonomen ließe sich ohne Weiteres zusammenstellen und würde u.a. Karl Brunner, Alan Peacock, George Stigler und Joseph Stiglitz einschließen.

teressante am gegenwärtigen Stand der Dinge ist daher ein Phänomen, das zugleich vielfältiger und widersprüchlicher ist als Bourdieus »infernale Maschine« der puren Logik der AGT: Während Citybanker und regierende Technokraten sich an dieser Logik erfreuen, ist das wesentliche Kennzeichen der letzten 20 Jahre ökonomischer Theoriebildung gerade *nicht* das selbstzufriedene Schulterklopfen unter Gleichgewichtstheoretikern, sondern der beinahe fieberhafte Versuch, all das, was die Gleichgewichtstheorie ausklammert, der ökonomischen Logik der neuen Ordnung einzuverleiben.

### **Die allgemeine Gleichgewichtstheorie (AGT) und die Krise individueller Zweckrationalität**

Oberflächlich betrachtet erscheint es als eine der vielen Ironien der Geschichte, dass der AGT genau in dem Moment die Luft ausging, als die Rentiers dem Wohlfahrtsstaat und den niedrigen Zinsraten den Krieg erklärten und so die Renaissance des »freien« Marktprinzips und den Aufstieg des Neoliberalismus einleiteten. Die Krise der AGT kulminierte Anfang der 1970er Jahre in einer Reihe von internen neoklassischen Debatten und Forschungsergebnissen.<sup>11</sup> Obwohl die analytischen Mängel der AGT, die im Verlauf dieser Debatte deutlich wurden, zusammengenommen durchaus ausreichend sind, um die Desillusionierung bezüglich der AGT selbst in den Reihen neoklassischer Ökonomen zu erklären, wäre es voreilig, das Aufkommen des Interesses orthodoxer

---

<sup>11</sup> Kernpunkte dieser internen Kritik betrafen (a) das Versagen neoklassischer Mikroökonomie, ein Marktmodell zu entwickeln, das ausschließlich auf den rationalen Entscheidungen von Individuen beruht, d.h. im Besonderen das Fehlen einer mikroökonomischen Theorie der privaten Haushalte und des Unternehmens, (b) das Scheitern des Versuchs, eine mikroökonomische Fundierung der AGT für die Situation vollständiger Konkurrenz mit Hilfe ökonometrischer Aggregationstechniken zu begründen, hier insbesondere das Sonnenschein-Mantel-Debreu-Ergebnis arbiträrer aggregierter Überschussnachfrage, (c) Debreus Nachweis, dass Edgeworths kooperatives Gleichgewichtsmodell im Grenzfall mit Walras' nicht-kooperativem Gleichgewichtskonzept konvergiert, was die von Edgeworth postulierte Exogenität von Institutionen erneut in Frage stellte, und (d) das Scheitern des Nachweises der Existenz eines allgemeinen Gleichgewichts unter Bedingungen unvollständiger Konkurrenz, oder das Unvermögen der AGT, strategisches Unternehmensverhalten analytisch zu erfassen. Vgl. G. Debreu, Excess Demand Functions, *Journal of Mathematical Economics*, 1974, Vol. 1 (März), ebenso H. Sonnenschein, Market Excess Demand Functions, *Econometrica* 1972, Vol. 40, J. Roberts und H. Sonnenschein, On the Foundations of the theory of monopolistic competition, *Econometrica* 1977, Vol. 45, Nr. 1. Nr. 3. und G. Debreu und H. Scarf, A Limit Theorem on the Core of an Economy, *International Economic Review*, 1963, Vol. 4. Für kritische Kommentare vgl. S.A.T. Ritzvi, The microfoundations project in general equilibrium theory, *Cambridge Journal of Economics*, 1994, Vol. 18 und A.P. Kirman, The intrinsic limits of modern economic theory; the emperor has no clothes, *Economic Journal*, Vol. 99 (S).

Ökonomen an Politik, kollektivem Handeln und gesellschaftlichen Institutionen allein mit der Einsicht in die analytischen Grenzen der AGT zu begründen. Dies aus zwei Gründen: Zum einen hat eine frühere, ebenso vernichtende Kritik der AGT seitens Piero Sraffas und anderer »Cambridge«-Ökonomen<sup>12</sup> in keiner Weise dieselbe Reaktion hervorgerufen. Zum anderen wurden beide Debatten – die interne Kritik der frühen 70er Jahre und die »Cambridge-Kontroverse« der 60er Jahre – auf der Grundlage zumeist sehr mathematischer und spezialisierter Beiträge ausgetragen. Es war daher ein Leichtes, beide den obskuren Kräften kollektiver akademischer Amnesie anheimfallen zu lassen.

Eine alternative Erklärung für den Niedergang der AGT ist daher überzeugender: Die AGT ist unzulänglich für die Legitimationsbedürfnisse eines entwickelten Kapitalismus, der seine Selbstüberwindung durch die umfassende Emanzipation aller Individuen weder unter Berufung auf die materiellen Zwänge eines entwicklungsbedürftigen Produktionsapparates (Kapitalmangel) noch zunehmend unter Berufung auf die »äußere Gefahr« des real existierenden Sozialismus begründen kann. In ihrer abstraktesten Form ist die AGT apolitisch und ahistorisch. Sie ist ein Produkt derjenigen Variante von Aufklärung, die der mechanistischen Vorstellung von der perfekten Welt als einer perfekten Maschine folgt. Der Grundgedanke ist der einer reibungslosen mechanistischen Aggregation individueller Pläne zu einem optimalen Gesamtplan auf der Grundlage perfekter technischer oder Zweck-Mittel-Rationalität. Wie diese Aggregation erfolgt – spontan (die »unsichtbaren Hand« des Marktes), bewusst (Plan) oder auf der Grundlage einer Kombination beider Mechanismen – ist für die »reine« AGT nicht von Bedeutung.<sup>13</sup> Dafür steht Walras' sozialistische Gesinnung ebenso wie die Übernahme der AGT durch die intellektuellen Begründer der sozialistischen Preistheorie, Oskar Lange und Abba Lerner. Auf ihre »reine« Form reduziert, ist die AGT in erster Linie Ausdruck nicht der normativen Grundwerte einer spezifischen gesellschaftlichen Ordnung, sondern des technizistisch-deterministischen Weltbildes derjenigen Variante von Aufklärung, die Vernunft mit isolierter Rationalität und Bewegung mit Mechanik gleichsetzt. Ihr aufklärerisches Element liegt in der zentralen Rolle der menschlichen Vernunft für gesellschaftliche Organisation. Im Rahmen der puren Logik der AGT ist alles Weltgeschehen immanent – die Menschheit ist Herrin ihres Geschicks. Das totalitäre Element dieser reinen Logik besteht in der Reduktion von Vernunft auf technische Effizienz in einer Welt, die einer perfekten Ma-

---

<sup>12</sup> Vgl. hier vor allem G. Harcourt, *Some Cambridge Controversies in the Theory of Capital*, Cambridge 1972.

<sup>13</sup> Die einzige Ausnahme ist Walras' Auktionär. Für die begrenzte Bedeutung dieser Konstruktion für die Analyse marktlicher Anpassungsprozesse vgl. insbesondere N. Kaldor, *Causes of Growth and Stagnation in the World Economy*, Cambridge 1996, S. 9f.

schine gleicht, in einem geschlossenen System also, das von Menschen kontrolliert und gelenkt werden kann. Diese Menschen allerdings gleichen mehr vorprogrammierten Robotern als der Selbstreflexion fähigen sozialen Wesen.<sup>14</sup>

Das zentrale Problem einer solchen mechanistischen Konstruktion ist *nicht*, dass deren Formulierung auf analytische Grenzen stößt. Es ist erlaubt, auf verbesserte Methoden und Einsichten zu hoffen, die die Überwindung dieser Grenzen in der Zukunft ermöglichen. Das Problem besteht vielmehr darin, dass eine solche intellektuelle Übung den Vertretern einer konkreten, Partialinteressen befördernden gesellschaftlichen Ordnung ungefähr ebenso nützlich ist wie die Gottesbeweise der katholischen Kirche: Scholastische Übungen in semantischer Logik können die Intelligenz vom Studium der realen Verhältnisse abhalten und daher ebenfalls das Verständnis der allgemeinen Bevölkerung von der Funktionsweise der Gesellschaft, in der sie lebt, erschweren. Was sie nicht können, ist die Akzeptanz konkreter Normen, Politik und Machtverhältnisse durch diejenigen, die von diesen Normen, politischen Maßnahmen und Machtverhältnissen benachteiligt werden, sicherzustellen. Anders ausgedrückt, solche Fiktionen können Hegemonie passiv unterstützen, aber nicht aktiv reproduzieren.

Als reine Gleichgewichtstheorie ist AGT lediglich einer positivistischen Vorstellung von der Welt als ein mechanistisches und deterministisches, in sich geschlossenes System verpflichtet. Es ist erst die Ausstaffierung der AGT mit dem Begriff des individuellen Nutzens, die sie in eine liberal-marktliche Legitimationstheorie umwandelt. Wie Robinson und Eatwell richtig feststellen, »als metaphysischer Begriff muss der subjektive Nutzen durch sich selbst definiert werden.«<sup>15</sup> Es ist jedoch dieser metaphysische, mit religiösem Eifer propagierte Begriff des subjektiven Nutzens, der gemeinsam mit der ebenso metaphysischen Vorstellung vom Wirken der unsichtbaren Hand der AGT ihren für die

---

<sup>14</sup> Der Begriff der »Totalität« folgt hier M. Horkheimer und T. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt a.M. 1969. Derselbe »Triumph des Tatsachensinns« und dasselbe Ideal des »System(s), aus dem alles und jedes folgt« (ibid., S. 10 und 13), unterliegt der deterministischen und abstrakten Interpretation des historischen Materialismus als einer mechanistischen Abfolge von gesellschaftlichen Zuständen, die einem bestimmten Stand von Technologie nicht nur entsprechen, sondern von diesem »verursacht« sind. Dieser Begriff der »totalitären Aufklärung« ist nicht zu verwechseln mit der sogenannten Totalitarismusthese, derzufolge Faschismus und Sozialismus (Stalinismus) Ausdruck derselben politischen – »totalitären« – Herrschaftsform sind. Der Gedanke der »totalitären Aufklärung« wendet sich gegen ein positivistisches und atomistisches Weltbild, nicht gegen kollektive Gesellschaftsformen. Es ist darüber hinaus ein philosophisches Konzept, das für politische Polemik ungeeignet ist.

<sup>15</sup> »As a metaphysical concept, utility has to be defined in terms of itself«, J. Eatwell und J. Robinson, *An Introduction to Macroeconomics*, London 1973, S. 36. (Ü.d.V.)

liberal-bürgerliche Ideologiebildung unerlässlichen *individualistischen* Tenor verleiht. Dieser individualistischen Interpretation von Vernunft unterliegt letztlich die Hume'sche Vorstellung der vollständigen *Trennung von Wille und Vernunft*: Die treibende Kraft des Systems ist nun individuelle Zweckrationalität, die der Umsetzung von apriorischen Einzelwillen – sogenannten Präferenzen – dient. Allgemeinwille, kollektive Vernunft und individuelle Vernunft sind hier identisch, weil das Kollektive der Aggregation des *gegebenen* Individuellen entspricht. Der Wille wird am »Tor zur Vernunft« abgelegt, deren Aufgabe allein darin besteht, Präferenzen zu ordnen und so Wege zur ihrer Verwirklichung zu finden. Eine Rückkoppelung von Vernunft zu den einmal definierten Willen besteht nicht. Es ist also nicht ebenfalls Funktion der Vernunft, die Präferenzen oder Willen zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren. So betrachtet wird AGT von einer Utopie der Welt als Maschine zur Fiktion eines »intellektuellen Disneylands, das von einer Vielzahl eifriger Zwerge bewohnt wird, die frohen Mutes den Hammer schwingen und über ihren Geldsäcken vor sich hinsummen, scheinbar frei von Besteuerung und Ausbeutung – und unangefochten von Wollust, Geiz oder Macht. Jede Geschichte hatte ein Happy End, weil in ihr für gewöhnlich nur eine Person vorkam.« (Staniland 1985: 77/8, Ü.d.V).<sup>16</sup>

Neben der Einführung des Begriffs des individuellen Nutzens für eine rein individualistische Fundamentierung der AGT ist die Wohlfahrtsökonomie von Bedeutung für den Versuch, die AGT über ihre reine Form hinaus zu einer marktlich-liberalen Gesellschaftstheorie auszubauen. Aufgabe der Wohlfahrtsökonomie ist es, den Nachweis zu erbringen, dass freier Austausch zur Selektion eines eindeutigen optimalen gesamtgesellschaftlichen Zustands im Sinne der Paretooptimalität führt. Anders ausgedrückt, Wohlfahrtsökonomie befasst sich mit den Bedingungen und Kriterien optimalen Konsumentenverhaltens auf der Ebene der Gesellschaft als Ganzer: Ebenso wie es für jedes (rationale) Individuum erforderlich ist, erwünschte Güterkombinationen oder -bündel in einer konsistenten Rangordnung anzuordnen, die die individuellen Geschmäcker oder Präferenzen widerspiegelt, ist es auf der Ebene der Gesellschaft erforderlich, ein Kriterium für die Anordnung verschiedener möglicher gesellschaftlicher Zustände zu formulieren. Das Äquivalent des individuellen Nutzenkalküls auf gesamtgesellschaftlicher Ebene ist das normative Kriterium der Paretooptimalität: Ein gesellschaftlicher Zustand ist effizient, wenn kein indi-

---

<sup>16</sup> »[...] liberal economics had floated away into a kind of intellectual Disneyland inhabited by a multitude of industrious dwarfs, happily hammering away at their anvils and humming over their money bags, apparently untaxed, unexploited – and untempted by lust, avarice or power. Every story had a happy ending as it usually had only one character.«



viduelles Mitglied besser gestellt werden kann, ohne dass ein anderes Mitglied deshalb schlechter gestellt werden müsste. Das gesellschaftliche Äquivalent von individuellen Präferenzen ist die gesellschaftliche Wohlfahrtsfunktion: Es ist möglich, dass mehrere effiziente gesellschaftliche Zustände existieren, unter denen ausgewählt werden muss. Die Wohlfahrtsfunktion beschreibt diese Zustände. Um die AGT in eine liberale Gesellschaftstheorie umzuformulieren, ist entscheidend, dass die Wahl zwischen verschiedenen Punkten auf der Wohlfahrtsfunktion (verschiedene effiziente gesamtgesellschaftliche Zustände) das Prinzip individueller Wahlfreiheit nicht verletzt.

Beide Elemente der Umformulierung der AGT in eine liberale Gesellschaftstheorie – der Hume'sche Vernunftbegriff und die Wohlfahrtsökonomie – werfen jedoch neue Probleme auf:

(a) *Freier Wille und Vernunft*: Das Grundanliegen liberaler gesellschaftlicher Legitimation ist individualistisch: Das Gesamtgesellschaftliche muss hergeleitet werden aus der Wirkung des freien Willens aller Individuen. Warum der Hume'sche Vernunftbegriff hier Probleme aufwirft, ist vielleicht am besten zu verstehen, wenn man die Theoriegeschichte des Marktes kurz Revue passieren lässt: Die klassische politische Ökonomie – Adam Smith, David Ricardo, Thomas Malthus u.a. – betrachtet den Markt als einen kurzfristigen Rückkopplungsmechanismus, der bei gegebenem Faktoreinsatz (Arbeit, Kapital, Boden) und bei gegebener Arbeitsproduktivität Güterproduktion und Bedarf aufeinander abstimmt. Entscheidend ist, dass in der Auffassung dieser Autoren die Fähigkeit des Marktes, ein solches Gütergleichgewicht in der kurzen Frist zu erzielen, von seiner Einbettung in einen langfristigen Rückkopplungsmechanismus abhängt, der auf dem Zusammenspiel einer Reihe von Gesetzmäßigkeiten der Akkumulation, der Lohnbildung und des Bevölkerungswachstums beruht. Es sind letztendlich diese Gesetzmäßigkeiten, die die dynamische Entwicklungsrichtung des ökonomischen Systems als Ganzes determinieren, nicht der Marktmechanismus per se. Enthalten in der Formulierung dieser Gesetzmäßigkeiten sind spezifische institutionelle Annahmen, wie beispielsweise eine hohe gesellschaftliche und technische Mobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, Privateigentum und die Dominanz von arbeitsintensiven Kleinunternehmen. Schließlich wird die lange Liste implizierter institutioneller Rahmenbedingungen ausdrücklich ergänzt um das »natürliche System der Freiheit« als Regulierungsrahmen des freien Wettbewerbs. Die Wirkungsweise des individuellen Austauschs am Markt ist daher fest eingebunden in ein deterministisches Korsett von Klassenbeziehungen und Produktionsbedingungen, die zudem als natürlich gegeben betrachtet werden.<sup>17</sup> Die

---

<sup>17</sup> Die Meinungen darüber, ob und wie das Glücksversprechen einer dynamischen Entwicklung immer umfassenderer Möglichkeiten der Bedürfnisbefriedigung für alle

Neoklassik und die liberale Variante der AGT denunzieren genau den deterministischen Gehalt dieser Herangehensweise. Ihr Gegenvorschlag einer individualistischen Begründung gesellschaftlicher Harmonie und Ordnung, beruhend auf der Hume'schen Trennung von Wille und Vernunft, führt jedoch in eine andere Sackgasse: Um sicherzustellen, dass gesellschaftliche Ordnung – oder eindeutige Optimalität in der Sprache der AGT – sich ausschließlich aus individueller zweckgebundener Vernunft herleiten lässt, muss der Begriff der Vernunft selbst immer enger gefasst werden. Was zunächst schlicht Eigennutz war, dann subjektiver Nutzen, wird schließlich durch den Gedanken des konsistenten Wahlverhaltens oder konsistenter Entscheidungsfindung, ausgedrückt in einer immer längeren Liste mathematischer Axiome, abgelöst. Dieses axiomatische Verfahren führt durch die Hintertür genau die Sorte von Determinismus wieder ein, den die liberale Wirtschaftstheorie an den von der klassischen politischen Ökonomie postulierten »Gesetzmäßigkeiten« kritisiert. Der ideologische Anspruch, den freien Willen der Individuen zum Grundwert erhoben zu haben, kann damit nicht eingelöst werden: Individuen werden zu zweckrationalen Robotern, für die der Begriff des freien Willens bedeutungslos ist. Individuelle Entscheidungen beruhen nicht auf freiem Willen, sondern auf der Befolgung restriktiver Axiome.

(b) *Privatheit*: Auf der Grundlage eines solchen axiomatischen Vernunftbegriffs – um den Preis der Aufgabe eines gehaltvollen Freiheitsbegriffs also – ist es mathematisch möglich, den Nachweis zu erbringen, dass individuelle (axiomatische) Zweckrationalität zu einem (pareto-)effizienten gesellschaftlichen Zustand führt. Dieser von Arrow und Debreu erbrachte mathematische Nachweis der Vereinbarkeit von individueller mit kollektiver Zweckrationalität, oder genauer der Kompatibilität eines marktlichen Gleichgewichtszustandes mit einer optimalen Ressourcenallokation, ist jedoch nicht universell gültig. Der Markt, und damit die Sphäre individueller Zweckrationalität und privater Selbstregulierung, versagt in drei Fällen: der Versorgung mit öffentlichen Gütern, der Internalisierung von Externalitäten und in der Situation unvollständigen Wettbe-

---

unter den »natürlichen« Bedingungen gesellschaftlicher Produktion tatsächlich einlösbar sei, gingen dabei auseinander. Adam Smiths' Optimismus auf der einen Seite und Thomas Malthus' Pessimismus auf der anderen Seite definieren die entgegengesetzten Enden des Spektrums der Analysen. Marx, häufig als der »letzte politische Ökonom« bezeichnet, löste das Problem, indem er die von den frühen politischen Ökonomen benannten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten nicht als natürliche Gegebenheiten eines a-historischen Gemeinwesen analysierte, sondern als konkret-historische Merkmale kapitalistischer Entwicklung. Deren Grenzen, die Marx bekanntlich zum wesentlichen Gegenstand seiner eigenen wissenschaftlichen Studien machte, waren damit nicht länger die Grenzen aller gesellschaftlichen Entwicklung (vgl. z.B. A. Löwe, Politische Ökonomik, 1984, insbes. Kapitel I-III und Kapitel VI-IX).

werbs.<sup>18</sup> Die AGT benennt damit eindeutige (Minimal-)Grenzen der Funktionsfähigkeit privater Initiative und verweist im Rahmen der Wohlfahrtsökonomie auf die Notwendigkeit des Staates als zumindest teilweiser Garant der allgemeinen Wohlfahrt und damit als ein *Ort der Realisierung des Allgemeinwillens*.

(c) *Kooperation*: Wie gesehen, ist für das liberal-marktliche Legitimationsanliegen entscheidend, dass Kooperation freiwillig erfolgt, dass sie also das harmonische Resultat einer von Willkür freien Aggregation der Einzelwillen ist. Diese Zusammenführung von Einzel- zu einem Allgemeinwillen schließt auch die Notwendigkeit ein, zwischen verschiedenen optimalen (paretoeffizienten) Zuständen entlang der Wohlfahrtsfunktion auszuwählen. Aus liberaler Sicht und politisch gesprochen muss dieser Prozess der Aggregation ein formal-demokratischer sein. Arrows drittes Wohlfahrtstheorem oder Wahlparadoxon, auf das weiter unten noch eingegangen wird, zeigt jedoch, dass logisch konsistente (transitive) individuelle Präferenzen nicht zu einer bestimmten logisch konsistenten (transitiven) kollektiven Präferenzordnung aggregiert werden können, ohne dass einem Willen, oder einer Präferenzordnung, mehr Gewicht beigemessen wird als allen übrigen. Das bedeutet, dass die AGT über keine mit dem liberalen Grundwert der individuellen Freiheit vereinbare Theorie des politischen Prozesses verfügt, der Einzel- zu einem Gesamtwillen zusammenführt. Zusammengenommen mit dem zweiten Wohlfahrtstheorem – demzufolge die Pareto-Optimalität eines allgemeinen Gleichgewichtszustandes vereinbar mit jeder erwünschten direkten (d.h. preisunabhängigen) Umverteilung von Ressourcen ist – bleibt daher unklar, *wie* Individuen zwischen diesen möglichen Zuständen wählen und daher letztendlich, *womit* sie kooperieren sollen. Damit bleibt das System selbst auf der Grundlage äußerst restriktiver Annahmen über individuelle Rationalität – die, wie erwähnt, in sich selbst die Glaubwürdigkeit des Freiheitspostulats in Frage stellen – unterbestimmt.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist es weiter nicht verwunderlich, dass die »Ungesundheitsökonomien«, deren eigentliche Aufgabe es ist, einen Kapitalismus zu rechtfertigen, der unternehmerische Autonomie der allgemeinen Wohlfahrt voranstellt, an der AGT verzweifeln. Nicht nur enthält sie in ihrer Reinform ein apolitisches Aufklärungsversprechen, nämlich die Fähigkeit der Menschen, ihr Geschick zu lenken (die Immanenz des Weltgeschehens), sondern alle Versuche, sie in eine Legitimationstheorie liberal-marktlicher Gesell-

---

<sup>18</sup> Marktversagen ist gegeben, wenn ökonomische Effizienz aufgrund von Unvollkommenheiten im Marktmechanismus nicht erreicht werden kann. Externalitäten sind sogenannte Spill-over-Effekte der Aktivität eines Individuums auf den Handlungsbereich eines oder mehrerer anderer Individuen, die nicht durch Markttransaktionen vollzogen werden und daher nicht angemessen kompensiert werden können.

schaftstheorie umzuwandeln, werfen nicht enden wollende Probleme auf. Anders als von Bourdieu angenommen, ist es deshalb gerade nicht die reine (wenn auch nicht fehlerfreie) Logik der AGT, die die »Höllmaschine« des Neoliberalismus betreibt.

### **Moderne ökonomische Theorie und die Absage an umfassende Rationalität**

Jüngere ökonomische Theoriebildung – so die Neue Institutionelle Theorie, die Theorie der Eigentumsrechte und Transaktionskostentheorie, um nur die wichtigsten Schulen zu benennen – wendet sich daher zunehmend von neoklassischer AGT ab. Es sind diese Theorien, die dem Neoliberalismus das Material zu seiner Legitimation liefern. Zusammengefasst stellen sie ein Reformprogramm dar, das im Wesentlichen das folgende Ziel verfolgt: Einerseits geht es darum, die individualistische Fundierung ökonomischer Theorie, und damit ein wesentliches Element liberaler Legitimation, zu bewahren. Andererseits aber muss der Anspruch, demzufolge individuelle Zweckrationalität notwendig zu rationalen kollektiven Ergebnissen führt, aufgegeben werden. Dies nicht nur deshalb, weil es im Rahmen der Logik der AGT keine letztendlich schlüssige und zugleich demokratische Lösung für die Aggregation (mehr oder weniger) freier Einzelwillen zu einem Gesamtwillen gibt, sondern weil Massenwohlfahrt – oder das bürgerliche Glücksversprechen – vom real existierenden Kapitalismus nicht länger angestrebt wird. Wichtig ist, dass die Aufgabe des Ziels kollektiver Rationalität in einer Weise vollzogen wird, die keine Alternative zu individuellem Austausch zulässt: Es muss sichergestellt werden, dass der Staat an der Realisierung des Allgemeinwillens nicht beteiligt sein kann. Letzteres ist von besonderer Bedeutung für die neuen ökonomischen Theorien, denn der reale Staat, den sie vor Augen haben, ist der keynesianische Wohlfahrtsstaat, der den Voraussagen der AGT insofern trotz, als er den konkret-historischen Nachweis erbringt, dass der materielle Ausdruck des Allgemeinwillens – der Reichtum der Nationen – zu einem wesentlich größeren Ausmaß von seiner Existenz abhängt als erwartet oder als mit der individualistischen Grundlegung des Liberalismus vereinbar.

Dieses Reformprogramm stützt sich daher auf zwei zentrale Argumente: Das Problem der Harmonisierung von individueller und kollektiver Rationalität wird neuformuliert als ein Problem unvollständiger Informationen; und die Sphäre bewusster kollektiver Aktion wird aufgelöst in die unübersichtliche Sphäre des privaten Austauschs. Darin besteht der sogenannte Methodenimperialismus der neuen ökonomischen Theorien: Alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens – von der Familie bis zum Staat – werden gleichermaßen als Ergebnis individuellen zweckrationalen Handelns am Markt unter Bedingungen unvollständiger Informationen verstanden. Die wesentliche Schlussfolgerung ist, dass dort, wo der Markt vielleicht nicht perfekt ist (in dem Sinn,

dass pareto-ineffiziente Ausgänge möglich sind), andere Institutionen – und insbesondere der Staat – zumindest ebenso ineffizient sind, weil alle mit demselben Problem konfrontiert sind: mangelnde Informationen und begrenzte individuelle Vernunft. Die Formulierung und Umsetzung eines kollektiven Ziels, wie Massenwohlfahrt, ist unter diesen Bedingungen nicht möglich – sie ist eine gefährliche Utopie. Und da der Markt der im Vergleich effizienteste Informationsmechanismus ist, ist der Rückgriff auf diesen Mechanismus in so vielen Bereichen gesellschaftlichen Lebens, wo eben möglich, die beste Option.

Ein zentrales Begriffspaar der neuen institutionellen Ökonomie ist das der begrenzten (bounded) Rationalität und der Transaktionskosten. Der Begriff der begrenzten Rationalität stellt auf physische Grenzen der individuellen Fähigkeit zur Absorption und Verarbeitung von Informationen ab.<sup>19</sup> Das Subjekt der neuen institutionellen Ökonomie hat mit dem der AGT gemeinsam, dass seine Rationalität nach wie vor eine reine Zweck-Mittel-Rationalität ist, aber es ist zugleich grundsätzlich verschieden von diesem, indem es unvollkommen, nicht »allwissend«, sondern nur »teilwissend«, nicht bereits mündig, sondern bestenfalls lernfähig ist. Diese Revision des Rationalitätsbegriffs der AGT ist ein Kernstück der neoliberalen Reform des Legitimationsverständnisses der neoliberalen Gesellschaft: Die wesentliche Ursache der Kluft zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und idealem Anspruch – oder Glücksversprechen – ist weder in der mangelnden logischen Konsistenz der Theorie noch im strukturellen Versagen des realen Systems zu suchen, sondern in der Begrenztheit individueller Rationalität, und damit »bei uns allen«.

Transaktionskosten<sup>20</sup> sind der materielle Ausdruck dieser allgemeinen Wissensschränken. Entgegen der Annahme der Wohlfahrtsökonomie, dass Pareto-Effizienz logisch unabhängig von der Verteilung von Eigentumsrechten ist, da diese (und damit die entsprechenden Einkommensströme) kostenlos korrigiert werden können, verweist die Transaktionskostentheorie darauf, dass ökonomi-

<sup>19</sup> Vgl. z.B. H. Simon, *Reason in Human Affairs*, Oxford 1983.

<sup>20</sup> Transaktionskosten umfassen drei Kategorien von Kosten:

a) Kosten, die aus dem Transfer von Eigentumsrechten entstehen. Gemeint ist die Notwendigkeit, Eigentum an den materiellen oder immateriellen Tauschobjekten vor dem eigentlichen Austausch zu definieren.

b) Kosten, die innerhalb einer gegebenen Struktur von Eigentumsrechten aus dem Aufsetzen von Verträgen sowie aus der Überwachung ihrer Einhaltung entstehen. (Vgl. R. Coase, *The Nature of the Firm*, *Economica* 4 [1937]; R. Matthews, *The Economics of Institutions and the Source of Growth*, *Economic Journal* 96/4 [1986].)

c) Kosten, die aus der Schätzung des Wertes eines auszutauschenden Gutes oder Dienstleistung sowie aus der Einschätzung der Zuverlässigkeit des Handelspartners entstehen (insbesondere Informations- und Kontrollkosten vor der Erstellung des eigentlichen Vertrages).

sche Kosten sich nicht allein auf Produktionskosten beschränken. Vielmehr entstehen *aufgrund* der Begrenztheit individueller Rationalität zusätzliche Kosten im Prozess des *Austauschs* im Markt – in der Definition und dem vertraglichen Transfer von Eigentumsrechten –, weil es nun für jeden Partizipanten erforderlich wird, sich vor opportunistischen Handlungen anderer zu schützen. Wo individuelle Rationalität nicht perfekt ist, wo also nicht alle alles wissen können, kann Opportunismus Erfolg haben. Es sind im Wesentlichen diese zusätzlichen Kosten, die der spontanen Harmonisierung individueller mit kollektiver Rationalität im Weg stehen.

Institutionen – verstanden als »Spielregeln« (North 1990: 3) oder »Anreizstrukturen« (Albert 1979: 19), innerhalb derer individuelles Handeln sich vollzieht – stellen die Antwort auf dieses Problem dar: »Wenn der Markt einen Optimalzustand nicht erreicht, wird *die Gesellschaft* die Lücke zumindest in bestimmtem Ausmaß wahrnehmen, und nicht-marktliche gesellschaftliche Institutionen werden entstehen mit dem Ziel, diese Lücke zu schließen.« (Arrow 1971: 137, Ü.d.V.).<sup>21</sup> Diese nicht-marktlichen Institutionen beruhen auf demselben Organisationsprinzip wie der Markt selbst, nämlich der Vertragslogik des freien Austauschs; sie sind das Resultat des Austausches von Eigentumsrechten im politischen Markt. Dieser Austausch bringt jedoch ebenso wie sein wirtschaftliches Gegenstück Kosten mit sich, eine Art Transaktionskosten »zweiter Ordnung« oder sogenannte politische Transaktionskosten. Darunter sind die Kosten der Verhandlung über institutionelle Veränderungen sowie der Kompensation voraussichtlicher Verlierer zu verstehen (North 1990: 49f.). Die Effizienz des politischen Marktes ist ebenso eine Frage der Höhe der politischen Transaktionskosten, wie die Effizienz des wirtschaftlichen Marktes eine Frage der Kosten ist, die aus der Verhandlung wirtschaftlicher Vertragsabschlüsse entstehen: »Wenn politische Transaktionskosten niedrig sind *und die politischen Akteure von akkuraten Modellen geleitet werden*, werden effiziente Eigentumsrechte das Ergebnis sein.« (North 1990: 52).

Zwischen Institutionen, Transaktionskosten und optimaler Allokation von Ressourcen besteht somit ein wechselseitiger Zusammenhang, der es unwahrscheinlich macht, dass die Lösung des Problems unvollständiger Information eine perfekte im Sinne der AGT ist. Einerseits zeichnen »geeignete« Institutionen sich dadurch aus, dass sie ökonomische Transaktionskosten minimieren und so einen höheren Grad an gesamtwirtschaftlicher Effizienz ermöglichen. Andererseits erklärt sich die Existenz ineffizienter Institutionen aus hohen politischen Transaktionskosten, die die Herausbildung eines effizienteren Zustandes insofern erschweren, als sie die Möglichkeiten der Gewinnerzielung durch

---

<sup>21</sup> (eigene Hervorhebung)

Austausch verringern. Dieses neue ökonomische Verständnis von Institutionen scheint somit zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: Einerseits wird der materielle Prüfstein der Einlösung des Allgemeinwillens revidiert. Effizient ist, was unter gegebenen Bedingungen – d.h. einschließlich Transaktionskosten – möglich ist. Wenn dieser Zustand nicht optimal im Sinne der allokativen Effizienz oder eines maximierten Produktionsergebnisses ist, wenn also die so definierte Wohlfahrt aller nicht erreichbar ist, so liegt dies an der begrenzten Rationalität der Individuen und an der daraus resultierenden Behinderung eines reibungslosen und vollständigen Informationsflusses. Damit erscheint nicht nur Ineffizienz als ein Problem mangelhafter Information, sondern auch die Frage der *Resourcenverteilung*: Ungleiche Einkommensverteilung ist nunmehr Ausdruck des Problems asymmetrischer *Information*. Andererseits liegt die Lösung für die Überwindung des Problems nicht länger in der dem Privaten entgegengesetzten Sphäre des Staates, sondern in der Sphäre des »Institutionellen«. Diese ist insofern privat, als es dieselben begrenzt rationalen Individuen sind – die Mitglieder *der Gesellschaft* –, die kollektive Lösungen auf dem Weg des privaten vertraglichen Austauschs erzielen und so Marktversagen beheben. Der Staat erscheint hier nunmehr als eine unter vielen Institutionen, idealerweise eine Art passiver Wächter über die Durchsetzung von im politischen Markt entstandenen Eigentumsrechten, realistischerweise aber eher als das bürokratische Äquivalent eines begrenzt rationalen, eigennützigem Individuums: ein auf die bestmögliche Maximierung seines Steueraufkommens bedachter Leviathan, der von Informationsproblemen geplagt ist. (North 1990: Kapitel 7, vgl. auch Niskanen 1973 und Tullock 1967)

Damit hat sich die für die Legitimation der liberal-marktlichen Gesellschaft und des Kapitalismus so zentrale Frage nach der Rationalität des Systems, d.h. nach der Verwirklichung des Allgemeinwillens auf der Grundlage des freien Wirkens rationaler Individuen, in eine neue Unübersichtlichkeit aufgelöst: Die Realität, so hat sich herausgestellt, ist relativ zum menschlichen Kalkulationsvermögen so komplex, dass sie nur begrenzt gestaltet werden kann. Der Allgemeinwille ist zu teuer; er stolpert über die Allgegenwart von Transaktionskosten und die Unzulänglichkeit opportunistischer Individuen. Wir können ihn bestenfalls erahnen im Dickicht unzähliger »Institutionen«.

Die Spieltheorie, ein weiteres Element der neuen ökonomischen Theorien, wählt einen anderen Ansatzpunkt zur Reform der AGT als die neue Institutionelle Ökonomie. Zunächst entwickelt von Angestellten der Rand (R and D) Corporation – ein von der US-Luftwaffe ins Leben gerufenes Privatunternehmen zur Erforschung der Möglichkeiten und Perspektiven eines interkontinentalen Nuklearkrieges –, revidiert sie die atomistische Sichtweise der AGT dahingehend, dass nunmehr individuelle Erwartungen über das Verhalten anderer die eigenen Entscheidungen beeinflussen. Individuen sind in diesem Sinn stra-

teigisch eingebunden in ein gesellschaftliches Umfeld. Mit Ausnahme der sogenannten kooperativen Lösungskonzepte für Bargaining Games erstreckt sich diese Einbindung jedoch nicht auf direkte Kommunikation und bindende Absprachen zwischen den Spielern, da ein wesentliches Ziel der Spieltheorie gerade darin besteht, nachzuweisen, dass Kooperation – die wie auch immer begrenzte Verwirklichung des Allgemeinwillens – letztendlich das Ergebnis *individueller* Handelns ist, oder anders ausgedrückt, dass das Individuum der Gesellschaft logisch vorausgeht. Entsprechend wird der Rationalitätsbegriff ein weiteres Mal überholt: Ausgehend von der Annahme, dass jeder Spieler zu denselben Schlüssen (Erwartungen) gelangt, solange er über dieselben Informationen verfügt – die sogenannte Harsanyi-Doktrin –, stellt Spieltheorie die Frage, welchem Gedankengang oder welcher Strategie jeder Spieler in einer bestimmten Spielsituation folgen muss, damit die Erwartungen aller Partizipanten bei gleichzeitiger Umsetzung dieser Strategien erfüllt werden und so ein (Nash-)Gleichgewicht erzielt wird. Rational ist, wer sich diese Strategie zu Eigen macht. Obwohl die Spieltheorie daher im Grundsatz an der Idee umfassender individueller Rationalität festhält, gibt sie zugleich den Gedanken eines universellen Vernunft- oder Rationalitätsbegriffs auf: Rationalität wird gleichgesetzt mit der Kenntnis aller bestimmten, auf ein (Nash-)Gleichgewicht zielenden Strategien – es ist unmöglich, Vernunft oder Rationalität unabhängig von der Spielsituation zu definieren. Diese »Situation« ist ihrerseits definiert durch die Spielregeln und ein Anreizsystem von Belohnung und Bestrafung (die sogenannten pay-offs). Was die Spieltheorie daher zeigt, ist, dass, *gegeben* individuelle Willen (Präferenzen und die resultierenden pay-offs) und *gegeben* ein institutionelles Umfeld (Spielregeln), die Umsetzung aller beteiligten Einzelwillen von der Befolgung bestimmter Strategien abhängt. Ihre Banalität liegt in der Reduktion von Vernunft – und selbst Rationalität – auf die strategische Schlaueit des in seinen Umständen befangenen Individuums.

Trotz dieser restriktiven Fragestellung sieht sich die Spieltheorie demselben Problem gegenüber wie die AGT: In vielen Spielen sind mehrere Nash-Gleichgewichte möglich, d.h. mehrere Kombinationen rationaler Strategien können zur Einlösung der Erwartungen aller Beteiligten führen. Damit bleibt das System unterbestimmt und enthält keinen Hinweis darauf, welche der möglichen Lösungen gewählt würde oder warum. Ähnlich der Neuen Institutionellen Ökonomie und der Transaktionskostentheorie nimmt die Spieltheorie Zuflucht zu den einzigen Selektionsfaktoren, die mit methodologischem Individualismus vereinbar sind: zufällige einmalige Abweichungen von rationalem Verhalten (»die zitternde Hand«), systematische Irrationalität (backward induction in dynamischen Spielen) und unvollständige Informationen (Bayesisches Gleichgewicht). Im Gegensatz zur neuen Institutionellen Ökonomie mit ihrer Annahme begrenzter individueller Rationalität besteht hier die Schwie-



rigkeit jedoch darin, diese zusätzlichen Annahmen oder Lösungskonzepte mit der ursprünglichen Definition von Rationalität in Einklang zu bringen, oder, anders ausgedrückt, in diesen mehr als die Sorte von Ad-hoc-Erklärungen zu sehen, von denen angewandte AGT strotzt.

Der ideologische Gehalt der Spieltheorie ist besonders offensichtlich im Zusammenhang der (impliziten) Diskussion um die Rolle des Staates. Die klassische Spielsituation ist hier das sogenannte Gefangenendilemma,<sup>22</sup> das spieltheoretische Äquivalent des Hobbes'schen Naturzustandes. Während andere Spielsituationen sich dadurch auszeichnen, dass die a-priorischen Willen oder Präferenzen der »Spieler« sich nicht antagonistisch gegenüberstehen, stehen die Zeichen im Falle des Prisoner's Dilemma auf Konflikt: Der Mensch ist des Menschen Wolf. Das Anliegen der Spieltheorie ist es, zu zeigen, dass die Hobbes'sche Lösung – der Leviathan oder Führer – nicht erforderlich ist. Oder genauer: Es geht ihr um den Nachweis, dass der Staat ebenso wie kollektive Strukturen im Allgemeinen nicht unbedingt als Resultat einer ausdrücklichen vertraglichen Übereinkunft verstanden werden müssen, sondern vielmehr das Nebenprodukt des freien Austauschs zwischen Individuen sind.<sup>23</sup> Die Alternativen zum bewussten Gesellschaftsvertrag, die von der Spieltheorie benannt werden, umfassen vertrauensbildende Maßnahmen (common assurance, extended sympathy) und die Herausbildung langfristiger Beziehungen und Erwartungshorizonte (Spielwiederholungen), die im Verlaufe der Zeit kooperatives im Gegensatz zu konfliktivem Verhalten befördern. Diese Position wirft jedoch ein neues Problem auf, das sich zu dem der mehrfachen Gleichgewich-

---

<sup>22</sup> Dieses Dilemma beschreibt eine Situation, in der es für jeden einzelnen Spielteilnehmer rational ist, sich auf gewisse Weise zu verhalten, obwohl ein anderes Verhalten für die Gruppe als Ganze ein besseres Resultat erzielen würde: Ein Polizist verhaftet zwei Personen, die eines Verbrechens verdächtigt werden und schließt sie in getrennte Gefangenzellen ein. Er gibt jedem der beiden die Gelegenheit, einzugestehen, dass beide das Verbrechen begangen haben – verbunden mit den folgenden Optionen:

- (a) Wenn keiner der beiden ein Geständnis ablegt, erhalten beide drei Jahre Haft.
- (b) Wenn beide ein Geständnis ablegen, erhalten beide vier Jahre Haft.
- (c) Wenn Person B ein Geständnis ablegt und Person A schweigt, erhält Person A zwölf Jahre Haft.
- (d) Wenn Person B schweigt, und Person A ein Geständnis ablegt, erhält Person A zwei Jahre Haft.

Für beide Gefangenen zusammengenommen ist (a) die optimale Lösung. Wenn allerdings beide glauben, dass der oder die andere nicht gestehen wird, ist es aus individueller Sicht besser, Strategie (d) zu wählen (zwei statt drei Jahre Haft) und zu gestehen. Wenn beide glauben, dass der oder die andere gestehen wird, ist es ebenfalls besser zu gestehen, um zwölf Jahre Haft zu vermeiden. Deshalb werden beide gestehen und sich so vier statt drei Jahre Haft einhandeln.

<sup>23</sup> Für eine philosophische Darstellung dieses Programms vgl. R. Nozick 1974.

te gesellt, das nämlich des infiniten Regresses: Woher stammen die alternativen »Institutionen« – Vertrauen und/oder langfristige Erwartungshorizonte – und warum würden rationale Individuen sich an die entsprechenden Spielregeln halten?

#### **4. Der Neoliberalismus und sein Verhältnis zur Geschichte: Vom strategischen Tauschvorgang zum evolutionären Selektionsprozess**

Obwohl Transaktionskosten- und Spieltheorie relativ unabhängig voneinander entwickelt worden sind und unterschiedliche Ansatzpunkte für die Reform der AGT wählen – begrenzte vs. strategische Rationalität –, ergänzen und entsprechen sie sich in vieler Hinsicht: Beide sind letztendlich moderne Variationen auf die klassische individualistische Gesellschaftsvertragstheorie, insofern sie kollektive Strukturen als das Ergebnis freiwilliger individueller Entscheidungsfindung (im Spiel oder im Austausch) verstehen. Die neue Institutionelle Ökonomie (einschließlich der Transaktionskostentheorie) konzeptioniert Institutionen als vertragliche Lösungen zur Überwindung oder Minderung von Informationsproblemen; die Spieltheorie setzt sich mit den Problemen kollektiven Handelns auseinander, die dieser institutionellen Lösung unterliegen.

Diese Antwort auf die Frage nach der Legitimation von Neoliberalismus ist jedoch noch unvollständig, insofern logische Probleme ungelöst bleiben: Wie gesehen, sieht sich die Spieltheorie ebenso wie die Gesellschaftsvertragstheorie des 18. Jahrhunderts und ebenso wie die AGT dem Problem der Unterbestimmtheit gegenüber: Sie kann zeigen, dass es Sinn macht – rational ist – zu kooperieren, aber sie hat wenig darüber zu sagen, welcher Zustand der Kooperation »besser« ist als ein anderer. Anders als die klassische Gesellschaftsvertragstheorie, die dieses Problem durch zusätzliche moralische, ethische und politische Argumente zu lösen versucht, auf die sich die Überlegenheit eines Staates über einen anderen gründet, greift die Spieltheorie zur Selektion eines eindeutigen (Nash-)Gleichgewichtes auf den »Schleier der Unwissenheit« zurück: Es sind letztendlich Unvollkommenheiten (mangelnde Information) in der Rationalität einzelner Spieler, die dem Zufall den Vorteil über die Systematik einräumen. Ein eindeutiges Gleichgewicht ist das Resultat zufälliger Fehler, die auf der Unvollkommenheit der Spieler beruhen. Wo sie auf diesen Trick verzichtet, und wo die Präferenzen (pay-offs) der Spieler sich antagonistisch gegenüberstehen, gibt es entweder keine Alternative zum Leviathan, oder das Problem bleibt ungelöst und infiniten Regress wird unvermeidlich.

Die Transaktionskostentheorie verwendet ebenfalls das Argument des »Schleiers der Unwissenheit«, jedoch nicht, um die Selektion zwischen Gleichgewichtszuständen zu ermöglichen, sondern um zu argumentieren, dass die

Einlösung des Allgemeinwillens oder des allgemeinen Gleichgewichts notwendig unvollständig bleiben muss. Mit anderen Worten, die unübersichtlichen dezentralisierten Institutionen, von denen die Spieltheorie behauptet, dass sie spontan entstehen können, sind bereits nurmehr »partielle Gleichgewichte«. Das allgemeine Gleichgewicht ist eine Fiktion, die ein zu hohes Maß an individueller Rationalität verlangt. Dennoch besteht auch hier noch eine Schwierigkeit: Transaktionskostenökonomie kann Tautologie nur vermeiden, wenn angenommen wird, dass die mit einer bestimmten Institution assoziierten Transaktionskosten *vermeidbare* Kosten sind. Die Kluft zwischen dem maximalen Produktionsergebnis der neoklassischen Wirtschaftslehre und der Realität muss eine potenziell vermeidbare sein. Andernfalls befände sich die Gesellschaft (und die betreffende Institution) bereits in einem optimalen Zustand. Das Argument, dass Transaktionskosten in dem Sinne vermeidbar sind, dass sie auf die unzureichende Rationalität oder partielle Unwissenheit der Individuen zurückzuführen sind – also Informationskosten darstellen –, untergräbt jedoch die Annahme, dass die Entstehung (Auswahl) von Institutionen von deren Fähigkeit zur Minimierung von Transaktionskosten bestimmt ist: Was wir nicht kennen, können wir nicht minimieren. (Dahlman 1979, Stiglitz 1996: 33-34)

Es folgt daher, dass neben der Minimierung von Transaktionskosten und neben strategischer Rationalität andere Faktoren zur Erklärung kollektiven Handelns herangezogen werden müssen. Diese »anderen Faktoren« umfassen den Bereich des Kollektiven, der sich nicht *unmittelbar* aus individueller – auf begrenzter oder umfassender Zweckerationalität beruhender – Entscheidungsfindung herleiten lässt und der in diesem Sinn nicht privat ist, so beispielsweise gesellschaftliche Konventionen, Normen und Weltbilder (Ideologien). Entscheidend für das neoliberale Legitimationsanliegen ist, dass selbst, wenn der kollektive, nicht-private Charakter dieser gesellschaftlichen Strukturen anerkannt werden muss, deren Ursprung in die Sphäre des Unbewussten – im Gegensatz zum bewusst Kollektiven – verwiesen wird. Diese Funktion erfüllen evolutionstheoretische Erklärungsansätze, die eine *naturalistische* Fundierung moderner Gesellschaftsvertragstheorie ermöglichen. Der Einfluss von Evolutionstheorie auf moderne ökonomische Theorie ist in den letzten Jahren kaum zu übersehen. Es ist jedoch wichtig, zwischen zwei sehr unterschiedlichen Diskussionszusammenhängen zu unterscheiden: Einerseits wird evolutionstheoretisches Gedankengut zunehmend zur Erklärung des Entwicklungspfades spezifischer wirtschaftlicher Organisationsformen – Unternehmen, Unternehmensgruppen, Industriesektoren und Technologie – herangezogen. Solche Arbeiten sind häufig von Interesse zum Verständnis komplexer Zusammenhänge und Entwicklungsprozesse und beruhen in der Regel auf einer vorsichtigen und durchdachten Anwendung evolutionstheoretischer Methoden und Erkenntnisse. Andererseits jedoch haben Theoretiker des Neoliberalismus wesentlich

umfangreicheren und zugleich oberflächlicheren Gebrauch von kultureller Evolutionstheorie gemacht, um diese als allgemeine gesellschaftliche Entwicklungstheorie umzuformulieren. Im vorliegenden Zusammenhang ist diese letztere Variante der Anwendung von Evolutionstheorie von Bedeutung, und hier insbesondere Hayeks Theorie der kulturellen Entwicklung oder der spontanen Ordnung.

### **Der Transmissionsmechanismus kultureller Evolution: Lernen durch Versuch und Irrtum**

Wie bereits erwähnt, sind die drei wesentlichen Grundprinzipien evolutionärer Entwicklung Variation, Selektion und Transmission. Um mit Letzterem zu beginnen,<sup>24</sup> im Rahmen kultureller Evolution ist dies eine Frage des Lernens. Dabei wird jedoch ein spezifischer Lernbegriff unterstellt: Form und Gegenstand des Lernens bewirken notwendigerweise, Wissen zur aktiven Gestaltung der Gesellschaft nicht zu erwerben (das heißt, unpolitisch zu sein), statt dessen aber den gesellschaftlichen Prozess als extern, als unbeeinflussbar zu verstehen und sich ihm zu unterwerfen. Dies aus folgenden Gründen: Die Form des Lernens im Wettbewerb – »der Mensch lernt durch die Enttäuschung von Erwartungen« (Hayek 1971: 40) – ist lerntheoretisch einzuordnen als Lernen durch Versuch und Irrtum, beziehungsweise durch Dressur, was mit der Vorstellung von einsichtigem Lernen, das Bewusstsein voraussetzt, nichts gemein hat. Und »Einsicht ist dann vorhanden, wenn die Struktur einer Sache durchsichtig geworden ist, wenn sie..., um mit Descartes zu sprechen, évidente... erscheint«. (Aebli 1965: 185) Sicherlich verneint Hayek diesen Begriff des Lernens nicht, aber soweit es sich um soziales Lernen und um gesellschaftliche Kenntnis allgemein handelt, zieht er der vernunftgeleiteten, bewussten Einsicht das »stille Wissen« als unreflektierte Sozialisation vor. Denn »die Kräfte der Gesellschaft (sind nicht) in derselben Weise zu beherrschen, wie das bei der Beherrschung der Kräfte der Natur gelungen ist«. (Hayek 1991: 254)

Diese Wendung ist deswegen wichtig, weil der Kapitalismus mit der rationalen Nutzung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse groß geworden ist; er könnte aber gefährdet sein, wenn sozialwissenschaftliche Erkenntnis dazu anleiten würde, die Gesellschaft planend zu formen. Damit ist der Gegenstand Hayekschen Lernens angesprochen: Es handelt sich hierbei um die Aneignung indi-

---

<sup>24</sup> Das nächste Unterkapitel befasst sich mit der Frage der Selektion. Hayek hat relativ wenig zur Frage der Variation zu sagen (Wie wird ausreichend Material geschaffen, von dem selektioniert werden kann?). Im Wesentlichen schwankt er zwischen dem Gedanken, dass individuelle Innovation (das Durchbrechen etablierter Verhaltensregeln) Variation schafft oder dass Variation letztendlich eine Frage des Zufalls ist (vgl. 1980/3: 167 und interim).

vidueller Kenntnisse. Denn in einer modernen Gesellschaft, so Hayek, liegen die Dinge so, dass »jedes Mitglied der Gesellschaft nur einen kleinen Bruchteil des Wissens haben kann, das von allen zusammen besessen wird, und dass jeder deshalb in Unkenntnis der meisten Tatsachen ist, auf denen das Funktionieren der Gesellschaft beruht«. Überdies ist ein beträchtlicher Teil des menschlichen Wissens »stilles Wissen«. (Hayek 1980/1: 30) Hier stellt sich die Frage, welche Qualität diese Bruchteile von Wissen haben, die im Wettbewerb erlernt worden sind, und wie demnach das Wissen der Gesellschaft insgesamt aussieht, wenn der Wettbewerb dieses verstreute Wissen zusammengefügt hat.

Durch Wettbewerb werden auf dem freien Markt die überlegenen Verfahren und Verhalten herausgesiebt. Überlegen ist hierbei, was zu persönlichem Erfolg und Wohlstand verhilft, zumindest aber das Überleben absichert. Die Überlegenheit wird also in dieser Weise als Anreiz und Vorbild erfahrbar; sie fordert zur Nachahmung auf. Die erlernbaren Verfahren und Verhalten sind hierbei stets individuell, da sie sich ja bei der Verfolgung persönlicher Ziele als erfolgreich erwiesen haben. Folglich können in einer solchen Gesellschaft effektiv nur individuelle Überlebens- oder Bereicherungspraktiken erlernt werden; mehr zu lernen, lassen die von den erfolgreichen Personen ausgesandten Signale nicht zu. Leben im Wettbewerb bedeutet also eine Art beständiger Abenteuerurlaub oder Fitnesscamp, und wenn alle durch dieses harte Training gegangen sind, dann kann auch die Menschheit überleben. Es ist einleuchtend, dass – um ein praktisches Beispiel zu nennen – die keynesianische Spar-Investitionsfrage auf dieser Grundlage weder gestellt noch gelöst wird. Oder allgemeiner: Es wird kein Wissen im Sinne der kollektiven Fähigkeit erworben, gesellschaftliche Fragen bewusst auf der Basis allgemeiner, umfassender Information politisch zu bewältigen. Auf diesem Lernen, auf dem Wettbewerb als Entdeckungsverfahren baut Hayeks »Große Gesellschaft« auf, zu der die kulturelle Evolution hingeführt hat und die hilft, sie weiterzuentwickeln. Diese Gesellschaft kann keine eigentliche Richtung, kein Ziel haben: Sie sucht durch Lernen im skizzierten Rahmen ihren Weg, wobei manche Horizonte wohl nie erreicht werden. Der Neoliberalismus stellt dies als eine besonders positive Eigenschaft der – wie Karl Popper sie nennt – »Offenen Gesellschaft« heraus, denn in ihr wird sich keine »Masse«, keine Partei oder Elite aufschwingen, die Zwang ausübt, um der gesellschaftlichen Entwicklung ein Ziel vorzugeben. Dies muss als Glücksversprechen herhalten, denn diese Gesellschaft bringt keinen Robespierre, ja noch nicht einmal einen politisch erfolgreichen Beveridge hervor. Zwangsbeglückung wird es nicht geben. Das auf die Individuen verstreute Wissen, das einzig durch den Wettbewerb zusammengeführt und für die Gesellschaft insgesamt zur Wirkung gebracht wird, bietet hierfür die Gewähr. Dies bedeutet auch, dass sich Menschen nicht mit gemeinsamen Interessen in einer Partei zusammenfinden, um ihr Wissen zu verallgemeinern und aufeinander

abzustimmen mit dem Ziel, die Wirklichkeit mit ihrem Wissen nach ihrem Interesse zu gestalten. Gefragt ist statt dessen, sich dem Wettbewerb als abstrakter Wissensverwaltung zu unterwerfen.

Gesellschaftliches Wissen ist unpersönlich, das Ergebnis des Wirkens dieses Wissens ist vorbehaltlos zu akzeptieren. Denn zum einen: Wissen ist »in erster Linie nicht artikuliertes Wissen, sondern ein Wissen, das zwar in Form von Regeln beschreibbar ist, das das Individuum jedoch nicht in Worten ausdrücken kann, sondern nur in der Praxis zu befolgen fähig ist.«<sup>25</sup> Und zum anderen: »Das System funktioniert unter der Bedingung, dass der Einzelne bei seiner Teilnahme an sozialen Prozessen bereit und willig sein muss, sich Änderungen anzupassen und Konventionen zu unterwerfen, die nicht das Ergebnis vernünftigen Planens sind...«, und dass der Einzelne die Bereitschaft haben muss, »...sich im Allgemeinen den Ergebnissen sozialer Prozesse zu unterwer-

---

<sup>25</sup> Ibid.: 34. Es ist hier nicht der Ort, die einzelnen Stationen der Entwicklung dieser Auffassung Hayeks über die Natur menschlichen Wissens nachzuzeichnen. Dennoch sei in aller Kürze bemerkt, dass die Kategorie des »stillen Wissens« und der, wie noch zu zeigen ist, zentrale Begriff der Verhaltensregeln eine spätere Entwicklung in Hayeks Argumentation darstellen. In seinen früheren Arbeiten zu diesem Thema (vgl. insbesondere *The Sensory Order, An Inquiry into the Foundations of Theoretical Psychology*, London 1952) betont Hayek die Abstraktheit menschlichen Wissens. Die wesentliche Verbindung zwischen Erfahrung und Wissen wird hergestellt durch Klassifikationsprozesse, die die Verarbeitung der Komplexität der Außenwelt ermöglichen. Klassifikationssysteme sind in diesem Sinn eine Art interpretativer ordnender Filter der vielfältigen Gegenstände von Wahrnehmung und selbst das Resultat eines bewussten Lernprozesses. Unter diesen Bedingungen ist die einzige Voraussetzung des Verständnisses menschlichen Handelns eine ausreichende Kenntnis dieser Klassifikationssysteme. Erst in den »*Studies in Philosophy, Politics and Economics*«, London 1967, wendet Hayek sich dem Gedanken des »stillen Wissens« zu und vollzieht damit einen entscheidenden Themenwechsel von gedanklichen Konzepten zu Handeln, von Wahrnehmung zu Verhalten und von gedanklichen Klassifizierungssystemen zu gesellschaftlichen Verhaltensregeln. Dieser Richtungswechsel wird in der Literatur häufig als Aufgabe von radikal-subjektivistischen erkenntnistheoretischen Positionen bewertet. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass in dem Begriff des »stillen Wissens« selbst ein stark subjektivistisches Element erhalten bleibt. Dieser Widerspruch erklärt sich weniger aus abstrakten Überzeugungen über erkenntnistheoretische Fragen als aus Hayeks politischem Anliegen: Zur Verteidigung der Marktordnung benötigt er ein subjektivistisches Argument, das die Grundlage seines Anti-Konstruktivismus darstellt. Auf der anderen Seite kann er Subjektivismus nicht in dessen letzter Konsequenz – Relativismus – aufrechterhalten, weil dies die Verteidigung der Marktordnung als einzig überlegener Gesellschaftsordnung in Frage stellt. Für Literatur zu diesem Thema siehe u.a. S. Ioannides, *The Market, Competition and Democracy. A Critique of Neo-Austrian Economics*, Aldershot and Vennont 1992; T. Lawson, *The Development in Hayek's Social Theorising*, in: S. Frowen (Hrsg.), *Hayek, the Economist and Social Philosopher. A Critical Retrospect*, London 1994.

fen, die niemand geplant hat und deren Ursachen vielleicht niemand versteht...« (Hayek 1948: 38)<sup>26</sup>

Die »Offene Gesellschaft« ist demnach zutiefst unpolitisch; ihre einzelnen Mitglieder sind unwissend. Ihre Festigkeit und ihren Bestand verdankt diese Gesellschaft der Unterwerfung. Sie bedeutet das Ende der europäischen Aufklärung.<sup>27</sup> Die Notwendigkeit für diese Unterwerfung – es gibt kaum eine bedeutende Publikation Hayeks, die dies nicht betont – folgt aus den Erfordernissen der kulturellen Evolution. Von ihr hängt das Überleben der Menschheit ab, nur sie kann der »menschlichen Rasse« zu Errungenschaften verhelfen.

### **Das Ergebnis kultureller Evolution:**

#### **Die spontane Ordnung der Marktgesellschaft**

Die wesentlichen Charakteristika der kulturellen Evolution lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:<sup>28</sup> Wie die genetische Evolution kennt die kulturelle Evolution keine unausweichlichen historischen Gesetzmäßigkeiten; ihr

---

<sup>26</sup> Hayek zögert nicht, diese Einsicht unmittelbar zur Erklärung historischer Ereignisse, insbesondere des deutschen Faschismus, heranzuziehen: Unter anderem war es ein »falscher« Individualismus in den Reihen deutscher Intellektueller, dessen Verneinung eines notwendigen Konformismus gegenüber althergebrachten Werten und Konventionen den Faschismus heraufbeschworen hat: »Es muss eine offene Frage bleiben, ob eine freie oder individualistische Gesellschaft erfolgreich arbeiten kann, wenn die Menschen zu ›individualistisch‹ im falschen Sinn des Wortes sind, wenn sie zu unwillig sind, sich freiwillig Sitten und Gebräuchen zu unterwerfen, wenn sie es ablehnen, irgend etwas anzuerkennen, was nicht bewusst geplant ist oder was nicht jedem Einzelnen als vernunftgemäß dargestellt werden kann. Es ist zumindest verständlich, dass das Vorherrschen dieser Art des ›Individualismus‹ oft Menschen mit den besten Absichten an der Möglichkeit verzweifeln ließ, Ordnung in einer freien Gesellschaft zu erzielen und sie sogar veranlasste, nach einer diktatorischen Regierung zu verlangen, die die Macht besitzt, der Gesellschaft jene Ordnung aufzuzwingen, die sie nicht aus sich selbst heraus schaffen kann... Dass die Deutschen, wie es ein Historiker jüngst dargestellt hat, in ihrem ›verzweifelten Suchen nach der Tradition, die sie nicht besaßen‹, zum Schluss einen totalitären Staat schufen, der ihnen aufzwang, was ihnen, wie sie wussten, fehlte, hätte uns vielleicht weniger überraschen sollen, als es der Fall war.« Ibid.: 42.

<sup>27</sup> Die europäische Aufklärung ist für Hayek eine »rationalistische oder konstruktivistische Sicht, die eine bewusste Konstruktion der gesamten Gesellschaft auf der Grundlage der Vernunft fordert. Diese Richtung kam aus der neuen Philosophie des Rationalismus, die hauptsächlich René Descartes (aber auch Thomas Hobbes in England) entwickelte und die ihre größte Bedeutung im 18. Jahrhundert durch die Philosophen der französischen Aufklärung erlangte. Voltaire und J.J. Rousseau waren die beiden einflussreichsten Vertreter dieser Richtung, die in der Französischen Revolution gipfelte und von der sich die kontinentale oder konstruktivistische Art des Liberalismus herleitet.« F. Hayek, Liberalismus, Walter-Eucken-Institut (Hrsg.), Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1979: 6.

<sup>28</sup> Vgl. insbesondere Hayeks Bemerkungen über die Entwicklung von Systemen von Verhaltensregeln, in: Hayek 1969 (144-160), Hayek 1980/3: Epilog sowie Hayek 1988:

Ergebnis ist »Vielfalt, nicht Gleichförmigkeit«, sie erlaubt daher keine rationalen Aussagen über zukünftige Entwicklungen (Hayek 1988: 26, Ü.d.V.). Beide Evolutionstypen beruhen darüber hinaus auf demselben Selektions- oder Fitnesskriterium: »Überleben oder reproduktiver Verfall. Variationen, Adaptionen und Wettbewerb stellen im Grundsatz ein und denselben Prozesstyp dar, wie verschieden auch immer ihre spezifischen Mechanismen sein mögen, insbesondere diejenigen, die mit Fortpflanzung zu tun haben.« (ibid.) Wie gesehen ist – anders als genetische Evolution – die im Rahmen kultureller Evolution übertragene Information jedoch nicht angeboren, sondern erlernt. Sie geht zudem weiter zurück als nur eine Generation, und die Übertragungsrate ist wesentlich höher als im Fall genetischer Evolution: »Da sie, im Gegensatz zur genetischen Evolution, auf der Weitergabe erworbener Eigenschaften beruht, läuft sie sehr schnell ab und wenn sie einmal vorherrschend geworden ist, drängt sie die Bedeutung der genetischen Evolution in den Hintergrund.« (Hayek 1980/3: 212).

Wie im Markt, ist der Selektionsmechanismus der Geschichte – und damit die Selektion der Marktgesellschaft selbst – auf Wettbewerb begründet. Hayek schwankt hier zwischen dem Prinzip individueller Selektion und dem der Gruppenselektion, verlegt sich aber letztendlich auf letzteres: »Diese Regeln des Verhaltens haben sich also nicht als die erkannten Bedingungen für die Erreichung eines bekannten Zieles entwickelt, sondern haben sich entwickelt, weil die Gruppen, die danach verfahren, erfolgreicher waren und andere verdrängten... Der Mensch nahm nicht neue Verhaltensregeln an, weil er intelligent war. Er wurde intelligent dadurch, dass er sich neuen Verhaltensregeln unterwarf.« (Hayek 1980/1: 220). Diese These wird weiter nicht begründet oder mit historischem Gehalt versehen,<sup>29</sup> aber man darf unterstellen, dass hiermit der Pfad der Entwicklung zur kapitalistischen (Markt-)Gesellschaft (Gruppe) beschrieben werden soll. Dieser Entwicklungspfad ist zugleich die menschliche Zivilisationsgeschichte, die stromlinienförmig von primitiven Urgesellschaften zur modernen, liberalen Massengesellschaft ausstaffiert wird (Hayek 1988: Einleitung, Kapitel 1, 5 und 8).

Danach stellt sich der Zivilisationsprozess in erster Linie als ein Disziplinierungsprozess dar, in dessen Verlauf das Individuum seinen Instinkten sowie den kollektiven Lebensgewohnheiten primitiver Urgemeinschaften »ent-

---

passim. Für eine kritische Übersicht über Hayeks evolutionstheoretische Argumente siehe u.a. G.M. Hodgson, *Economics and Evolution. Bringing Life Back into Economics*, Cambridge 1993.

<sup>29</sup> Vgl. auch Hayek 1967: 67 und 32, Hayek 1980/1: 24; 1980/3: Epilog, passim; und Hayek 1988: Kapitel 1, passim (bes. S. 21ff.).



wöhnt« und einem immer komplexeren, für es selbst undurchschaubaren System von Verboten, Vorschriften und Tabus unterworfen wird. Die allmähliche Überwindung instinkthafter und tribalistischer Barrieren ermöglicht die Formierung immer umfassenderer gesellschaftlicher Zusammenhänge, in denen Individuen nicht mehr in bewusster Kooperation zueinander stehen müssen, um wenige, bekannte Gemeinschaftsziele zu verwirklichen, sondern im Rahmen der von Tradition und Moral gesetzten Grenzen in einem beständigen Wettbewerb subjektiv jeweils individuelle Ziele verfolgen, was aber objektiv – so wird versichert – allen Mitgliedern der Gesellschaft zugute kommt. Diese zivilisatorische Disziplinierung ist zugleich ein Übergang auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene von kollektiver zu individueller Moral, von »der sogenannten angeborenen Moralität unserer Instinkte (Solidarität, Altruismus, Gruppenentscheidungen und ähnliches), deren Praktiken nicht ausreichen, um unsere gegenwärtige umfassende Ordnung und ihre Bevölkerung zu erhalten..., (zu) entwickelter Moralität (Sparen, Privateigentum, Ehrlichkeit und so weiter), die die umfassende Ordnung geschaffen und aufrechterhalten hat«. (Hayek 1988: 70 und 1980/3: 221) Diese entwickelte Moralität, die Sitten der Marktwirtschaft, »brachten es mit sich, (den) bekannten bedürftigen Nachbarn das vorzuenthalten, wessen sie unter Umständen bedurften, um statt dessen den unbekanntem Bedürfnissen vieler Tausender unbekannter Menschen zu dienen. Finanzieller Gewinn statt Verfolgung eines allgemeinen bekannten Zieles wurde nicht nur die Grundlage für die Anerkennung durch andere, sondern auch der Grund für die Zunahme allgemeinen Wohlstands.« (Friedman 1976: 59) Ein gesellschaftliches Vorhaben, das wieder darauf abzielt, die Not »bekannter bedürftiger Nachbarn« konkret und zielgerichtet zu beheben, ist nach Hayek »das Wiederauftauchen unterdrückter ursprünglicher Instinkte« (Hayek 1988: 60) und deswegen der Versuch der evolutorischen Rückentwicklung. Polemisch ausgedrückt: Habgier ist eine Tugend; die protzende Zurschaustellung von Reichtum ein notwendiges Signal, um das Lernen von den Erfolgreichen zu ermöglichen. Individuelle Wohltätigkeit wird damit nicht ausgeschlossen; aber Ethik darf nicht eine gesellschaftliche Angelegenheit sein. »Tatsächlich ist es eines der Hauptziele des Liberalismus, die ethischen Probleme dem Individuum zu überlassen, damit es mit diesen Problemen allein fertig werden kann.« (Hayek 1988: 33)

Der Individualismus, dem hier das Wort geredet wird, muss – so Hayek – antirationalistisch sein. Er beruht auf einer Haltung der »Demut vor den unpersönlichen und anonymen sozialen Prozessen..., durch welche die Einzelnen mithelfen, Dinge zu schaffen, die größer sind, als sie selbst wissen.« (Hayek 1948: 25). Antirationalistischer Individualismus ist der »wahre« Advokat individueller Freiheit, weil gerade in der Unterwerfung des Individuums unter die spontanen Kräfte der »Großen Ordnung« das Geheimnis seiner Befreiung liegt,

der Befreiung nämlich von den engen Grenzen menschlicher Erkenntnisfähigkeit und der Diktatur organisierter Vernunft, wie sie etwa der Sozialismus oder auch nur sozialdemokratischer Reformismus darstellen könnten. Wenn die Individuen ihre Rolle als Teil eines unverstandenen Ganzen anerkennen, wenn sie die Regeln einer über dem Einzelnen stehenden spontanen Ordnung akzeptieren, dann schaffen sie die Voraussetzung für die freie Entfaltung der Individuen innerhalb zugewiesener überschaubarer Domänen von Verantwortlichkeit. Dies wiederum erlaubt es jedem Individuum, »freiwillig so viel wie möglich zu jenen Bedürfnissen bei(zu)tragen, die außerhalb seines Gesichtskreises liegen« (ibid.: 30). Und es befreit das Individuum von gesellschaftlicher Verantwortung.

Für den Bestand der Gesellschaft ist es nun wichtig, dass diese entwickelte Moralität, diese »Werte«, von allen ausnahmslos anerkannt werden. Dadurch stellt sich die Frage, wie jede/r hierauf festgelegt werden kann, ohne dass die in der Offenen Gesellschaft zugesicherte persönliche Freiheit angetastet würde. Entscheidend ist der Druck zur Anpassung, der in dieser Gesellschaft durch die öffentliche Meinung, Moralregeln, Konventionen und Tradition ausgeübt wird – durch eine spezifische Form der Zivilgesellschaft also, nicht aber durch staatlichen, politischen Zwang. Hayek schreibt dazu: »Doch dass das Verhalten innerhalb des privaten Bereichs nicht Gegenstand staatlicher Zwangsanwendung sein soll, heißt nicht notwendig, dass in einer freien Gesellschaft ein solches Verhalten auch vom Druck der allgemeinen Meinung oder der Missbilligung frei sein soll... Jedenfalls fördert es die Klarheit, wenn man den Druck, den die öffentliche Zustimmung oder Ablehnung ausübt, um die Befolgung von Moralregeln und Konventionen zu sichern, nicht Zwang nennt... Im Großen und Ganzen stellen die Konventionen und Normen des gesellschaftlichen Verkehrs und des persönlichen Verhaltens keine ernstliche Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit dar, sondern sichern ein gewisses Mindestmaß an Gleichheit des Verhaltens, das die persönlichen Bemühungen sicherlich eher unterstützt als behindert.« (Hayek 1971: 176)

Für Hayek gibt es ohne Anerkenntnis einer solchen entwickelten Moralität kein Überleben. Dieser Bedeutung entsprechend ist die Moralität ausdifferenziert und hierarchisiert. Auf deren unterster Stufe befinden sich eine Vielzahl privater individueller Wertvorstellungen, die keinem äußeren Anpassungsdruck unterliegen und von denen individuelle Handlungsziele abgeleitet werden. Diesen folgt eine begrenzte Zahl »stiller« Traditionen, Gewohnheiten und Konventionen, die für bestimmte Gruppen innerhalb einer Gesellschaft verbindlich sind, nicht jedoch notwendig für die Gesellschaft als Ganzes. Die Spitze bildet schließlich explizites, allgemeinverbindliches Recht. Rechtsgrundsätze sind universal, das heißt, sie werden ohne Rücksicht auf individuelle Besonderheiten angewendet; sie sind abstrakt, sie haben keinen spezifischen positiven Inhalt,

sondern sind negative Vorschriften, die allein der Konfliktvorbeugung dienen; sie sind darüber hinaus dauerhaft, womit Hayek meint, dass sie einer Meinung, nicht aber einem Willen Ausdruck verleihen. Als Meinung verkörpern sie nicht eine konkrete Handlungsabsicht, ein rechtspolitisches Ziel der Veränderung, sondern Wissen darüber, was nicht zu tun ist, »eine Fähigkeit, Arten von Handlungen zu vermeiden, deren voraussehbare Ergebnisse zwar wünschenswert erscheinen, die jedoch zur Zerstörung der Ordnung führen müssten, von der die Errungenschaften der menschlichen Rasse abhängen«. (Hayek 1979: 219) Dieses selbstregulierende oder selbstorganisierende System der »Großen Gesellschaft« (ibid.: 209) benötigt den Staat nur, um diejenigen Regeln für sein Funktionieren sicherzustellen, die entwickelte Moralität und Unterwerfung allein noch nicht gewährleisten können, nämlich Rechtsgrundsätze der formalen Rechtsgleichheit, des Privateigentums und des Grundsatzes der Vertragstreue oder Vertragsfreiheit. Der Staat handelt im Verhältnis zur entwickelten Moralität (in gewisser Weise) subsidiär. Er besorgt das Geschäft, die Unterwerfung zu vervollständigen.

Mit dieser Begründung der Universalität des Marktprinzips und seiner Werte – private Vertragsfreiheit, Folgsamkeit, Ehrlichkeit und Sparsamkeit – als einer »Großen Ordnung«, als das spontane Resultat eines kulturevolutionären Prozesses, ist die Legitimationsfigur des Neoliberalismus komplett: Die auf Wettbewerb als Entdeckungsprozess beruhende, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassende Marktordnung ist unantastbar, um den Preis unser aller Überleben willen. Das Marktprinzip ist das bestmögliche Prinzip gesamtgesellschaftlicher Organisation, weil Individuen nur begrenzt rational sind. Sie verfügen nur über Teilinformationen, sind letztendlich eher unwissend denn wissend. Es ist der Marktmechanismus, der vermittelt über Preisbildung und die Auslese von erfolgreichem Verhalten (d.h. erfolgreichen Bereicherungs- und Überlebenspraktiken) bestmögliche Informationsverarbeitung auf gesellschaftlicher Ebene ermöglicht. Zugleich sind die Spiel- oder Verhaltensregeln, die der reibungslosen Funktionsweise dieses Marktprinzips unterliegen, ihrerseits das Resultat kultureller Selektion, die von niemandem gelenkt oder überschaut wird. Wettbewerb als Entdeckungsprozess – von institutionellen Innovationen, von Methoden zur Sicherung wirtschaftlichen Gewinns oder von Spiel- und Verhaltensregeln, die den gesellschaftlichen Ordnungsrahmen der Marktgesellschaft definieren – ist so das Grundprinzip nicht nur gesellschaftlicher Organisation in der Gegenwart, sondern auch aller menschlichen und gesellschaftlichen Geschichte überhaupt. Wettbewerb und Markt können daher keiner äußeren Kritik, keinem externen Bewertungsmaßstab – wie etwa ihrer Fähigkeit, Massenwohlfahrt oder den »Reichtum der Nationen« zu befördern – unterliegen: Jeder externe Eingriff in den unbewussten Selektionsprozess ist illegitim, weil er das Überleben aller per Definition gefährdet.

Aus dieser Legitimationsfigur des Neoliberalismus folgen eine Reihe konkreter Vorstellungen zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Diese betreffen ethische Grundwerte einerseits und politische Programmatik andererseits. Es sind diese aus der allgemeinen Legitimationsfigur folgenden Vorstellungen zu Fragen der Ethik und der Politik, die die öffentliche Debatte in der Regel beherrschen.

## **5. Die Grundwerte der neoliberalen Ordnung: negative Freiheit und die Unmoral des Egalitarismus**

### **Das Menschenbild des Neoliberalismus:**

#### **Demut im Angesicht der Großen Ordnung und Eigennutz gegenüber anderen**

Neben dem Hauptpreis – dem Überleben der Gesellschaft im Allgemeinen und der Bereicherung einiger weniger im Besonderen – empfiehlt sich Hayeks »Große Ordnung« und die »Offene Gesellschaft« des Neoliberalismus im Allgemeinen als Ausdruck zivilisatorischen Fortschritts vor allem aufgrund der individuellen Freiheit, die sie ihren Mitgliedern ermöglicht. Wie aber kann Freiheit aussehen, die mit Demut und Unterwerfung erkaufte werden muss? Denn, wie gesehen, beruht das reibungslose Funktionieren der Marktgesellschaft in erster Linie auf der Bereitschaft des Einzelnen, »sich im Allgemeinen den Ergebnissen sozialer Prozesse zu unterwerfen, die niemand geplant hat und deren Ursache vielleicht niemand versteht.« (Hayek 1948: 25) Die Antwort auf diese Frage ist einfach: Es ist negative Freiheit, die allein der Großen Ordnung entspricht. Diese negative Freiheit ist nur »eine Bedingung für die Eröffnung von Möglichkeiten, nicht jedoch für die Sicherstellung bestimmter Zuwendungen« (Hayek 1978: 134, Ü.d.V.). Um genau zu sein, werden hier keine Möglichkeiten (etwa im Sinn der Chancengleichheit) eröffnet; es wird nur die Bedingung für die Eröffnung von Möglichkeiten geschaffen – und diese Bedingung ist die Freiheit, sich am Markt zu betätigen und nach selbstgesteckten Zielen zu streben. Anders ausgedrückt, negative Freiheit ist die Abwesenheit direkten Zwangs, wobei Zwangsausübung ausschließlich ein Attribut individuellen Handelns ist. Die Ausübung von Zwang setzt persönliche Absicht voraus und kann in diesem Sinn nie Eigenschaft eines gesellschaftlichen Systems sein.

Hayek liefert eine recht gute Skizze, was unter dieser Freiheit als Abwesenheit von persönlichem Zwang zu verstehen ist. So ist auf Reichtum gegründete Macht, zum Beispiel die Macht, jemanden von materieller Nutznießung auszuschließen, solange nicht Zwang oder Willkür, wie dieser Machtausübung keine persönliche Absicht der Freiheitsberaubung zugrunde liegt: »Auch wenn ihn selbst [ein beliebiges Mitglied der Gesellschaft, d. V.] und vielleicht seine Familie die Gefahr des Hungers bedroht und ihn zwingt, eine ihm widerwärti-

ge Beschäftigung für einen sehr geringen Lohn anzunehmen und er der Gnade des einzigen Menschen ausgeliefert ist, der bereit ist, ihn zu beschäftigen, so ist er doch weder von diesem noch von irgend jemand anderem in unserem Sinn gezwungen. Solange die Handlung, die seine Schwierigkeiten verursacht hat, nicht bezweckte, ihn zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen zu zwingen. Solange die Absicht der Handlung, die ihn schädigt, nicht ist, ihn in den Dienst der Ziele eines anderen zu stellen, ist ihre Wirkung auf seine Freiheit keine andere als die einer Naturkatastrophe – eines Feuers oder einer Überschwemmung, die sein Heim zerstört, oder eines Unfalles, der seine Gesundheit schädigt.« (Hayek 1971: 166) Die Freiheit, die hier beschrieben wird, bedeutet, »dass es keinen Zwang eines Menschen gegenüber einem Menschen geben darf« (Friedman 1976: 37).<sup>30</sup> Dies ist eine exakte Umschreibung des klassisch-liberalen Freiheitsbegriffs, eben negativer Freiheit. Gemeint ist Freiheit von etwas, von unerwünschten äußeren Einflüssen, oder die Freiheit, sein Handeln an selbst gewählten Zielen auszurichten. Dem steht gegenüber positive Freiheit als die Freiheit *für* etwas oder die Freiheit, »mein eigener Herr zu sein« und damit unter Bedingungen zu leben, die Ziele der eigenen Wahl auch tatsächlich erreichen zu können.<sup>31</sup> Hierbei lässt sich positive Freiheit im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Abläufen etwa in dieser Weise skizzieren: Sie kann nicht Demut, ihr Ziel nicht die Unterwerfung unter die Ergebnisse sozialer Prozesse sein, wie Hayek dies fordert. Vielmehr ist positive Freiheit gesellschaftlich in dem Sinn, dass der gesellschaftliche Prozess nicht bewusstlos und willenlos hingenommen wird, sondern dass Einsicht in seinen Ablauf gewonnen wird, was zu seiner Beherrschung und Steuerung befähigt. Entspricht das Ziel der Steuerung etwa der Norm, dass Vollbeschäftigung politisch herzustellen sei, so ist dies ein Zugewinn von positiver Freiheit. (Denn erst Vollbeschäftigung ermöglicht dem Arbeitslosen, Ziele der eigenen Wahl tatsächlich zu erreichen.)

Negative Freiheit ist somit die Kehrseite der Aufforderung zur Demut gegenüber der Großen Ordnung und ihren Verhaltensregeln: Die Große Ordnung schützt uns vor willkürlichen Übergriffen anderer, solange diese Übergriffe sich direkt auf die Absicht des oder der anderen begründen, uns ihren Willen aufzuzwingen. Sie schützt uns also vor Taschendieben, Einbrechern oder Gewalttättern aller Art, vielleicht auch noch vor korrupten Geschäftspraktiken, wo diese auf offensichtlicher Betrugsabsicht beruhen. Dafür verlangt sie von uns jedoch die bedingungslose Unterordnung unter gesellschaftliche Zwänge. Die Verhal-

---

<sup>30</sup> Friedman bezieht sich in diesem Zitat auf politische Freiheit, dieselbe Definition von Freiheit wird jedoch an mehreren Stellen ebenfalls auf die Kooperation durch den Markt angewandt (ibid.: S. 34).

<sup>31</sup> Vgl. hierzu insbesondere I. Berlin, *Freiheit: vier Versuche*, Frankfurt 1995.

tens- und Spielregeln der Großen Ordnung umschreiben unsere private Freiheitsdomäne. Innerhalb dieser sind wir Herr/in unseres Geschicks, aber ihre Grenzen sind sakrosankt.

Diese Beschränkung des Individuums auf eine eng umschriebene Privatsphäre gründet sich letztendlich auf das antirationalistische und antiaufklärerische Menschenbild des Neoliberalismus und Hayek's insbesondere: Wir sind alle unwissend, im Besitz zufällig erworbener Wissensfragmente, die es uns nicht erlauben, die Zukunft zu gestalten. Wir sind unmündig und müssen uns deshalb um den Preis unser aller Überleben willen blind auf die Weisheit der Großen Ordnung verlassen. Innerhalb der privaten Freiheitsdomäne, die diese Ordnung uns zuteilt, sind wir jedoch aufgefordert, das Beste aus unserem Geschick zu machen nach dem Motto: »Jeder ist seines Glückes Schmied«.

Was genau menschliches Verhalten innerhalb der Grundregeln der Marktordnung bestimmt, ist einer der Punkte, an denen die inneren Widersprüche der doppelten neoliberalen Legitimationsfiguren (Universalität des Marktprinzips und kulturrevolutionäre Herleitung der Großen Ordnung) deutlich werden: Manche Autoren, insbesondere diejenigen, die dem Hayek'schen Antirationalismus und seiner Theorie der kulturellen Evolution nahestehen, betonen die Begrenztheit menschlicher Rationalität. Ein Beispiel ist Vanbergs *Rules and Choice in Economics* (1994). Hier wird argumentiert, dass Individuen nicht, wie von traditioneller neoklassischer Theoriebildung unterstellt, umfassend zweckrational sind (im Sinne der genannten axiomatischen Fassung individueller Zweckrationalität). Vielmehr ist die Fähigkeit der Individuen, rationale Entscheidungen zu treffen, regelorientiert: Individuelle Zweckrationalität greift nicht in jeder Situation, für jede einzelne Handlung, sondern nur hinsichtlich der Adaption von Verhaltensregeln (die sich von den Spielregeln der Marktgesellschaft insofern unterscheiden, als sie nicht konstitutiv für gesellschaftliche Ordnung sind, sozusagen eine Art Verhaltensregeln zweiter Ordnung also). Anders ausgedrückt, Menschen sind nicht zweckrationale Roboter, sondern normen- und regelorientierte Wesen. Der zugrundeliegende Lernbegriff ist dem Hayek's insofern verwandt, als Lernen ausschließlich eine rückwärtsgewandte, auf Erfahrung beruhende Aktivität ist. Lernen ist passiv, indem der Mensch sich diesen Erfahrungen und seiner Umwelt anpasst (sie nicht verändert). Darüber hinaus ist regelgeleitetes Verhalten häufig unbewusst, insofern Normen und Regeln internalisiert werden, also der ausdrücklichen Infragestellung durch den Intellekt nicht mehr oder nur noch schwer zugänglich sind. (Vanberg 1994, 1-8, 25-36)

Andere Autoren, wie beispielsweise G.S. Becker, A. Alchian und H. Demsetz, schlagen einen anderen Weg ein. Die Betonung liegt hier auf der Universalität des Marktprinzips und individueller Zweckrationalität im axiomatischen Sinn. Hier wird die Theorie der rationalen Entscheidungen – die sich im Detail

mit der axiomatischen Fundierung individueller Zweckrationalität befasst – zur alleinigen Grundlage allen menschlichen Verhaltens. Die Marktlogik greift hier in ihrer Reinform zu, insofern jedes individuelle materielle, psychische, moralische, geistige oder intellektuelle Ziel oder Bedürfnis als Gut interpretiert wird. Diese neoliberale Analyse menschlichen Verhaltens im Allgemeinen – der genannte Methodenimperialismus – unterstellt das folgende Raisonnement als allgemeingültig. Menschen leben (und verhalten sich) unter der Bedingung der Knappheit von Gütern in der folgenden Weise: (1) Jede Person strebt eine Vielzahl von Gütern im oben benannten Sinn an. (2) Für jede Person sind einige Güter knapp. (3) Eine Person ist bereit, einige ihrer Güter zu opfern, um mehr von den anderen Gütern zu erhalten (Substitution). (4) Die persönliche Bewertung jedes Gutes durch ein Individuum hängt davon ab, wieviel es von dem betreffenden Gut besitzt; je mehr es davon besitzt, um so geringer bewertet es das Gut (fallender Grenznutzen). (5) Nicht alle haben eine identische Präferenzordnung.<sup>32</sup> Güterabwägung und der so motivierte Austausch von Gütern ist das grundlegende Bewegungsmoment der Individuen, alles zwischenmenschliche Verhalten so auf ein reines Benutzungsverhältnis reduziert. Nichts entgeht diesem definitorischen Zugriff: Alles Verhalten ist rechenhafter Tausch, so wie es G.S. Becker feststellt: »Ich bin in der Tat zu dem Schluss gekommen, dass die ökonomische Sichtweise eine allumfassende Sichtweise ist, die sich auf alles menschliche Verhalten anwenden lässt, unabhängig davon, ob dieses Verhalten Geldpreise und Schattenpreise betrifft, wiederholte oder seltene Entscheidungen, emotionale oder mechanistische Ziele, arme oder reiche Personen, Männer oder Frauen, Erwachsene oder Kinder, brillante oder dumme Personen, Patienten oder Therapeuten, Unternehmer oder Politiker, Lehrer oder Studenten.« (Becker 1976: 8, Ü.d.V.)<sup>33</sup> Vertreter dieses Methodenimperialismus haben die Theorie rationaler Entscheidungen – die Kosten-Nutzen-Abwägung unter Bedingungen der Ressourcenknappheit als *einziges* Handlungsmotiv – denn auch auf alle erdenklichen Bereiche menschlichen Handelns angewandt: Von der Familie als Dienstleistungsunternehmen, das Mahlzeiten, Unterkunft und Kinderversorgung und -erziehung produziert, über reproduktives Verhalten, Ehe und Ehescheidung bis hin zu Drogensucht, Kriminalität und Selbstmord.

---

<sup>32</sup> Vgl. hierzu vor allem Alchian und Allen 1969: Kapitel 2.

<sup>33</sup> »Indeed, I have come to the position that the economic approach is a comprehensive one that is applicable to all human behavior, be it behavior involving money prices or imputed shadow prices, repeated or infrequent decisions, emotional or mechanical ends, rich or poor persons, men or women, adults or children, brilliant or stupid persons, patients or therapists, businessmen or politicians, teachers or students.«

Das »akquisitive« Wesen der Marktgesellschaft, d.h. ihre alleinige Ausrichtung auf Erwerb, Gewinnsucht und (Lern-)Begierde, wird von diesen Autoren häufig mit einem Rückgriff auf genetische (im Gegensatz zu rein kultureller) Evolution begründet. Die »akquisitive Spezies« ist hier nicht das Resultat der Befolgung von Verhaltensregeln, entstanden im Verlauf eines langen Prozesses kultureller Evolution, sondern ein genetischer Tatsachenbestand. So bemerken Alchian und Allen unter Bezugnahme auf Frank Knight, einem bekannten US-Ökonomen der 1920er und 1930er Jahre, der sich unter anderem mit der Frage der Bestimmungsfaktoren von Erwartungen befasst hatte: »Die Frage, die hier gestellt wird [von F. Knight, d.V.], beruht auf der Annahme, dass wirtschaftliche Organisation einen spürbaren Einfluss auf unsere grundlegenden psychologischen Triebe ausübt. Es ist keineswegs unangebracht, Zweifel an der Stichhaltigkeit dieser Behauptung anzumelden. Die moderne Sozialbiologie hat einige Nachweise dahingehend erbracht, dass unsere inneren Beweggründe das Ergebnis einer viele Jahrhunderte langen Evolution sind, dass es, von direkten gentechnischen Eingriffen oder selektiven Reproduktionsverfahren abgesehen, nicht möglich ist, diese genetische Ausstattung, und damit unsere inneren Triebe, durch die Wahl des institutionellen Umfeldes wesentlich zu modifizieren; es ist daher möglich, dass wirtschaftliche Organisation ausgesprochen wenig mit der Triebkraft des Wettbewerbs, altruistischen Gefühlen oder Imitationsneigungen zu tun hat.« (Demsetz 1988: 261).<sup>34</sup> Stattdessen ist es der in der Genausstattung aller Menschen festgeschriebene Sinn für Eigennutz, der wirtschaftliche und institutionelle Organisation bestimmt. Deshalb hat der »altruistische Paternalismus« des Staatsinterventionismus (man lese: des Wohlfahrtsstaates) keine wirkliche Überlebenschance: »Es ist möglich, dass die angeborenen Eigenschaften des Menschen eine große Anstrengung oder Neigung zur Unterstützung von anderen nicht zulassen, insbesondere nicht bei der Lösung von Alltagsproblemen. Einige Biologen gehen davon aus, dass eine genetische Veranlagung, die solches auf Helfen ausgerichtetes individuelles Verhalten in großem Umfang produziert, von genetischen Varianten verdrängt werden würde (und vermutlich wurde), die Altruismus auf den Privatbereich beschränken... Die genetische Veranlagung zur Selbstsucht neigt dazu, die altruistische Veranlagung, die sie zugleich ausnutzt, zu verlängern, aber sie verdrängt Altruismus

---

<sup>34</sup> »The question raised here implicitly assumes that economic organisation has a detectable impact on our basic psychological drives. There is room for reasonable doubts about the validity of this assumption. There is some evidence from modern socio-biology that our inner motivations derive from many centuries of evolution; that, short of direct genetic engineering or selective breeding, there is no way for this genetic endowment, and hence these inner drives, to be modified significantly by the choice of institutional environment; economic organisation may have very little to do with the competitive drive, altruistic sentiment, or the propensity to ape.«



mus nicht vollständig... Altruismus ist weitgehend auf Blutsverwandtschaft beschränkt. Ein Mensch, der sich freiwillig opfert, um zwei Familienmitglieder, acht Cousins usw. zu retten, die ohne sein Opfer mit Sicherheit sterben würden, vergrößert die Wahrscheinlichkeit, dass ›seine‹ Gene überleben, unabhängig davon, welcher Körper sie enthält, weil ›seine‹ Gene mit abnehmender Wahrscheinlichkeit auch im Körper seiner beiden Familienmitglieder, acht Cousins usw. existieren. Die Arithmetik genetischer Vererbung stellt sicher, dass zwischenmenschliche Beziehungen, die entfernter sind als Onkel, Tanten, Cousins ersten Grades usw., keine verlässliche Quelle paternalistischer Fürsorge sind. Gleichermaßen wird eine Kultur, deren Großzügigkeit sich auf die ›Ihrigen‹ beschränkt, widerstandsfähiger sein gegenüber Ausnutzung und gegenüber ihrer Verdrängung durch andere Kulturen, die zur Ausnutzung neigen. (In besonderen Situationen, wie insbesondere in der Insektenwelt, trifft dies nicht unbedingt zu.) Obwohl diese Befunde der Sozialbiologie noch recht spekulativ und umstritten sind, ist ihre Bedeutung für unsere Frage [die Rolle von Paternalismus und Staatsinterventionismus, d.V.] direkt und dramatisch: Evolutionäre Prozesse lassen paternalistische Gefühle zwischen Fremden in der Regel nicht zu. Es ist unwahrscheinlich, dass auf Austausch beruhender Reingewinn sich durch gewaltsame Intervention im Namen von Paternalismus erhöhen lässt: Solange der Treuhänder nicht ein enger Verwandter seines Schützlings ist, besteht die Schwierigkeit darin, ein Anreizsystem zu finden, das das Interesse des Treuhänders in Einklang bringt mit dem seines Schützlings, in welchem Fall wir es sowieso nicht mehr mit altruistischem Verhalten zu tun haben. Die natürliche Auslese beschränkt Paternalismus in der Tat im Wesentlichen auf intra-familiäre Beziehungen.« (Demsetz 1988: 275, Ü.d.V.)<sup>35</sup> Es ist

---

<sup>35</sup> »A genetic endowment producing large amounts of such helping in individual behaviour, it is thought by some biologists, would be (and presumably was) competed out of existence by genetic varieties that confined altruism close to home. A generally altruistic genetic endowment must succumb to genetic free-riders who take without giving. The selfish genetic endowment tends to displace the altruistic genetic endowment on which it rides free, but it does not displace altruism completely. Biologists have found that limited amounts of such aid, even in the absence of reciprocity, confer survival ability to genetic endowments. To a large extent altruism is limited to kinship relations. Genetic endowments have greater survival ability if they encourage the helping of others when it can be expected that by doing so the survival power of that genetic endowment is enhanced. A person who willingly sacrifices himself to save two siblings, eight cousins, and so forth, who but for his sacrifice would surely die, increases the probability that ›his‹ genes, independently of which body contains them, will survive, because ›his‹ genes also exist, with descending probability in the bodies of siblings, cousins, and so forth. The arithmetic of genetic inheritance guarantees that relationships more distant than uncles, aunts, and first cousins are not reliable sources of paternalistic care. Similarly, a culture generous only to its own will be more resistant to free-loading and to its

also so, dass einzig die eigensüchtige, auf Reingewinn im Austausch bedachte Gesellschaft eine Überlebenschance im »Kampf ums Dasein« hat. Im Sinne des Überlebens sind Kapitalismus und Marktgesellschaft die Vervollkommnung der Menschheit: Leben ist Kapitalismus.

Bezeichnenderweise findet sich in dem zitierten Text weiter keinerlei Hinweis auf die Namen oder Arbeiten »mancher Biologen« oder der Vertreter der »modernen Sozialbiologie«, die zur Beweisführung herangezogen werden. Dennoch handelt es sich bei den genannten Ökonomen keineswegs um abstruse Hinterhofvertreter der Profession, sondern ganz im Gegenteil um deren Glanzlichter. Wie Hayek (1974), ist G.S. Becker Nobelpreisgewinner (1992), und obwohl Armen A. Alchian – ein enger Mitarbeiter von Harold Demsetz, Mitglied des National Bureau of Economic Research der USA und der RAND Corporation, Inhaber akademischer Posten an der Universität von Harvard und der University of California Los Angeles (UCLA) sowie ein Distinguished Fellow der American Economic Association – diese Ehre versagt geblieben ist, so ist sie doch seinem bekanntesten Schüler, William F. Sharpe (1990), zuteil geworden. Harold Demsetz hat ebenfalls Posten an führenden US-Universitäten innegehabt – an der Universität von Chicago und, wie Alchian, UCLA – und ist darüber hinaus Mitglied der American Academy of Arts and Sciences und Direktor der Mont Pèlerin Gesellschaft, eines rechtsradikalen Think Tanks, in dem auch Hayek eine bedeutende Rolle gespielt hat. Gleichzeitig ist es wohl richtig, dass der Siegeszug neoliberaler ökonomischer Theoriebildung in der akademischen Welt, zumindest im Moment, weitgehend auf die Theorie der rationalen Entscheidungen selbst beschränkt ist.<sup>36</sup> Die Popularisierung der genteoretischen Fundierung dieser Theorie der rationalen Entscheidungen wird mit etwas mehr Vorsicht genossen. G.S. Becker ist zurückhaltender als A.A. Alchian, was die Interpretation und Anwendbarkeit biologischer Evolutions-

---

displacement by free-loading cultures. (There are special situations, particularly in the insect world, for which this need not be true.)

Although these findings of socio-biology are still quite speculative and subject to debate, their implication for the problem at hand is direct and dramatic. Reliable paternalistic feelings between strangers are largely ruled out by evolutionary processes. It is unlikely that net gains from exchange can be enlarged by coerced intervention in the name of paternalism if the trustee is not closely related to his charge or if there is difficulty in setting up an incentive system that more or less makes the trustee's interests coincide with those of his charge, in which case we are no longer dealing with altruistic behaviour. Paternalism is, in fact, largely limited by natural selection to intra-family relationships.«

<sup>36</sup> Fragen wie beispielsweise die, ob Kinder ein normales Gut (für das die Nachfrage mit dem Einkommen der Nachfrager steigt) oder ein inferiores Gut sind (für das die Nachfrage mit zunehmenden Einkommen abnimmt), finden sich auf fast allen Prüfungsbogen führender Universitäten.

theorie angeht, betrachtet jedoch letztendlich die »akquisitive Spezies« auch als einen biologischen Tatsachenbestand. Hayeks Theorie der kulturellen Evolution, die, wie gesehen, zwischen genetheoretischen (individualistischen) Erklärungsmustern und der Idee der Gruppenselektion schwankt, hat am wenigsten Eingang in die Lehrpläne der Universitäten gefunden – sie gilt zumeist als »heterodoxes«, nicht »orthodoxes« Lehrmaterial.<sup>37</sup>

### **Ethik ist Privatsache: Wider die soziale Gerechtigkeit und den Egalitarismus**

Um zur »Großen Ordnung« des Neoliberalismus, ihrer Demut, negativen Freiheit und ihrem Eigennutz zu finden, müssen einige Fehlentwicklungen korrigiert werden. Grundsätzlich ist mit Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit, mit der Idee des Wohlfahrtsstaates – und dem Diktat der Evolution entgegengesetzten Paternalismus – aufzuräumen. Ethik ist Privatsache: Soziale Gerechtigkeit als gesellschaftliches Ziel verneint die Große Ordnung, weil sie individuelle Rechte verletzt, folglich mit negativer Freiheit nicht vereinbar ist, und weil sie den wettbewerblichen Lernprozess außer Kraft setzt. Dadurch wird die gewünschte offene, ziellose kulturelle Evolution verhindert. Und sie verneint natürlich sowieso das eigennützige Gen, das den biologischen Sieg davongetragen hat.

Friedman illustriert dies mit folgendem Beispiel: Angenommen, es gäbe vier Robinson Crusoes, von denen einer auf einer mit reichen Naturschätzen ausgestatteten Insel landet, während die übrigen drei das Pech haben, auf benachbarten armen Inseln zu stranden. Ist der reiche Robinson Crusoe verpflichtet, nachdem er seine Leidensgenossen entdeckt hat, diese zu gleichen Teilen an seinem Reichtum teilhaben zu lassen? Oder angenommen, ich gehe mit drei Freunden spazieren und finde einen Zwanzigmarkschein auf der Straße. Bin ich verpflichtet, jedem meiner Freunde fünf Mark abzutreten? Friedman resümiert: »Sind wir dazu bereit, an uns selbst und an unsere Mitmenschen die Forderung zu richten, dass jeder Mensch, dessen Wohlstand über dem durchschnittlichen Wohlstand der Weltbevölkerung liegt, sich augenblicklich von seinem Mehrbesitz durch gleichmäßige Verteilung gegenüber dem Rest der Weltbevölkerung zu trennen habe? [...] Andererseits wird aus zweimal Unrecht auch nicht Recht. Die Weigerung des reichen Robinson oder des glücklichen Finders der zwanzig Mark, den Wohlstand zu teilen, rechtfertigt nicht Gewaltanwendung seitens der übrigen.« (Friedman 1976: 213).

---

<sup>37</sup> Für eine leicht verständliche weiterführende Diskussion der Anwendbarkeit biologischer Evolutionstheorie auf die Gesellschaftswissenschaften siehe R. Dawkins, *The Selfish Gene*, Oxford 1976; Eldridge, N., *Reinventing Darwinism. The Great Evolutionary Debate*, London 1995, sowie S. Rose/R.C. Lewontin/L.J. Kamin, *Not in our genes. Biology, ideology and human nature*, London 1984.

Das Beispiel erscheint zunächst plausibel. Aber es ist mit Vorbedacht so gewählt, dass der reiche Robinson *zufällig* sein Glück macht, oder allgemeiner, dass bei der ursprünglichen Verteilung der Eigentumsrechte keine Ungerechtigkeit im Spiel war. Sonst müsste die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit weitergestellt werden. Da aber die Einkommens- und Vermögensverteilung mit gesellschaftlicher Macht zu tun hat und eben nicht zufällig ist, verbindet sich die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit mit der Frage nach der Legitimität dieser Macht. Macht ist ebenfalls der entscheidende Punkt beim Konflikt um die politische Abstimmung des Sparens auf das Investieren. Hier steht ja nicht einfach zur Debatte, ob der Gewinn zugunsten der Masseneinkommen zu senken ist. Vielmehr führt, wie dies bei der Darstellung der wirtschaftlichen Grundlagen des Wohlfahrtsstaates gezeigt worden ist, die Einkommenspolitik nicht zu einer Senkung der Gewinnsumme, sondern zu einer Erhöhung von Produktion und Einkommen. Die Gewinnbewerber verlieren bei einer solchen Politik demnach nicht Gewinn, sondern Macht. Diesen Sachverhalt deckt Friedmans Beispiel nicht auf, und solange, wie dies nicht allgemein deutlich ist, wird die Diskussion um soziale Gerechtigkeit mit unzureichenden Argumenten geführt. Denn es geht hier in der Hauptsache nicht darum, es den Reichen zu nehmen, um es den Armen zu geben, sondern darum, durch Einkommenspolitik eine dritte Dimension zu eröffnen, nämlich mehr Produktion. Folglich steht zur Debatte, ob den Unternehmen Macht zu nehmen ist, und nicht so sehr, ob sie in Armut zu stürzen sind, um soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Wer – wie Keynes – diesen Gedanken ins Spiel bringt, läuft Gefahr, von den Neoliberalen als akademischer Schmierfink (*academic scribbler*) beschimpft zu werden – so Buchanan über Keynes (Buchanan und Wagner 1978: 27) – oder – so Hayek über Keynes – als »Mann mit großem Intellekt, aber einer begrenzten Kenntnis von ökonomischer Theorie« (Hayek 1978: 218). Hayek versteht sich bei seinem Anliegen, Keynes und dessen Richtung herabzuwürdigen, durchaus auf zweifelhafte Kunstgriffe, wenn er zunächst Hicks zitiert, demzufolge das dritte Viertel des Jahrhunderts das Zeitalter von Keynes und das zweite Vierteljahrhundert das Zeitalter von Hitler gewesen sei (Hicks 1974: 1), um dann selbst fortzufahren, dass er (Hayek) nicht der Ansicht sei, dass der Schaden, den Keynes angerichtet habe, tatsächlich so groß sei, um diese Beschreibung zu rechtfertigen. (Hayek 1978: 219) Vielfach zitiert wird ebenfalls Hayeks geflügeltes Wort über Keynes als einem »armseligen Ökonomen«. Man sieht, wenn politisch Wesentliches auf dem Spiel steht, verdeutlichen auch Nobelpreisträger in recht rüdem Ton die Innenansichten der Scientific Community.

Während Friedman und auch Hayek bei den Gründen für die Einkommensverteilung mehr den Zufall betonen, befasst sich Nozick (1976) – wengleich

implizit im Rahmen der Begründung des Staates – mit den unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen (vorhandenes Vermögen, Macht) und deren Legitimität bei der Verteilungsfrage.<sup>38</sup> Der Grundgedanke bei Nozick ist, dass Eigentum, durch Tausch erworben, legitimiert ist. Wenn in einem gedachten Naturzustand alle Individuen mit bestimmten Rechten, einschließlich des Rechtes auf Eigentum, ausgestattet sind, und wenn – wie man hinzufügen sollte – die Individuen in dieser Lage über bestimmte »natürliche Gaben« verfügen, so werden sie ihre individuelle Wohlfahrt durch freiwilligen Tausch zu erhöhen suchen. Da auf die ursprüngliche Ausstattung – so Nozick – der Begriff der Gerechtigkeit nicht anwendbar ist, muss die bestehende Verteilung stets gerecht sein, wenn jede Veränderung dieser ursprünglichen Verteilung auf Freiwilligkeit und der Respektierung der Rechte aller anderen Individuen beruht. Gerechtigkeit ist demzufolge nicht ein absoluter, sondern ein »prozeduraler« Wert (Nozicks »entitlement« oder »procedural theory of justice«): Ob die gegebenen Eigentumsverhältnisse (und die daraus resultierende Einkommensverteilung) gerecht sind oder nicht, hängt nicht davon ab, ob sie einer bestimmten, gesetzten Vorstellung von Verteilung entsprechen, sondern allein davon, *wie* – vermittels welcher Abläufe – sie zustande gekommen sind. (Eine Veränderung der Verteilung im Zuge des freien Tausches entspräche Nozicks Vorstellung von Gerechtigkeit.) Diese Idee von Gerechtigkeit findet sich ebenfalls in Buchanans neuem Gesellschaftsvertrag (Nozick 1976: 103ff.).

Nozicks Gerechtigkeitsbegriff ist unvereinbar mit der Vorstellung sozialer Gerechtigkeit: Denn wenn jedes Individuum mit einem unantastbaren vorgesellschaftlichen Recht auf Eigentum und damit auf Macht ausgestattet ist, setzt jedes Gerechtigkeitsprinzip, das eine bestimmte Verteilung der Macht, eine bestimmte Eigentums- und Einkommensstruktur anzielt, zu seiner Realisierung eine beständige Verletzung individueller Rechte voraus.<sup>39</sup> (Bei dieser Gelegenheit ist daran zu erinnern, dass in der Geschichte diese Rechte oft verletzt und reduziert wurden. Es gibt erhebliche Brüche in der Eigentumsordnung – von Kontinuität im Sinne der dauernden Abfolge eines Tauschprozesses kann nicht die Rede sein. Ist die Geschichte daher im Sinne Nozicks die Abfolge dauernder Ungerechtigkeit?)

Das zweite Argument gegen soziale Gerechtigkeit ist weit populärer: Sie verhindert das Lernen, weil bei Versuch und Irrtum der Irrtum wegen sozialer Absicherung nicht sichtbar und erfahrbar wird. Anders gesagt: Es fehlt der

---

<sup>38</sup> Bes. Kapitel 2, 3, 5 und 7/1.

<sup>39</sup> Vgl. zur Kritik Nozicks: J. Paul (Hrsg.), Reading Nozick: Essays on Anarchy, State and Utopia, Oxford: Oxford University Press 1982. Für eine kritische Analyse (neo)liberaler Gerechtigkeitstheorien vgl. z.B. A. MacIntyre, *Whose Justice? What Rationality?* London 1988.

Druck der Not, um das Verhalten, das diese Not verursacht hat, zu korrigieren. Umgekehrtes gilt für die Erfolgreichen: Wenn ihre Einkommen wegen der Finanzierung von sozialer Absicherung gemindert werden, ergeben sich unzureichende Erfolgssignale, so dass unklar ist, woran sich die Erfolgrlosen beim Lernen orientieren sollen.

Beide Argumente gegen soziale Gerechtigkeit sind gleichzeitig Erklärungen für Armut. Denn soweit der Markt ein Glücksspiel ist, können individuelle Notlagen eintreten, deren Beseitigung aber nicht Sache von sozialer Gerechtigkeit sein kann, da der Markt als unpersönliche Institution weder gerecht noch ungerecht ist und folglich an ihn die Forderung nach Gerechtigkeit nicht zu stellen ist. (Ist die Forderung dennoch gestellt, so zielt sie auf eine Beseitigung des Marktes.) Soweit aber der Markt ein Geschicklichkeitsspiel ist, resultiert die Armut aus der Rebellion gegen die heilsame Disziplin des Marktes, gegen die Disziplin, die in einem engen Zusammenhang steht mit der kulturellen Evolution. Sie ist daher »verdient«, und der Versuch, sie zu beheben, ist die »grundsätzliche Unmoralität allen Egalitarismus«. (Hayek 1977: 15) Herbert Spencer hat nach Hayeks Auffassung die Sache auf den Punkt gebracht, wenn er in »Mensch gegen Staat« feststellt: »Ist es nicht offensichtlich, dass in unserer Mitte großes Elend gegeben sein muss, welches das normale *Ergebnis von Fehlverhalten* ist und von diesem nicht getrennt werden *sollte?*« (Spencer 1884/1964: 83, Ü.d.V.) Die ungebrochene Anziehungskraft des Ideals sozialer Gerechtigkeit ist, so Hayek, nur zu verstehen als ein Appell an niedere kollektivistische Moral und tribalistische Instinkte (Altruismus, Solidarität). Ein solches Ideal ist Auflehnung gegen höhere individualistische und von der kulturellen Evolution hervorgebrachte Moral, nämlich gegen das Privateigentum, die negative Freiheit, die Rechtsgleichheit. Die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit ist demnach ein historischer Rückschritt, ein Anachronismus, der zudem vom Standpunkt eines höheren Zivilisationsstandes amoralisch ist. Gleichheit kann es nur insoweit geben, als die Spielregeln für die Teilnahme am Markt für alle gleich sind, es kann »Übereinstimmung nur im Hinblick auf die Mittel und nicht auf die Ziele« (Hayek 1981/2: 17) geben.

Wenn sich Armut aus Pech beim Spiel am Markt oder aus Ungeschicklichkeit ergibt, und wenn sie nicht aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit beseitigt werden soll, so bleibt für eine Sozialpolitik im Sinne des Neoliberalismus wenig zu tun. An ihrer Stelle befürwortet Hayek eine Art Mindestabsicherung für solche Personen, die »aus verschiedenen Gründen ihren Lebensunterhalt nicht auf dem Markt verdienen können, wie etwa die Kranken, die Alten, die physisch oder geistig Behinderten, die Witwen und Waisen – das heißt alle Leute, die unter ungünstigen Bedingungen leiden, die jeden treffen können, und gegen die die meisten Individuen allein keine adäquaten Vorkehrungen treffen können, aber unter denen eine Gesellschaft, die ein gewisses Wohl-

standsniveau erreicht hat, es sich leisten kann, für alle Sorge zu tragen«. (Hayek 1980/3: 83) Ähnliche Vorstellungen entwickelt Friedman: Der Staat solle »die private Wohlfahrt und die Familie bei der Fürsorge der Unzurechnungsfähigen, seien es Geisteskranke oder Kinder« (Friedman 1976: 59), unterstützen. Er scheint allerdings, mehr als Hayek, vom sogenannten Subsidiaritätsprinzip angetan zu sein. Hilfe ist im Grundsatz eine private Angelegenheit; der Staat unterstützt lediglich diese Bemühungen. Entscheidend ist in jedem Fall, dass eine solche institutionalisierte Armenpflege außerhalb des Marktes, also ohne Korrektur des Marktergebnisses, stattfindet.<sup>40</sup>

Die harsche Kritik an der Idee der sozialen Gerechtigkeit, am Sozialstaat bringt die Neoliberalen nicht, wie angenommen werden könnte, in Widerspruch zum Konzept der »Sozialen Marktwirtschaft«, wie diese von den deutschen Ordoliberalen Müller-Armack, Röpke, Rüstow, Eucken und Böhm entwickelt worden ist. Zwar polemisiert Hayek wiederholt gegen das Attribut »sozial«,<sup>41</sup> übersieht dabei aber, dass dieses Attribut nicht Sozial- oder Wohlfahrtsstaat bedeuten soll, dessen Zweck die *präventive* Daseinsvorsorge für die Bürger ist, sondern allenfalls eine bescheidene Hilfe für diejenigen, die am Markt keinen Erfolg hatten.

So sieht dies auch der ursprüngliche Entwurf der Freiburger Schule vor. »Sozial« ist darin nicht als Kurzformel für staatliche Umverteilungspolitik gemeint. Das Attribut umschreibt vielmehr den Markt als diejenige Institution, die die Gesellschaft zusammenhält: Es ist eine »soziale« im Sinn einer »gesellschaftlichen« Marktwirtschaft, was dann – dies moniert Hayek – stilistisch als Pleonasmus zu kritisieren ist. Angesprochen ist mit »sozial« demnach das Erfordernis des gesellschaftlichen Konsenses auf der Grundlage konservativer Werte (oder »sittlicher Reserven«, wie Röpke dies nennt), damit die Marktwirtschaft reibungslos funktioniert, ein Gedanke also, der mit Hayeks eigenen Ansichten bestens vereinbar ist. Böhms »sozialer Kosmos« (Böhm 1937) beispielsweise ist Hayeks grundlegenderem Konzept der spontanen Ordnung im Kontext der kulturellen Evolution sehr verwandt, und Röpke betont ebenso wie andere Ordoliberale, dass in der Sozialen Marktwirtschaft das wesentliche Kriterium von Staatstätigkeit deren Marktkonformität ist.<sup>42</sup> Insgesamt begnügt sich der Staat damit, die vielfach zitierten Rahmenbedingungen für den Markt

---

<sup>40</sup> Eine solche Minimalabsicherung schließt beispielsweise Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung aus.

<sup>41</sup> Vgl. beispielsweise F. Hayek, Liberalism, in: Hayek 1978, insbesondere Abschnitt 6.2; derselbe 1981/2: 67-70.

<sup>42</sup> Vgl. beispielsweise W. Röpke, Die Gesellschaftskrise der Gegenwart, Erlenbach/Zürich 1948: 258ff.; derselbe, Die Lehre von der Wirtschaft, Wien 1937: 191; sowie Röpkes Opposition gegen den Beveridge-Plan in: Civitas Humanita, Edinburgh 1949: 142f.

und den Wettbewerb zu setzen; seine Ordnungspolitik ist nichts weiter als die Garantie des Privateigentums, des Wettbewerbs und der Vertragsvollstreckung, also die Durchsetzung der allgemeinen Verhaltensregeln. Wie Hayek selbst, so heben auch Röpke, Eucken und andere immer wieder hervor, dass diese »Ordnung der Freiheit« nicht ergebnisorientiert sein kann, also kein konkretes Ziel haben darf. Der Feind ist der »Wirtschaftsstaat« als Lenker der Produktion.

Folglich sehen die Begründer des Ordoliberalismus in ihren Publikationen während des Krieges die kriegswirtschaftliche Planung des faschistischen Staates mit Missbehagen. Für die Zeit nach dem Krieg wünschten sie einen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. (Hierbei scheinen sie zunächst nicht mit einer deutschen Niederlage gerechnet zu haben.) Ein weiteres Thema der Ordoliberalen war, wie mit der Reichsschuld und der Ordnung des Geldwesens nach dem Krieg zu verfahren sei. Erst 1947 formulierte Alfred Müller-Armack in seiner *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft* seine zweideutige Losung von der »Sozialen Marktwirtschaft«. Hayek hat bei seiner Kritik am Attribut »sozial« offensichtlich nicht beachtet, dass die politische Lage nach dem Krieg etwas Opportunismus und semantischen Kompromiss erfordert, um den Kapitalismus zu retten. Grundsätzlich herrscht jedoch in allen wesentlichen Punkten Einigkeit zwischen den Neoliberalen und ihren ideologischen Abkömmlingen, den Ordoliberalen; jüngere Vertreter des Ordoliberalismus treten daher allen Vorstellungen entgegen, die die Soziale Marktwirtschaft als sozialstaatlich interpretieren oder als Forderung nach sozialer Gerechtigkeit. Für sie ist Ordoliberalismus Neoliberalismus.

Die entschiedene Ablehnung sozialpolitischer Eingriffe – sei es zur Korrektur von Einkommensverteilung auf der Grundlage einer allgemeinen Vorstellung sozialer Gerechtigkeit oder sei es zur Armutsbekämpfung – ist ebenso kompatibel mit der Theorie der rationalen Entscheidungen. Obwohl, wie gesehen, die Hayek'sche Große Ordnung (und die Ordoliberalen »Soziale Marktwirtschaft«) auf eine kulturrevolutionäre und antirationalistische Legitimation der Marktgesellschaft zurückgreift, wohingegen die Theorie der rationalen Entscheidungen sich letztendlich auf eine stärker individualistische, genetisch-biologische Grundfigur stützt, stimmen beide darin überein, dass die Marktlogik die beste Garantie für die Überwindung von Benachteiligung und Diskriminierung ist. Harold Demsetz' *Minorities in the Marketplace* (Demsetz 1964/5) ist ein gutes Beispiel für die Argumentationsweise der Anhänger der Theorie der rationalen Entscheidungen in diesem Zusammenhang. Demsetz, ein Kollege und Mitarbeiter von A.A. Alchian, argumentiert hier wie folgt: Es gelten die üblichen Annahmen der Theorie der rationalen Entscheidungen (vgl. weiter oben) – jede Person ist von einer Vielzahl von Begehren motiviert und strebt deshalb eine Vielzahl von Gütern unter Bedingungen der Güterknappheit an, es gilt der Grundsatz der Substitution und des fallenden Grenznutzens, und



schließlich sind verschiedene Präferenzordnungen möglich: Jeder weiß selbst am besten, was für ihn/sie am besten ist. Nehmen wir nun an, dass wir in einem Umfeld leben, in dem Rassismus weit verbreitet ist und zu systematischer Diskriminierung von »Farbigen« auf dem Arbeitsmarkt und in der Abwicklung ihrer alltäglichen Geschäfte führt. Das Kosten-Nutzen-Kalkül, so Demsetz, ist hier die beste Garantie für die Überwindung solcher Diskriminierung: »Schwarze in den Südstaaten, die sich weigern, Busse zu benutzen oder die andere lokale Geschäfte boykottieren, verursachen denjenigen, die Diskriminierung ausüben, hohe Kosten. Ebenso gilt, dass viele Schwarze, die ihre Dienste einem einzigen Arbeitnehmer billiger anbieten (als ihre weißhäutigen Konkurrenten, d.V.), effektiv Bereicherungsanreize auf einen einzelnen Entscheidungsträger konzentrieren. Das folgt aus der relativ kleinen Größe von Unternehmen in diesem Land, vereint mit der relativ hohen Konzentration von Schwarzen in bestimmten geographischen Regionen.« (Demsetz 1964/5: 294)<sup>43</sup> Der Anreiz niedriger Lohnkosten, so die Annahme, wird den Unternehmer letztlich dazu veranlassen, seine rassistischen Vorurteile zumindest bei der Einstellung hintanzustellen. Oder anders ausgedrückt: Er revidiert seine Präferenzordnung. Gesetzgebung oder Sozialpolitik, die die Opfer der Diskriminierung der Möglichkeit beraubt, dieser Strategie zu folgen, hilft nicht den Benachteiligten, sondern perpetuiert Diskriminierung. Im genannten Fall ist eine Gesetzgebung, die beispielsweise Mindestlöhne unabhängig von der Hautfarbe vorschreibt, die Ursache des Übels: »Gesetzliche Mindestlöhne machen es einer benachteiligten Person unmöglich, ihre Dienste billiger als die bevorzugten (gleichermaßen produktiven) Personen anzubieten. Das Angebot eines niedrigeren Lohnes durch, oder die Nachfrage nach einem niedrigeren Lohn für den nicht bevorzugten Bewerber auf einen Arbeitsplatz bietet dem diskriminierenden Arbeitgeber eine materielle Kompensation, die seine Konsumtion von Diskriminierung verringern wird.« (ibid.: 276, Ü.d.V.)<sup>44</sup> Faire Arbeitsbedin-

<sup>43</sup> »Negroes of the southern community who withhold patronage from discriminating bus lines or from other local vendors can force large costs on discriminators. Likewise if many Negroes offer their services at low wages to single firms, they effectively concentrate wealth incentives on a single decision maker. This results from the relatively small size of most enterprises in this country and from the relatively large concentration of Negroes in certain geographic areas.«

<sup>44</sup> »A minimum wage law prevents a non-preferred person from offering his services for a lower wage than is received by his preferred (but equally productive) fellow worker. A lower wage request by, or a lower market wage for, the non-preferred job applicant offers wealth compensation to discriminating employers that will reduce their consumption of discrimination.« Wenn denn überhaupt Gesetzgebung eine Rolle spielen soll, so bestenfalls in Form einer Höchstlohngrenze, die zur Abwanderung einiger bevorzugter (weißer) Arbeitskräfte und zur Einstellung von nicht bevorzugten (farbigen)

gungen, geschweige denn die Anstrengung sozialer Gerechtigkeit durch kollektive oder politische Instanzen, sind daher abzulehnen. Es ist der Markt selbst – das ökonomische Prinzip des Kosten-Nutzen-Kalküls – der effektiv mit Diskriminierung aufräumt, denn »Diskriminierung der Ungebildeten, der Kriminellen und des Pöbels liefert Leuten wirkungsvolle Anreize, Handlungsweisen zu wählen, die von denjenigen, die sie diskriminieren, als wünschenswert empfunden werden.« (ibid.: 270.71). Wie leicht zu ersehen, setzt diese Argumentation voraus, dass unterschiedliche Löhne für gleiche Produktivität nicht Ausdruck von Diskriminierung sind, sondern lediglich der legitime Ausdruck der Geschmäcker und Präferenzen von, in diesem Fall, Arbeitgebern.

**Zur Verteidigung der Neuen Werteordnung den Feind besiegen:  
Die Abschaffung des »Gewerkschaftsmonopols«**

Schließlich fordert Markt und Wettbewerb, ob er nun als Entdeckungsverfahren für Hayeks kulturelle Evolution entscheidend ist oder nur in allgemeiner Form wesentliches Element des Kapitalismus, wegen seiner theoretischen Bedeutung die Auseinandersetzung mit seinem Gegner, dem Monopol. Hierbei wird seitens der Neoliberalen scharf zwischen Monopolen auf dem Gütermarkt und dem Monopol auf dem Arbeitsmarkt, den Gewerkschaften, unterschieden. Diese Unterscheidung ist in zweifacher Hinsicht bedeutend. Zum einen – so das Argument – geht die größere Gefahr für den Wettbewerb von den Gewerkschaften aus. Und zum anderen sind die Gewerkschaften diejenige organisierte Interessengruppe, die sich in besonderem Maß des Staates bemächtigt hat. (Dies ist weiter unten im Rahmen der Theorie der kollektiven Entscheidungen eingehend zu erörtern.)

Hayek redet den Neoliberalen, soweit sie noch schwanken, ins Gewissen: »Während sich die öffentliche Empörung und infolgedessen auch die Gesetzgebung beinahe vollständig gegen die selbstsüchtigen Handlungen einzelner Monopolisten... gerichtet hat..., ist das, was die Marktordnung hauptsächlich zu zerstören droht, gar nicht die selbstsüchtigen Handlungen einzelner Firmen, sondern die Selbstsucht organisierter Gruppen. Diese haben ihre Macht weitgehend durch die Unterstützung gewonnen, die ihnen die Regierung dabei gewährt hat, jene Manifestationen individueller Selbstsucht zu unterdrücken, die ihr Handeln in Schach gehalten hätten. Dass das, was moralisch falsch ist, nicht das Monopol, sondern nur die Verhinderung von Wettbewerb ist..., soll-

---

Arbeitskräften führt: »Wage ceilings designed to fall between the higher market wage received by preferred workers and the lower wage paid to non preferred workers by discriminating employers will cause some preferred workers to leave the labour force and other to seek less demanded employment«. (ibid.: 290/91)

ten sich besonders jene »Neoliberalen« vor Augen halten, die glauben, sie müssten ihre Unparteilichkeit dadurch beweisen, dass sie gegen alle Unternehmensmonopole genauso wettern wie gegen alle Gewerkschaftsmonopole, wobei sie vergessen, dass Unternehmensmonopole häufig das Resultat besserer Leistung sind, während alle Gewerkschaftsmonopole auf der zwangsweisen Unterdrückung des Wettbewerbs beruhen.« (Hayek 1980/3: 124 und 117) Friedman liefert für dasselbe Anliegen – den Beweis der relativen Harmlosigkeit von Unternehmensmonopolen – weitere Argumente: Sie seien im Gegensatz zum Arbeitsmonopol eine begrenzte empirische Erscheinung,<sup>45</sup> private Kartellarrangements seien ohne staatliche Unterstützung gewöhnlich instabil und von kurzer Dauer, und ähnlich wie Hayek argumentiert er, dass die direkte und indirekte Unterstützung seitens des Staates vielleicht die wichtigste Ursache der Monopolbildung sei. (Friedman 1976: 170 und 173)

Damit ist der Zusammenhang von Gewerkschaften und Staat angesprochen. Ihre Bildung ist vom Staat nach neoliberaler Auffassung unterstützt worden; im Gegenzug bemächtigen sich nun die Gewerkschaften als selbstsüchtige, organisierte Gruppe des Staates: Der Staat wird zu ihrem Gefangenen. In der politischen Auseinandersetzung ist dies mit dem Begriff des Gewerkschaftsstaats bezeichnet worden. Man versuchte damit, eine Gegenposition aufzubauen zum Vorwurf, dass die Monopole, die Großwirtschaft – so das Godesberger Programm der SPD – die Macht im Staat usurpiert hätten, oder dass – so das DGB-Grundsatzprogramm von 1963 – der Konzentrationsprozess in der Wirtschaft zum Missbrauch wirtschaftlicher Macht – auch zu politischen Zwecken – führen könne. (In den neueren Programmen findet sich dies nicht mehr, es scheint, dass Hayeks Ermahnungen erfolgreich waren.) Von derselben Feststellung ging bekanntlich die von den kommunistischen Parteien vertretene Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus.

## **6. Der Neoliberalismus und die Gestaltung des öffentlichen Lebens: Von parlamentarischer Demokratie zu politischer Meinungsführerschaft in der Tauschgesellschaft**

Ausgestattet mit einem pessimistischen Menschenbild – der Mensch als zur Demut vor der Großen Ordnung verdammtes, unmündiges, unwissendes Wesen oder als zweckrationales, der Unmittelbarkeit verhaftetes, eigennütziges Monster – und mit der festen Überzeugung, dass Ethik Privatsache ist und

---

<sup>45</sup> Friedmans Belege für diese Behauptung sind bemerkenswert dürftig – eine Untersuchung über Monopole in den USA zwischen 1899 und 1939 aus dem Jahre 1951 und Stiglens »Five Lectures on Economic Problems« aus dem Jahr 1949.

bleiben muss, ist es weiter nicht verwunderlich, dass die neoliberale Diagnose zu Demokratie und Parlamentarismus niederschmetternd ist. Der politische Zweck dieses Defätismus ist klar: Es ist zu zeigen, dass Politik in jeder Beziehung versagt, zumindest aber dem Markt bei der Organisation der Gesellschaft unterlegen ist. Eingeleitet wird der Angriff durch Kenneth Arrow mit der Arbeit *Social choice and individual values*, die 1951 als Arbeitspapier der Cowles Foundation erscheint und nachzuweisen versucht, dass unter bestimmten Voraussetzungen politische Abstimmungsergebnisse widersprüchlich sind. Trifft dies zu, dann sind Wahlen eine unbrauchbare Methode, den tatsächlichen Willen der Mehrheit festzustellen. Folglich wäre der politische Kampf um allgemeine und gleiche Wahlen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts eine recht sinnlose Aktion gewesen. Eine andere Front eröffnet die Theorie der kollektiven Entscheidungen. Wahlen werden als Markt für Politik aufgefasst, so Anthony Downs 1957 in *The economic theory of democracy*, wobei die Wähler die Nachfrager, die Parteien die Anbieter sind. Während Downs noch das Politikangebot als nachfragebestimmt interpretiert, den Wählern also eine entscheidende Bedeutung einräumt, gehen in der Folge besonders Buchanan und Tullock dazu über, diesen politischen Markt als angebotsbestimmt zu verstehen. Allerdings versagt Demokratie in diesem Kontext. Das Versagen der Demokratie (oft synonym mit Staat verwendet) ergibt sich hierbei wahlweise daraus, dass die Bürokratie *ihre eigenen* Ziele, nicht aber ein wie auch immer zu bestimmendes Ziel gesellschaftlicher Wohlfahrt verfolgt – hier wird die öffentliche Verwaltung zum Diktator –, oder dass der Staat eigentlich ohnmächtig ist, sei es, weil er als Großorganisation falsch oder ineffizient handeln muss (aus Mangel an Informationen und damit der Unmöglichkeit, gesellschaftlich zu planen), sei es, weil er von mächtigen Interessengruppen in Beschlag genommen wird, die die Gesellschaft durch den Gebrauch staatlicher Machtmittel ausplündern und damit das Wirtschaftswachstum hemmen. Als Ausweg empfiehlt der Neoliberalismus Privatisierung und Deregulierung.

Diese Kritik an der gegenwärtigen Demokratie, besonders in den Varianten der tyrannischen Bürokratie (insofern des starken, wenngleich missbrauchten Staates) oder des schwachen Staates als Beute von Interessengruppen, die die Verteilung zu ihren Gunsten und zu Lasten des Wachstums manipulieren, beherrscht bekanntlich die gegenwärtige politische Diskussion allgemein. Der neoliberale Gegenvorschlag besteht in zwei Alternativen: zum einen Hayeks Jury-Modell, in dem ein Rat von Weisen die wichtigeren Staatsgeschäfte betreibt, und zum anderen einem Staat, in dem jede Form aktiver staatlicher Lenkung unterbleibt. Hier steuert der gesellschaftliche Prozess sich selbst; er löst sich in eine Vielzahl freiwilliger individueller Tauschakte im Rahmen eines neuen Gesellschaftsvertrages auf. Staatliche Macht existiert dann nur noch, um die Voraussetzungen für diese Tauschakte zu gewährleisten. Bei der Wahr-

nehmung dieser Aufgabe aber muss dieser schlanke Staat äußerst machtvoll sein.

**Die neoliberale Kritik an der modernen parlamentarischen Demokratie:  
Die Sinnlosigkeit von Partizipation und die Dekadenz organisierter  
Interessenvertretung**

Die rigorose und desillusionierende Kritik am Ideal der Demokratie setzt, nachdem in den 1950er Jahren der Kreuzzugsgedanke für die Demokratie langsam abgeklungen ist, in der Nachkriegszeit mit einer scheinbar nüchternen Bestandsaufnahme und Analyse der demokratischen Praxis mit den Arbeiten von Arrow und Downs ein. Downs stellt in seiner ökonomischen Theorie der Demokratie fest, dass der herkömmliche Parlamentarismus nichts weiter ist als ein Markt, auf dem die Parteien Politik anbieten und auf dem die Wähler entsprechend ihren Präferenzen nachfragen. Ziel der Parteien ist es, ihre Stimmen zu maximieren – ebenso, wie ein Unternehmen den Gewinn zu maximieren versucht. Das Wesentliche des Modells ist die analytische Trennung von Wähler und Partei, wobei die Parteien weniger agieren, sondern eher auf Wählerwünsche reagieren, also nicht etwa im Sinne des deutschen Grundgesetzes bei der »politischen Willensbildung des Volkes mitwirken« (Art. 21.1 GG). Diese analytische Trennung unterschlägt den für effektiv funktionsfähige Demokratien entscheidenden Sachverhalt, dass die Wähler als Mitglieder von Parteien die Willensbildung der Parteien (deren innere Ordnung demokratischen Grundsätzen entspricht, Art. 21.1 GG) bestimmen. Dies setzt Grundsatzdiskussionen voraus, deren Zweck nicht darin besteht, von Situationsopportunisten geleitet kurzfristig zu mehr Stimmen zu kommen, sondern vor allem darin, langfristige Alternativen zu entwickeln.

Der Erfolg und die Attraktivität des Ansatzes von Downs und der von ihm begründeten Theorie der kollektiven Entscheidungen erklärt sich sicherlich aus bestimmten Fehlentwicklungen kapitalistischer Demokratien. Indem die Theorie Fehlentwicklungen als vorherrschende Realität und als das Charakteristikum von Demokratien darstellt und nicht als Abweichung von der eigentlichen Norm, trägt sie, ob gewollt oder nicht, zur Auflösung des Zieles »Demokratie« bei. Dies ist auch dann der Fall, wenn Downs selbst zu durchaus optimistischen Schlüssen über die Rolle und Möglichkeiten demokratischer Institutionen auf der Grundlage seines Marktmodells kommt. Denn Optimismus ist nicht angezeigt, wenn die Wähler von den Parteien in der Weise getrennt sind, wie der Käufer vom Produzenten. Die politische Frage besteht ja nicht darin, dass einige erleuchtete Parteiführer (die Anbieter der Ware Politik) einen bunten Strauß von unterschiedlichen Lösungen für Probleme anbieten, die sie selbst benennen, einen Strauß, aus dem dann die isolierten und entpolitisierten Individuen auswählen, sondern dass alle an der Erarbeitung der Politik beteiligt sind und

die vorrangigen Fragen und deren projektierte Lösung bestimmen. Entscheidend ist hierbei nicht, wie viel politischen Verstand jeder mitbringt, sondern wie viel er in diesem Prozess lernt. Dieses dynamische Element der Politisierung und des Lernens vernachlässigt Downs' Theorie und die Theorie der kollektiven Entscheidungen allgemein. Die tatsächlichen Gründe für Fehlentscheidungen in Demokratien werden nicht aufgedeckt; als Lösung wird nicht die Reform, sondern die Beseitigung der Demokratie benannt.

Die Trennung der Wähler von der Erarbeitung politischer Alternativen ist auch Arrows Thema in seinem Beitrag *Social Choice and Individual Values*. Aus logischen Gründen, so Arrow, ist es sehr wahrscheinlich, dass das Wahlergebnis bei Mehrheitsentscheidungen davon abhängt, welche Alternative aus einer gegebenen Menge von erstrebenswerten gesellschaftlichen Zielen zur Abstimmung gestellt wird. Demnach ist es nicht möglich, die jeweiligen individuellen Präferenzen (die Rangfolge des subjektiv veranschlagten Nutzens hinsichtlich bestimmter Wahlmöglichkeiten) zu einer widerspruchsfreien sozialen Wohlfahrtsfunktion (einer Rangordnung erstrebenswerter gesellschaftlicher Ziele) durch Wahlen zusammenzufassen. Wegen dieses Abstimmungsparadoxons müssen herkömmliche demokratische Wahlmethoden als sinnlos eingeschätzt werden.

Dieses, wie Arrow (1951/1963: 2) schreibt, allgemein bekannte Paradoxon – in seiner mathematischen Neuformulierung durch Arrow wird es häufig auch als Unmöglichkeitstheorem bezeichnet<sup>46</sup> – wurde bereits 1785 von Antoine de Condorcet entwickelt.<sup>47</sup> Dies ist deswegen beachtenswert, weil Condorcet, anders als Arrow, das Paradox durch die »instruction des citoyens«, also durch politische Bildung, empirisch bedeutungslos machen will. Ähnlich wie Downs unterstellt Arrow, dass sich der Wähler wie ein Konsument verhält: Bei der Bewertung bestimmter Angebote ist er sich über die Rangfolge des subjektiv veranschlagten Nutzens im Klaren, den die jeweiligen Angebote für ihn haben könnten. Weiterhin bleibt diese Präferenz bei der Abstimmungsprozedur konstant; überdies wird keinerlei Zwang zur Vereinheitlichung der Präferenzen ausgeübt, weder durch ein einzelnes Individuum, das *seine* Präferenzen den anderen aufnötigt, noch durch irgendwelche Sitten, Moral oder religiöse Bindun-

<sup>46</sup> Vgl. Kenneth J. Arrow, An extension of the basic theorems of classical welfare economics, in: J. Neyman (Hrsg.), Proceedings of the second Barkley Symposium on Mathematical, Statistics and Probability, Barkley und Los Angeles 1951.

<sup>47</sup> Antoine de Condorcet, Essai sur l'application de l'analyse à la probabilité des décisions rendues à la pluralité des voix, Paris 1785. Grundlage für Condorcets Arbeit ist wahrscheinlich eine Veröffentlichung von Jean-Charles de Borda, Mémoire sur les élections du scrutin, erschienen 1781 in den »Mémoires sur l'Académie Royale des Sciences«. Hierauf weist Arrow in der 2. Auflage seines *Social Choice and Individual Values* hin.

gen. Das Paradoxon selbst beschreibt folgenden formalen Sachverhalt: Es existieren drei Wähler mit unterschiedlichen Präferenzen.

Wähler 1 zieht das A dem B und dieses dem C vor;

Wähler 2 zieht das C dem A und dieses dem B vor;

Wähler 3 zieht das B dem C und dieses dem A vor.

Steht das Paar AB zur Abstimmung, so gewinnt A (Wähler 1 und 2). Steht das Paar AC zur Abstimmung, erhält C die Mehrheit (Wähler 2 und 3), und geht es schließlich um das Paar BC, so gewinnt B (Wähler 1 und 3). Die politische Bedeutung des Paradoxons liegt in dem Nachweis, dass unter den genannten Bedingungen die Logik individueller Entscheidungen nicht vereinbar ist mit der Logik kollektiver Entscheidungen, die einem demokratischen Staat entspricht. Damit ist ein erster Schritt getan, um die Fragwürdigkeit herkömmlicher Demokratien nachzuweisen. Arrow selbst hält sich bezüglich dieser expliziten Schlussfolgerung zur Brauchbarkeit von demokratischen Wahlen bedeckt. Sein abstrakteres Anliegen richtet sich auf die Implikationen des Unmöglichkeitstheorems für die neoklassische Wohlfahrtsökonomie. Das offensichtliche Problem besteht darin, dass es unter diesen Bedingungen nicht möglich ist, eine Wohlfahrtsfunktion demokratisch zu bestimmen, geschweige denn, einen Punkt auf dieser Funktion zu wählen. Hinzu kommt, dass wenn der demokratische Staat wegen des Paradoxons in Fällen von Marktversagen nicht zu einer widerspruchsfreien Lösung kommen kann, sich die Frage stellt, wodurch die unbrauchbaren Abstimmungsprozeduren zu ersetzen sind. Die Analogie zwischen der Wahl als »Kauf« von gesellschaftlichen Alternativen und den privaten Kaufentscheidungen des Konsumenten ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Denn bei politischen Wahlen kommt das Paradoxon ins Spiel; bei einem üblichen Kaufvertrag dagegen müssen lediglich zwei Wirtschaftssubjekte mit ihren jeweiligen Präferenzen übereinkommen. Für den Neoliberalismus ist dies der Startpunkt, alles Politische in private Einzelverträge auflösen zu wollen (in Kaufverträge) und nur dieses Vertragswesen insgesamt staatlich zu garantieren, wobei diese Garantie einleuchtenderweise nicht Gegenstand von Abstimmungen sein kann. Denn dann würde die Abstimmung über die Alternative, ob eine solche staatliche Garantie sein soll oder nicht, ja ebenfalls Gegenstand des Paradoxons sein. Für Arrow gibt es zwei Lösungen, die aufgrund der Logik einzig gangbar seien, um von individuellen Vorlieben zu sozialen Präferenzen zu kommen: Die Rangordnung der Vorlieben wird entweder von außen auferlegt oder diktatorisch festgesetzt (Arrow 1951/1963: 59).<sup>48</sup> Die individuellen Präferenzen würden dann weitgehend vereinheitlicht.

---

<sup>48</sup> Vgl. dort auch die einschränkenden logischen Bedingungen für diese Aussage und die Erläuterung dieser Bedingungen.

Von außen auferlegte, vereinheitlichte individuelle Präferenzen können erwartet werden von Hayeks »entwickelter Moralität«, beziehungsweise von dem damit verknüpften gesellschaftlichen Konformitätsdruck, der ja zu Hayeks Freiheitsvorstellungen nicht im Widerspruch steht. In der Praxis kann man sich eine solche Ausrichtung der Präferenzen in autoritären Regimes leicht vorstellen, wenn nach einer breit angelegten Kampagne über bestimmte Fragen durch Referenden abgestimmt wird. Wenn überdies unter Beachtung des Paradoxons die zur Abstimmung stehenden Alternativen geschickt ausgewählt werden, sollten die gewünschten Ergebnisse erzielt werden können. Im Sinne des Neoliberalismus bieten sich also die beiden Alternativen an: Entweder sorgt Hayeks »entwickelte Moralität« dafür, dass die individuellen Präferenzen durch äußere, informelle Auflagen zu einer widerspruchsfreien gesellschaftlichen Präferenz zusammengefasst werden können – oder die Freiheit der individuellen Präferenzen bleibt unangetastet und an die Stelle der politischen Wahl tritt der Tauschvertrag zwischen jeweils freien Individuen. Dann wird »die Politik« nicht mehr im Sinne der Anfänge der Theorie der kollektiven Entscheidungen (Downs) als Markt *interpretiert*, sondern der Markt nimmt die Stelle der politischen Institutionen ein.

Allerdings existiert noch eine weitere Möglichkeit, die individuellen Präferenzen zu vereinheitlichen, um aus dem logischen Dilemma des Paradoxons herauszukommen. Condorcet entwickelt nicht nur in seiner 1785 erschienenen Arbeit zu Wahrscheinlichkeitstheorie und Wahlentscheidungen das Paradoxon selbst; als ein überzeugter Befürworter des demokratischen Einheitsstaats geht es ihm überdies darum, mögliche (Verfahrens-)Mängel in einer Demokratie von vornherein zu benennen und zu betonen, so dass diese durch Bildung für alle behoben werden könnten. Zwar spielt auch Arrow mit diesem Gedanken, teils ironisierend, teils pessimistisch, wenn er bemerkt, dass Platons Philosophen (die informierten Experten als Staatslenker) dem Paradoxon entgehen könnten, Demokraten aber einwenden würden, dass alle Menschen von Geburt an einen gleichen Anteil am Wissen hätten und Gottes Kinder seien (Arrow 1951/1963: 86), oder wenn er darauf hinweist, dass »aufgeklärtes Eigeninteresse« zu einer Vereinheitlichung der Präferenzen führen könne, was weitverbreitetes Wissen voraussetze. In unserem pessimistischen Zeitalter sei dies aber ein sehr schwieriges Problem, das man nicht so leicht übergehen könne, wie dies unsere überschwänglichen Vorfahren im letzten Jahrhundert getan hätten (ibid.: 88).

Selbst wenn die ersten Kritiker parlamentarischer Demokratie ihre Arbeiten als ein Produkt wissenschaftlicher Erkenntnis betrachten und sich keineswegs eindeutigen politischen Schlussfolgerungen verschreiben, so ist entscheidend, dass andere dies für sie tun. Arrow ist ein typisches Beispiel: Als einer der Begründer der modernen Allgemeinen Gleichgewichtstheorie ist er ein Vertre-



ter totalitärer Aufklärung im oben beschriebenen Sinn. Als Wissenschaftler erkennt und benennt er die logischen Grenzen dieses Unterfangens. Als liberaler Ökonom und Intellektueller lehnt er neoliberale Wirtschaftspolitik in der Regel zugunsten moderater keynesianischer Alternativen ab, weigert sich jedoch, an der weiteren gesellschaftspolitischen Debatte um Demokratie und allgemeine Wohlfahrt teilzunehmen.<sup>49</sup> Das (und natürlich weitaus wichtiger der von Kalecki benannte Widerstand des »Big Business und der Rentiers« gegen Vollbeschäftigung) erlaubt es, eine begrenzte Kritik – die logische Kritik am Projekt der totalitären Aufklärung – in einen allgemeinen Pessimismus gegenüber der Demokratie umzuformulieren, der sich aus einer Mischung aus Gegenaufklärung und methodologischem Individualismus ergibt. Im Gegensatz zum ursprünglichen Projekt der totalitären Aufklärung sind die Menschen hier zu meist dumm und werden es bleiben, wegen ihrer Individualität und Einzigartigkeit haben sie kaum gemeinsame Interessen, und selbst wenn sie diese haben, sind sie nicht in der Lage, sich hierüber klar zu werden und zu verständigen; ihre Gesellschaftlichkeit erschöpft sich darin, den eigenen, individuellen, subjektiven Nutzen durch Selbstbeschau festzustellen, und diesen durch Tausch zu vergrößern. Würden dagegen die abhängig Beschäftigten als größte Wählergruppe ihre gemeinsamen Interessen feststellen (so das Interesse an Chancengleichheit, am Recht auf Arbeit und an sozialer Absicherung) und sich auf ein gemeinsames Wissen festlegen, das als Mittel dienen könnte, dieses Interesse zu realisieren, so wären mit diesem »aufgeklärten Eigeninteresse« die individuellen Präferenzen dieser gesellschaftlichen Klasse vereinheitlicht. Das Abstimmungsparadoxon würde dann empirisch gegenstandslos, und damit die Zweifel an der prinzipiellen Funktionsfähigkeit von Demokratie. Gegenwärtig allerdings herrscht ein anderer Trend vor: Aufgrund der komplizierter gewordenen Arbeitswelt, so das Argument, sei ein einheitliches Interesse der Arbeiterschaft nicht mehr bestimmbar.

Ein Beispiel für die »Verballhornung« früher Arbeiten im Rahmen der AGT und der Theorie der kollektiven Entscheidungen ist Tullock, der den Gedanken der Informiertheit des Wählers von einer anderen Seite aufgreift. Für ihn ist entscheidend, dass die Wähler indifferent, uninteressiert und folglich ignorant sind und auch nicht bereit, etwas aufzuwenden, um besser informiert zu sein.

---

<sup>49</sup> Eine Ausnahme ist K. Arrow (1994), »Methodological Individualism and Social Knowledge«, *American Economic Review*. Proceedings and Papers, Vol. 84, Nr. 2 (May), S. 1-9. Arrow verteidigt hier eine Form von methodologischem Individualismus, die zugesteht, dass die Spiel- und Verhaltensregeln sozialer Ordnung gesellschaftlichen Ursprungs sein mögen (d.h. nicht eindeutig auf individuelle Handlungen zurückführbar sind), zugleich aber darauf besteht, dass der Gebrauch gesellschaftlichen Wissens zu einem gegebenen Zeitpunkt von individuellem Handeln abhängt.

Niemand habe eine Vorstellung, wie die Kenntnisse des Wählers verbessert werden könnten. Folglich müssten die Entscheidungen der Regierung den Präferenzen dieses schlecht informierten »common man« angepasst werden. Wer diese Volksherrschaft und Demokratie nicht gutheißt, sei ein »Elitist« (Tullock 1987: 1043).<sup>50</sup> Es ist auffällig, wie sich die Frage des Lernens und Wissens als Leitmotiv durch die neoliberale Argumentation zieht: Aus Hayeks Begriff vom Lernen folgt mit einer gewissen Logik die beschränkte Urteilsfähigkeit von Tullocks »common man«. Während sich noch in Downs' Marktmodell der Demokratie die Parteien an den Wählern orientieren, um deren Stimmen zu erhalten (sie werden von der Nachfrage nach Politik geleitet), betont Tullock, dass sich vor allem wegen des Arrowschen Paradoxons die Bürokratie verselbständigt habe, so dass sich die Politik nicht mehr nach der Nachfrage, sondern nach den Vorstellungen der Anbieter (der staatlichen Verwaltung, der Politiker) richte (Tullock 1987: 1031). Die Bürokraten haben, so das Argument, wie jedes Individuum und jede Gruppe ihre eigenen Interessen, was keineswegs bedeuten muss, den Bürgern zu dienen. Die Bürokratie strebt nach mehr Macht; sie sucht ihr Budget und damit die Staatsquote zu erhöhen. Die Folge ist eine Überversorgung mit öffentlichen Gütern. Staatsbürokratien sind folglich nicht Diener, sondern Herren (vgl. Niskanen 1973 und 1971, Tullock 1967 und 1971). Der Neoliberalismus empfiehlt, um die Bürokratie in Schach zu halten, eine härtere Kontrolle durch die politischen Führer. (Offen bleibt, wer *diese* kontrolliert.) Weiterhin wird die Inszenierung von Wettbewerb zwischen öffentlichen Angeboten und privaten Dienstleistungen durch die Möglichkeit der freien Wahl zwischen beiden – besonders im Bereich der Sozialversicherungen – befürwortet (das sogenannte »Contracting Out«) (Tullock 1987: 1043). Im Grundsatz geht es um die Einrichtung, zumindest aber um die Simulation des Marktes durch ein ausgeklügeltes Gutscheinsystem, so Umweltzertifikate, Babyzertifikate zur Steuerung des Bevölkerungswachstums, Bildungszertifikate, die die freie Wahl von Schulen ermöglichen sollen, usw.

Während die Bürokratietheorien nahelegen, den Staat als eine tyrannische Verwaltung zu interpretieren, die unabhängig von jedem öffentlichen Einspruch ihr eigenes Interesse verfolgt, entwickelt der Neoliberalismus an anderer Stelle eine Reihe von Theorien, die den Staat als schwach, weil unterwandert von Interessengruppen, verstehen. Wird das nachgewiesen, so ist damit gleichzeitig festgestellt, dass herkömmliche Demokratien nicht funktionsfähig sein können, sondern nur die Apparatur liefern, die von egoistischen Interessengruppen

---

<sup>50</sup> In einer ersten umfassenden Analyse des Mehrheitsprinzips kommt Tullock des Weiteren zum Schluss, dass Mehrheitsverfahren für eine ineffiziente Überexpansion des öffentlichen Sektors verantwortlich sind: G. Tullock, »Some Problems of Majority Voting«, *Journal of Political Economy* 67, S. 571-579

genutzt wird. Wohl der wichtigste neoliberale Beitrag besonders zur Entstehung und zur Rolle von Interessengruppen in modernen Demokratien stammt von Mancur Olson. In seiner *Logik des kollektiven Handelns* (1968) stellte er dar, dass in einer Welt rationaler, eigeninteressiert handelnder Individuen die spontane Organisation von kollektiven Interessenvertretungen um so wahrscheinlicher ist, je kleiner und homogener die Gruppe der Individuen ist. Dies hat folgenden Grund: Wenn die Gruppe allgemeine Interessen vertritt, so werden viele Personen an den Erfolgen der Gruppe teilhaben wollen, ohne sich selbst als Gruppenmitglied am Aufwand für die Beschaffung der von der Gruppe angestrebten Leistung zu beteiligen. Dies ist besonders dann der Fall, wenn es nicht möglich ist, jemand von der Nutzung der Leistung, die auf Initiative der Gruppe zustande kommt, auszuschließen, und wenn diese Leistung ein allgemeineres Interesse befriedigt. Solche Trittbrettfahrer oder Free-Rider treten dann seltener in Erscheinung beziehungsweise können von der Nutzung ausgeschlossen werden, wenn eine kleine, homogene Gruppe sehr spezielle Interessen vertritt, so dass Leistungen zustande kommen, die für potenzielle Trittbrettfahrer keinen Nutzen haben, oder wenn wegen der Übersichtlichkeit der Gruppe die Finanzierungsanteile leichter entsprechend den jeweiligen Nutzenanteilen festzulegen sind und wegen gegenseitiger Abhängigkeit bessere Möglichkeiten der Kontrolle und des Ausschlusses von der Nutzung gegeben sind.

Große heterogene Interessengruppen wie die Gewerkschaften dagegen könnten sich ohne externe Unterstützung kaum herausbilden oder länger bestehen. Denn sie vertreten allgemeine Interessen und es ist überdies schlecht möglich, Trittbrettfahrer auszuschließen. Gewerkschaften können daher nur Bestand haben, wenn für die Organisation selbst und für die Gruppenmitglieder Vorteile garantiert werden. Dies ist der Fall, wenn die Verfassung Tarifautonomie vorsieht, die Gewerkschaften also der alleinige Verhandlungspartner der Unternehmen sind, wenn bei »closed shop«-Regelungen Gewerkschaftsmitglieder bei der Arbeitssuche im Vorteil sind, wenn nur sie Anrecht auf die Zahlung des Tariflohnes haben und wenn grundsätzlich die Gewerkschaften im Rahmen von korporatistischen politischen Strukturen (konzertierte Aktionen, Kanzlerunden, in Österreich insbesondere das Kammernsystem) an der Politik beteiligt werden. Dies ist die Grundlage für Hayeks – unter ausdrücklicher Bezugnahme auf Olson formulierte – Kritik an den Gewerkschaften als einer vom Staat de facto geschaffenen und in ihrer Bedeutung geförderten übermächtigen Massenorganisation, die ihre Überlegenheit zur Wettbewerbsbeschränkung auf dem Arbeitsmarkt nutzt. Würde der Staat dagegen nicht die Existenz von Interessengruppen absichern (faktisch ist das Zusammenspiel von sozialdemokratischen Regierungen und Gewerkschaften gemeint), so könnten in der Regel nur kleine Interessengruppen entstehen. Diese wären nicht in der Lage, den Staat

in Beschlag zu nehmen. Privilegiert der Staat dagegen Interessengruppen, so ermöglicht er die Herausbildung und den Bestand von Großgruppen und verschafft diesen einen systematischen Vorteil.

In *Aufstieg und Niedergang der Nationen* (1991) entwickelt Olson seine Logik des kollektiven Handelns zu einer Theorie der »institutionellen Sklerosis« entwickelter Demokratien weiter, die in vielem mit Hayeks Vorstellungen übereinstimmt, dass der Wohlfahrtsstaat durch falsche Anreize die Gesellschaft lähmt und damit Wirtschaftswachstum verhindert. Um dies zu zeigen, interpretiert Olson in einer etwas umständlichen Argumentation Wirtschaftswachstum als öffentliches Gut, von dessen Genuss niemand ausgeschlossen werden kann. Folglich ergibt sich das Problem des Trittbrettfahrers, der zwar am Wachstum teilhaben, aber nichts dazu beisteuern möchte. Es fehlt, anders als in der kleinen Interessengruppe, die Möglichkeit, den Nutzenanteil am kollektiven Gut Wachstum mit dem jeweiligen Beitrag hierzu einigermaßen in Einklang zu bringen. Vielmehr schließen sich »Trittbrettfahrer« zu distributiven Koalitionen zusammen, deren Zweck darin besteht, für sich möglichst viel vom Ergebnis des Wirtschaftswachstums abzuzweigen, ohne hierzu etwas beizutragen. Haupterscheinungsform solcher »distributiver Koalitionen« sind die Gewerkschaften. In einem stabilen Umfeld, in dem die Freiheit der Organisation garantiert ist, in besonderen Fällen sogar staatlich unterstützt wird, ist die Gesellschaft in besonders starkem Maß von distributiven Koalitionen »befallen«. Demokratien sind daher langfristig Wachstumsverlangsamungen und Inflation ausgesetzt. Denn wenn eine Verteilung zugunsten des Konsums durchgesetzt wird, verbleibt, dies ist im Sinne Olsons erklärend hinzuzufügen, zu wenig für die Investitionen, und mehr noch, die Verteilungsansprüche übersteigen die Produktionsmöglichkeiten, so dass die Preise steigen.

Olsons Lehre vom Befall entwickelter Demokratien durch »institutionelle Sklerosis« ist bei näherem Hinsehen nichts weiter als der Versuch nachzuweisen, dass wirtschaftliche Stagnation die Folge des Wohlfahrtsstaates ist. Zweck ist, die keynesianische Position zu widerlegen, eine Einkommenspolitik zugunsten des Massenkonsums steigere das Wirtschaftswachstum. Der Gegenbeweis wird nun nicht mehr im Kontext der üblichen ökonomischen Theorien geführt, so Preis-, Geld- oder Investitionstheorie. Vielmehr gelingt es durch Ausdehnung des Geltungsbereiches von Wirtschaftstheorie auf traditionell außerökonomische Gegenstände (Interessengruppen, Institutionen), eine schlechte Wirtschaftsentwicklung mit der Deformation von Institutionen zu erklären. Mit diesem Methodenimperialismus hofft die neoliberale Theorie, aus folgendem Dilemma herauszukommen: In der Periode, in der tatsächlich Einkommenspolitik betrieben worden ist, konnte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auf einem zufriedenstellenden Niveau gehalten werden, so dass sich hieraus kein Argument für Wachstumsschwäche ergibt. Folglich muss das Argument gegen

den Wohlfahrtsstaat aus den Folgewirkungen hergeleitet werden, die sich aus den institutionellen Veränderungen im Rahmen des Wohlfahrtsstaates, eben der Sklerosis, ergeben hätten: kurzfristig zwar mehr Nachfrage, langfristig aber Deformation, so dass das Gesamtsystem zum Wachstum nicht mehr fähig ist. Deshalb sind, so die implizite Forderung, die hemmenden Institutionen zu beseitigen, das heißt diejenigen Institutionen, die sich als Trittbrettfahrer am Ergebnis des Wachstums beteiligen. Kleine homogene Gruppen ohne solche Trittbrettfahrer können dagegen, der Logik Olsons folgend, beibehalten werden. Und das sind all jene, die durch Investitionen, wenigstens aber durch nicht überteuerte Arbeit, zum Wachstum beitragen und gemäß ihrem jeweiligen Beitrag am Nutzen des Wachstums beteiligt werden können.

Gründe für ein verlangsamtes Wirtschaftswachstum werden von der neoliberalen Theorie ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der Rentensuche (des sogenannten *rent-seeking*) zusammengetragen. Hier wird weniger das Gruppeninteresse betont, sondern aus dem Rationalverhalten der Individuen geschlossen, dass diese bemüht sind, staatliche Zahlungen ohne wirtschaftliche Gegenleistungen zu erhalten.<sup>51</sup> Der Versuch, Renten zu erzielen, ist vom Standpunkt des Individuums rational und auch so lange produktiv vom Standpunkt der Gesellschaft, als ein Unternehmen durch technische Innovation Renten in Form von Extra-Gewinnen realisiert, deren zeitliche Dauer aber von einem funktionierenden Wettbewerb wegen nachfolgender allgemeiner Kosten- und Preisensenkung beschränkt wird. Solche Renten sind eine Entlohnung für innovative Tätigkeit. Problematisch dagegen ist, wenn der Staat künstlich Renten schafft. Der Prototyp ist die Vergabe von Ein- oder Ausfuhrlicenzen vornehmlich in Entwicklungsländer; in den entwickelten Industrieländern handelt es sich um Subventionen und Fördergelder, um die staatlich geförderte Bildung privater Monopole sowie um bestimmte Praktiken staatlicher Auftragsvergabe. Es ist nicht willkürlich im Sinne der *rent-seeking*-Theorie, diese Liste auf soziale Leistungen auszudehnen. In allen diesen Fällen sind die Ressourcen, die die privaten Wirtschaftssubjekte darauf verwenden, Zugang zu diesen Renten zu erhalten, vom Standpunkt der Gesellschaft verschwendet, weil sie nicht der Produktion und dem Wachstum dienen, also keine neuen Ressourcen schaffen, sondern lediglich eine Umgruppierung (Reallokation) von existierenden Ressourcen bewirken und damit deren Beitrag zum Wirtschaftswachstum ausschließen.

Dieser *rent-seeking*-Ansatz ist eingebettet in eine sehr umfangreiche Staatsversagens-Literatur. Sie ist aus der Theorie der kollektiven Entscheidungen her-

---

<sup>51</sup> Das Konzept des »*rent-seeking*« wird ursprünglich in der Handelstheorie angewendet, wo es zur Kritik protektionistischer Maßnahmen von Ländern der Dritten Welt entwickelt wurde (vgl. z.B. Krueger 1974).

vorgegangen und fasst im Grundsatz alle Ablehnung und allen Widerwillen gegen den modernen demokratischen Staat zusammen. Ebenso wie die Theorie der kollektiven Entscheidungen richtet sich die Staatsversagens-Theorie gegen die Vorstellung des Staates als neutralem Verwalter des Gesamtinteresses, wie er von neoklassischer – und mit Abstrichen – auch von keynesianischer Wirtschaftstheorie verstanden wird. Ihr Ansatz ist jedoch abstrakter: Im Mittelpunkt stehen nicht so sehr (wie bei der Theorie der kollektiven Entscheidungen) detaillierte Analysen von politischen Entscheidungsmechanismen und Verhaltensweisen in modernen Demokratien, sondern die negativen Wirkungen von Staatseingriffen in den Markt überhaupt.

Ausgangspunkt ist der Begriff des Marktversagens und damit die übliche neoklassische Rechtfertigung für Staatsintervention. Hauptanliegen ist der Nachweis, dass Staatsversagen problematischer ist als Marktversagen, das daher als das kleinere Übel, als die »second best solution«, zu akzeptieren ist. Zu nennen sind hier unter anderem die Theorie des Staates als autonomer Nutzenmaximierer (»Predator«-Theorie), die Theorie des Staates als Gefangener von Interessengruppen (»Regulatory capture«-Theorie der Chicagoer Schule) sowie vor allem die bereits genannte »Rent-seeking«-Literatur.<sup>52</sup> Im Rahmen dieses Gesamtansatzes wird das Staatsversagen unter zwei unterschiedlichen Aspekten untersucht. Es geht zum einen um die Frage, ob denn der Staat in seinen Entscheidungen neutral sein könne gegenüber den Interessen der Mitglieder der Gesellschaft, und zum anderen darum, dass kein Staat uneingeschränkt handlungsfähig ist.<sup>53</sup> Die Beurteilung des Staates unter dem Neutralitätsaspekt steht der Theorie der kollektiven Entscheidungen am nächsten. Hier versagt der Staat entweder wegen institutioneller Autonomie, die es ihm ermöglicht, tyrannisch oder als Monopolist unabhängig von den Interessen seiner Untertanen zu handeln, oder er versagt, weil eine gesellschaftliche Interessengruppe ihn vereinnahmt hat. Der Staat ist folglich nicht in der Lage, das »reine Staatsinteresse« zu formulieren und zur Geltung zu bringen. Unter dem Aspekt der eingeschränkten Handlungsfähigkeit des Staates (die theoretische Position des »Staatsversagens« im engeren Sinn) wird grundsätzlich die Fä-

---

<sup>52</sup> Wörtlich: Das Streben nach (unproduktivem) Renteneinkommen im Gegensatz zu (produktivem) Profiteinkommen. Renten sind »der Teil der Entgeltung, die der Besitzer von Ressourcen über das hinaus erhält, was er mit jedem alternativen Einsatz dieser Ressourcen erzielen könnte«. (Buchanan, J. und G. Tullock, 1980: 3)

<sup>53</sup> Für das erste Argument vgl. R. Findlay, *New Political Economy*, in: *Economics and Politics*, No. 2/1990, C.D. North, *Structure and Change in Economic History*, New York 1981, sowie T. Eggertson, *Economic Behaviour and Institutions*, Cambridge, England, 1990. Für das zweite Argument S. Peltzman, *Toward a More General Theory of Regulation*, in: *Journal of Law Economics* 19 (1976), sowie G. Stigler, *The Citizen and the State*, Chicago 1975.

higkeit eines jeden Staates in Zweifel gezogen, seine wie auch immer hervorgebrachten Ziele zu erreichen. Für diese Theorie werden in der Hauptsache zwei Begründungen angeführt: das »Informations-Argument« und das »Rent-seeking-Argument«. Unter den Sammelbegriff des »Informationsarguments« fallen alle diejenigen Ansätze, die eine ineffiziente Informationsvermittlung beziehungsweise Mängel bei der Planbarkeit von Abläufen und deren Ergebnissen als den zentralen Nachteil politischer Institutionen gegenüber dem Markt benennen. In diese Richtung argumentiert Hayeks österreichische Schule, insbesondere aber Stiglitz' Theorie der informationellen Asymmetrie (Stiglitz 1996). Angewandt auf die politische Sphäre ist diese Asymmetrie zwischen politischen Führungspersonen und bürokratischer Mittelschicht gegeben sowie zwischen Staat und politischen Zielgruppen (z.B. Stiglitz 1987). Oder mit anderen Worten: Die jeweilig mit Macht ausgestatteten und handelnden Gruppen verfügen über unterschiedliche Teilmengen der insgesamt abstrakt vorhandenen Informationen, die politisch nicht zu koordinieren sind und folglich Fehlentscheidungen auslösen. Erfolgreiche Rentensuche der Privaten durchkreuzt ebenfalls die eigentlichen Staatsziele und verhindert ihre Realisierung. Die Folge ist auch hier, ebenso wie bei staatlichen Entscheidungen auf der Basis unzureichender Information, die Vergeudung von Ressourcen.

Soweit die Staatsversagensliteratur den Staat unter dem Aspekt der Neutralität analysiert, können die dort entwickelten Argumente erklären, warum Neoliberalismus nicht die offene Diktatur als endgültige Staatsform proklamiert. Es ist keineswegs sichergestellt, dass ein solcher Staat letztendlich die Interessen der Unternehmerschaft, der Leistungselite und des Marktes vertritt. Der vom Neoliberalismus als Endziel projektierte Staat nimmt es sich nicht vor, die Summe der konkreten, einzelnen Interessen etwa der Unternehmerschaft durchzusetzen; er ist vielmehr ein Staat, der nur die Regeln sicherstellt, die Rahmenbedingungen, die es der Unternehmerschaft ermöglichen, ihre konkreten Vorhaben ungehindert zu verfolgen. Denn zu groß ist die Gefahr, dass der Staat, einmal mit uneingeschränkter Macht ausgestattet, sich von seinem kapitalistischen Zweck entfernt und dass die Personen, die eigentlich ausgewählt waren, Politik im Interesse der Unternehmerschaft zu betreiben, nun ihre eigenen Interessen formulieren und durchsetzen. Der Staat verfügt also im Sinne der Staatsversagens-Literatur über zu viele Machtmittel, die von einem tyrannischen Staat missbraucht, aufgrund unzureichender Information falsch genutzt oder von Interessengruppen usurpiert werden. Dies äußert sich im Lobbyismus und in der Inflexibilität des politischen Systems, in Bürokratismus und einem aufgeblähten öffentlichen Sektor. Aus diesem Grund sind die Machtmittel des Staates zu reduzieren und umzuformen; sie sollen für Einzelmaßnahmen unbrauchbar sein. Die zulässige Menge und, ebenso wichtig, die Qualität der staatlichen Macht leitet sich dann einzig aus dem Erfordernis ab, die *allgemeinen* Voraussetzun-

gen für den Kapitalismus sicherzustellen. Dies ist der schlanke Staat; er versagt nicht mehr.

Zu den gleichen Schlüssen lässt sich kommen, wenn das Staatsversagen mit einer eingeschränkten Handlungsfähigkeit des Staates begründet wird. Denn wenn mangelnde und asymmetrische Information oder aber erfolgreiche Rentensuche der Privaten zu staatlichen Entscheidungen führen, die den Wirtschaftsablauf schädigen, ist es besser, der Staat ist vor diesen Fehlern geschützt, indem er die Macht zu diesen Entscheidungen gar nicht erst innehat. Allerdings gilt es zu beachten, dass dies die Zielvorstellung von Staatsmacht und öffentlichem Bewegungsraum beschreibt: Auf dem Weg vom Wohlfahrts- oder Entwicklungsstaat zum schlanken neoliberalen Staat kann ein autoritärer Staat durchaus erforderlich sein zur Beseitigung von Interessengruppen und Institutionen, die sich im Entwicklungsstaat oder im Wohlfahrtsstaat herausgebildet haben: Der Weg Chiles von Allendes Entwicklungsstaat zu Pinochets Diktatur und schließlich zu einem neoliberalen Staat ist hierfür ein Beispiel. Pinochets Bemerkung, dass Demokratie zwar gut sei, gelegentlich aber in Blut gewaschen werden müsse, ist die angemessene Metapher. Das Engagement von Friedmans Chicago-Schule in den beiden letzten Etappen der chilenischen Entwicklung ist ein Hinweis darauf, dass der Neoliberalismus zu einer gewaltsamen Bereinigung von – wie er sie wahrnimmt – Fehlentwicklung kein distanziertes Verhältnis hat.

### **Die neoliberalen Gegenvorschläge: Der Rat der Weisen oder die neue Unübersichtlichkeit der feilschenden Gesellschaft**

Die neoliberale Literatur beschränkt sich jedoch nicht nur darauf, in einer Vielzahl von konkreten Bereichen Privatisierung und Deregulierung als Einzelkorrekturen zu empfehlen, um so staatliche Machtmittel und Intervention zu beschränken. Vielmehr sollen positive Modelle zur Gestaltung des öffentlichen Lebens die Grundsätze der neuen Ordnung festlegen. Hayeks Rat der Weisen – sein Jury-Modell – und Buchanans Gesellschaftsvertrag sind hierbei die bedeutendsten Entwürfe. In beiden Entwürfen besteht der einzige Zweck des Staates darin, die Regeln eines kapitalistischen Wirtschaftssystems zu gewährleisten.

Da für Hayek auf die herkömmlichen Parlamente bei dieser Aufgabe kein Verlass ist, ist diesen eine neue gesetzgebende Versammlung, eine Art Jury oder Rat der Weisen, vorzulagern. Besonders die Steuern und damit den Staatsanteil am Volkseinkommen legt diese Versammlung im Rahmen der Durchsetzung der »allgemeinen Verhaltensregeln« fest. Denn: »Die Übereinstimmung einer Mehrheit darüber, wie der Gewinn aus der Beraubung einer widersprechenden Minderheit zu verteilen ist, kann kaum einen Anspruch auf moralische Gutheißung des Vorgehens machen... Übereinstimmung über die Teilung



der Beute, die eine Mehrheit durch die Überwältigung einer Minderheit gewonnen hat, oder darüber, wie viel letzterer weggenommen werden soll, ist nicht Demokratie...« (Hayek 1980/3: 137) Die von Hayek in seiner Verfassungsreform vorgegebene gesetzgebende Versammlung soll aus Bürgern im Alter zwischen 45 und 60 Jahren bestehen, »die die Probleme in längerer Sicht betrachten und nicht von den schwankenden Moden und Leidenschaften einer wandelbaren Masse abhängig sind.« (Hayek 1977: 14) Die Mitglieder dieses »Rates der Weisen« werden auf 15 Jahre gewählt, wobei jedes Jahr ein Fünftel ausgetauscht wird. Das passive Wahlrecht ist auf die über 45jährigen beschränkt. Alleinige Aufgabe dieser Versammlung ist es, »herrschende Meinung« oder Wertedenken – diese im Gegensatz zum Begriff des Mehrheitswillens – in allgemeinen und anwendbaren Regeln auszudrücken. In dieser verfassungsrechtlichen Konstruktion ist das autoritäre Element von Hayeks Neoliberalismus auf den Punkt gebracht: Recht und Moral werden vom Staat nicht nur als Produkt der »kulturellen Evolution« verwaltet, sondern dem Zugriff der »wandelbaren Masse« aktiv entzogen, um einer Charakterelite überantwortet zu werden.

Buchanans institutionelle Alternative (im Kontext der Theorie der Constitutional Economics) geht die Frage des Aufbaus der politischen Sphäre im neoliberalen Staat auf der Grundlage eines umfassenden Tauschparadigmas an, das einer vertragstheoretischen Logik folgt. Die Grundlage seiner Überlegungen lässt sich am einfachsten an seinem hypothetischen Gesellschaftsvertrag (Buchanan 1975) illustrieren. Ausgangspunkt ist eine Situation ohne Staat. Das persönliche Eigentum wird hier nur von den jeweiligen Individuen privat geschützt. Es kann durch Raub vergrößert werden. Folglich werden erhebliche wirtschaftliche Ressourcen für Angriff (Raub) und Verteidigung aufgewendet. Je nach Ausstattung mit ökonomischen Ressourcen ergibt sich nun eine Art Gleichgewicht, in dem der Umfang des Raubes und die Angriffs- und Verteidigungsaufwendungen bestimmt sind. Wie Friedman und Nozick, fragt Buchanan in seinem Ansatz nicht danach, woher diese Ausstattung kommt, warum sie mit Sicherheit auf die einzelnen Individuen ungleich verteilt ist, und dass dies zu erheblichen Asymmetrien beim Aufwand für Angriff und Verteidigung und beim Umfang des Raubes führen muss.

Aus dieser Quasi-Gleichgewichtslage heraus können alle Beteiligten (auch die Beraubten) zum Schluss kommen, dass es für sie wirtschaftlich vorteilhaft ist, das, was ihnen geraubt wird, freiwillig herzugeben, beziehungsweise auf Raub zu verzichten, wenn das, was sie bis dahin üblicherweise raubten, ihnen nun ohne Aufwand für den Angriff übereignet wird. Der wirtschaftliche Vorteil für beide Seiten besteht darin, dass die einen die Verteidigungs-, die anderen die Angriffsaufwendungen einsparen. Eine solche Übereinkunft aber kann nur eingegangen werden, wenn eine hinreichend mächtige Instanz für beide Seiten

garantieren kann, dass die Angriffe eingestellt werden und die nun freiwilligen Abgaben auch tatsächlich erfolgen. Eine solche Instanz ist der Staat, dessen Machtausübung wegen der so erreichbaren Einsparungen von allen gebilligt wird. Umfang und Zweck der Staatsmacht sind im Rahmen dieses Gesellschaftsvertrages definiert und legitimiert. Unter dem Schutz dieses Gesellschaftsvertrages findet nun anhaltend der Tausch von Eigentumstiteln statt (hierunter auch Arbeit gegen Lohn usw.). Ziel dieser Tauschoperation ist, auf der Grundlage der vorhandenen Ausstattung und der gegebenen Eigentumsverhältnisse den individuellen Nutzen zu maximieren.

Das Konstrukt eines solchen Gesellschaftsvertrages hat beachtenswerte ideologische Vorteile. Denn damit wird, so Buchanan, ein Paradigma abgelöst, »das die Aufmerksamkeit von individuellem Verhalten in Tauschvorgängen auf eine angeblich objektivierbare alloкатive Norm lenkt, die konzeptionell unabhängig von individuellem Wahlverhalten bleibt« (Buchanan 1978: 25, Ü.d.V.). Bei dieser alloкатiven Norm (der Neoklassik) handelt es sich um die Vorstellung, die Tauschvorgänge am Markt würden schließlich die Produktionsfaktoren so anordnen, dass der Output bei gegebener Ausstattung seinen höchsten Wert annehmen kann. Ist aber die Erfüllung dieser alloкатiven Norm nicht das Ziel der Tauschvorgänge, wird sie abgelöst. So kann nicht mehr nach der Effizienz gefragt werden: Tonnen-Output und beschäftigte Arbeitsstunden sind kein Kriterium mehr zur Beurteilung der Nützlichkeit des Gesamtarrangements. Materielle Wohlfahrt ist demnach nicht das Ziel. Im Sinne Buchanans verkörpert das Tauschparadigma nun die wahre Idee des Marktes, weil es den freien Austausch durch die Individuen zur Verbesserung ihres Nutzens als eigenständigen oder obersten Wert anerkennt und den freien Tausch nicht an der *externen* Norm der Effizienz misst. Effizienz kann demnach nur noch der *Tauschvorgang* selbst sein, dem die Übereinstimmung aller zugrunde liegt und der reibungslos den Tausch zur individuellen Nutzenmaximierung ermöglicht. Eine verfassungsrechtliche oder institutionelle Regelung ist danach als »besser« oder »effizienter« zu betrachten, je wahrscheinlicher sie als Ausdruck eines solchen gedachten gesellschaftlichen Konsenses verstanden werden kann; sie ist desto »schlechter« oder »ineffizienter«, je weniger dies der Fall ist. Das Idealeergebnis solcher Reformen ist ein pareto-optimaler Staat. Dies bedeutet: Jeder kann, verglichen mit dem vorangegangenen Zustand dazugewinnen, aber niemand wird schlechter gestellt. Die politischen Institutionen sind dann potenziell effizient, wenn die Politik analog zum Marktprozess niemanden zwingt und das Ergebnis von Politik niemanden schädigt. Verteilungspolitik ist ein Beispiel für eine solche Schädigung. Damit ist traditionelle Politik dem Markt unterlegen. Gerade deshalb sollte, so Buchanan, unser Bestreben darauf gerichtet sein, das, was der Markt mühelos und sozusagen natürlich erreicht, in der politischen Sphäre bewusst einzusetzen: »Die Herausforderung an uns besteht dar-

in, eine politische Ordnung zu konstruieren oder zu rekonstruieren, die das eigennützige Verhalten der Beteiligten in einer Weise auf das Gemeinwohl ausrichtet, die der von Adam Smith für die ökonomische Ordnung beschriebenen möglichst nahe kommt.« (Buchanan 1978: 17, Ü.d.V.)

Buchanan diskutiert seine Idee einer »konstitutionellen Revolution« (Buchanan 1986: 297 und 1975: 235f.) direkt gegen Hayeks Theorie der »kulturellen Evolution«, der er sich ausdrücklich anschließt als einer Theorie über die Entstehung des allgemeinen moralischen Werterahmens der kapitalistischen Gesellschaft. Das Ergebnis dieses Prozesses ist damit aber im Sinne Buchanans weder »gut« noch »schlecht«. Er kritisiert Hayek daher für dessen »evolutionären Optimismus«, wenn es um die normative Bewertung dessen geht, was als Recht oder Verfassung aus dem von »kultureller Evolution« hervorgebrachten Material gefiltert worden ist (Buchanan 1978: 31 und 80).<sup>54</sup> Zwar kann, so Buchanan, die Entstehung einer gesellschaftlichen Ordnung im Sinne Hayeks ausreichend erklärt werden, aus dem Ergebnis der Entwicklung kann jedoch nicht zugleich der Beurteilungsmaßstab für dessen »Erwünschtheit« hergeleitet werden. (»Gut« ist ein Ergebnis nicht deswegen, weil es in der Evolution hervorgebracht worden ist.) Zu Recht stellt Buchanan fest, dass es mit Hayeks eigenem Vertrauen in die »kulturelle Evolution« nicht weit her ist, wenn er eine Modellverfassung mit dem »Rat der Weisen« an der Spitze vorsieht, was letztlich eine externe Beurteilung der Ergebnisse der Evolution bedeutet und dem Verdacht Vorschub leisten kann, eine konstruktivistische Elite (die Hayek stets verdammt) gebe die Richtung der Entwicklung vor. Wo der Ausgang der »kulturellen Evolution« unantastbar ist, stellt sich immerhin die Frage, wieso der Wohlfahrtsstaat nicht ebenfalls als ein solch evolutionäres Resultat aufgefasst werden kann. Hayeks Vorstellung von der Legislative als einer elitären Versammlung ehrenwerter Bürger bedeutet Buchanan zufolge, dass es eine absolut wahre Moral, ein absolut gutes Recht gibt, an das die Gesellschaft sich annähern muss und kann, wobei die Obhut darüber in den Händen einiger weniger auserwählter Bürger liegt. Ein solches Jury-Modell lehnt Buchanan als Gegenbild seines »Marktmodells« ab. Denn das Marktmodell erkennt als einzigen Zweck an, dass dem Wahlverhalten der Individuen oder Konsumenten zu jedem Zeitpunkt ungehindert Ausdruck verliehen wird. Buchanan argumentiert richtig, dass sein Verfassungsvorschlag damit der wesentlich konsequenterer Ausdruck von Prozessorientierung ist, die ja auch im Gegensatz zur Ergebnisorientierung das wesentliche Prinzip von Hayeks Theorie der »kulturellen Evolution« ist.

---

<sup>54</sup> Vgl. auch V. Vanberg, *Liberaler Evolutionismus und vertragstheoretischer Konstitutionalismus?*, Tübingen 1981.

Diese unterschiedlichen Positionen lassen sich an der Einschätzung des Wohlfahrtsstaates durch beide Autoren verdeutlichen. Für Hayek ist der Wohlfahrtsstaat (als Vorstufe zum Sozialismus) der Inbegriff allen Übels, ein Monster der Vernunft, von dessen Demontage das Überleben der Menschheit abhängt. Herausgebildet hat er sich, weil die kulturelle Evolution in die falschen Bahnen gelenkt worden ist. Der Rat der Weisen muss die Entwicklung daher in andere Bahnen lenken, um zu den erwünschten Ergebnissen zu kommen. Buchanan hingegen nimmt eine entspanntere Haltung ein. Für ihn ist der »unersättliche Leviathan« weniger das Resultat eines geplanten Attentats auf die Menschheit, sondern eher das unbeabsichtigte Ergebnis eines pragmatischen Prozesses von Korrekturen und Gegenkorrekturen, ein typisches Beispiel für das Wirken des Gefangenendilemmas: Niemand hat ihn gewollt und doch ist er entstanden. (Buchanan 1975: 296) Es muss ihm jedoch ein Ende bereitet werden. Folglich benötigt Buchanan weniger einen Rat der Weisen als personifizierte Tugendwächter; für ihn ist vielmehr wichtig, dass das Tauschparadigma vorherrschend wird, so dass es weder Korrekturen noch Gegenkorrekturen im Sinne etwa des Spiels organisierter Interessen geben kann. Der Weg zu diesem Paradigma allerdings bedeutet eine grundlegende Korrektur der gegebenen Verhältnisse.

Für den Zusammenhang von Staat, Wirtschaft und Verfassung ist Buchanans Gesellschaftsvertrag wohl der Höhepunkt neoliberaler Theoriebildung. Alles Bedeutende der neuen Ordnung ist darin zusammengefasst: Hayeks Evolutionstheorie, seine entwickelte Moralität als Grundlage des allgemeinen Konsenses, alle Bedenken gegenüber der Staatsmacht, wie sie von der Public-Choice- und der Staatsversagensliteratur formuliert worden sind, kurz die Ablehnung des traditionell Politischen. Sicherlich ist Buchanans Entwurf nicht *purement et simplement* zu verwirklichen; die Gesellschaft muss sich ihm als Ideal annähern. Tut sie dies, dann unterbleibt die kollektive Artikulation gemeinsamer Interessen; äußern kann sich nur noch derjenige Wille, der in einem privaten, zweiseitigen Vertragsabschluss zu erfüllen ist.

Abschließend ist ein Rückgriff auf die bereits diskutierte Neue Institutionelle Ökonomie in diesem Zusammenhang von Interesse. Indem sie die Entstehung von Institutionen als eine kontinuierliche Folge freiwilliger Vertragsakte begreift, kann sie in gewisser Weise als eine Weiterführung des Ansatzes von Buchanan verstanden werden mit der Einschränkung, dass die Organisation der politisch-institutionellen Sphäre nach dem Tauschprinzip nicht als Ziel eines gesellschaftlichen Reformprojektes verstanden wird, sondern als eine höchst brauchbare Modellannahme für die Analyse bestimmter institutioneller Zusammenhänge. Das Ziel, zu dessen Klärung Buchanans Modell beiträgt, wird durch institutionellen Wandel (durch Geschichte) erreicht.

Als eine Art Geschichtstheorie steht die Neue Institutionelle Ökonomie für eine Neuinterpretation von umfangreichen Phasen der sozialökonomischen

Geschichte (so die Sklaverei und deren Ende in den USA, die Periode des Eisenbahnbaus usw.). Erste Beiträge zu dieser Theorie (so von Demsetz und Alchian) befassen sich mit der Besiedlung Nordamerikas durch die Europäer und stellen hierbei heraus, dass der europäische Erfolg durch überlegene Eigentumsrechte begründet ist. Die Institution des Privateigentums macht die Überlegenheit bestimmter Zivilisationen in der Wirtschaftsentwicklung aus. Dies weiter nachzuweisen, ist das Anliegen einer Reihe vergleichender Analysen des Wachstums- und Effizienzeffekts unterschiedlicher Institutionen.<sup>55</sup> Diese Analysen bewerten private Eigentumsverhältnisse zumeist positiv und kritisieren kollektive Organisation als ineffizient.

Die reinste Ausformulierung der Theorie der Eigentumsrechte in diesem Sinn findet sich wiederum bei Demsetz (1988).<sup>56</sup> Die wesentliche Funktion von Eigentumsrechten ist die, dass sie individuelle Erwartungen stabilisieren, weil Eigentumsrechte eine Aussage darüber enthalten, wer welchen Personen entweder schaden oder nützen darf. Je besser Eigentumsrechte definiert sind, desto mehr Nutzenkalkulationen können angestellt werden und desto größer ist der Spielraum für Effizienzsteigerungen. Demsetz geht hier von dem üblichen Grundsatz orthodoxer ökonomischer Theorie aus, demzufolge die Welt, in der wir leben, eine Welt der Knappheit (von Ressourcen) ist. Dies zwingt zur Entscheidung zwischen Alternativen, die von Effizienzüberlegungen dominiert werden. Die Einführung des Effizienzkriteriums als Entscheidungsgrundlage für die Einführung und Etablierung von Eigentumsrechten (anstelle beispielsweise des Kriteriums der aus einer bestimmten Verteilung von Rechtstiteln resultierenden Einkommensverteilung) ist bedingt durch die Existenz von Transaktionskosten. In der Abwesenheit solcher Transaktionskosten würde eine bestimmte Verteilung von Rechtstiteln das ökonomische Produktionsergebnis unbeeinflusst lassen (obwohl dieses unterschiedlich verteilt sein könnte), da in diesem Fall die betroffenen Parteien solange über Produktionsmengen verhandeln könnten, bis eine optimale Nutzung von Ressourcen erreicht ist. Ausreichend hohe Transaktionskosten machen solche Verhandlungen jedoch unmöglich, so dass der mit einer einmal festgelegten Verteilung von Rechtstiteln einhergehende Output-Mix nicht in Richtung auf ein Optimum hin revidiert wer-

---

<sup>55</sup> Vgl. beispielsweise R. Congleton, *Competitive Process, Competitive Waste and Institutions*, in: J. Buchanan/G. Tullock 1980 zum Vergleich von Diktatur und repräsentativen Demokratien sowie W.P. Rogerson (1982), *The Social Costs of Monopoly and Regulation: A Game Theoretic Analysis*, in: *Bell Journal of Economics* 13 zum Vergleich politischer Institutionen mit begrenztem und mit offenem Zugang gesellschaftlicher Gruppen zu staatlichen Renten. Siehe ebenfalls North 1990, S. 112-114.

<sup>56</sup> Vgl. auch A. Alchian, *Uncertainty, Evolution and Economic Theory*, *Journal of Political Economy* 58/3 (1950).

den kann. Unterschiedliche Verteilungen von Eigentumstiteln bedingen daher unterschiedliche Produktionsergebnisse und damit die Erfordernis, zwischen diesen zu wählen. Dies wiederum legt es nahe, derjenigen Partei das gewünschte Eigentumsrecht zuzugestehen, die es am höchsten (in Form eines Preises für das Recht) wertet, da dann die (nur hypothetisch vorgesehene) Kompensation der Verlierer (die weniger für ihre Eigentumsrechte geboten haben) niedriger ausfällt und so ein höherer Gesamtnutzen realisiert wird.

*Privates Eigentumsrecht* ist, Demsetz zufolge, aus zwei Gründen eine historisch überlegene Eigentumsform: Erstens wird privates Eigentumsrecht dieser Funktion besser gerecht als Kollektiveigentum – es ermöglicht eine effizientere Nutzung von Ressourcen. Die Argumente, die für diese Überlegenheit von Privat- über Gemeinbesitz angeführt werden, sind nicht neu: In einer Situation, in der die direkte individuelle Zustimmung zu Veränderungen nicht immer eingeholt werden kann, stellen private Eigentumsverhältnisse in Form der Bereitschaft, für etwas zu zahlen, einen relativ genauen Indikator für die mit einem Ressourcetransfer verbundenen subjektiven Gewinne und Verluste dar, und damit eine Grundlage für (effizienzgerechte) Entscheidungen über die Verteilung von Ressourcen. Sie eignen sich besser als demokratische politische Verfahrensregelungen zur Handhabung von Konflikten, weil Kosten in einem System privater Eigentumsverhältnisse auf der Freiwilligkeit zu zahlen beruhen und deshalb eher toleriert werden: Wenn eine benachbarte Fabrik die Luft verschmutzt und Löcher in meine Wäsche frisst, kann ich ein privates Eigentumsrecht an frischer Luft erwerben. Indem ich bereit bin, eine gewisse Summe dafür aufzubringen, den Fabrikeigentümer von seiner Luftverschmutzung abzuhalten und ihn für die Anschaffung umweltfreundlicher Technologie zu bezahlen, signalisiere ich, dass mir frische Luft wichtig ist. Die Luft gehört von nun an mir – der Fabrikeigentümer hat nicht mehr das Recht, sie zu verschmutzen und muss Wege finden, sie sauber zu halten. Wenn ich nicht bereit bin, für die Sauberhaltung »meiner« Luft zu zahlen, so signalisiert das, dass ich keinen gesteigerten Wert auf frische Luft lege. Weiterhin erlauben private Eigentumsrechte eine effiziente Nutzung volkswirtschaftlicher Ressourcen, weil sie dem Individuum den Gewinnanreiz aus der Nutzung seines Eigentums bieten und ihm gleichzeitig Verluste aufbürden. Dies spart erstens Kosten, die aus der Beaufsichtigung und Kontrolle von potenziell weniger motivierten Mitgliedern eines Kollektivs entstünden, und belastet zweitens gesellschaftliche Instanzen nicht mit der Kompensation von Verlierern. Diese Vorteile sind umso bedeutender, je größer eine Gesellschaft (je schwieriger also die Kontrolle ihrer einzelnen Mitglieder und je notwendiger der Rückgriff auf Eigeninteresse als Handlungsanreiz), je knapper die Ressourcen, je niedriger der Informationsgrad über den Wert von Gütern und Dienstleistungen, und je vielfältiger der Gebrauch von Ressourcen ist.

Zum anderen haben private Eigentumsrechte sich deshalb als historisch überlegene Eigentumsform herausgebildet, weil sie der genetischen Grundausstattung der Menschen entsprechen: Wie bereits gesehen, sind die Menschen von der biologischen Evolution hervorgebrachte eigennützige Wesen, die altruistischem Verhalten (außerhalb der Familie) nicht zugänglich sind. Sie sind das selbstsüchtige Produkt des Wettbewerbs ums Überleben unter Knappheitsbedingungen. So schreibt Demsetz: »Ich glaube nicht, dass es wirklich möglich ist, eine bestimmte Struktur von Eigentumsrechten unter Berufung auf ein behauptetes übergeordnetes Interesse an Freiheit, Gleichheit oder Reichtum oder ›natürliches Eigentumsrecht‹ zu verteidigen. Lexikographische Unterscheidungen versagen im Angesicht von Knappheit.« (Demsetz 1988: 265, Ü.d.V.)<sup>57</sup>

Die Implikationen solcher vergleichenden Analyse sind weitreichend: Die Analyse stützt kulturellen Elitismus und Chauvinismus. Es sind die grundlegenden Elemente westlich-kapitalistischer Produktionsweise, die als effizient und überlegen dargestellt werden. Demgegenüber erscheinen Wachstumsprobleme beispielsweise von Entwicklungsländern als Ausdruck unterlegener, ineffizienter Eigentumsrechte, die wiederum letztlich die Folge mangelnder Rationalität und Informiertheit der Bevölkerung sind (ihrer Unfähigkeit, Transaktionskosten zu minimieren), oder aber ihrer biologisch-evolutionären Rückständigkeit: Anders ausgedrückt: Unterentwicklung ist eine Frage von Inkompetenz und Rückständigkeit – und sonst nichts. Diese Ergebnisse der Neuen Institutionellen Ökonomie sind ideologisch sehr brauchbar. Hier lehren uns die Geschichte und der Vergleich bestimmter Entwicklungsniveaus, wie stolz wir auf unseren Kapitalismus sein können, wie überlegen wir dadurch geworden sind und wie sehr uns dieser, auch wenn wir uns gegenwärtig in der Lebenshaltung einschränken müssen, doch den vergleichsweise höheren Lebensstandard sichert. Die Treue zu einem Kapitalismus, der von Staatsintervention und einer schleichenden Veränderung der Eigentumsrechte durch Reformismus bereinigt ist, ist die beste Versicherung gegen den Abstieg auf das Niveau der Entwicklungsländer.

Damit ist das Reformprogramm des Neoliberalismus komplett: An die Stelle der logischen »Reinheit« des geschlossenen Systems der AGT tritt das allumfassende Wirrwarr des Marktplatzes, in dem feilschende Strategen, ausgestattet mit unvollständigen Informationen, spontan aufeinandertreffen, um Güterproduktion, Eigentumsrechte und Einkommensströme auszuhandeln. An die

---

<sup>57</sup> »I do not believe that it is possible to defend effectively a particular property rights structure by appealing to some supposed overriding concern for freedom, for equality, or for wealth, or for ›original ownership‹. Lexicographic orderings crumble in the face of scarcity.«

Stelle der öffentlichen Sphäre als Ort bewusster kollektiver Entscheidungsfindung tritt das Dickicht dezentralisierter Institutionen. An die Stelle der zwingenden Bewegungslogik der Weltmaschine tritt der ebenso unübersichtliche evolutionäre Prozess, eine Art mythische Naturkraft, die zufällige Ordnung schafft, nicht reibungslose Perfektion. In dieser spontanen Ordnung muss es weiterhin Armut und materielle Ungleichheit (innerhalb und zwischen verschiedenen Regionen und Nationen) geben. In dieser »neuen Welt« herrscht, wie Bourdieu richtig erkennt, das Primat der Ökonomie über die Politik. Es ist jedoch nicht das Primat von Logik über Realität, sondern das des Unbewussten über das Bewusste, der Unwissenheit, der Demut und des Eigennutzes über die Vernunft, den Mut und die Sympathie.



# Teil 3

## Die politische Operationalisierung des Neoliberalismus

### 1. Gegenauflklärung statt Wohlstand der Nationen

Bei der Auseinandersetzung zwischen Reformismus und Neoliberalismus geht es objektiv um die Frage, ob der Zweck der Produktion, des technischen Fortschritts, des Wachstums der Arbeitsproduktivität die Vermehrung der allgemeinen Wohlfahrt sein soll oder ob der Wirtschaftsprozess nur daran zu messen ist, inwieweit er prozedurale Gerechtigkeit und negative Freiheit verwirklicht. (Bekanntlich vertritt der Neoliberalismus die Auffassung, dass es ein politisches, exogen gesetztes Wohlfahrtsziel aus Gründen der Freiheit der Individuen am Markt nicht geben dürfe: Reformistische Verteilungspolitik ist ein Eingriff in die Eigentumsrechte, sie beschränkt die Freiheit.)<sup>1</sup> Wann dennoch vermehrte Wohlfahrt das Ergebnis ist, lässt sich aus den Etappen der kapitalistischen Entwicklung herleiten: Für den Kapitalismus ist der Zweck der Produktion die Erzielung von Profit, die Verwertung von Kapital. Die Deckung von Bedarf folgt im Rahmen dieses Zieles aus dem Erfordernis, die Produktion zu verkaufen, also den in den Waren enthaltenen Überschuss zu realisieren. Im Kontext seines Produktionszieles hat der einzelne Unternehmer unmittelbare Einwirkungsmöglichkeiten nur bei der Maximierung des Überschusses je Stück, des Weiteren bei seinem Marktanteil; den Umfang des Marktes insgesamt, das heißt die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit das Produktions- und Gewinnvolumen, kann er nicht bestimmen. Folglich erzeugt das System zuverlässig

---

<sup>1</sup> Dass dies nicht nur wirklichkeitsfernes, theoretisches Raisonement ist, belegt ein Zitat aus dem Parteiprogramm der CDU von 1978: »Dem Bekenntnis zur Demokratie als Organisationsform des Staates entspricht das Bekenntnis zum Markt als Organisationsform der Wirtschaft.« (Ziffer 67) Dies garantiere Freiheit, die nicht gegen ein höheres Wirtschaftswachstum eingetauscht werden könne. Denn: »Wir würden für die Soziale Marktwirtschaft auch dann eintreten, wenn sie weniger materiellen Wohlstand hervorbrächte als andere Systeme.« (Ziffer 69) Angesprochen ist damit auch, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft eine ideologische Ausformung des Neoliberalismus ist.

Anreize zur Verbesserung der Produktionstechnik, der Arbeitsproduktivität, der Qualität des Warengabotes; es ist in der Lage, die Entwicklung der Produktivkraft voranzutreiben. Für eine lange Etappe löst der Zwang zur Verbesserung der Produktivkraft ein sehr dynamisches Wachstum der Nachfrage nach Realkapital aus. Die Industrie wächst und gleichfalls die Beschäftigung in diesem Sektor. Auch wenn die Lebensumstände der Arbeiterschaft zunächst desolat sind, es besteht einiges Recht zu erwarten, dass die überaus billig hergestellten Industrieprodukte den Lebensstandard der Arbeiterschaft verbessern. Adam Smith jedenfalls war dieser Auffassung. Allerdings: dass dies tatsächlich hat eintreten können, ist nicht kapitalistischen Prinzipien zu verdanken, sondern politischen Bewegungen, die dem Kapitalismus reserviert, nicht selten feindlich gegenüberstehen. Gemeint ist die Arbeiterbewegung mit ihren Erfolgen bei der Durchsetzung der Koalitionsfreiheit, des allgemeinen Wahlrechtes, bei der Gesetzgebung, den Tarifverträgen. Hierbei ist der materielle Rahmen sicherlich durch die kapitalistische Entwicklung der Produktivkraft vergrößert worden. Aber diese materielle Voraussetzung allein hat die Wohlfahrtsfrage nicht lösen können. Der Reformismus mit dem Ziel des Wohlfahrtsstaates ist die politisch am meisten organisierte, moderne Ausprägung dieser entgegengesetzten Kraft, die sich die Anpassung der Produktionsverhältnisse an den Entwicklungsstand der Produktivkräfte zur Aufgabe gemacht hat. Die materielle, produktionstechnische Voraussetzung für sein Entstehen war, dass die Bedarfsdeckung (die zahlungsfähige Nachfrage) bei weitem das unterschritten hatte, was angesichts des Entwicklungsstandes der Produktivkraft möglich war. Die politische Voraussetzung war, dass ungenutzte wirtschaftliche Hilfsmittel, wie Keynes dies formuliert hat, als öffentlicher Skandal empfunden wurden, dass sich der politische Wille formiert hat, dieser Unvernunft ein Ende zu setzen.<sup>2</sup>

Der Reformismus lässt sich – dies auch unter dem Aspekt des Widerspruches zwischen Produktivkraft und Produktionsverhältnis – als Versuch verstehen, die Aufklärung fortzuführen. Die Befreiung von Traditionen, Institutionen, Konventionen und Normen, die nicht vernunftgemäß begründet werden können – und die angesichts der objektiven Möglichkeiten dem Glück der Menschen insofern entgegenstehen, als sie ihre Selbstverwirklichung durch Befreiung von materieller Not verhindern – sind Attribute, mit denen sich die Ziele

---

<sup>2</sup> Damit ist erneut an das Ausmaß und die Qualität der Bedarfsdeckung zu erinnern: Der Wohlfahrtsstaat als Reformierung der Produktionsverhältnisse ist eine autonome Quelle von Wohlstand – dies im Gegensatz zu Offe oder Habermas (1984/1992: 115, 122). Er veranlasst mehr Produktion. Überdies wird der kollektive, der öffentliche Konsum akzentuiert. Eine schrankenlose, die Umwelt schädigende Ausdehnung der materiellen Produktion ist folglich nicht seine Voraussetzung.

des Reformismus zutreffend charakterisieren lassen. Er ist ein Unternehmen, das den Willen zur Selbstbestimmung, zur Beendigung von Entfremdung, zur gesellschaftlichen Partizipation voraussetzt und anzielt und das damit mit den gegebenen Machtverhältnissen in Konflikt geraten muss. Hiergegen muss sich der Kapitalismus zu Wehr setzen. Er begegnet dem mit der Ideologie des neuen, des Neoliberalismus. Dieser Liberalismus muss neu oder anders sein, weil er Smith' Versprechen vom Wohlstand der Nationen nicht ohne politisches Zutun einer eigentlich gegnerischen Kraft, die ihn gefährdet, einlösen kann. Diese Ideologie begründet im Kontext der überkommenen konservativen Tradition ein modernes Projekt der Gegenaufklärung. Die Aufklärung, die Moderne soll zur Disposition gestellt werden, damit sie nicht »vollendet« werden kann, sie soll bei einem Kapitalismus stehen bleiben, der, wenngleich Ergebnis der Aufklärung, die Beschränkung kapitalistischer Macht und damit die Umrisse seiner Überwindung nicht hinnimmt. Condorcets Erwartung etwa soll nicht erfüllt werden, wonach »Künste und Wissenschaften nicht nur die Kontrolle der Naturkräfte befördern könnten, sondern auch die Welt- und Selbsteutung, den moralischen Fortschritt, die Gerechtigkeit der gesellschaftlichen Institutionen, sogar das Glück der Menschen«. Das Projekt der Moderne soll verloren gegeben werden, indem »die kognitiven Potentiale, soweit sie nicht in technischen Fortschritt, ökonomisches Wachstum und rationale Verwaltung einfließen, so eingedämmt (...) (werden), dass eine auf erblindete Traditionen verwiesene Lebenspraxis nur ja unberührt bleibt.« (Habermas 1992: 42) Die Neoliberalen setzten sich entschieden für eine Eindämmung der kognitiven Potenziale ein. An Hayeks Appell in seinem »Weg zur Knechtschaft« ist erneut zu erinnern, nämlich, sich aus Gründen »demütiger Ehrfurcht, die die Religion oder auch nur die Achtung vor den Lehren der Nationalökonomie einflößt«, Kräften zu »unterwerfen«, »deren Wirkungen wir nicht im einzelnen verfolgen können« (Hayek 1944/1991: 254), oder an seine Forderung nach einem »antirationalistischen Individualismus«, nach einer Haltung der »Demut vor den unpersönlichen und anonymen sozialen Prozessen (...), durch welche die einzelnen mit-helfen, Dinge zu schaffen, die größer sind, als sie selbst wissen.« (Hayek 1948: 25)

Wenn Unterwerfung und Demut den Anspruch auf Selbstbestimmung ablösen sollen, wenn das Vorhaben, die Produktivkraft für Freiheit zu nutzen, aufzugeben ist und die Forderung nach der Einlösung der materiellen Seite des Glücksversprechens der Moderne nicht mehr gestellt werden darf, dann muss dieser Verzicht legitimiert werden, was bedeutet, die Rechtfertigung des Kapitalismus, das Treueverhältnis zu ihm, auf eine andere Grundlage zu stellen. Dies führt zu Widersprüchen. Denn dem Kapitalismus ist es als rationalistischer Zivilisation gelungen, den technischen Fortschritt und die Produktivkraftentwicklung voranzutreiben. Aber dieser Rationalismus schließt ein, alles und

jedes nach seiner Nützlichkeit zu beurteilen. Damit setzt sich der Kapitalismus als Gesellschaftsordnung insgesamt dieser Beurteilung aus. Kann er tatsächlich nützlich sein, wenn er weniger Bedarf deckt, als seine Produktionstechnik objektiv erlaubt? Wird diese Frage verneint und ist der Kapitalismus nicht die segensreiche Ordnung, die zu Wohlfahrt führt, dann kann die Treue zu ihm nur begründet werden durch etwas, das nicht nach der Nützlichkeit im genannten Sinn fragt. Dann wäre ein Schutz der kapitalistischen Ordnung durch außerkapitalistische Mächte oder ein außer-rationales Treueverhältnis gegenüber dem Kapitalismus (Schumpeter 1993: 232) notwendig. Wenn aber die Kapitalisten vom allgemeinen Nutzen ihrer Sache überzeugt sein sollen, dann darf es nur ein kapitalistisches Treueverhältnis sein. Aus diesem Dilemma lässt sich herauskommen, wenn behauptet wird, dies wahlweise oder vermischt, dass die restlose Verwirklichung des Kapitalismus verhindert werde, dass es unlösbare Informationsfragen, Transaktionskosten und Ähnliches mehr gebe oder dass der Kapitalismus kein Wohlfahrtsziel haben könne. Der erste Ausweg lässt sich aus der gängigen Lehrbuch-Neoklassik herleiten, so der Hinweis auf administrierte Preise und Löhne, die beiden anderen Auswege erarbeitet, wie gesagt, die Theoriebildung, die die allgemeine Gleichgewichtstheorie ablöst.

In jedem Falle aber erscheint es vorteilhaft, lästiges Fragen zu verhindern, indem die kognitiven Potenziale noch sorgfältiger auf das begrenzt werden, was dem Kapitalismus als spezielles Wissen nützlich ist. Hier ist an die Reformierung der Schulen, der Universitäten, des Bildungswesens insgesamt zu erinnern. Damit läuft alles darauf hinaus, die Produktivkraft mit großer Anstengung weiter zu entwickeln, die Frage nach ihrer vernünftigen Nutzung aber am besten gar nicht zu stellen oder, wenn dies nicht ganz vermieden werden kann, sich im Dickicht – diesmal nicht der Algebra der Neoklassik – sondern der neoliberalen Metaphysik zu verkriechen.

Der Schutz der kapitalistischen Ordnung macht offenbar umfassende Veränderungen nötig. Es müssen all die politischen Einrichtungen und Bewegungen denunziert und auch materiell unbrauchbar gemacht werden, die traditionell Fragen dieser Art aufgenommen und zur Wirkung gebracht haben. Der Denunzierung dienen all jene neoliberalen Theorien, die Staats- und Demokratieversagen behaupten, regulierte Arbeitsmärkte beklagen und soziale Bewegungen verdächtigen. Damit ist nicht behauptet, dass die Praxis der Demokratien keine Kritik verdiente, wie es überhaupt mit dem Anrufen der Demokratie nicht getan ist, solange sie nicht als Partizipation verstanden wird, aber um bessere Demokratie und mehr Partizipation geht es dem Neoliberalismus nicht.

## **2. Die Vorlage für den neoliberalen Zwangsstaat: Hayeks entwickelte Moralität oder Buchanans Gesellschaftsvertrag**

Wie im Teil 2 gezeigt, entwickelt der Neoliberalismus als positives Modell des Staates zwei Varianten, die beide nicht auf Freiheit, sondern auf Zwang hinauslaufen. Ihr Ziel ist, zu entpolitisieren, damit – um den Gedanken nochmals aufzugreifen – die Moderne unvollendet gelassen wird, die Herrschaftsverhältnisse auf einem bestimmten Stand bleiben. Im Bereich von Politik und Staat erfordert diese Absicherung mehr als die Konservierung der gegebenen Verhältnisse: Die Partizipation als ein dynamisches, gefährdendes Moment ist zurückzuentwickeln. Die Vorlage hierfür sind die beiden genannten Varianten der Organisation des öffentlichen Lebens. Zweierlei wird zur Wahl gestellt: Entweder die Herrschaft einer Elite und Moralität oder ein neuer Gesellschaftsvertrag, der in seiner Logik zu Ende gedacht auf die Beseitigung des Staates hinausläuft. Die eine Variante hat kollektivistische Züge, auch wenn dies eigentlich dem Neoliberalismus fremd ist; sie setzt nicht wenig auf die zivilgesellschaftliche Internalisierung von Zwang. Die andere Variante gründet auf extremen Subjektivismus und Individualismus. Aber auch sie läuft auf Zwang hinaus, weil der Geltungsbereich des Gesellschaftsvertrages all jene nicht einbezieht, die vom Tausch ausgeschlossen sind. Beide Richtungen (in der Praxis der Propagandarbeit durchkreuzen sie sich oft) sind nicht einzig als Theorie verkleidete Ideologie, um ein neues Bewusstsein zu bilden: Sie enthalten praktische Anweisungen. Sie beschreiben die materiellen Vorkehrungen, die getroffen werden müssen, um der Ideologiebildung voranzuhelfen. Dies bedeutet beispielsweise, dass es mehr öffentlichen, mehr staatlichen moralischen Druck gibt. Der »aktivierende Sozialstaat«, der zu Sauberkeit, Fleiß und Ehrlichkeit aufruft, ist hierfür eine gute Illustration, auch wenn er aus dem Repertoire des dritten Weges stammt. Maßnahmen, die Arbeitslose zu unterbezahlten personenbezogenen Dienstleistungen zwingen, gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang. Nicht weniger vielfältig sind die Beispiele für den Versuch, sich einer reinen Tauschgesellschaft möglichst anzunähern. So ist es zunehmend Praxis, das Verhältnis zwischen Hochschulen und Staat nicht mehr durch Gesetze zu ordnen, sondern durch Verträge zwischen den öffentlichen Körperschaften, die nach Form und Inhalt Kaufverträgen entsprechen (Forschung und Lehre sind Produkte, die Studierenden Kunden). Die sozialen Dienste betreuen nicht mehr Personen, sondern fertigen Kunden ab; die Systeme werden wie Unternehmen ökonomisiert.

All diese praktischen Vorkehrungen machen erneut das ambivalente Verhältnis des Kapitalismus zum Staat deutlich: Soll er sich des Staates bedienen (die Herrschaft einer Elite oder Moralität) oder soll der Staat Bestandteil eines umfassenden Tauschschemas sein? Er ist dann entweder ein (gegebenenfalls

historisch begründeter) Gegenpol und Partner des Kapitalismus, der »Wirtschaft«, oder er ist als Tauschobjekt Gegenstand eines Gesellschaftsvertrages. In beiden Fällen aber, dies darf nicht vergessen werden, ist sein Zweck, die kapitalistische Ordnung zu schützen. Dieser Schutz impliziert Zwang. Für unsere Argumentation ist hierbei entscheidend, dass der Zwang aus der Logik beider Varianten mit Notwendigkeit folgt.

Solange die Bourgeoisie beanspruchen konnte, eine universelle Klasse zu sein, hatte sie einiges Recht, sich mit ihrer Losung des »Laissez-nous faire« gegen den absolutistischen Staat zu richten. Der Kapitalismus wollte, nachdem der absolutistische Staat zu seiner Herausbildung maßgeblich beigetragen hatte, »frei« sein – ohne staatliche Einrede und Aufsicht. Ein Grund hierfür mag auch in der sozialen Psyche des Kapitalismus als historischem Parvenü zu suchen sein, der seine Herkunft verdunkeln möchte, aber bedeutender ist gewiss, dass der Staat nicht vollständig unter Kontrolle gebracht werden kann, dass er stets – welche gesellschaftlichen Kräfte auch immer ihn regieren – zur Selbständigkeit, zum Hereinregieren in den Kapitalismus neigt. Er ist politisches und ökonomisches Subjekt. Damit kann politische Macht den Kapitalismus gefährden, besonders eine partizipative Demokratie. Der Staat ist – logisch, nicht aber historisch – ein Fremdkörper. Seine Entscheidungen sind kollektiv, bewusst auf das Ganze gerichtet; sie zielen an, die Entwicklung insgesamt zu gestalten. Für den Kapitalismus dagegen gilt ein anderer Steuerungsgrundsatz, nämlich die individuelle Entscheidung, die ein anonymer Wettbewerbsmechanismus auf dem Markt zu einem Ganzen koordiniert. Mit der Existenz des Staates ist das Gesellschaftliche nicht allein auf den Tausch, den Markt, den Wettbewerb reduziert. Andererseits aber, und das macht die Ambivalenz aus, braucht der Kapitalismus den Staat, weil seine Steuerungsgrundsätze allein nicht hinreichen, um ihn funktionstüchtig zu erhalten. Eine außermarktliche Instanz, der Staat, ist nötig, nicht nur als »last enforcer«, um Privateigentum und Tausch mit all ihren Voraussetzungen zu gewährleisten, sondern auch, weil der Kapitalismus in vielen Bereichen seiner Reproduktion ohne den planenden und regulierenden Staat auch im Sinne seines Zieles der Kapitalverwertung nicht zu den bestmöglichen Ergebnissen käme. (Gemeint sind Gebrauchswertbereiche, von denen später noch die Rede sein wird.)

Die Idee des Gegenpols entspricht Schumpeters historischen Vorstellungen von der Monarchie als Partner der kapitalistischen Schicht. Sie ist ein »aus nicht bürgerlichem Material gefertigter Rahmen«, der »als Strebpfeiler des Kapitalismus dient, um seinen Einsturz zu verhindern«. (Schumpeter 1993: 225f.) Aber folgt man Keynes' Reformismus, dann muss es nicht zwingend die Monarchie sein. Die Demokratie, auch wenn sie auf Partizipation der Bevölkerung aus ist, kann an ihre Stelle treten. Dies ist bereits im Zusammenhang mit Keynes' Strategie zur Rettung des Kapitalismus angesprochen worden. Aber

es ist, wenn der Einsturz akut droht, ebenso gut möglich, dass der Kapitalismus auf eine faschistische Bewegung setzt, wenn denn schon die Bourgeoisie, so Schumpeter, einen Herrn braucht. Walter Eucken (der nachmalige Theoretiker der Sozialen Marktwirtschaft) und Carl Schmitt (er war während des deutschen Faschismus zunächst ein sehr anerkannter Staatsrechtler) – Eucken (1932: 305) bezieht sich positiv auf ihn – sprechen vom Grundsatz her dieselbe Frage wie Schumpeter an. Für Schmitt und Eucken ist allerdings die Demokratie für die Rolle des Partners, und erst recht für die des Herren, ungeeignet. Was in der parlamentarischen Demokratie fehle, sei der Gegenpol zur Volksvertretung. Diese hätte nicht mehr einen »starken monarchistischen Beamtenstaat als Partner des Verfassungspaktes vor sich.« (Schmitt 1932/1969: 78f.) Damit würden, so Schmitt weiter, Gesellschaft und Staat identisch, der Staat werde Interventionsstaat, »totaler Staat«.<sup>3</sup> Für diese Entwicklung macht Eucken »die Massen« (Eucken 1932: 334) verantwortlich. Hayeks Einwurf eines »Rates der Weisen« (Hayek 1977: 14) zielt in eine ähnliche Richtung, auch wenn Hayek deutlich Position gegen Schmitt wegen dessen Verbindung mit dem deutschen Faschismus bezieht. Der Staat nimmt in Hayeks Entwurf die Rolle eines Gegenpols zum Kapitalismus ein. Der Rat der Weisen ist dem Parlament übergeordnet. (Dieser Rat ist zwar aus bürgerlichem, aber deswegen nicht aus kapitalistischem Material gefertigt. Sind es historische Reminiszenzen, die Hayek nach einem Ersatz für Schmitts »monarchistischen Beamtenstaat« oder für Schumpeters Monarchie als »Partner der kapitalistischen Schicht« suchen lassen?) Aber auf diesen Rat allein setzt Hayek nicht. Er betont überdies (Hayek 1988: 70) die Notwendigkeit einer »entwickelten Moralität« der Gesellschaft, um den Staat als Hüter der Moral, der Zustimmung zum Kapitalismus möglichst aus der Frontlinie der Verteidigung des Kapitalismus zurücknehmen zu können. Andere Appelle Hayeks gehen in dieselbe Richtung. Dem allfälligen Aufbegehren gegen die für viele etwas raue Wirklichkeit des Kapitalismus wird die Forderung nach Demut entgegengesetzt, nach der Respektierung des erreichten Standes der Evolution. Wie erinnerlich, ist vom »Missbrauch der Vernunft« die Rede und davon, dass wahrer Individualismus antirationalistisch

---

<sup>3</sup> Der totale Staat ist also im Verständnis der Zeitgenossen der Interventionsstaat etwa der Weimarer Republik. Wenn Keynes sagt, dass dieser seinen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik am nächsten komme, dann nicht, weil er mit dem Faschismus als »totalem Staat« geliebäugelt hätte. Die Geschichte des Begriffs »totaler Staat« ist offenbar nicht restlos klar. Folglich wird Keynes' Vorwort zur deutschen Ausgabe der Allgemeinen Theorie nicht selten missinterpretiert. Keynes schreibt hier: »Trotzdem kann die Theorie der Produktion als Ganzes, die den Zweck des folgenden Buches bildet, viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepasst werden als die Theorie der Erzeugung und Verteilung einer gegebenen, unter Bedingungen des freien Wettbewerbs und eines großen Maßes von laissez-faire erstellten Produktion.« (Keynes 1955: XI)

sei. (Hayek 1948: 25) Eine ähnliche Institution wie Hayeks Rat der Weisen findet sich bei Röpke. In seiner *Civitas Humana* entwickelt er die Vorstellung von einem Staat, in dem eine geistige Elite – Röpke bezeichnet sie als intellektuelle Schicht (Röpke 1949: 210), dann später durchgehend als *cleres* (222ff.) – bei den Regierungsgeschäften und der Überwachung der Moralität den Ton angibt. All diese Vorstellungen gehen von der Notwendigkeit einer Instanz aus, die das besorgt, was Markt und Wettbewerb allein nicht vollenden können.

Die erneute Hinwendung zu Gesellschaftsvertragstheorien im Neoliberalismus dagegen ist als Versuch zu bewerten, die Existenz des Staates innerhalb eines umfassenden Tauschsystems, also kapitalistisch, zu erklären: Ein Teil der individuellen Freiheit wird aus wohlverstandener Eigeninteresse gegen die Garantie des übrigen Teiles der Freiheit eingetauscht. In diesem Rahmen ist der Staat als »last enforcer« legitimiert, die Einhaltung der konstitutiven Regeln des Systems zu erzwingen, weil für *alle* ein eigennütziges Interesse etwa am Privateigentum, am Wettbewerb, an der Vertragsfreiheit unterstellt wird. Wenn er Zwang ausübt, dann kann er der Zustimmung aller – mit Ausnahme des regelverletzenden Individuums – sicher sein. Wie robust ein solches Modell von seiner Logik her ist, lässt sich anhand seiner Voraussetzungen überprüfen. Die Grundlage ist Hobbes' contractarianism: Das Einzige, was zählt und bewertet werden kann, ist, was eine Person wünscht oder vorzieht, nicht aber, was sie wünschen oder vorziehen sollte. Rationale Handlungen sind solche, die die Verwirklichung dieser Wünsche und Vorlieben bewirken. Einzig diese Handlungen sind moralisch. Das gesellschaftliche Vorhandensein dieser Moral und Rationalität impliziert Gegenseitigkeit. Damit ist der freiwillige Tausch begründet. Er ermöglicht, auf der Basis einer gegebenen persönlichen Ausstattung, so Arbeitsvermögen, Präferenzen zu realisieren. Eine funktionsfähige, friedliche Gesellschaft kann sich dann herausbilden, wenn jede Person kooperationsbereit ist und Kooperation erwartet, also nicht durch Aggression in die persönliche Ausstattung des anderen, d.h. dessen persönliches Eigentum eingreift. Ob dies so ist, ist wiederum eine Frage der Rationalität: Die Furcht, Objekt einer Aggression zu werden, muss sie davon abhalten, selbst aggressiv zu handeln. Dies ist, das ist für die weiteren Überlegungen festzuhalten, dann um so wahrscheinlicher, je mehr alle rationalerweise erwarten können, durch Tausch ihre Lage zu verbessern. Bei gleichverteiltem Eigentum ist dies wahrscheinlich, weniger dagegen, wenn Personen kein Eigentum zu verlieren haben oder vom Tausch ausgeschlossen sind.

Im günstigsten Fall kann sich demnach ohne Staat eine gesellschaftliche Konvention ergeben, die Harmonie und inneren Frieden erlaubt. Die Moralität, die diesen Zustand charakterisiert, stammt nicht von außen (etwa aus dem Zwang von Eliten oder Weisen, noch von einer Mehrheit oder aus der Offenbarung einer Religion), sondern aus dem jeweiligen Individualinteresse, was die Ak-



zeptanz der Tauschkonventionen bewirkt. Wenn die Individuen (und damit die Gesellschaft) in diesem Sinne moralisch sind, sich einzig der Gegenseitigkeit im Tausch (d.h. reziproken Benutzungsverhältnissen) verpflichtet fühlen, dann ist kein Staat als dem Kapitalismus entgegengesetzte Einrichtung erforderlich. Er wäre allenfalls eine Agentur, die gemeinschaftliche kapitalistische Aufgaben erledigt. Sicherlich könnte auch diese Agentur nach formalen demokratischen Gesichtspunkten geleitet werden, aber der Wirkungsbereich der Beschlüsse des Parlamentes ist gering, denn die implizite Übereinkunft aller geht ja dahin, dass die Agentur den Kapitalismus da und dort ergänzt, ihn aber nicht erhalten oder lenken müsse. Eine reine Tauschgesellschaft ohne Staat als »last enforcer« lässt sich demnach dann widerspruchsfrei denken, wenn alle Teilnehmer sich rationalerweise an die Tauschkonventionen halten, weil sie erkennen können, dass auch das gesellschaftliche, das Gesamtergebnis ihrer individuellen Handlungen in Einklang ist mit ihren individuellen Präferenzen.

Dies ist auch der Grundgedanke der auf die Wiederbelebung kantianischer Moralphilosophie zurückgreifenden liberalen – im Gegensatz zu neoliberalen – Gesellschaftsvertragstheorien der letzten Jahrzehnte. Zu nennen sind hier für den Bereich ökonomischer Theoriebildung John Rawls' *A Theory of Justice* und *Political Liberalism* sowie über den engeren Bereich ökonomischer Theoriebildung hinaus Jürgen Habermas' neukantianischer Liberalismus. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht hier nicht so sehr die Tauschkonvention. Die Analyse ist um eine Stufe abstrakter, indem sie ideale Umstände beschreibt, unter denen alle Mitglieder einer Gesellschaft in freier Diskussion (oder herrschaftsfreiem Dialog) zu einer Übereinkunft darüber finden können, welche Regeln konstitutiv für ihr harmonisches Zusammenleben sein sollen. Rawls zufolge ist eine Gesellschaft gerecht, deren Regeln als das Resultat einer solchen Idealsituation oder »öffentlichen Vernunft« gedacht werden können. Genauer: Ideale Umstände herrschen vor, wenn alle Mitglieder der Versammlung frei sind von empirischen Präferenzen, strategischen Überlegungen und normativen Vorstellungen. Die »öffentliche Vernunft« in diesem Sinn ist institutionelle Unparteilichkeit, die keine besonderen Ziele oder kollektiven Bedürfnisse kennt. Sie bleibt übrig, wenn ein Schleier, nicht der Unwissenheit, sondern der Neutralität über die Versammlung geworfen wird. Sie ist das wesentliche ideale Kennzeichen des bürgerlichen Rechtsstaates oder – um auf Kant zurückzukommen – Ausdruck der praktischen Vernunft. Bezeichnenderweise sind Eigentumsrechte über die Produktionsmittel bei Rawls nicht Teil der Gesellschaftsvertragsfindung, sondern zurückzuführen auf Sitten und Gebräuche spezifischer Gesellschaften, damit Teil der empirischen Präferenzen, von denen die Idealsituation absieht. Zwar entzieht sich dieser neukantianische Liberalismus älteren Vorbehalten gegenüber der klassischen Gesellschaftsvertragstheorie des 17. und 18. Jahrhunderts, wie etwa dem Einwand der historischen

Unwirklichkeit eines solchen Vertrags: Es handelt sich ausdrücklich um eine Abstraktion, einen Idealzustand. Es geht nicht darum, was Menschen beschlossen haben, sondern was sie beschließen sollten. Deshalb kann auch der zweite Einwand gegen konventionelle individualistische Gesellschaftsvertragstheorie nicht direkt greifen, der nämlich des infiniten Regresses: Angenommen, alle Gesellschaftlichkeit lässt sich auf die Handlungen (Beschlüsse) von Individuen zurückführen (woher sich ihre Legitimität herleitet), woher rühren dann die Bewegungsgründe oder Entscheidungsmotive dieser Individuen? Wie gesehen, muss beispielweise im Falle der Theorie der rationalen Entscheidungen – eine Art mikroökonomische Vertragstheorie – letztlich auf eine naturalistische (genetisch-biologische) Erklärung individuellen Verhaltens zurückgegriffen werden. Die moderne neukantianische Version von Gesellschaftsvertragstheorie umschifft das Problem, indem sie die hypothetische (ideale) Gesellschaftsvertragssituation einfach voraussetzt. Sie nimmt an, dass Moral und Politik in Eins fallen, dass Unparteilichkeit oder praktische Vernunft für den Menschen selbst konstitutiv ist (das transzendente Argument). Sie setzt voraus, was sie erklären sollte. Wie Geuss treffend feststellt, stellt der neukantianische Liberalismus Rawls'scher Prägung »eine Art moralisierender Verwaltungswissenschaft dar: die wirkliche Politik fehlt in Rawls' Darstellung. Seine Theorie wendet sich gleichsam an die Mitglieder seiner Gesellschaft, in der angenommen werden kann, dass die Grundprobleme der Politik bereits gelöst sind.« (Geuss 1999). Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob eine »gute« Gesellschaft wirklich einfach eine »gerechte« Gesellschaft im Sinne gedachter – angenommener – Neutralität ist. Wie steht es beispielsweise um die Vorstellung einer »guten« Gesellschaft als ein Zustand, in dem keine systematische Erniedrigung, Demütigung oder Ausbeutung geduldet wird? Ein wesentliches Problem selbst der neukantianischen Reformulierung liberaler Legitimation ist das Folgende: Wo von der realen Rolle von Eigentumsverhältnissen (damit Verfügungsmacht über die Mittel der Individuen zur Gestaltung ihres Lebens) ebenso abgesehen wird wie von den konkreten Bestimmungsfaktoren kollektiver Entscheidungsfindung und Zielsetzung – all dies wird mit dem Schleier der Neutralität zugedeckt, der weder empirische Präferenzen noch normative Vorstellungen von der »guten« Gesellschaft zulässt –, werden Politik und Staat zur bloßen Verwaltungsinstanz. Wesentliche Fragen – Wer übt welche Macht im Staat wie aus? Welche Ziele werden verfolgt? – bleiben unbeantwortet. Politik ist aber in der Realität ein wesentlich komplizierteres Geschäft, das sich beständig mit dem Verhältnis von der Macht zur Ethik (und umgekehrt) befassen muss. Konsensbildung, die für die Wohlfahrt aller durchaus erforderlich ist, ist ein kontinuierlicher Vorgang, dessen Möglichkeitsraum kleiner ist als von neukantianischer abstrakter Gesellschaftsvertragstheorie unterstellt: Materielle (Eigentumsverhältnisse und Produktionsweisen) und ethische Fragen (welche kollektiven Ziele sollen an-

gestrebt werden?) sind ein wesentlicher, konflikträchtiger und dynamischer Bestandteil politischer Entscheidungsfindung. Eine abstrakte Theorie, die von all dem absieht, läuft bestenfalls Gefahr bedeutungslos zu sein. Wahrscheinlicher ist, dass sie zu Vorschlägen führt, die realen Machtpositionen unter dem Deckmantel der Neutralität Ausdruck verleiht. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass Rawls' spätere Arbeiten die »öffentliche Vernunft« nicht mehr als eine für alle Menschen konstitutive Eigenschaft verstehen, sondern als die gedankliche Konstruktion der gebildeten Elite parlamentarischer westlicher Demokratien. Diese dem Hayekschen Rat der Weisen nicht unverwandte Idee gibt den Kantschen transzendentalen Ansatz implizit zugunsten einer faktischen Legitimation bestehender Verhältnisse auf.

Neoliberale (im Gegensatz zu liberaler neukantianischer) Theorie ist in der Regel einfacher gestrickt, sieht sich aber einem ähnlichen Problem gegenüber. Die grundlegende Voraussetzung für eine harmonische Zusammenführung individueller und gesellschaftlicher Anliegen im Sinne der Logik des neoliberalen Gesellschaftsvertrages ist, dass alle in die Tauschgesellschaft aufgenommen sind. Dies bedeutet, sie müssen eine ökonomische Ausstattung haben als Voraussetzung für den Tausch, und es muss ihnen möglich sein, auf der Grundlage ihrer Ausstattung das Fehlende einzutauschen, ihren Lebensunterhalt zu finden. Auch wenn Hayek nicht zu den Parteigängern des neoliberalen Gesellschaftsvertrags zählt, sein Begriff der »Kattallaxie« beziehungsweise die Verbform »kattallaktein« beschreiben mit ihren beiden Bedeutungen »Handel treiben« und »in die Gesellschaft aufnehmen« (dies ist Hayeks Beschreibung seiner »Großen«, der »Offenen« Gesellschaft) die Existenzbedingung für diese Tauschgesellschaft. Denn wenn es einigen verwehrt ist, Handel zu treiben, dann ist diese Gesellschaft nicht universell. Dies steht ihrer Stabilität entgegen. Zwar lässt sich unterstellen, dass die Menschen, wenn schon nicht mit Sachkapital, so doch mit der Befähigung zur Arbeit (mit Humankapital, wie die Neoliberalen dies nennen) ausgestattet sind, was aber fehlen kann, ist die Möglichkeit zum Tausch. Weil diese Möglichkeit für den ganzen Entwurf entscheidend ist, entwickeln die entsprechenden Arbeitsmarkttheorien Vorstellungen, wonach es auf einem unregulierten Arbeitsmarkt keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit geben könne. Wenn aber im Gegensatz hierzu aus objektiven Gründen, außerhalb des Einflussbereiches des Einzelnen, Leistungen des Arbeitsvermögens nicht getauscht werden können, weil es aus keynesianischen Gründen an Nachfrage nach Arbeit fehlt, oder weil in einem unregulierten neoklassischen Arbeitsmarkt der Lohn als Gleichgewichtspreis zu gering ist, um ein Überleben zu ermöglichen, oder weil der Mangel an Realkapital der Beschäftigung Grenzen setzt, dann werden Teile der Bevölkerung nicht in die Tauschgesellschaft aufgenommen, anderen droht ständig der Ausschluss aus dieser Gesellschaft, und wieder andere kommen zum Ergebnis, dass der Preis, den sie für ihre Ar-

beit erzielen, nicht das Ergebnis einer freien Übereinkunft ist, sondern die Folge der Bedrohung durch Hunger. Was kann die reine Tauschgesellschaft für diese vorsehen? Wie will sich das Modell zu der vielfach formulierten Einrede verhalten, dass Arbeit, einzig verstanden als Ware, impliziert, dass sich die Produktion dieser Ware am Bedarf ausrichtet, was die Vernichtung überschüssiger Ware einschließt? Dem Vorwurf der Erpressung wird entgegengesetzt, dass auch dieser Tausch die Bedingung prozeduraler Gerechtigkeit erfülle (Nozick). Einem unzureichenden Lohn oder anderen Formen von Bedürftigkeit kann damit begegnet werden, dass der Staat als konsensualer Bestandteil des Gesellschaftsvertrages das Recht hat, Einkommen ohne Gegenleistung zuzuweisen. Im Grunde ist dies allerdings einem Gesellschaftsvertrag neoliberaler Ausprägung fremd. Er ist auf Tausch gegründet, das heißt auf Leistung und Gegenleistung, nicht aber auf Transferzahlungen. Staffiert man die Idee des Gesellschaftsvertrages dagegen in dieser Weise aus, dann fällt die Menge der Bereiche und Gegenstände, über die in diesem Vertragsrahmen Einvernehmen vorausgesetzt wird, recht umfangreich aus. Auch wenn all dies mit großem intellektuellen Aufwand logisch mit der Grundidee eines Vertrages in Einklang gebracht werden kann, die Anzahl der erforderlichen Deduktionen erhöht nicht eben die Robustheit des Modells.

Man sieht, dass auf der Suche nach den Bedingungen, unter denen auf den »last enforcer« verzichtet werden könnte zugunsten einer reinen Tauschgesellschaft, eines konsistenten Vertragsmodells, nicht wenig Hürden zu nehmen sind. Dennoch ist ein solches Modell erwünscht. Es ist deshalb attraktiv, weil es den Anschein hat, als ob die Moral im Rahmen des contractarianism nicht erzwungen werden müsse. Sie ist identisch mit individueller Freiheit. Die Aufgabe des »last enforcer« dagegen wäre, diese Moral notfalls gewaltsam durchzusetzen, was darauf hinausliefe, die Menschen zu ihrem Glück zu zwingen. Eben dies aber kann nicht Bestandteil der *Ideologie* des Neoliberalismus sein. Denn der ganze liberale Entwurf von Freiheit, Rationalität und Moral verliert dann an Überzeugungskraft, wenn er einen Staat enthält, der den Individuen vorgeben muss, dass eine Handlung dann moralisch ist, wenn sie einzig *im Tausch* den individuellen Nutzen verfolgt. Dann nämlich wird der methodische Individualismus verlassen. Und mehr noch, der Entwurf setzt sich dem Verdacht aus, als Instrument der Herrschaft und ihrer Legitimierung gedacht zu sein.

Das Widersprüchliche der Idee des neoliberalen Gesellschaftsvertrages besteht also darin, dass sich an die Regeln der Tauschgesellschaft nur halten kann, wer im Tausch etwas zu gewinnen hat. Wer aber vom Tausch ausgeschlossen, nicht in die Gesellschaft aufgenommen ist, und wer nichts zu verlieren hat, wenn der Kapitalismus seine Existenz nicht behaupten kann (das Vermögen zu arbeiten geht mit ihm nicht unter, wohl aber kann erwartet werden, dass sich unter anderen Bedingungen der Lebensunterhalt durch Arbeit bestreiten ließe),

der hat keinen rationalen Grund, sich an die Konventionen zu halten. Dies legt die Frage nahe, ob die Realisierung der Stabilitätsbedingung für eine reine Tauschgesellschaft nur unter Eigentümern von Sachvermögen möglich ist.

Die Idee des Gesellschaftsvertrags kann folglich keinen Anspruch auf die Universalität ihrer Rationalität geltend machen. Indem dies der Fall ist, können wir uns vorstellen, dass die ausgeschlossenen Individuen ihre Wünsche nicht mehr in harmonischen Tauschbestrebungen äußern. Die spontane kollektive Plünderung von Geschäften kann hier eine rationale Reaktion sein, mehr aber noch die Konstituierung einer politischen Bewegung. Eine solche gegen die Tauschgesellschaft gerichtete Bewegung wird notwendigerweise die folgende Charakteristik haben: Da sie aus der Sache heraus von Personen getragen sein muss, die »nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen« haben, sind nicht, wie in der Tauschgesellschaft, die individuellen Präferenzen das bewegende Moment, sondern eine gemeinsame, eine soziale Präferenz, ein »Klassenbewusstsein«, um einen weniger modernen Begriff zu verwenden. (Dass spätestens seit Arrow die Möglichkeit, eine soziale Präferenzfunktion zu bestimmen, bezweifelt wird, mag auch mit der Aversion gegen »Klassenbewusstsein« begründet sein.) Ideologisch hat die Idee vom Gesellschaftsvertrag trotzdem bedeutende Vorteile. Sie ist rein individualistisch gefasst, benötigt keinen direkten Rückgriff auf kollektive Moral, keine Demut vor der Evolution und ihren Ergebnissen. Aber indem sie par force zu Ende gedacht ist, machen ihre logischen Implikationen deutlich, dass sie wenig empirischen Gehalt haben kann. Sie kann bei aller logischen Rigorosität nur in einer idyllischen Welt gelten, in der »jeder seine Sache hat«, am ehesten also in einer Welt von Handwerkern und Kleinbauern: Es ist die Idylle des Berner Mittellandes, die schon Röpke als Vorlage für seine Vorstellungen von der Gesellschaft gedient hat.<sup>4</sup>

---

<sup>4</sup> »Es (ein gewerbereiches schweizerisches Dorf) liegt irgendwo im Berner Mittelland und beherbergt mit seinen 3.000 Einwohnern neben den Bauernhöfen folgende Kleinindustrien, Gewerbe und Berufe: eine ganz im Dorfmilieu versteckte Maschinenfabrik von 100 Arbeitern mit weitem Ruf für landwirtschaftliche Spezialmaschinen, eine Leinenweberei und Leinenbleicherei, eine moderne Buchdruckerei, eine Brauerei, eine Stuhlfabrik, eine Obstmosterei, eine Verzinkerei, eine Leinengarn- und Halbgutfabrik, eine Käseerei, eine Handelmühle, eine Möbelfabrik, eine Käseexportfirma, Holzhandlungen und Sägereien, eine Zichorienfabrik, eine Werkzeugschmiede, Gärtnereien, Mauerergeschäfte, eine Seilerei und eine lange Reihe von offenbar wohlgedeihenden Handwerkern (...). Das kulturelle Niveau dieses kleinen Orts wird gekennzeichnet durch eine ansehnliche und auf anspruchsvolleren Geschmack eingerichtete Buchhandlung, durch eine Musikinstrumentenhandlung und durch eine Sekundarschule. Füge ich noch hinzu, daß alles von Sauberkeit und Schönheitssinn strahlt, daß die Menschen durchweg in Häusern wohnen, um die man sie beneiden könnte, daß jeder Garten liebevoll und sachkundig gepflegt ist, daß das Alte wohlbewahrt und das ganze Dorf, das von einem alten

Beide Varianten des Umgangs mit der Sphäre des Politischen, mit dem Staat haben ihre praktische Bedeutung. Sie sind gegen politische Partizipation gerichtet und folgerichtig ideologische Vorkehrungen, um staatlichen Zwang zu rechtfertigen. Bei Hayek folgt diese Rechtfertigung aus der Notwendigkeit, das Ende der Zivilisation zu verhindern, das sich dann einstellt, wenn eine hinsichtlich ihres Zieles »offene« Evolution durch eine vernunftgeleitete Vorgabe von Zielen verhindert würde, bei Buchanan als dem Vertreter des neoliberalen Gesellschaftsvertrages daraus, dass alles zu verhindern ist, was den Tausch als konstitutives Moment der Gesellschaft – mit der prozeduralen Gerechtigkeit als seinem wesentlichen Attribut – in Frage stellen könnte. Die Denunzierung der politischen Partizipation als Störung der Harmonie – dort der Evolution, hier der Tauschgesellschaft – ist ideologisch und auch in der praktischen politischen Auseinandersetzung ein sehr entscheidendes Element. Es geht in die Programme derjenigen Parteien ein, die sich als politischer Arm der Bewegung »Neoliberalismus« verstehen.

### 3. Nicht deregulieren, sondern neu regulieren

Zweck dieser Bewegung ist zunächst, eine Mehrheit zu finden für die Beseitigung der erreichten politischen Partizipation: Dem Wohlfahrtsstaat als deren praktischem Ausdruck ist ein Ende zu bereiten. Das vorrangige Ziel ist die Wiederherstellung der unternehmerischen Autonomie. Damit ist für die Unternehmerschaft schon viel dazugewonnen, aber es ist noch nicht die Frage gelöst, wie denn der Kapitalismus, nun von den Fesseln der Demokratie befreit, praktisch funktionieren soll. Denn jenseits der ideologischen Formeln kann es in der Praxis einen in jeder Beziehung deregulierten Kapitalismus (der nichts außer dem freien, individuellen Tausch kennt) nicht geben; er wäre für eine bestmögliche Kapitalverwertung ungeeignet. Folglich muss – positiv – ein neues Schema entwickelt werden. Dies ist augenblicklich wohl die wichtigste Aufgabe, der sich die politischen Parteien, soweit sie die Ziele des Neoliberalismus verfolgen, annehmen müssen. Diese neue Ordnung lässt sich unter dem Gesichtspunkt ihrer Legitimierung und ihrer praktischen Funktionsweise überprüfen.

Der Gesichtspunkt der Legitimierung ist verknüpft mit den unterschiedlichen Vorstellungen des Neoliberalismus vom Staat, die praktische Funktions-

---

Schloß gekrönt wird, inmitten der lieblichsten Landschaft liegt, so habe ich eine menschliche Siedlung gekennzeichnet, wie sie nicht erfreulicher gedacht werden kann. Es ist unser Ideal, in eine höchst konkrete Wirklichkeit übersetzt.« (Röpke 1944: 81)

weise muss sich daran orientieren, dass der Wettbewerb als Verfahren und der Markt als Institution allein nicht ausreichen, um – auch wenn es künftig keine sozialen Rücksichten mehr geben müsste – zu einer zufriedenstellenden Kapitalverwertung zu kommen. Dieser Aspekt schließt die Frage nach der räumlichen Dimension von Wettbewerb und Markt, das heißt nach der Freiheit des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs, ein. Hierbei kann bei der praktischen Organisation der Wirtschaft, des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, nicht einfach auf theoretische Vorgaben des Neoliberalismus zurückgegriffen werden. Denn zum einen wird die tonangebende Geschäftswelt nicht auf Prinzipientreue bestehen, sondern auf ihrem Interesse, auch wenn dies bedeutet, nicht im Einklang zu sein mit dem Kampfgeschrei bei der Beseitigung der alten Ordnung, sondern wenn dies weiter eine umfangreiche Staatstätigkeit – nun anders gewendet – erfordert. Zum andern schenken die neoliberalen Staatstheorien diesen praktischen Fragen weiter keine Beachtung. Sie sind zu sehr damit beschäftigt, gegen den reformerischen Interventionsstaat zu argumentieren. Und überdies bleibt wegen des hohen Abstraktionsgrades der Theorien wenig Platz für praktische Erwägungen: Das meiste an neoliberaler Theorie erschöpft sich im Versuch des Nachweises der wirtschaftlichen Ineffizienz und Freiheitsfeindlichkeit des traditionellen Interventionsstaates.

Ein wesentliches Anliegen der neuen Ordnung im Interesse der Geschäftswelt ist sicherlich das Ende der reformerischen Verteilungspolitik, aber nicht nur dies ist anders zu ordnen. Wenn wir von der Weisheit einführender Lehrbücher absehen (in der Mikroökonomie die neoklassische Preislehre, für die Makroökonomie die neoklassische Synthese, das heißt neoklassische Adaptierung von Keynes), dann stellt sich die Wirtschaft nicht dar als ein Ensemble unabhängiger Unternehmen, die auf einer Vielzahl von Märkten durch den Wettbewerb koordiniert würden. Vorherrschend sind vielmehr Bereiche, die sich durch die Produktion eines einzigen oder einer Gruppe verwandter Gebrauchswerte auszeichnen. (Djomin und Schenajew 1986) Es handelt sich um »stofflich eingegrenzte Bereiche«. (Dolata/Gottschalk/Huffs Schmid 1986: 150) (In der Umweltdebatte wird dieses Merkmal verdeutlicht; hier ist von Stoffströmen und ihren Umweltwirkungen die Rede, also von stofflich eingegrenzten Bereichen.) Beispiele sind die Energieproduktion, das Transportwesen, die Luft- und Raumfahrt, die Erzeugung, Verarbeitung und Distribution von Nahrungsmitteln, das Kommunikationswesen, das Gesundheitswesen und vieles mehr.

Das gemeinsame Merkmal dieser Gebrauchswertbereiche ist das Erfordernis einer umfassenden Kooperation und Steuerung. Traditionell sind öffentliche Unternehmen in diesen Bereichen stark vertreten, es herrscht eine intensive staatliche Normierung vor in Form von Geboten und Verboten und von Verträgen zwischen den einzelnen Elementen, die der Staat veranlasst oder deren Inhalt er weitgehend beeinflusst. Ebenfalls wird die Verteilung des Überschus-

ses, der innerhalb eines Bereiches erzeugt wird, festgelegt und überdies, welches Einkommen (oder welche Ressourcen) von anderen ökonomischen Sektoren oder von bestimmten gesellschaftlichen Klassen und Schichten zum Nutzen des betreffenden Gebrauchswertbereiches abgezogen werden oder was er seinerseits abzugeben hat. Damit ist die Rentabilität des innerhalb des Bereichs fungierenden privaten Kapitals festgelegt – einschließlich bestimmter Differenzierungen der Kapitalrentabilität. Von großer Bedeutung ist ebenfalls, in welchem Umfang ausländische Konkurrenz zugelassen wird. Die Organisation des Gebrauchswertbereiches dient in dieser Weise dem doppelten Erfordernis von Bedarfsdeckung und Kapitalverwertung. Damit umfasst der Gebrauchswertbereich mehr als die Bereitstellung öffentlicher Güter, er ist ebenfalls nicht einfach ein Bereich, der durch staatliche Unternehmen besetzt wäre, so dass allein die Privatisierungsfrage gestellt wäre, auch ist sein einziges Merkmal nicht, dass er eine hohe Konzentration aufweisen würde, obwohl bei der Entstehung vieler Gebrauchswertbereiche der Staat selbst Monopole begründet oder ihre Herausbildung gefördert hat.

Hinzu kommt eine weitere Charakteristik: Unter den Bedingungen eines Wohlfahrtsstaates bekommt die Eigenschaft des Gebrauchswertbereiches, einen gesellschaftlichen Bedarf zu befriedigen, eine besondere Ausprägung. Er hat bestimmten sozialen Zwecken zu dienen. (Das Gesundheitswesen kann hier als Beispiel dienen.) Wichtig für die Bestimmung dieser Bereiche ist ebenfalls, wie der Bedarf, den sie befriedigen, artikuliert wird. Sicherlich ist hierbei die zahlungsfähige Nachfrage ein Element, aber im Bereich der beruflichen Bildung und Forschung beispielsweise verlässt sich die Unternehmerschaft nicht einfach auf die Anreize, die sie durch Nachfrage auslösen könnte, sie versucht vielmehr, in Kooperation mit dem Staat zu einer für sie zweckmäßigen Organisation dieses Bereiches zu kommen. Soziale Bewegungen sind ein anderes Moment bei der Artikulation von Bedarf. Auch sie verlassen sich bei ihrer Ablehnung der Globalisierung, der Atomkraft oder der autogerechten Stadt (die Stadtplanung der 1950er Jahre) nicht darauf, ihre Macht als Nachfrager auf dem Markt auszuspielen. Nicht individuelle Präferenzen geben in all diesen Fällen den Ton an, sondern eine *gemeinsam* erarbeitete Information mit dem Ergebnis einer vereinheitlichten Einstellung, einer sozialen Präferenz und bewussten, kollektiven politischen Aktionen.

Unter veränderten politischen Bedingungen muss es sich die Unternehmerschaft nun zur Aufgabe machen, dieses System der Gebrauchswertbereiche nach ihren Vorstellungen umzugestalten. Dass es hierbei nicht einfach um Deregulierung geht, liegt auf der Hand. Das Schlagwort von der »Reregulierung« verdeutlicht, dass nach anderen Funktionsregeln für die Bereiche gesucht wird. Wenn demnach bestimmte Elemente eines Gebrauchswertbereiches wegen der Möglichkeiten, die etwa aus technischen Erfindungen folgen, wegen politi-



scher Permissivität, weil die sozialstaatlichen Anforderungen an bestimmte Bereiche verringert oder ganz beseitigt sind, privatisiert werden, wenn innerhalb eines Bereiches die Einkommen anders verteilt werden (dies betrifft auch Veränderungen innerhalb der Gewinne oder Löhne), dann ändern sich die Funktionsregeln von Grund auf. Die einzelnen Gebrauchswertbereiche bestehen allerdings weiter und werden immer noch anders als einfach durch den Wettbewerb organisiert.

Der Neoliberalismus benötigt eine praktische, eine operationale Ausformung, um seine politischen Ziele als neue Ordnung zu verwirklichen. Seine Gesellschaftstheorie ist hierbei – dies sollte deutlich geworden sein – nicht uneingeschränkt der Fundus, aus dem die konkreten Ausgestaltungen deduziert werden. Sie liefert zwar die rechtfertigende Ideologie und formuliert in letzter Instanz das Ziel, aber wenn es um den Aufbau einer funktionsfähigen neuen Ordnung geht, dann entscheidet die Praxis, welche Arrangements im Interesse der Unternehmerschaft zum Zuge kommen. Einige neoliberale Autoren liefern dann die Begründung hierfür nach (die neue Institutionenlehre ist voller Belege hierfür), andere dagegen – die prinzipientreueren Charaktere – schmollen und prangern den Verrat an. Oberflächliches Hinsehen kann zu dem Irrtum führen, der Neoliberalismus habe aufgegeben, weil er nicht (mehr) dereguliert, sondern neu reguliert. Tatsächlich aber sind die getroffenen Maßnahmen der Nachweis dafür, dass die Absichten des Neoliberalismus gesellschaftlich verwirklicht werden. Damit sind auch die konkreten Programme der politischen Parteien beschrieben, die sich die grundlegenden Ziele des Neoliberalismus zu Eigen gemacht haben. Denn ihre Maßnahmen müssen sich in der Praxis bewähren und sie müssen überdies Zustimmung bei denen finden, gegen deren Interesse gehandelt wird. Beides hängt von der konkreten Lage des jeweiligen Landes ab: Rückständigere Länder im Kreis der Industrienationen stehen dem freien internationalen Waren- und Kapitalverkehr eher reserviert gegenüber, ausgeprägte republikanische Traditionen sind anders zu überwinden als die Traditionen nordeuropäischer Wohlfahrtsstaaten, Staaten, die in ihrer Geschichte faschistische Regierungen hatten, entwickeln ihre eigenen Affinitäten. Ein bedeutender Grundtypus der Adaptierung neoliberaler Ziele ist der Rechtsextremismus.

#### **4. Hayeks kulturelle Evolution und der neue Nationalismus**

Wahrgenommen wird der Rechtsextremismus im Allgemeinen als eine Bewegung, die die Renaissance des traditionellen Faschismus anstrebt. Rassistisch motivierte Straftaten scheinen dies ebenso zu belegen wie die Affinität zu den Symbolen und Losungen dieser Epoche. Der Begriff »Neonazis« verdeutlicht,

dass der Umgang mit dieser Bewegung, wenngleich ablehnend, so doch etwas oberflächlich ist. Denn tatsächlich umfasst das rechtsextreme Lager mehr als einzig die Traditionalisten, die Völkischen, wie etwa in Deutschland die NPD oder die DVU. Nicht diese sind als der politische Arm der neoliberalen Bewegung einzuschätzen (Ptak 1999), nicht sie haben bei den Wahlen einen andauernden Erfolg gehabt, sondern die Parteien des Zuschnitts der österreichischen FPÖ, der italienischen Forza Italia oder des französischen Front National. Diese erfolgreichen Parteien sind sicherlich durchsetzt von traditionsverbundenen faschistischen Strömungen, aber nicht das verdient hier besondere Beachtung, sondern ihre Wirtschafts- und Sozialprogramme, die der restlosen Beseitigung des Sozialstaates, der Freiheit des Unternehmertums, des Marktes, der Auslese durch die Konkurrenz nicht wenig das Wort reden. Diese im Vergleich zu den Programmen des traditionellen Faschismus andere Akzentuierung hat offenbar zum Versuch einer begrifflichen Differenzierung zwischen beiden Ausformungen des Rechtsextremismus geführt: Man möchte die Bezeichnung »rechtsextrem« nur noch für die Völkischen gelten lassen, während für Parteien, die bei den Wahlen erfolgreich waren oder, wie in Italien oder Österreich, an der Regierung beteiligt sind, die Bezeichnung »rechtspopulistisch« in Gebrauch kommen soll. Effektiv kann dies genutzt werden, den Faschismusvorwurf gegenüber denjenigen Parteien zu entschärfen, deren Programme und (als Regierungsparteien) politische Praxis entschiedener als alle anderen Parteien die Ziele des Neoliberalismus verfolgen.

Damit wird eines deutlich: Mit der Feststellung traditioneller faschistischer Tendenzen bei den rechtsextremen Parteien ist es nicht getan. Ihre Wähler bevorzugen sie nicht einfach wegen ihrer Ressentiments gegenüber Ausländern, die sie als kulturell rückständig einschätzen. Eine eingehende Analyse von Programmen, Reden und parteioffiziösen, theoretischen Schriften zeigt vielmehr: Diese Parteien haben eine sehr klare und einheitliche Vorstellung darüber, dass die Wirtschaft und Gesellschaft nach neoliberalen Grundsätzen organisiert werden sollen. (Schui u.a. 1997) Die politischen Ziele sind nicht nur, wie etwa im Programm der NSDAP, schlagwortartig artikuliert, sondern detailliert ausgeführt, theoretisch begründet und widerspruchsfrei. Im Sinne ihrer Ziele erscheinen diese Parteien durchaus kompetent. Keine von ihnen unterstellt in ihrer Agitation eine »antikapitalistische Sehnsucht der Massen« oder nimmt Bezug auf irgendwelche Formen von »Gefühlsozialismus«. Sozialrevolutionäre Tendenzen klingen nirgendwo an. Im traditionellen Faschismus dagegen ging die soziale Frage durchwegs im Nationalismus auf, wobei die Energie der geeigneten Nation aggressiv nach außen zu wenden war, um Lebensraum zu erobern und Sklavenvölker zu unterwerfen. Auf dieser Grundlage sollten die Ergebnisse fremder Arbeit angeeignet und die nationale Arbeiterschaft wirtschaftlich besser gestellt werden.

Anders dagegen die modernen rechtsextremen Parteien. Sie stellen einen Kapitalismus in Aussicht, der – von allen Regulierungen befreit – wieder vollkommen funktionsfähig ist. Dies erfordert grundlegende gesellschaftliche Veränderungen. Entsprechend betonen die deutschen Republikaner: »Marktwirtschaft, Privateigentum, Unternehmerinitiative und Konkurrenzprinzip (sind) die Grundbausteine jeder funktionierenden Wirtschaftsordnung.« (Republikaner 1990) Daher messen sie »einer in freiheitlicher Ordnung und mit geringen staatlichen Eingriffen funktionierenden Volkswirtschaft erstrangige Bedeutung für die Stabilität unserer Demokratie und das Wohlergehen aller seiner Bürger bei«. (Republikaner 1993: 50) Weniger Arbeitslosigkeit ist nur durch bessere »Rahmenbedingungen« zu erwarten. (Republikaner 1993: 52) Dies bedeutet mehr Wettbewerb, »höhere Mobilität«, eine deutliche »Erweiterung der Zumutbarkeitsregeln« (Republikaner 1993: 63) und die Beseitigung der »verkrusteten Tarifautonomie«. (Schlierer 1995: 3) Das System der sozialen Sicherung ist gründlich zu reformieren: »Eine falsche Politik der Maßlosigkeit und des Größenwahns bedroht den Sozialstaat.« (Kucks 1994: 4) In der Rentenversicherung ist das Umlageverfahren durch das Kapitaldeckungsverfahren zu ersetzen. (Republikaner 1993: 64) Allgemein gilt: »In Deutschland muss endlich über neue wirtschaftliche Rahmenbedingungen geredet werden, muss endlich der Sozialstaat vor unberechtigter Leistungsanspruchnahme auf Kosten der fleißigen und soliden Bürger befreit werden.« (Republikaner 1996)

Dieselben Vorstellungen finden sich bei der österreichischen FPÖ. Auch sie geht »von der vielfach bewiesenen Erkenntnis aus, dass kein anderes Wirtschaftssystem besser zur Beseitigung der Armut, zum Aufbau eines allgemeinen Wohlstandes, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur flexiblen Anpassung an neue Zeitverhältnisse geeignet ist, als eine funktionierende Marktwirtschaft«. (FPÖ 1985, Ziff. 245) Dies erfordert, dass »die Entlohnung grundsätzlich den Regeln des Marktes« unterliegt und dass »bei zunehmender Machtfülle der Beteiligten« die Tarifautonomie »ihre Grenzen an den übergeordneten Interessen der Volkswirtschaft findet«. (FPÖ 1985, Ziff. 232) Bei der Sozialversicherung geht es um »Anreize, nicht arbeitslos zu werden beziehungsweise rasch wieder Arbeit aufzunehmen« (FPÖ 1995: 34) sowie um eine Grundversorgung, die durch Privatinitiative und Eigenvorsorge ergänzt wird. (FPÖ 1985 Ziff. 308) »Der sozialistische Versorgungsstaat hat (...) versagt«. (Haider 1992: 18)

Der Front National ist in wirtschaftlichen und sozialen Fragen nicht weniger entschieden, aber er setzt überdies, oft noch klarer als die anderen Parteien, die Frage der außenwirtschaftlichen Beziehungen in ein Verhältnis zu ihren rassistischen Positionen. Das allgemeine Ziel ist eine »wahrhaft liberale Revolution, die den Staat auf seine Rolle zurückführt, die Wirtschaft entstaatlicht und den bürokratischen Zwang beseitigt«. (Front National 1985: 62) Kraftvoll-

le Worte findet Jean-Claude Martinez (Mitglied des Politbüros des Front National, Professor für öffentliches Recht und Politikwissenschaft an der Universität Paris II) für den keynesianischen Reformismus: »Zwei Generationen von Politikern, hohen Beamten, Journalisten und Autoren haben sich an der keynesianischen Pflanze berauscht, bevor sie der Gesellschaft, der Freiheit und der Natur des Menschen mit den Schlägen ihrer Joints den Boden herausgeschlagen haben.« Von Vergiftung der Eliten und Zerstörung der treibenden Kräfte der Gesellschaft, die aus Initiative und Verantwortung gemacht seien, ist die Rede (Martinez 1985: 120), weiterhin vom fiskalischen Joint, von der Konfiszierung der Demokratie, von den Parlamentariern als Hehlern, die ihre bewaffneten Raubüberfälle mit der Fiktion der repräsentativen Demokratie rechtfertigten. (Martinez 1985: 151) Gefordert wird die »Befreiung der Arbeit« durch Ausnahmeregelungen zum Mindestlohn, freie Vereinbarung der Arbeitszeit und Senkung der Sozialabgaben vom Lohn – und die »Befreiung des Unternehmens« durch Freiheit der Unternehmensführung (so insbesondere keine gesetzlichen Regelungen bei Entlassungen, weniger Mitspracherechte der Belegschaften in den kleinen und mittleren Unternehmen) und durch die Privatisierung der großen öffentlichen Unternehmen. (Front National 1985: 155ff.) Das Ziel der befreiten Arbeit, des freien Unternehmertums und das Ende des »konfiskatorischen« Staates wird im detaillierten Programm des Front National (1993) weiter ausgearbeitet: Minderung der öffentlichen Ausgaben, ein Ende der Misswirtschaft der Sozialversicherungen und der Verschwendung in der öffentlichen Verwaltung, die Beseitigung des unangebrachten Interventionismus, die Absenkung der öffentlichen Kreditnachfrage zugunsten des privaten Kapitalbedarfs, die Absenkung der Progression bei der Einkommensteuer und die Verringerung der Sozialabgaben, auch um zu höheren Nettolöhnen zu kommen. (Front National 1993: 144ff.)

Durchgängig liest sich dieses Programm des Front National, wie auch die Publikationen seiner führenden Vertreter – dies können bereits diese sehr knappen Auszüge verdeutlichen – wie eine populärwissenschaftliche Arbeit etwa von Milton Friedman oder Gordon Tullock. Zwei wesentliche Ausnahmen sind allerdings hervorzuheben: »Strukturelle« Maßnahmen bei der Zuwanderung sollen maßgeblich zur Senkung der Arbeitslosigkeit beitragen und, dies verdient in einem ökonomischen Kontext besondere Aufmerksamkeit, das Programm lehnt die Globalisierung als ungezügelt Liberalismus ab. Er wirke sich ungünstig auf die wirtschaftliche Entwicklung Frankreichs und Europas aus. Die langfristige Folge sei eine Beeinträchtigung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft. (Dies, wie weiter unten zu zeigen ist, als Ergebnis der Vermischung von Kulturen.) Die unmittelbare Wirkung sei Arbeitslosigkeit, der Untergang ganzer Wirtschaftszweige, so namentlich der Landwirtschaft. »Der Freihandel auf Weltebene verwässert den Wohlstand in Frankreich und Europa

und muss folglich gemäßigt werden, denn man kann nicht ohne Schaden für die französische Wirtschaft unsere Unternehmen in Konkurrenz setzen zu denen der überseeischen Länder, in denen die Löhne, die soziale Sicherheit und die Arbeitsbedingungen von den unseren hundert Meilen entfernt sind.« (Front National 1993: 145) Ein ungezügelter Freihandel untergrabe die Souveränität der Nation, indem ihr von außen durch die internationale Konkurrenz eine bestimmte Politik aufgezwungen werde. Freihandel sei Krieg mit anderen Mitteln, sei eine Rivalität zwischen den Staaten, die sich früher dargestellt habe als physische Auseinandersetzung und die heute zwischen den Mächten, die ihren Platz im Herzen des Systems haben, eine neue Form angenommen habe, die sicherlich nicht töte wie im traditionellen Krieg, die aber Mitte 1992 dennoch 30 Millionen Opfer in den OECD-Ländern verursacht habe, also 30 Millionen Arbeitslose.« (Front National 1993: 130)

Die Regierungen ergriffen folglich vielfältige Maßnahmen, um »die Position ihrer Truppen, das heißt ihrer Unternehmen« zu verbessern. »Die öffentlichen Haushalte, das Geldwesen, die Abgaben an den Staat, das Niveau der sozialen Sicherung, der Lebensstandard erleiden den Druck dieses Krieges, und im Gegenzug ist dieser Krieg Anreiz, nach immer höherer Produktivität zu suchen in einer Form der Eskalation, die die Mängel des Systems verschlimmert.« (Front National 1993: 130f.) Die Suche nach niedrigeren Kosten zöge vielfältige Produktionsverlagerungen nach sich; die Anliegen der Menschen träten auf den zweiten Rang zurück. Dieselbe Suche nach niedrigen Kosten und hoher Produktivität löse die großen Migrationswellen aus; der Mensch werde hier wahrgenommen als ein Produktionsfaktor, dessen Schicksal nicht von Interesse sei: entwurzelt und verpflanzt auf der einen, überschwemmt auf der anderen Seite (Front National 1993: 129). Hieraus wird geschlossen: »Wie kann man nicht sehen, dass diese Konzeption des Wirtschaftslebens ein Universum mit dem Untergang bedroht, in dem sich die Menschen in historischen Gemeinschaften vereinigen, wo sie von einem Erbe profitieren, von einem Vermächtnis der Menschheit und von ihren eigenen Eigenschaften – um dieses Universum zu ersetzen durch eine Welt, die nach anonymen, abstrakten, von der physischen, kulturellen, sozialen und nationalen Wirklichkeit losgelösten Entwürfen und Mechanismen organisiert ist?« (...) »So denken wir, dass es zu den Pflichten einer nationalen Regierung gehört, der Hierarchie der sozialen Werte, ohne die keine Gesellschaft überleben kann, zum Respekt zu verhelfen, und dass sie sich weigern muss, diese Werte denen des Marktes zu opfern.« (Front National 1993:130)

Gegen die Globalisierung wendet sich der Front National (wie auch die entsprechenden österreichischen oder italienischen Parteien) mit zwei Argumenten, nämlich dem Schutz der Löhne, der sozialen Sicherheit und der Arbeitsbedingungen auf der einen und der Bewahrung der »historischen Gemeinschaf-

ten« auf der anderen Seite. Das erste Argument wäre, beim Wort genommen, ein Plädoyer für regulierte Außenwirtschaftsbeziehungen, für einen »managed trade«, es käme dem, was auf der Grundlage von Keynes entwickelt werden kann, sehr nahe. Aber da der Arbeitsmarkt dereguliert und das soziale Sicherungssystem erheblich ausgedünnt werden sollen, wäre der Lebensstandard nicht verteidigt. Er fiel dem nationalen neoliberalen Programm zum Opfer.<sup>5</sup> Denn die Regulierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen begünstigt nur dann im Inneren die allgemeine Wohlfahrt, wenn die Binnennachfrage gestärkt wird. Dies ist der entscheidende Punkt, den die Rechtsextremen bei ihrer Agitation für die »wahrhaft liberale Revolution« sicherlich nicht namhaft machen können. Allerdings gelingt es ihnen dennoch zu suggerieren, dass sie den negativen Zusammenhang von Massenwohlfahrt und Außenwirtschaftskonkurrenz ansprechen. Hiermit lässt sich nicht wenig an Wahlerfolg bei der Arbeiterschaft erklären. (Dies wäre anders, wenn die sozialdemokratischen Parteien klare Worte dafür finden könnten, dass der entwickelte Kapitalismus mehr denn je Politik benötigt, um seine technischen Möglichkeiten zu nutzen, wenn also eine rationale Diskussion dieser Frage begonnen würde, ohne dass der Autarkievorwurf mit all seinen suggestiven Verdächtigungen jedes vernünftige Hinsehen sogleich verhinderte.)

Ihre Gegnerschaft zur Globalisierung verknüpfen die Rechtsextremen mit Argumenten zu Hayeks kultureller Evolution. Es geht um den Schutz der »historischen Gemeinschaften«. Damit wird die Beziehung zwischen Rechtsextremismus und dem Neoliberalismus Hayek'scher Ausprägung deutlich. Was bereits auf den ersten Blick Anlass ist, die Frage nach dieser Verwandtschaft zu stellen, lässt sich mit den folgenden Zitaten illustrieren. Als typisches Beispiel kann eine Passage aus dem Programm des Front National dienen: »Die mondialistische Doktrin, allgemein unter dem Deckmantel der Menschenrechte präsentiert, predigt die Zerstörung der Nationen, die Abschaffung der Grenzen, die Mischung der Rassen, der Kulturen und Völker. Früher machten die Marxisten Jagd auf die Ungleichheit und wollten eine Gesellschaft ohne Klassen schaffen (...). Der Mythos des roten Paradieses hat der Utopie des Paradieses Milchkaffee den Platz überlassen.« (Front National 1993: 15) Befürchtet wird besonders die Islamisierung Frankreichs, also Zuwanderung *und* Nicht-Assimilierung. Die vermischte Rasse mit dieser Hautfarbe als äußerem Zeichen wird

---

<sup>5</sup> Die außenwirtschaftliche Erklärung der Arbeitslosigkeit ist ein ähnlicher propagandistischer Trick: Denn bei den Industrieländern hat zumeist das Land mit dem höchsten Wirtschaftswachstum eine negative Handelsbilanz: Der Saldo der Handelsbilanz wird weniger von den Preisen als von den Einkommen bestimmt. Ähnliches gilt für die Direktinvestitionen. Neben dem Wachstum entscheidet hier der Außenwert der Währung über die Kapitalbewegungen. Die reale Lage bestätigt die vom Front National suggerierte Erklärung nicht.

– weil sich unterschiedliche kulturelle oder zivilisatorische Entwicklungsrichtungen vermengt haben – zu keinen wahrhaft bedeutenden Leistungen, weder allgemein kulturell, noch im Rahmen des technischen Fortschritts, mehr fähig sein. Eine positive Gesamtentwicklung ist nicht wahrscheinlich.

In der Version des biologischen Rassismus findet sich Ähnliches im traditionellen Faschismus. Hitler schreibt: »Würde sich die Entwicklung Frankreichs im heutigen Stile noch dreihundert Jahre fortsetzen, so wären die letzten fränkischen Blutsreste in dem sich bildenden europa-afrikanischen Mulattenstaat untergegangen. Ein gewaltiges, geschlossenes Siedlungsgebiet vom Rhein zum Kongo, erfüllt von einer aus dauernder Bastardisierung langsam sich bildenden niederen Rasse.« (Hitler (1927/1943: 730) Bei Hayek lässt sich dieses finden: »Für die Wissenschaft von der Anthropologie mögen die Kulturen oder Moralauffassungen gleich gut sein, aber zur Aufrechterhaltung unserer Gesellschaftsordnung müssen wir die anderen als weniger gut ansehen.« (Hayek 1980/3: 232) Und ein weiteres Mal Hayek: »Gegen die Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich daß sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können.« Das sei kein Sozialdarwinismus, sondern – so Hayek – »bei mir geht es um einen gesellschaftlichen Evolutionsprozeß« (Hayek 1981: 38).<sup>6</sup>

Aber nicht einzig das Stichwort der Gemeinschaften und der Vermischung der Rassen ist ein erster Anlass, nach Zusammenhängen zwischen dem Neoliberalismus und der extremen Rechten zu fragen. Der Aspekt der Auslese, die Verherrlichung des Starken weist in die gleiche Richtung. Hitler meint zum Wettbewerb in der Wirtschaft: »Das hohe Maß an persönlicher Freiheit, das ihnen [dem nationalsozialistischen Arbeitnehmer und dem nationalsozialistischen Arbeitgeber, d.V.] in ihrem Wirken dabei zugebilligt wird, ist durch die Tatsache zu erklären, daß erfahrungsgemäß die Leistungsfähigkeit des einzelnen durch weitgehende Freiheitsgewährung mehr gesteigert wird als durch Zwang von oben, und es weiter geeignet ist, zu verhindern, daß der natürliche Ausleseprozeß, der den Tüchtigsten, Fähigsten und Fleißigsten befördern soll, etwa unterbunden wird.« (Hitler 1927/1943: 676) Diesen Vorstellungen aus »Mein Kampf« bleibt Hitler nach 1933 treu, auch dann, wenn Wirtschaftsplanung zur Produktions- und Effizienzsteigerung der deutschen Wirtschaft einstweilen unumgänglich erscheinen. Planmäßige Leitung sei ein »gefährliches Unternehmen, weil jeder Planwirtschaft nur zu leicht die Verbürokratisierung und damit die Erstickung der ewig schöpferischen privaten Einzelinitiative folgt (...) Diese Gefahr wird noch erhöht durch die Tatsache, daß jede Planwirtschaft

---

<sup>6</sup> Dieses Interview Hayeks in der Wirtschaftswoche wurde in der Nr. 3 vom 11.1.1996, S. 16ff., erneut abgedruckt. Die hier zitierte Passage wurde allerdings nicht wiedergegeben.

nur zu leicht die harten Gesetze der wirtschaftlichen Auslese der Besseren und der Vernichtung der Schwächeren aufhebt oder zumindest einschränkt zugunsten einer Garantierung der Erhaltung auch des minderwertigen Durchschnitts«. (Hitler 1935/1937: 71)

Bei dieser Kollage ist sicherlich zu betonen, dass die Aussagen nicht identisch sind, aber man wird zugeben müssen, dass sie doch alle vom gleichen Geist beatmet sind. Die Rechtsextremen finden ihre Vorliebe für Auslese nicht nur bei den Neoliberalen bestätigt, sondern auch im traditionellen Faschismus. Gewiss soll die wirtschaftliche Auslese durch Wettbewerb auf den nationalen Raum beschränkt bleiben; zur Auslese der Kulturen weltweit gilt der Schutz der »historischen Gemeinschaften«. Dass Hayek von den Rechtsextremen sehr geschätzt wird, lässt sich mit den folgenden Zitaten zeigen: So schreibt Mölzer (FPÖ), dass den Versuchen, die Gesellschaft planvoll zu gestalten, ein Ende zu setzen sei und dass man sich statt dessen »eine(r) ›kulturellen Evolution‹ eben im Sinne Friedrich August von Hayeks« anvertrauen solle. (Mölzer 1995) Ähnlich Yvan Blot (1995: 125), Mitglied des Politbüros des französischen Front National, der in seinen »Racines de la Liberté« sehr ausführlich seine positive Einstellung zu Hayeks Evolutionstheorie dokumentiert. Und bei Gerulf Stix (FPÖ) ist zu Hayek zu lesen: »Persönlich möchte ich an dieser Stelle einbekennen, dass ich mich von der Freiheitsphilosophie dieses österreichischen Nobelpreisträgers stark beeinflusst fühle, was punktuelle Auffassungsunterschiede natürlich nicht ausschließt.« (Stix 1991: 11) Auch Le Pen macht deutlich, dass der Front National Hayek zu seinen Theoretikern rechnet. Gefragt, wie er dazu stehe, dass die großen ökonomischen Erneuerungstheorien, die von den USA vor Europa adaptiert worden seien, »von europäischen Hirnen geboren worden sind«, so besonders von Friedrich von Hayek, beantwortet Le Pen mit dem Hinweis auf ideologische und bürokratische Hemmnisse, die der Verwirklichung der Ideen Hayeks in Europa entgegenstünden. Der Front National aber habe bereits 1978 in seiner Publikation »Droite et démocratie économique« noch vor Reagan seine Grundsätze zur wirtschaftlichen Freiheit festgelegt. (Le Pen 1989: 116f.)

Was die Rechtsextremen im Wesentlichen an Sozialphilosophie von Hayek übernommen haben, ist dessen Evolutionstheorie. Es gelingt ihnen, diese in Einklang zu bringen mit ihren Vorstellungen, die ja trotz aller Läuterungen nicht selten völkische Reminiszenzen verraten. (Zu erinnern ist an viel diskutierte Äußerungen von Haider und anderen Repräsentanten der FPÖ, so »Unsere Ehre heißt Treue«, an die Verniedlichung der Verbrechen des deutschen Faschismus durch Le Pen, an die Losung des Front National in den Präsidentschaftswahlen von 2002, »Travail, Famille, Patrie« – was ja die Vichy-Regierung an die Stelle von »Liberté, Egalité, Fraternité« gesetzt hat, oder an die Regierungskoalition Berlusconi mit den Traditionalisten der Alleanza Nazio-



nale.) Das Bindeglied zwischen der Hayekschen Evolutionstheorie und der rechtsextremen Sorge vor »Vermischung der Kulturen« und der Beseitigung der »historischen Gemeinschaften« stellt Hayeks extended order dar. Diese habe sich, so Hayek, nicht aus einem menschlichen Entwurf oder aus Absicht ergeben, sondern spontan: Sie sei entstanden aus unbeabsichtigtem Sich-Fügen in gewisse traditionelle und in ihrer Gesamtheit moralische Bräuche (moral practices), von denen die Menschen viele nicht zu lieben tendierten, deren Gültigkeit sie nicht bemessen könnten, die sich aber dennoch durch evolutionäre Selektion ausgebreitet hätten mit der Folge, dass die Population und der Wohlstand derjenigen Gruppen angestiegen seien, die ihnen zufälligerweise gefolgt wären. Die unwissende, widerstrebende und sogar qualvolle Annahme dieser Gebräuche hielte diese Gruppen zusammen, erhöhte ihren Zugang zu wertvollen Informationen aller Art und befähigte sie, fruchtbar zu sein, sich zu mehren, die Erde zu füllen und sie sich untertan zu machen. (Hayek zitiert hier ausdrücklich 1. Moses 1.28) (Hayek 1988: 6) Erst innerhalb dieser extended order seien die rechtlichen, politischen und moralischen Rahmenbedingungen geschaffen worden, innerhalb derer wiederum der Marktwettbewerb als Organisationsform der ökonomisch tätigen Gesellschaftsmitglieder funktionieren kann. (Es sollte betont werden, dass die Wendung »widerstrebende und qualvolle Annahme der Gebräuche« auch für die Zukunft die Rechtfertigung von Zwang andeutet, wenn sich Auflehnung gegen die Ursachen der extended order abzeichnet.) Die evolutionäre Selektion begründet, so die Rechtsextremen, im Positiven den (etwa in Westeuropa oder den USA) erreichten Entwicklungsstand – und im Negativen denjenigen der Entwicklungsländer. Yvan Blot<sup>7</sup> (1985: 125f.) stimmt in seinen »Racines de la Liberté« diesem Kernsatz der Theorie Hayeks mit großer Begeisterung zu; er zitiert aus dessen »Verfassung freier Menschen« eine analoge Passage.<sup>8</sup> Der nächste Schritt ist dann, Hayeks »soziale Ethik« (sie ist für uns nicht eine Sache der Wahl, wir haben sie nicht geschaffen und wir können sie nicht neu modellieren – sie ist das, was Hayek an anderer Stelle (1988) als moral practices bezeichnet) als code moral populaire anzusprechen. (Blot 1985: 130) Dieser code moral populaire äußere sich, so Blot, auch in der Aversion »breiter Bevölkerungsschichten« gegen Ausländer.

<sup>7</sup> Blot ist Mitglied des Politbüros des Front National, er gehörte zum Redaktionskomitee des Programms von 1993, Aufgabenbereich Europa.

<sup>8</sup> »Die durch die traditionellen menschlichen Praktiken entstandenen Strukturen sind weder als natürlich im Sinne von ›genetisch‹ noch als künstlich im Sinne von ›bewusst entworfen‹ zu bezeichnen, sie sind vielmehr das Ergebnis eines Siebungsvorganges, der dadurch gesteuert wurde, dass einzelne Gruppen verschiedene Vorteile erlangen konnten, indem sie aus irgendwelchen Gründen oder sogar rein zufällig gewisse Praktiken übernahmen.« (Hayek 1980: 212f.)

Zuwanderung aus wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern ist für den Front National vor allem deswegen schädlich, weil die Einwanderer und ihre nicht assimilierungsfähigen oder -willigen Abkömmlinge<sup>9</sup> einen anderen *code moral populaire* einbringen. Es überrascht nicht, wenn Mégret<sup>10</sup> (1986: 95) in diesem Zusammenhang Hayeks Bemerkung (s.o.) zitiert, dass im Gegensatz zur Wissenschaft der Anthropologie andere Kulturen oder Moralauffassungen zur Aufrechterhaltung unserer Gesellschaftsordnung weniger geeignet sind. Der springende Punkt ist hier, dass die in der Evolution unterlegene Zivilisation einwandert.<sup>11</sup> Dies durchsetze die französische Zivilisation und bewirke, dass Frankreich (oder Westeuropa) die Befähigung verliere, in der Evolution – dies schließt die technische und wirtschaftliche Entwicklung ausdrücklich ein – vorne zu bleiben. Lässt man sich auf diese Einwicklungstheorie ein, dann ist der Schluss zwingend: Das Ergebnis langer Epochen eines positiven Siebungsvorganges wird durch diese Zuwanderung, und überhaupt durch die vorbehaltlose Übernahme von Elementen anderer Zivilisationen, zunichte gemacht. Der Prozess verläuft rückwärts.

Es lässt sich leicht zeigen, dass Parteien ähnlichen Zuschnitts wie die Front National dieselben Vorstellungen zur Frage der gesellschaftlichen, der zivilisatorischen und ökonomischen Entwicklung haben. Hayeks Evolutionstheorie bildet stets die Begründung für eine Abgrenzung einer »historischen Gemeinschaft« gegenüber äußeren Einwirkungen. Der Pfad der Evolution soll nicht verlassen, sie soll nicht durch negative Einflüsse gestört werden. Sicherlich wären hier weitere Fragen zu stellen, so nach Überwertigkeitsgefühlen der jeweiligen Gemeinschaft, nach den fremden Einflüssen im Gang der bisherigen Evolution, danach, ob es nicht dem Evolutionskonzept widerspricht, wenn a priori festgelegt wird, ob und welche äußeren Einflüsse zuzulassen sind. Für die Politik, die Parteien, die konkrete Ausformung des Neoliberalismus sind diese Fragen aber weniger bedeutend. Wichtig ist vielmehr, dass sich die rechts-extremen Parteien auf der Grundlage der von ihnen adaptierten Evolutionstheorie gegen die Globalisierung richten können. Sie ist diejenige Ideologie, die sie befähigt, im Inneren den uneingeschränkten Markt, in den Außenbeziehungen aber ein gewisses Maß an Abschließung zu fordern. Der materielle

---

<sup>9</sup> In die Logik des Systems passt, wenn die Aufnahme der Harkis (der Algerier, die auf französischer Seite im algerischen Unabhängigkeitskrieg gekämpft haben) gutgeheißen wird, weil diese »durch ihr vergossenes Blut« die französische Nationalität angenommen hätten. (Front National 1985: 119)

<sup>10</sup> Mégret hat die Ausarbeitung des Programms von 1993 des Front National geleitet, er hat später die Partei gespalten.

<sup>11</sup> Mégret (1986: 101) illustriert diesen Evolutionsgedanken folgendermaßen: »Entre la ligne d'une nef de cathédrale gothique, la courbe d'un navire ou le profil d'une fusée spatiale, il y a le cheminement ininterrompu de notre culture.«

Grund muss nicht die Überzeugung von der Richtigkeit der Evolutionstheorie, die Sorge vor dem Untergang der jeweiligen Zivilisation sein. Nicht das gibt den Ausschlag, sondern der Wunsch, bestimmte Interessen vor den ökonomischen Wirkungen der Globalisierung zu schützen. Welche Interessen sind auszuwählen? Das Kriterium ist leicht zu finden. Indem die Rechtsextremen die Beseitigung des Wohlfahrtsstaates im Allgemeinen und die Senkung des Lohn- und Sozialleistungsniveaus im Besonderen anzielen, besteht das Motiv für die Gegnerschaft zur Globalisierung nicht darin, diesen Bereich der internationalen Konkurrenz zu entziehen. Ebenfalls wird keine Verbesserung der Lage der Entwicklungsländer angestrebt.

Zu schützen ist vielmehr in diesem Kontext das Interesse derjenigen sozialen Schichten, die an der Senkung der Löhne und Sozialausgaben verdienen können oder für die dies zumindest eher gleichgültig ist, die aber aus anderen Gründen bei der Internationalisierung zu verlieren haben. Hier sind die Landwirtschaft und all jene Unternehmen besonders des Verarbeitenden Gewerbes zu nennen, die in einer internationalen Konkurrenz unterlegen wären. Aber nicht nur dieser Aspekt des Wettbewerbs verdient Beachtung: Die internationale Öffnung der Wirtschaft kann auch zur Folge haben, dass Unternehmer, die nun einem veränderten, größeren Input-Output-Schema gegenüberstehen, die Früchte der durch die Rechtsextremen herbeigeführten Kostensenkung und ihrer eigenen Ausbeutungskünste weltweit an fremde Kapitalisten abtreten müssen. Dies, weil – klassisch argumentiert – die Exploitation und die Realisierung des Wertes nicht ein und dasselbe sind. So würde die Politik rechtsextremer Regierungen oder Koalitionen Löhne, Abgaben und Gewinnsteuern senken, aber wenn der internationale Wettbewerb die Preise von bestimmten Unternehmen, die nun im Weltmaßstab relativ an Marktmacht verlieren, auf den Absatzmärkten absenkt, dann hat sich für sie der befreite Kapitalismus nicht ausgezahlt.

Mit Hayeks Evolutionstheorie lässt sich also ein zweifacher Bedarf abdecken: Sie verhilft, wenn sie vorherrschend gemacht werden kann, dazu, alles an Menschen, Ideen, Theorien zu marginalisieren, das (in Gegnerschaft zur Evolution mit offener Richtung) der Gesellschaft ein Ziel im Sinne von Humanismus und Vernunft vorgeben will. Und mehr noch, sie rechtfertigt, bei Bedarf im Namen der Evolution, des Überlebens der Zivilisation Zwang auszuüben. Auf dieser Grundlage kann sie, entsprechend angewendet, die legitimierende Ideologie für ein Doppeltes sein: Eine uneingeschränkte neoliberale Praxis im Inneren, selektive Abschließung nach außen. Aus Buchanans Gesellschaftsvertrag ließe sich eine solche Ideologie nicht entwickeln: Sie gibt keine Gründe her, warum reine Tauschgesellschaften national begrenzt sein sollten. Denn wenn nur Tauschverhältnisse zwischen Individuen eingegangen werden, wenn dies bereits die ganze Gesellschaft ausmacht, dann kann es keine »historischen Gemeinschaften« geben, dann kann nicht auf Traditionen und Konven-

tionen, auf moral practices in Hayeks Sinn zurückgegriffen werden. Hayeks extended order dagegen enthält ein kollektives Element, und nur ein solches Element, vom Front National etwa als code moral populaire verstanden, kann das ideologische Material sein, mit dem die Ansprüche der Globalisierung zurückgewiesen werden, ohne dass die Ansprüche der Menschen auf eine vernunftgeleitete Nutzung des technischen Entwicklungsstandes anerkannt würden.

Hieraus ließe sich der Schluss ziehen, dass Länder, in denen die erwähnten sozialen Schichten eine hinreichende Bedeutung haben, am ehesten rechtsextreme Parteien herausbilden, eben weil es das besondere Merkmal dieser Schichten ist, den Neoliberalismus nur bei angemessener Außenabsicherung für ihren materiellen Vorteil nutzen zu können. Dies ist allerdings nicht die einzige Bedingung. Je größer und wirtschaftlich entwickelter ein Land, um so weniger bedeutend ist die außenwirtschaftliche Konkurrenz: Wer die Vorherrschaft in der Globalisierung hat, der muss sie weniger fürchten. Dies nicht in dem Sinne, dass alle nennenswerten Bereiche der Wirtschaft hier überlegen wären oder dass die rückständigeren Sektoren in großen Ländern von der internationalen Konkurrenz nicht erreicht würden (obwohl dies sicherlich auch eine Rolle spielt), sondern weil bedeutende Länder in der Praxis bestimmen, was Globalisierung ist, was die Spielregeln sind. (Schließlich, dies als Beispiel, räumen die USA den Mitgliedsländern des gemeinsamen amerikanischen Marktes keineswegs vollständigen Freihandel gegenüber den USA ein.) Damit ist für den Neoliberalismus als Wirtschaftssystem eine Einschränkung formuliert: Selbst wenn er bei entsprechendem Kräfteverhältnis in jedem einzelnen Land verwirklicht würde, er wird wegen des unterschiedlichen Entwicklungsstandes der einzelnen Industrieländer – ganz abgesehen von den Transformations- und Entwicklungsländern – nicht universell sein können. Damit begünstigt er den Nationalismus, vielleicht in einer neuen, nicht sogleich erkennbaren Form. Die Idee des Neoliberalismus wird sich weltweit nicht als eine reine Tauschgesellschaft realisieren, in der der Staat dann keinen Platz mehr hätte. Den schützenden Nationalstaat wird es weiter geben, es mag sogar sein, dass er aus den genannten Gründen befördert wird. Seine Existenz wird er partikularen Interessen von Kapitalen verdanken – ökonomisch rückständigeren Kapitalen, die Schutz vor äußeren Aggressionen suchen oder überaus ökonomisch entwickelten Kapitalen, die bei ihren Aggressionen staatliche Unterstützung benötigen. Wenn es aus diesen Gründen erneute Chancen für den Nationalstaat gibt, dann kann auch alle Ideologie, die ihn begleitet hat, wieder eine Renaissance erleben – all dies sicherlich der Gegenwart angepasst. So muss dieser Nationalismus keineswegs einem vereinten Europa entgegenstehen, er kann sich vielmehr zu einem europäischen Nationalismus entwickeln; ebenfalls schließt dieser Nationalismus nicht dauerhafte Koalitionen zwischen Nationen aus, die ein gemeinsames Ziel eint.

## 5. Was ist aus dem Dritten Weg geworden: Wegbereiter der modernen Gegenaufklärung oder Alternative?

Angesichts dieses düsteren Ausblicks bleibt noch eine Frage zu beantworten: Es ist nicht allzu lange her, dass das Ende neoliberaler Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik nahe zu sein schien. Mit dem Ende der Thatcher-Reagan-Kohl-Ära und dem Aufstieg der Clinton-Blair-Schröder-Achse schien sich eine neue, progressivere und menschenfreundlichere Alternative abzuzeichnen. Im Mittelpunkt der neuen Regierungsprogramme stand der Entwurf eines »Dritten Weges« zwischen dem totalen Markt des Neoliberalismus und dem als gescheitert betrachteten »Paternalismus« des Sozialismus.

Der Gedanke war nicht neu. Der »Dritte Weg« hat eine lange und verwirrete Geschichte. Der österreichische Marxist Otto Bauer suchte bereits nach einem »dritten Weg« zwischen dem Reformismus der Zweiten Internationale und der Revolutionstheorie der Dritten Internationale. George Orwell, Marschall Tito und Bruno Kreisky begaben sich alle auf die Suche nach einem »dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Stalinismus. Eine der katholischen Vereinigung Opus Dei nahestehende pro-frankistische Gruppe, die einen Mittelweg zwischen der »linken« Falange und den »rechten« katholischen Konservativen Spaniens befürwortete, nannte sich »tercera fuerza« (dritte Kraft). Röpke schließlich bezeichnet seine bodenständige Vision einer Verschmelzung bäuerlicher Tradition mit marktlichem Wettbewerb ausdrücklich als einen »dritten Weg« zwischen Kollektivismus und Kapitalismus. Ähnliches gilt für das Attribut »neu«: Neu war Francos Spanien, »neu« sind »New Labour« und Blairs »New Britain«. Neu sind die »New Democrats« in den Vereinigten Staaten und »neu« ist Schröders Mitte. Das wesentliche Kennzeichen solcher »Neuen Dritten Wege« ist ihr Pragmatismus. Es handelt sich um Versuche, einen pragmatischen Kompromiss zwischen Individualismus und Kollektivismus, zwischen Markt und Plan, zwischen Unternehmerautonomie und politischer Partizipation der Massen zu formulieren. Es geht darum, »eine gerechte Gesellschaft und eine Wertegemeinschaft aufzubauen, die vereinbar ist mit Privateigentum, der Verfolgung des Profitziels und dezentraler Entscheidungsfindung in den Märkten« (Hutton 1999: 25).

Der gegenwärtige Entwurf eines »Dritten Weges« zwischen freiem Markt und gerechter Gesellschaft zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass sein reformerisches Element – die Kritik des freien Marktes und die Befürwortung kollektiver Organisationsformen – nur sehr schwach ausgebildet ist. Es ist unklar, welche Rolle dem Staat im »Dritten Weg« zukommen soll. Dieser Mangel an Klarheit verbirgt sich, mehr recht als schlecht, hinter gewundener Phrasologie. So beispielsweise im vielleicht bekanntesten Thesenpapier zur Programmik des »Dritten Weges«, das 1999 von Tony Blair und Gerhard Schröder vorgelegt wurde. Dort soll »der Staat nicht (...) rudern, sondern steuern,

weniger kontrollieren als herausfordern. Problemlösungen müssen vernetzt sein«, wobei »(m)oderne Sozialdemokraten Probleme (lösen), wo sie sich am besten lösen lassen.« (Blair und Schröder 1999: 5) Eine deutlichere Sprache findet sich in umfassenderen programmatischen Publikationen der Vordenker dieses »Dritten Weges«. Dort wird klargestellt, dass »zur Politik der Verteilung (...) kein Weg zurück(führt)«, denn der Wohlfahrtsstaat ist dafür verantwortlich, dass wir in einer »blockierten Gesellschaft« leben (Hombach 1998: 11 und 12). Mehr noch, selbst die Auffassungen der orthodoxen neoklassischen Wohlfahrtsökonomie sind »out of date«: »Die Ansicht, dass der Staat schädliches Marktversagen korrigieren müsse, führte allzuoft zur überproportionalen Ausweitung von Verwaltung und Bürokratie im Rahmen sozialdemokratischer Politik. Wir haben die Werte, die den Bürgern wichtig sind – wie persönliche Leistung und Erfolg, Unternehmergeist, Eigenverantwortung und Gemeinsinn – zu häufig zurückgestellt hinter universelles Sicherheitsdenken« (Blair und Schröder 1999: 3). Der Weg aus der »blockierten Gesellschaft« – oder institutionellen Sklerose, um mit Olson zu sprechen – führt über das Aufhalten des »Werteverfalls« zur Schaffung eines »neu(en) Verhältnis(es) von Individuum und Gesellschaft«, dessen »zentrales Motto« lautet: »Keine Rechte ohne Verpflichtungen« (Giddens 1999: 81). Anders ausgedrückt: »Die soziale Komponente des Wirtschaftssystems ist nicht der ›Rundum-sorglos-Staat‹. Sie besteht darin, dass individuelle Leistung belohnt wird durch Wohlstand, Weiterqualifizierung durch berufliches Fortkommen, Bereitschaft zur Eigenverantwortung durch größere ökonomische Spielräume...« (Hombach 1998: 12) Fairness ist missverstanden, wenn sie »Gleichheit im Ergebnis« meint. Sie muss vielmehr »effizient« sein (Brown 1994), nicht »Hängematte«, sondern »Sprungbrett, das den einzelnen zurückfedert in das Arbeitsleben, in Eigenverantwortung, in die Teilhabe an der Gesellschaft (...) Überall in Europa werden die traditionellen Vorstellungen von Arbeit überprüft und radikal verändert. Die Konsequenz: Jeder Job ist besser als keiner! Arbeit, auch gering bezahlte, wenig qualifizierte, ist der Würde zuträglicher als jeder noch so üppige Sozialtransfer.« (Hombach 1998: 18) Die Empfänger solcher Sozialtransfers sind hingegen nicht nur unfair, sondern nicht viel besser als Kriminelle: Denn »die Verantwortung des Einzelnen in Familie, Nachbarschaft und Gesellschaft kann nicht an den Staat delegiert werden. Geht der Gedanke der gegenseitigen Verantwortung verloren, so führt dies zum Verfall des Gemeinsinns, zu mangelnder Verantwortung gegenüber dem Nachbarn, zu steigender Kriminalität und Vandalismus und einer Überbelastung des Rechtssystems.« (Blair und Schröder 1999: 3) Und weiter: »Ich glaube, meine Generation und jüngere Leute wollen eine Gesellschaft, die frei ist von Vorurteilen, aber nicht frei von Regeln. Sie wollen sicherstellen, dass Geschlechter- und Rassengleichheit herrscht, dass Leute nicht diskriminiert werden – sie glauben aber nicht, dass es toleriert werden kann,

wenn alte Damen von jungen Kriminellen zusammengeschlagen werden. Und sie glauben ebensowenig, dass es toleriert werden kann, wenn jemand einfach Geld vom Wohlfahrtsstaat nimmt ohne jeden Sinn für Verantwortlichkeit gegenüber der Gesellschaft, in der sie leben...« (Blair 1999)

Der Betonung des Subsidiaritätsprinzips und individueller Eigenverantwortlichkeit im gesellschaftlichen Bereich entspricht der »aktivierende Staat« oder »sponsorship state« im wirtschaftlichen Bereich. »Die Fähigkeit der nationalen Politik zur Feinsteuerung der Wirtschaft hinsichtlich der Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen wurde über-, die Bedeutung des Einzelnen und der Wirtschaft bei der Schaffung von Wohlstand unterschätzt. Die Schwächen der Märkte wurden über-, ihre Stärken unterschätzt. (...) Unternehmen müssen genügend Spielraum haben, um sich die verbesserten Wirtschaftsbedingungen zu Nutze zu machen und neue Chancen zu ergreifen: Sie dürfen nicht durch Regulierung und Paragraphen erstickt werden.« (Blair und Schröder 1999: 3 und 10) Das bedeutet vor allem mehr »Anpassungsfähigkeit und Flexibilität« auf dem Arbeitsmarkt und »gesunde öffentliche Finanzen« (die »zum Gegenstand des Stolzes für Sozialdemokraten« werden sollten) (Ebd.). Mit anderen Worten, es ist Aufgabe des »sponsorship state«, den privaten Sektor mit ausreichend flexiblem und qualifiziertem »human capital« zu versorgen, das sich zugleich, eingebunden in Familie und Nachbarschaft, beständig in Eigenverantwortlichkeit und Leistungsbereitschaft übt. Gewerkschaften sind dabei trotz ihrer engen Verbundenheit mit dem diskreditierten Wohlfahrtsstaat zugelassen. Es wird jedoch betont, dass in einer »wissensgestützten Gesellschaft« ihre Aufgabe vor allem in sozialer Integration besteht, die sie »im Rahmen einer kooperativen Unternehmenskultur und mit Hilfe fortgeschrittener Techniken von Human Resource Management« bewältigen sollen (Bertelsmann Stiftung/Hans-Böckler Stiftung 1998: 73).<sup>12</sup>

Es ist offensichtlich, dass im Vergleich zum Reformismus der 1950er und 1960er Jahre – zum westeuropäischen Wohlfahrtsstaat und auch zu Titos Jugoslawischer Föderation – diese jüngste Proklamation eines »Dritten Weges« dem Neoliberalismus nichts Substantielles entgegenzusetzen hat. Der Schwerpunkt des pragmatischen Kompromisses, den jeder »Dritte Weg« sucht, liegt hier auf »der Verfolgung des Profitziels«, nicht auf der »gerechten Gesellschaft«. Oder genauer: die von den Advokaten des »Dritten Weges« und der »Neuen Mitte« angestrebte »gerechte Gesellschaft« ist der »Offenen Gesellschaft« des Neoliberalismus trotz aller Beschwörungen des Gegenteils zum Verwechseln ähn-

---

<sup>12</sup> Das bedeutet unter anderem auch, dass »(i)n Prozessen Kooperativer Modernisierung (...) dem Betriebsrat auch die Aufgabe zu(fällt), die unvermeidlichen Konsequenzen einer wettbewerbsgerechten Umstrukturierung gegenüber der Belegschaft zu vertreten und durchzusetzen.« (Ebd.: 75).

lich: Nicht nur hat die Verteufelung des Wohlfahrtsstaates als parasitäre, Faulheit und Trittbrettfahrer-Verhalten befördernde Einrichtung Eingang in die Programmatik des »Dritten Weges« gefunden – die ursprüngliche Bedeutung des Wohlfahrtsstaates als einer Institution, die gesamtwirtschaftliches Sparen und Investieren planerisch aufeinander abstimmt, weil private Unternehmer sich dazu als unfähig erweisen, ist hier nicht mehr wiederzuerkennen. Darüber hinaus betreibt der »Dritte Weg« auch das neoliberale Geschäft der Entpolitisierung. In seiner »gerechten Gesellschaft« ist jeder seines Glückes Schmied. Die Teilhabe am Markt ist Sache der Eigeninitiative: Jeder, der will, kann Arbeit finden, wenn er oder sie sich nur genügend anstrengt. Die Grundwerte der neoliberalen Welt-sicht – Ehrlichkeit, Sparsamkeit, Privatheit und negative Freiheit – haben reformerische Wertvorstellungen, wie Solidarität, Partizipation und Emanzipation, ohne jeden Zweifel erfolgreich verdrängt. An die Stelle von organisierter Interessenvertretung und öffentlicher Debatte ist die schweigende Gemeinschaft der »Steuerzahler/in«, der »Aktieninhaber/innen« und der »Leistungsträger« getreten; öffentliche Beamte und Staatsangestellte sind zu »Managern« geworden.

Selbst wenn aller Reformismus (einschließlich des Wohlfahrtsstaates des »Golden Age«) es zur Aufgabe von Politik macht, kollektive Ansprüche und Erfordernisse so zu organisieren, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmer nicht gefährdet wird, so hat der »Dritte Weg« Schröders und Blairs doch wenig gemeinsam mit dem zumindest in Teilen aufklärerischen Anliegen des vergangenen Reformismus. Dies ist jedoch nicht allein Ausdruck der ideologischen Orientierung der Fürsprecher dieses »Dritten Weges«. Es ist auch eine direkte Folge der in den Jahren der Thatcher-Reagan-Kohl-Ära gewachsenen Macht des »Big Business und der Rentiers«, die dem Handlungsspielraum von Regierungen zunehmend enge Grenzen setzt. Dies ist offensichtlich im Zusammenhang der sogenannten Globalisierung: Hier geht es nicht so sehr um die weltweite Integration von internationalen Handelsbeziehungen – beispielsweise liegt der Anteil europäischer Exporte am europäischen Bruttosozialprodukt nicht wesentlich über dem von 1913 (Glyn 1996)<sup>13</sup> –, sondern um die völlige Bewegungsfreiheit des internationalen Finanzkapitals. Während das Wirtschaftswachstum in weiten Teilen der Welt um ein recht niedriges Niveau schwankt, sind die Zuwachsraten des Volumens internationaler Finanzgeschäfte beeindruckend.<sup>14</sup> Unter diesen Bedingungen ist es sicherlich schwierig, eine expansive Fiskal- und Finanzpolitik im nationalen Rahmen effektiv umzuset-

<sup>13</sup> Für eine detaillierte Diskussion empirischer Tendenzen zu wirtschaftlicher Globalisierung und Integration vgl. auch Hirst/Thompson (1992).

<sup>14</sup> Zur Illustration: 1973 beliefen sich Devisengeschäfte auf rund 10-20 Milliarden \$ pro Tag. Das weltweite Verhältnis von Devisengeschäften zu Güterhandel betrug in etwa 2/1, d.h. für jeden \$ im Import-Exportgeschäft wurde ein Devisengeschäft für 2 \$ abge-



zen. Letztendlich bedeutet die hohe Mobilität und das enorme Volumen des internationalen Finanzkapitals, dass Wirtschaftspolitik nicht mehr unabhängig von den Interessen dieser internationalen Rentiers formuliert werden kann, insbesondere dann nicht, wenn die Zentralbanken unabhängig von den Finanz- und Wirtschaftsministerien sind und die Koordination von Wirtschaftspolitik dadurch weiter erschwert wird. Aber der Druck des »Big Business und der Rentiers« ist spürbar nicht nur im Kontext der sogenannten Globalisierung. Selbst die vorsichtigsten Versuche der Umsetzung von Reformen, die auf Mitbestimmung und Partizipation weiterer Teile der Bevölkerung zielen, scheitern rasch am erbitterten und erfolgreichen Widerstand von Unternehmern. Ein Beispiel ist die Debatte um »stakeholding« in Großbritannien. Dieses versteht sich als Alternative zum »shareholding«, d.h. der Begründung des Mitspracherechts auf Aktienbesitz (Kaufkraft am Markt). »Stakeholders« sind alle diejenigen, die ein Interesse an der Gestaltung eines Bereichs der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens haben, weil sie von dieser Gestaltung betroffen sind: Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Konsumenten – kurz Interessengruppen. Versuche der Blair Regierung, »stakeholding« als ein Prinzip wirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Organisation zur Diskussion zu stellen, sind rasch am Widerstand führender Vertreter der Wirtschaft gescheitert. So ähnelt für Stanley Kalms, Geschäftsführender Direktor einer der größten britischen Hersteller von Haushaltselektronik, der Gedanke des »stakeholding« »in beunruhigender Weise dem System, das im Prä-Jeltzin-Russland vorherrschte« (vermutlich ist Sozialismus gemeint), und Al Dunlap, ehemaliger Geschäftsführender Direktor von Sunbeam, meint: »Stakeholders! Jedesmal, wenn ich dieses Wort höre, frage ich mich ›Wieviel haben sie denn für ihren Anteil bezahlt?‹ Stakeholders zahlen keinen Pfennig für ihren Anteil. Aktienbesitzer hingegen zahlen.« (Sachdev/Wilkinson 1999: 1-2) Angesichts solcher Widerstände seitens eines Kapitals, das sich als Finanzkapital ungehindert auf den Weltmärkten tummelt und als industrielles Kapital von einer Konzentrationswelle zur nächsten eilt (Huffschmid 1998), ist es nicht weiter verwunderlich, dass selbst vorsichtige Reformversuche eines dem Neoliberalismus im Grundsatz verbundenen »Dritten Weges« zum Scheitern verurteilt sind.

Andererseits ist der Gedanke, dass »moderne Sozialdemokraten (...) Anwälte des Mittelstandes sein (müssen)« (Blair und Schröder 1999: 12), in einer solchen

---

geschlossen. 1995 beliefen sich weltweite Devisengeschäfte auf ca. 1260 Milliarden \$ pro Tag und das Verhältnis von Devisen- zu Güterhandel betrug 70/1. Eine ähnlich explosive Entwicklung hat auf den internationalen Wertpapiermärkten und im Bereich internationaler Bankgeschäfte stattgefunden. So belief sich beispielsweise der internationale Kauf und Verkauf von US Treasury Bonds 1983 auf 30 Milliarden \$ und 1993 bereits auf 500 Milliarden \$. Die Vergabe von internationalen Bankkrediten stieg zwischen 1975 und 1994 von 265 Milliarden \$ auf 4,2 Billionen \$. (Eatwell/Taylor 2000: 4ff.)

Lage keineswegs hilfreich. Im Gegenteil: Wie ein Großteil der Analysen der jüngsten Wahlerfolge Le Pens in Frankreich zeigt,<sup>15</sup> hat der Neoliberalismus der 1980er Jahre bereits eine neue »Unterklasse« der vom Zugang zu Bereicherungsmöglichkeiten, zu Bildung, zu einem im umfassenden Sinne menschenwürdigen Dasein Ausgeschlossenen geschaffen. Diese »Unterklasse« lehnt eine Politik ab, die sich an »den Mittelstand« und damit ausschließlich an diejenigen richtet, die an der neoliberalen Tauschgesellschaft teilhaben können, weil sie entweder direkt über die erforderlichen Eigentumsrechte verfügen oder aber indirekt über »human capital«, das Teilhabe am neoliberalen Tauschgeschäft zumindest in der Zukunft verspricht. Zugleich ist sie, gerade weil sie nicht über genügend Informationen – oder Bildung – verfügt, um die Ursachen ihres Ausschlusses von Reichtum und Fortschritt zu erkennen, williges Fußvolk der rechtsextremen Variante neoliberaler Programmatik. Ihr wesentliches Mittel des Protests gegen Ausschluss und Marginalisierung ist die Unterstützung einer Politik, die sich in populistischer und diffamierender Weise einfachen Lösungen verschreibt, die das eigentliche Problem nicht beim Namen nennen: Hier werden Asylsuchende zum Feind (nicht diejenigen, die Finanzkrisen, Unterentwicklung und Krieg in der sogenannten Dritten Welt zu verantworten haben) ebenso wie Parlamentarier und Gewerkschaftsvertreter (nicht diejenigen, die deren Arbeit unter Berufung auf die »Freiheit des Marktes« desavouieren).

Das destruktive Potenzial des Neoliberalismus – die Unfähigkeit der Tauschgesellschaft zur Rücksichtnahme auf alle, ihr Potenzial zur Beförderung von Ausschluss und Diskriminierung – verlangt nach einem entschiedenen Gegenentwurf. Der »Dritte Weg« und die »Neue Mitte« sind nicht die Alternative, auch wenn dies unter der harschen neoliberalen Dominanz der 1980er Jahre (so besonders unter den Regierungen Reagan oder Thatcher) zunächst den Anschein erwecken konnte. In die Regierungen Clinton, Blair oder Schröder wurde die Hoffnung gesetzt, dass sie den Wohlfahrtsstaat wieder restaurieren würden. Die Wahlprogramme ließen sich so verstehen. Tatsächlich aber ist der »Dritte Weg« der 1990er Jahre in erster Linie ein Wegbereiter der neoliberalen Gegenaufklärung. Genauer: während die Thatcher-Reagan-Kohl-Ära sich vor allem mit der Demontage des Wohlfahrts- und des Entwicklungsstaates befasst hat, hat der »Dritte Weg« oder die »Neue Mitte« vor allem den Übergang zur zweiten Etappe der Durchsetzung von Neoliberalismus geleistet: Selbst wenn dies nicht unbedingt die ausdrückliche Absicht der Vertreter des »Dritten Weges« gewesen ist, so hat er dennoch die Operationalisierung und Umsetzung der neoliberalen Gesellschafts- und Ordnungsvorstellungen eingeleitet.

---

<sup>15</sup> Vgl. beispielsweise die Leitartikel in *Le Monde* und *Liberation* vom 22. und 23. April 2002, ebenso *Le Monde Diplomatique* vom Mai 2002.

Die Resultate – mehr Ungleichheit, Ausschluss und Diskriminierung – sind spürbar nicht nur innerhalb der führenden Industriegesellschaften, sondern auch auf internationaler Ebene. Das Stichwort ist hier der »Kampf der Kulturen«. Die Analyse der historischen und ökonomischen Ursachen von Unterentwicklung und die Debatte um Wege zu ihrer Behebung wird verdrängt von einer oberflächlichen Polemik über die angebliche Überlegenheit einer Kultur – der christlich-(neo)liberalen – über eine andere – insbesondere die islamische. Die internationale Militärpolitik Bushs, Blairs oder Schröders leistet der Wiederbelebung von Nationalismus und europäisch-neoliberalen Überwertigkeitsgefühlen nicht wenig Vorschub; diese Politik kann verstanden werden als die Ausführung von Hayeks Vorstellungen zu Evolution und Zivilisation, dies auch dann, wenn die Losung vom »Kampf der Kulturen« noch nicht von allen umstandslos verrwendet wird. Auf diese Weise können die katastrophalen Folgen neoliberaler Angriffe auf den Entwicklungsstaat (in Gestalt der strukturellen Anpassungsprogramme des IWF und der Weltbank, um ein Beispiel zu nennen) einer behaupteten kulturellen Rückständigkeit der Entwicklungsländer selbst zugeschrieben und die auf Ausschluss, zunehmende Diskriminierung und Verarmung gegründeten Revolten können im Namen einer Mission für zivilisatorischen Fortschritt brutal niedergeschlagen werden.

Ein wirklicher Gegenentwurf kann nur radikal sein: Nicht nur muss er sich der Logik des Ausschlusses und des Krieges entschieden widersetzen. Er muss ebenso Raum schaffen für eine aufgeklärte Debatte um das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Diese Debatte muss über das (neo)liberale Verständnis von Vernunft und Freiheit hinausgehen: Wie bereits festgestellt, erscheinen im Hume'schen Individuum Wille und Vernunft vollständig getrennt voneinander. Freiheit ist allein die Freiheit des Willens, ist Freiwilligkeit. Sie ist zugleich negativ, insofern sie darin besteht, dass dem Einzelwillen keine Hindernisse in den Weg gestellt werden. Vernunft ist, wie gezeigt, Zweckrationalität, sie ist das Instrument, das der Erfüllung des Willens dient. Damit ist die traditionelle Frage der Philosophie erneut gestellt, wie sich diese Einzelwillen zu einem harmonischen Ganzen zusammenführen lassen.

Die Antwort der frühbürgerlichen politischen Philosophie ist, dass dies eine Frage der *Tugend* ist. Harmonie – oder, analytischer gesprochen, Kooperation – ist das Resultat verinnerlichter Pflichterfüllung oder des »Zwangs als Gewissenspflicht«. Die liberale Variante der Allgemeinen Gleichgewichtstheorie ersetzt Pflichterfüllung durch Logik. Sie will zeigen, dass gesellschaftliche Harmonie allein durch individuelle Rationalität erreichbar ist. Die Verbindung zwischen Wille und Vernunft erfordert hier nicht »Plichterfüllung«, sondern lediglich die konsistente Ordnung von Willen. Die neuen (neoliberalen) ökonomischen Theorien schließlich gestehen das Scheitern der »totalitären« Auf-

klärung der Neoklassik ein und benennen die Rolle von Institutionen als Bindeglied zwischen Wille und Vernunft, zwischen Individuum und Gesellschaft. Doch an die Stelle des »Zwanges als Gewissenspflicht« tritt dann das evolutionäre Diktat der Fitness: Kooperation, die bürgerliche Tugend der Anpassung, ist nicht länger das Resultat verinnerlichter Gehorsams (Moralität), sondern eine Bedingung des – letztendlich biologischen – Überlebens.

Damit gibt es auch kein Ringen mehr um die Frage danach, worin die Pflicht besteht und welche Handlungen ihr entsprechen. »Gut« ist, was ist, denn sonst wäre es nicht. Damit auch ist jede Habgier und Niedertracht veredelt, denn sie dient ja dem Überleben der Spezies. Verbrämt wird dies mit dem Heraufkommen von business ethics, aber das Präfix »business« verdeutlicht schon, dass die Ethik auf den Bedarf der Geschäftswelt als mit einigen philosophischen Rosen verzierte Rechtfertigungslehre zurechtgeschnitten wird. Auch wenn etwa Hayek ausgiebig bestimmten Traditionen der europäischen Geistesgeschichte Referenz erweist, die ganze Richtung bedeutet Niedergang: Sie steht für die Endphase einer kapitalistischen Zivilisation, auch wenn diese durch internalisierten und externen Zwang noch eine lange Phase des Niedergangs vor sich hat.

Ob Pflicht oder Fitness, in jedem Fall ist das Bindeglied zwischen Freiheit und Vernunft das der äußeren Notwendigkeit: Diese wird entweder verinnerlicht (Pflicht) oder sie bleibt dem Individuum äußerlich, eine Naturnotwendigkeit (Fitness). Eine alternative Vorstellung geht hingegen gerade davon aus, dass Freiheit die Freiheit von äußeren Notwendigkeiten ist, dass menschliche Handlungen dann frei sind, wenn sie zwei Bedingungen erfüllen: Sie entspringen einem inneren Bedürfnis – im Gegensatz zum Willen als verinnerlichte Pflicht – und sie sind Selbstzweck, im Gegensatz zu Eigennutz.<sup>16</sup> Das wesentlich *menschliche* Bedürfnis ist das innere Bedürfnis, »meine Fähigkeiten und Kräfte zu entwickeln und auf dem erreichten Niveau ihrer Entwicklung so in der Welt zu betätigen, dass ich das Resultat meiner Tätigkeit als ›mein eigenes‹ ansehen und mich selbst in dem Resultat wiedererkennen und bejahen kann«. (Geuss 1998: 123)

Eine radikale Alternative zum Neoliberalismus wird ihr Ziel durch den Ausbau bestehender kollektiver Strukturen verfolgen. Der klassische Liberalismus sah im Staat den Ort der Vermittlung äußerer Notwendigkeit, den Hüter der gesellschaftlichen Moral. Der Neoliberalismus denunziert den Staat dagegen als einen Ort der Ausübung von äußerem Zwang, einer Gefahr für individuelle (Willens-)Freiheit. Darauf begründet sich seine Forderung nach Privatisierung

---

<sup>16</sup> »Jenseits (des Reichs der Notwendigkeit) beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung«, K. Marx (MEW 25: 828).

und Dezentralisierung, nach der Ablösung des Staates durch den politischen Markt. In dieser Gleichsetzung des Staates mit äußerem Zwang finden die Neoliberalen unerwartete Verbündete im Lager der Vertreter des »Dritten Weges«. Denn ebenso wie im Neoliberalismus wird hier die Idee vertreten, dass der Staat überwunden und durch eine »zivile« Gesellschaft ersetzt werden müsse. Diese sei »herrschaftsfrei«.

Dies ist bestenfalls ein Missverständnis, eher aber kaschierter Opportunismus gegenüber dem Neoliberalismus. Denn das definierende Moment der Zivilgesellschaft ist, dass sie *privat* ist. »Es ist nun möglich, zwei große ›Ebenen‹ von Überbauten festzuhalten, jene, die man ›Zivilgesellschaft‹ nennen kann, d.h. die Gesamtheit von Organismen, die gemeinhin ›privat‹ genannt werden, und jene der ›politischen Gesellschaft‹ oder des Staates.« (Gramsci 1983: 61). Sie ist die Sphäre des privaten Vertrages und Austauschs (vgl. z.B. G.W.F. Hegel 1821/1967: §§ 75ff. und § 182-256). Daraus folgt jedoch keinesfalls, dass sie deshalb frei von Zwang oder auch nur »herrschaftsfrei« ist. Die »zivile« Gesellschaft ist die Sphäre des »Zwangs als Gewissenspflicht«, des Zwangs als Wettbewerb und der Herrschaft des Unternehmers. Die Erhebung dieser Zivilgesellschaft als Alternative zum Staat, d.h. die Privatisierung des Staates, wirft uns jedoch zurück auf einen Freiheitsbegriff, der allein in der Existenz äußerer Zwänge eine Verletzung von Freiheit sehen kann, nicht jedoch darin, dass die innere Bedürfnisbefriedigung verhindert würde durch *verinnerlichte* Zwänge oder darin, dass ökonomische Bedingungen und der Wille zu überleben dazu zwingen, sich zu unterwerfen. Die Zivilgesellschaft mag herrschaftsfrei sein, indem sie nicht zum physischen Zwang im ersten Sinne neigt, wirkliche Befreiung aber kann sie nicht bringen.

Ebensowenig, wie Freiheit nicht allein eine Frage des Willens ist, ist die Aneignung der sozialen Umwelt, die – politisch gewendete – Emanzipation, nicht allein eine Frage privater Beziehungen. Sie fordert Vernunft, nicht als Dienerin, sondern als bewusste kollektive Aktion selbst. Bourdieu sieht die Wurzeln des Widerstandes gegen den Neoliberalismus im »Fortbestehen oder dem Überleben der Institutionen und Akteure der alten Ordnung ...« (Bourdieu 1999) Dieser Widerstand kann stattfinden in der »zivilen« und in der »politischen« Gesellschaft gleichermaßen. So wie die Selbstverwirklichung die Trennung von Willen und Vernunft nicht kennt, ist der Emanzipation die Trennung von »zivil« und »politisch« fremd. Um dem Neoliberalismus wirksam zu begegnen, müssen *seine* Kategorien in Frage gestellt werden: Fortschrittliche, bewusst kollektive Politik ist weder auf die Zivilgesellschaft beschränkt, noch richtet sie sich allein gegen den politischen Staat. Sie betreibt vielmehr das Geschäft der Befreiung durch die ungehinderte Artikulation von Interessen, durch die Austragung von Konflikten im Rahmen einer anhaltenden Auseinandersetzung.

# Literatur

- Aebli, A. (1965): Grundformen des Lernens, Stuttgart.
- Albert, H. (1979): »The Economic Tradition. Economics as a Research Programme for Theoretical Social Science«, in: Brunner, K. (Hrsg.), Economics and Social Institutions. Insights from the Conferences on Analysis and Ideology, University of Rochester 1979, Boston.
- Alchian, A.A. (1950): »Uncertainty, Evolution and Economic Theory«, Journal of Political Economy, 58 (3), Juni.
- Alchian, A.A. (1984): »Specificity, Specialisation and Coalitions«, Journal of Institutional and Theoretical Economics.
- Alchian, A.A./W.R. Allen (1969): Exchange and Production. Theory in Use, Belmont, California.
- Alchian A.A./H. Demsetz (1972): »The Property Rights Paradigm«, Journal of Economic History 22.
- Amsden, A. (1989): Asia's Next Giant, New York.
- Arrow, K. (1951/1963): Social Choice and Individual Values, 2. Auflage, New York, London, Sydney.
- Arrow, K. (1971): »Political and Economic Evaluations, Social Effects and Externalities«, in: M.D. Intriligator (Hrsg.), Frontiers of Quantitative Economics, New York.
- Arrow, K. (1974): The Limits of Organisation, New York/London.
- Arrow, K. (1994): »Methodological Individualism and Social Knowledge«, American Economic Review. Papers and Proceedings, vol. 84/2, Mai.
- Baghwati, J.N. (1982): »Directly Unproductive Profit-seeking (DUP) Activities«, Journal of Political Economy 90.
- Becker, G.S. (1957): The Economics of Discrimination.
- Becker, G.S. (1976): The Economic Approach to Human Behaviour, Chicago.
- Bertelsmann Stiftung/Hans-Böckler -Stiftung (1998) (Hrsg.): Mitbestimmung und neue Unternehmenskulturen – Bilanz und Perspektiven. Bericht der Kommission Mitbestimmung, Gütersloh.
- Beveridge, W.H. (1942): Report on Social Insurance and Allied Services, London.
- Beveridge, W.H. (1944): Full Employment in a Free Society, London.
- Bhaduri, A. (1988): Makroökonomie. Die Dynamik der Warenproduktion, Marburg, (Erstveröffentlichung 1986, Macroeconomics, London/Basingstoke).
- Bhaduri, A. (2000): »Nationalism and Economic Policy in the Era of Globalization«, The United Nations University/ WIDER (World Institute for Development Economics Research), Working paper No. 188, Helsinki.
- Blair, T (1999): Treffen mit Bill Clinton, Gerhard Schröder, Wim Kok und Massimo D'Alema in Washington zur Diskussion des »Dritten Weges«, New Statesman 24. Mai.
- Blair, T. und G. Schröder (1999): »Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair«, 8.6.1999.
- Blankenburg, S. (2000): Neoliberalismus. Ökonomische Theorie, gesellschaftliche Wirklichkeit und »Dritter Weg«, in: R. Faber (Hrsg.), Liberalismus in Geschichte

- und Gegenwart, Würzburg.
- Blankenburg, S. (2000a), »Neoliberale Wirtschaftstheorie und die Krise der Vernunft – Wie weiter?«, in: W. Goldschmidt, D. Klein und K. Steinitz (Hrsg.), Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive, Heilbronn.
- Bleaney, M. (1985): *The Rise and Fall of Keynesian Economics. An Investigation of its Contribution to Capitalist Development*, London.
- Blot, Y. (1985): *Les Racines de la Liberté*, Paris.
- Böhm, F. (1937): *Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung*, Stuttgart/Berlin.
- Bourdieu, P. (1998): »L'essence du néolibéralisme«, *Le Monde Diplomatique*, März, Nr. 3.
- Brennan, G./J. Buchanan (1985): *The Reason for Rules: Constitutional and Political Economy*, Cambridge, England.
- Brown, G. (1994): *Fair is Efficient – a socialist agenda for fairness*, Fabian Pamphlet 563, London.
- Buchanan, J. (1975): *The Limits of Liberty: Between Anarchy and Leviathan*, Chicago.
- Buchanan, J. (1977): *Freedom in Constitutional Contract. Perspectives of a Political Economist*, College Station, Texas.
- Buchanan, J. (1985): »Constitutional Economics«, in: J. Eatwell/M. Millgate/P. Newman (Hrsg.), *The Palgrave Dictionary of Economics*, London.
- Buchanan, J. (1986): *Liberty, Market and State: Political Economy of the 1980s*. Brighton.
- Buchanan, J. et al. (1978): *The Economics of Politics*, London: Institute of Economic Affairs.
- Buchanan, J./G. Tullock (1962): *The Calculus of Consent: Logical foundations of Constitutional Democracy*, Ann Arbor.
- Buchanan, J./G. Tullock (1981): »An American perspective: from »markets work« to public choice«, in: Seldon, A. (1981) (Hrsg.), *The Emerging Consensus?*, London: Institute of Economic Affairs.
- Buchanan, J./G. Tullock (1980) (Hrsg.): *Towards a Theory of the Rent-Seeking Society*, College Station. Texas.
- Buchanan, J./R.F. Wagner (1978): *Democracy and Keynesian Constitutions: Political Biases and Economic Consequences*, in: J. Buchanan/R.F. Wagner (Hrsg.), *The consequences of Mr Keynes*, Hobart Paper 78, London, Institute of Economic Affairs.
- Cairncross, A. (1971): *Essays in Economic Management*, London.
- Cairncross, A. (1986): *Economics and Economic Policy*, New York.
- CDU (1947): *Ahlener Programm der CDU*.
- Chang, H.J. (1994): *The Political Economy of Industrial Policy*, London.
- Coase, R. (1937): »The Nature of the Firm«, *Economica* 4, November.
- Coase, R. (1960): »The Problem of Social Cost«, *Journal of Law and Economics* 3.
- Cockett, R. (1995): *Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931-1983*, London.
- Colander, D. (1984) (Hrsg.): *Neoclassical Political Economy*, Cambridge, Massachusetts.

- Cullis, J./P. Jones (1987): *Microeconomics and the Public Economy: A Defense of the Leviathan*, Oxford.
- Dahlmann, C.J. (1979): »The Problem of Externality«, *Journal of Law and Economics* 22.
- Demsetz, H. (1964/65): »Minorities in the Marketplace«, *North Carolina Law Review*, vol. 43, S. 271-297.
- Demsetz, H. (1988): *Ownership, Control, and the Firm*, Vol. 1, Oxford.
- Deregulierungskommission. Unabhängige Expertenkommission zum Abbau Marktwidriger Regulierungen (1990): *Markttöffnung und Wettbewerb*, Erster Bericht, März.
- DGB (1981): *Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes*, beschlossen auf dem 4. außerordentlichen Bundeskongress in Düsseldorf 12.-14.3.1981.
- Djomin, W./N. Schenajew (1986): *Staatsmonopolistische Komplexe – die Organisationsform des staatsmonopolistischen Kapitals*, in: *Staatsmonopolistische Komplexe in der Bundesrepublik*, Köln, S. 18-50.
- Dolata, U./Gottschalk, A./Huffschmid, J. (1986): »Staatsmonopolistische Komplexe als neue Organisationsformen des Kapitals im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Bemerkungen zu einer neuen Kategorie der politischen Ökonomie des Kapitalismus«, in: *Staatsmonopolistische Komplexe in der Bundesrepublik*, S. 142-175, Köln.
- Downs, A. (1957): *An Economic Analysis of Democracy*, New York.
- Downs, A. (1960): »Why the Government Budget is Too Small in a Democracy«, *World Politics* 12, no. 4, Juli.
- Eatwell, J./S. Taylor (2000): *Global Finance at Risk. The Case for International Regulation*, New York.
- Eggertson, T. (1990): *Economic Behaviour and Institutions*, Cambridge, England.
- Engels, F. (1848/1983): *Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring)*, MEW 20, Berlin.
- Findlay, R. (1990): »New Political Economy«, *Economics and Politics* 2, no. 2.
- FPÖ (1985): *Programm der Freiheitlichen Partei Österreichs*, Juni, Freiheitliches Bildungswerk (Hrsg.), Wien 1993, Teil 2, Kapitel 7, Ziffer 245.
- FPÖ (1995): *Freiheitliches Maßnahmenpaket zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Österreich*, Freiheitliches Bildungswerk (Hrsg.), Wien.
- Friedman, M. (1976): *Kapitalismus und Freiheit*, München.
- Friedman, M. (1977): *Inflation and Unemployment*, London: Institute of Economic Affairs.
- Friedman, M./R. Friedman (1980): *Free to Choose*, Harmondsworth.
- Front National (1985): *Pour la France*, Programme du Front National, Paris.
- Front National (1993): *300 Mesures pour la Renaissance de la France*. Front National. Programme du Gouvernement, Paris.
- Gamble, A. (1988): *The Free Economy and the Strong State: The Politics of Thatcherism*, London and Basingstoke.
- Gélédan, A. (Hrsg.) (1988): *Histoire des Pensées économiques. Les contemporains*, Paris.
- Georgescu, R.N. (1960): *Mathematical Proofs of the Breakdown of Capitalism*, in: *Econometrica*, Vol. 28,2. April.



- Geuss, R. (1998): »Freiheit im Liberalismus und bei Marx«, in: J. Nida-Rümelin und W. Vossenkuhl (Hrsg), *Ethische und politische Freiheit*, Berlin, S. 114-125.
- Geuss, R. (1998a): »Die Tugend und das gute Leben«, *Frankfurter Rundschau* 29.9.1998, Nr. 226.
- Geuss, R. (1999): »Eine Art moralisierender Verwaltungswissenschaft«, *Frankfurter Rundschau*, 12.10.1999, Nr. 237.
- Giddens, A. (1999): *Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*, Frankfurt a.M.
- Glyn, A. (1996): »International and External Constraints on Egalitarian Policies in Europe«, Beitrag zur Konferenz »Globalisation and Progressive Economic Policy«, 21.-23. Juni 1996, Economic Policy Institute, Washington.
- Gramsci, A. (1967): *Philosophie der Praxis. Eine Auswahl*, hrsg. von Christian Riechers, Frankfurt a.M.
- Gramsci, A. (1983): *Marxismus und Kultur*, Hamburg.
- Gray, J. (1984): *Hayek on Liberty*, Oxford.
- Green, D. (1987): *The New Right. The Counter-Revolution in Political, Economic and Social Thought.*, Brighton.
- Habermas, J. (1980/1992): »Die Moderne – ein unvollendetes Projekt«, in: J. Habermas, *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1992*, Leipzig. [ursprünglich: Rede aus Anlass der Verleihung des Adorno-Preises der Stadt Frankfurt am 11.9.1980]
- Habermas, J. (1984/1992): »Die Krise des Wohlfahrtsstaates und die Erschöpfung utopischer Energien«, in: J. Habermas, *Die Moderne – ein unvollendetes Projekt. Philosophisch-politische Aufsätze 1977-1992*, Leipzig.
- Hage, J./R. Hannemann/E.T. Gargan (1989): *State Responsiveness and State Activism. An examination of the social forces and state strategies that explain the rise in social expenditures in Britain. France, Germany and Italy 1870-1968*, London.
- Haider, J. (1992): *Wiener Erklärung zur Situation von Staat und Gesellschaft am Vorabend der Beitrittsentscheidung über ein gemeinsames Europa*, FPÖ-Bundesgeschäftsstelle (Hrsg.), Wien.
- Hansen, A.A. (1947): *Economic Policy and Full Employment*, New York, London.
- Hansen, A.A. (1955): »The Stagnation Thesis«, in: *Readings in Fiscal Policy, Selected by a Committee of the American Economic Association*, London, S. 540-557.
- Hayek, F. A. (1971): *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen.
- Hayek, F.A. (1937): »Economics and Knowledge«, *Economica* 4, Februar.
- Hayek, F.A. (1944/1991): *Der Weg zur Knechtschaft*, München.
- Hayek, F.A. (1948): »Falscher und wahrer Individualismus«, in: *ORDO-Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Politik*, Band 1.
- Hayek, F.A. (1949): »The meaning of competition«, in: *Ders., Individualism and Social Order*, London.
- Hayek, F.A. (1952): *The Counter-Revolution of Science: Studies on the Abuse of Theoretical Psychology*, London.
- Hayek, F.A. (1967): *Studies in Philosophy, Politics and Economics*, London.
- Hayek, F.A. (1976): *Individualism and Economic Order*, 2. Ausgabe, London.
- Hayek, F.A. (1977): »Wohin zielt die Demokratie«, in: *Derselbe, Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus*, Tübingen.

- Hayek, F.A. (1978): *New Studies in Philosophy, Politics and Economics and the History of Ideas*.
- Hayek, F.A. (1979): »Die Sprachverwirrung im politischen Denken«, in: Derselbe, *Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze von F.A. Hayek*, Tübingen. S. 206-231.
- Hayek, F.A. (1979a): »Liberalismus«, *Walter-Eucken-Institut (Hrsg.), Vorträge und Aufsätze*, Tübingen.
- Hayek, F.A. (1980/1): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Band 1: Regeln und Ordnung*, München.
- Hayek, F.A. (1980/3): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Band 3: Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen*, Landsberg am Lech.
- Hayek, F.A. (1981): »Ungleichheit ist nötig«, *Interview mit Stefan Baron*, in: *Wirtschaftswoche* Nr. 11 vom 6.3.1981.
- Hayek, F.A. (1981/2): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Band 2: Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit*, Landsberg am Lech.
- Hayek, F.A. (1988): *The Ratal Conceit. The Errors of Socialism, Collected Works*, London Vol. I.
- Hegel, G.W.F. (1821/1967): *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, Hamburg.
- Hicks, J. (1974): *The Crisis in Keynesian Economics*, Yrjö Jahnsson Lectures, Oxford.
- Hirschman, A. (1991): *The Rhetoric of Reaction. Perversity. Futility. Jeopardy*. Cambridge, Massachusetts.
- Hirst, P./G. Thompson (1992): »The Problem of Globalization: International Relations, National Economic Management and the Formation of Trading Blocs«, *Economy and Society* 21, November.
- Hitler, A. (1927/1943): *Mein Kampf*, München.
- Hitler, A. (1935/1937): *Rede Adolf Hitlers am 21.5.1935 im Deutschen Reichstag*, in: *P. Meier-Benneckenstein (Hrsg.), Dokumente der deutschen Politik*, Band 3, Berlin.
- Hombach, B. (1998): *Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte*, München.
- Huffschmid, J. (1998): »Zentralisierung und Monopolisierung des Kapitals – aktuelle Tendenzen«, in *H. Schui/E. Spoo (Hrsg.), Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland*, Heilbronn.
- Hutton, W. (1999): *The Stakeholding Society*, Cambridge.
- IG Metall (2000) (Hrsg.): *Denk-Schrift fair teilen*, Schwalbach/Ts.
- von Justi, Johann Heinrich Gottlieb (1760/61): *Die Grundfeste zu der Macht und Glückseligkeit der Staaten oder ausführliche Vorstellung der gesamten Polizeywissenschaft*, 2 Bände.
- Kaldor, N. (1956/1976): *Alternative Theories of Distribution*, *Journal of Economic Studies*, Vol. 23, 1955/56, S. 94-100 [Deutsch: 1976, *Alternative Verteilungstheorien*, in: *Ekkehart Schlicht (Hrsg.), Einführung in die Verteilungstheorie*, Reinbek bei Hamburg, S. 101-128].
- Kalecki, M. (1943/1987): »Politische Aspekte der Vollbeschäftigung«, in: Derselbe, *Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1933-1971*, Marburg, S. 235-241.
- Kalecki, M. (1970): »Theories of Growth in Different Social Systems«, in: *Scientia*, vol. 5-6, S. 311-316.

- Kalecki, M. (1987): »Der Mechanismus des Konjunkturaufschwungs«, in: Krise und Prosperität im Kapitalismus, Marburg [Englische Neuausgabe 1990, *The Essence of Business Upswing*, in: Oslatynski, Jerzy, *Collected Works Vol. I*, S. 188-194].
- Kalecki, M. (1987): »Die Bestimmungsgrößen der Profite«, in: Derselbe, *Krise und Prosperität im Kapitalismus. Ausgewählte Essays 1933-1971*, Marburg, S. 133-14. [Englische Neuausgabe 1991: *An Essay on Cyclical and Long-Run Changes in Capitalist Economy*, in: Jerzy Osiatynski (Hrsg.), *Collected Works of Michal Kalecki, Volume II*, Oxford 1991, S. 239-246].
- Kalecki, M. (1987): *Krise und Prosperität im Kapitalismus, Ausgewählte Essays 1933-1971*, Marburg.
- Keynes, J.M. (1925/1956): »Bin ich ein Liberaler?«, in: E. Salin und A. Spiethoff (Hrsg.), *Politik und Wirtschaft: Männer und Probleme*, Tübingen.
- Keynes, J.M. (1926): *Das Ende des Laissez-Faire – Ideen zur Verbindung von Privat- und Gemeinwirtschaft*, München/Leipzig.
- Keynes, J.M. (1936/1955): *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin.
- Keynes, J.M. (1937): »The General Theory of Employment«, in: *The Quarterly Journal of Economics*, February.
- King, D.S. (1987): *The New Right. Politics, Markets and Citizenship*, London/Basingstoke.
- King, J.E. (1997): *Underconsumption*, in: Harcourt, G.C. und Riach, P.A. (Hrsg.), *A »Second Edition« of the General Theory*, London.
- Kirzner, I. (1973): *Competition and Entrepreneurship*, Chicago.
- Knight, F. (1935): *The Ethics of Competition*, New York.
- Kofler, L. (1984): *Der Konservatismus. Zwischen Dekadenz und Reaktion. Eine Polemik*, Hamburg.
- Krueger, A. (1974): »The Political Economy of the Rent-Seeking Society«, *American Economic Review* 64, Juni.
- Kucks, K. (1994): »Der Sozialstaat – Wir retten ihn«, in: *Der Republikaner* 3.
- Lambrecht, L. (1990): »Demokratie«, in: Hans Jörg Sandkühler (Hrsg.), *Europäische Enzyklopädie zu Philosophie und Wissenschaften, Band 1*, Hamburg, S. 523.
- Langlois, R. (1986) (ed.): *Economics as a Process*, Cambridge, England.
- Le Pen, J.-M. (1989): *L'Espoir. Entretien avec J.P. Gabriel et P. Gannat*, Paris.
- Löwe, A. (1964/1984), *Politische Ökonomik. On Economic Knowledge*, Königstein/Ts.
- Margolis, H. (1982): *Selfishness, Altruism and Rationality: A Theory of Social Choice*, New York, Cambridge, England.
- Marshall, A. (1920): *The Principles of Economics*, 8. Ausgabe, London.
- Martinez, J.-C. (1985): *Lettre ouverte aux Contribuables*, Paris.
- Marx, K. (1894/1970): *Das Kapital, Band 3*, MEW 25, Berlin.
- Marx, K./F. Engels (1848/1977): *Manifest der kommunistischen Partei*, MEW 4, Berlin, S. 459-493.
- Matthews, R. (1986): »The Economics of Institutions and the Source of Growth«, *Economic Journal* 96, no. 4.
- Mégret, B. et les Comités d'Action Républicaine (1986): *L'Impératif du Renouveau. Les Enjeux de demain*, Paris.

- Minsky, H.P. (1990): John Maynard Keynes. Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus, Marburg.
- Mölzer, A. (1995): Dritte Republik in den Startlöchern, in: Junge Freiheit Nr. 42.
- Moszkowska, N. (1935): Zur Kritik moderner Krisentheorien, Prag.
- Musgrave, A. M. (1958): Handbuch der Finanzwissenschaft, Bd. III, Tübingen.
- Musgrave, R./P. Musgrave (1984): Public Finance in Theory and Practice, 4. Auflage, New York.
- Niehans, J. (1989): »Transaction Costs«, in: J. Eatwell/M. Millgate/P. Newman (Hrsg.), The Palgrave Dictionary of Economics, London.
- Niskanen, W. (1971): Bureaucracy and Representative Government, Chicago.
- Niskanen, W. (1973): Bureaucracy: Servant or Master?, London: Institute of Economic Affairs.
- North, D. (1971), Institutional Change and American Economic Growth, Cambridge, England.
- North, D. (1990): Institutions, Institutional Change and Economic Performance, Cambridge, England [Deutsch: D. North (1992), Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleitung, Tübingen].
- North, D./R.P. Thomas (1973): The Rise of the Western World. A New Economic History, Cambridge, England.
- Nozick, R. (1974): Anarchy, State and Utopia, New York [deutsch: (1976): Anarchie, Staat und Utopie, München].
- O'Connor, J. (1973/1974): Die Finanzkrise des Steuerstaates, Frankfurt/Main.
- Olson, M. (1968): Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, Tübingen.
- Olson, M. (1991): Der Aufstieg und Niedergang der Nationen, Tübingen.
- Oppenheimer, F. (1926): »Staat«, hier: Der Staat in nationalökonomischer Hinsicht, in: Ludwig Elster/Adolf Weber/Friedrich Wieser (Hrsg.), Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Auflage, Jena, Siebenter Band.
- Pasinetti, L.L. (1974): Growth and income distribution. Essays in economic theory, Cambridge.
- Paul, J. (1982) (Hrsg.): Reading Nozick, Oxford.
- Peacock, A. (1979): The Economic Analysis of Government, Oxford.
- Peele, G. (1984): Revival and Reaction: The Right in Contemporary America, Oxford.
- Peltzmann, S. (1976): »Toward a More General Theory of Regulation«, Journal of Law and Economics 19.
- Posner, R. (1975): »The Social Costs of Monopoly and Regulation«, Journal of Political Economy 83.
- Powell, E. (1972): Still to decide, London: Batsford.
- Ptak, R. (1999): Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, S. 97-145, Berlin.
- Rawls, J. (1971): A theory of justice, Oxford.
- Rawls, J. (1993): Political Liberalism, New York.
- Republikaner (1990): Schwerpunkte aus dem Wahlprogramm zur Landtagswahl in

- NRW, in: Der Republikaner 3-4.
- Republikaner (1993): Parteiprogramm.
- Republikaner (1996): »Die Steuerschraube dreht sich weiter«, in: Der Republikaner 1-2.
- Robinson, J. (1975): »Rosa Luxemburg's Accumulation of Capital«, in: J. Robinson, Collected Economic Papers, Vol. II, Oxford
- Rogerson, W.P. (1982): »The Social Costs of Monopoly and Regulation: A Game Theoretic Analysis«, Bell Journal of Economics, 13.
- Röpke, W. (1937): Die Lehre von der Wirtschaft, Wien.
- Röpke, W. (1948): Die Gesellschaftskrise der Gegenwart, Erlenbach/Zürich.
- Röpke, W. (1949): Civitas Humana, Erlenbach/Zürich.
- Rothbard, M.N. (1982): Ethics of Liberty, Menlo Park, California: Institute for Humane Studies.
- Sachdev, S./F. Wilkinson (1999): »Raising the Stakes: The rise and theory of stakeholding«, ESRC Centre for Business Research, Arbeitspapier, Cambridge.
- Saul, J.R. (1997): The unconscious civilization, London.
- Schlierer, R. (1995): Presseerklärung zur Gesprächsrunde des Bundeskanzlers mit den Sozialpartnern, Auszüge, in: Der Republikaner 1-2.
- Schotter, A. (1985): Free Market Economics. A Critical Appraisal, New York.
- Schui, H. (1988): Die Schuldenfalle. Schuldenkrise und Dritte-Welt-Politik der USA, Köln.
- Schui, H. (1999): »Was ist Unterkonsumtion? Die theoretische und politische Bedeutung eines umstrittenen Begriffs«, in: WSI-Mitteilungen, 52. Jahrgang, Heft 11, S. 752-760.
- Schui, H./R. Ptak/S. Blankenburg/G. Bachmann/D. Kotzur (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München.
- Schumpeter, J.A. (1918/1953): Die Krise des Steuerstaates, in: J.A. Schumpeter, Aufsätze zur Soziologie, Tübingen.
- Schumpeter, J.A. (1950/1993): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 7. erweiterte Auflage, Tübingen/Basel.
- Schumpeter, J.A. (1954): History of Economic Analysis, New York.
- Shand, A.H. (1989): Free Market Morality. The political economy of the Austrian School, London/New York.
- Simon, H. (1983): Reason in Human Affairs, Oxford.
- Simon, H. (1993): Homo Rationalis. Die Vernunft im menschlichen Leben, Frankfurt a.M.
- SP, FKP (1972): Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, unterzeichnet von den Delegationen der FKP und SP am 26.6.1972, herausgegeben und eingeleitet von Werner Goldschmidt, Köln.
- SPD (1959): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November.
- SPD (1975): Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985, beschlossen auf dem Mannheimer Parteitag der SPD am 14.11.1975.
- SPD (1989): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-

- lands am 20.12.1989 in Berlin.
- Spencer, H. (1884/1969): *Men versus State*, Middlesex.
- Staniland, M. (1985): *What is Political Economy? A study of social theory and underdevelopment*, New Haven.
- von Stein, L. (1850/1959): *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich von 1789 bis auf unsere Tage*, Band III, Darmstadt, Erstauflage Leipzig.
- Steindl, J. (1952/1976): *Maturity and Stagnation in American Capitalism*, New York, London.
- Stigler, G. (1975): *The Citizen and the State*, Chicago.
- Stiglitz, J. (1987): »Principal-Agent Problem«, in: J. Eatwell/M. Milgate/P. Newman (Hrsg.), *The Palgrave Dictionary of Economics*, London.
- Stiglitz, J. (1996): *Wither Socialism?* Cambridge, Massachusetts und London.
- Stix, G. (1991): *Die Stunde des Euroliberalismus. Liberalismus und Nationalismus in Europa*, Wien.
- Sweezy, P.M. (1959): *Theorie der kapitalistischen Entwicklung. Eine analytische Studie über die Prinzipien der Marxschen Sozialökonomie (nach der 4. amerikanischen Auflage)*, Köln.
- Terzain, P. (1983): *L'étonnante histoire de l'OPEP*, Paris.
- Tobin, J. (1970): Eine Abhandlung zur Theorie der Schuldenpolitik, in: Horst C. Recktenwald (Hrsg.), *Finanztheorie*, Köln-Berlin.
- de Tocqueville, A. (1959): *Über die Demokratie in Amerika*, Erster Teil, Stuttgart, Erstauflage 1835-40.
- Toye, J. (1991): »Is there a New Political Economy of Development?«, in: Colclough, C./J. Manor, *States or Markets? Neo-Liberalism and the Development Policy Debate*, Oxford.
- Tullock, G. (1967): *Towards a Mathematics of Politics*, Ann Arbor.
- Tullock, G. (1976): *The Vote Motive*, London.
- Tullock, G. (1987): »Public Choice«, in: J. Eatwell/M. Milgate/P. Newman (Hrsg.), *The Palgrave Dictionary of Economics*, London.
- Vanberg, V. (1981): *Liberaler Evolutionismus oder Vertragstheoretischer Konstitutionalismus?*, Tübingen.
- Vanberg, V. (1994): *Rules and Choice in Economics*, London and New York.
- Varian, H. (1989): »Measuring the Deadweight Costs of DUP and Rent-Seeking Activities«, *Economics and Politics*, 1.
- Wade, R. (1990): *Governing the Market*, Princeton.
- Wagner, A. (1893): *Grundlagen der politischen Ökonomie*, 3. Auflage, Leipzig, 1. Teil, 2. Halbband.
- Wagner, A. (1911/1926): »Staat«, *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 3. Auflage Jena, Band VIII, hier zitiert nach: Ludwig Elster u.a. (Hrsg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, 4. Aufl. Jena 1926, Siebenter Band, S. 776.
- Williamson, O.E. (1990): *Die ökonomischen Institutionen des Kapitalismus: Unternehmen, Märkte und Kooperationen*, Tübingen.